

Prof. Dr. Christoph Möllers  
Prof. Dr. Christian Waldhoff

c/o Bundesrat  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin

An das  
Bundesverfassungsgericht  
- Zweiter Senat -  
Schlossbezirk 3  
76131 Karlsruhe

**Antrag nach Art. 21 Abs. 2 GG i.V.m. §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG**

**Antragsteller:**

Bundesrat, vertreten durch den Präsidenten des Bundesrates,  
Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin

**Antragsgegnerin:**

Nationaldemokratische Partei Deutschlands, vertreten durch den  
Bundesvorsitzenden Holger Apfel, Seelenbinderstraße 42, 12555 Berlin

Namens und in beiliegender Vollmacht – **Anlage 1** – des Bundesrates stellen wir die folgenden Anträge nach Art. 21 Abs. 2 GG i. V. m. §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG:

1. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung ist verfassungswidrig.

2. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.
4. Das Vermögen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland für gemeinnützige Zwecke eingezogen.



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Einführung: Motiv des Antrags und Gang der Argumentation .....</b>	<b>6</b>
<b>I. Zur Motivation des Antrags.....</b>	<b>6</b>
<b>II. Die Argumentation in Grundzügen .....</b>	<b>8</b>
<b>A. Sachverhalt.....</b>	<b>10</b>
<b>I. Zu Maßstab und Methode von Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsdarstellung.....</b>	<b>10</b>
1. Verdeckungsabsicht im Handeln der Antragsgegnerin.....	10
2. Normative Vorgaben für die Ermittlung und Verwertung des Sachverhaltes .....	12
a) Keine spezifische verfassungsrechtliche Begrenzung der Erkenntnismittel .....	12
aa) Parteienfreiheit.....	12
bb) Freies Mandat und Indemnität .....	13
b) Anwendung prozessualer Beweisregeln auf das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG .....	16
c) Keine Beschränkung der Beweisverwertung aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG .....	17
3. Sachverhaltsmaterialien .....	18
a) Informationen aus allgemein zugänglichen Materialien.....	18
b) Ergebnisse offener polizeilicher Ermittlungsmaßnahmen.....	19
c) Ergänzend: Empirische sozialwissenschaftliche Erkenntnisse.....	20
d) Insbesondere: Sachverständigengutachten .....	22
e) Kein Einsatz von Quellen (Verdeckte Ermittler, Vertrauenspersonen oder Under-Cover-Agents).....	23
aa) Staatsfreiheit für ein faires Verfahren .....	23
bb) Quellenfreiheit des verwendeten Materials.....	25
<b>II. Die NPD als politische Partei .....</b>	<b>26</b>
<b>III. Ideologie.....</b>	<b>37</b>
1. Ethnischer Volksbegriff – Die „Volksgemeinschaft“ als Basis des politischen Programms .....	38
2. Exklusion von der Grundrechtsberechtigung.....	40
3. Parlamentarische Demokratie – auf der Volksgemeinschaft basierende „Volksherrschaft“ anstelle des parlamentarischen Regierungssystems .....	42
4. Zwischen Relativierung und Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus.....	50
5. Insbesondere: Antisemitismus.....	52
6. Zwischenfazit .....	53
<b>IV. Politische Aktivität.....</b>	<b>54</b>
1. Parlamentarische Aktivität (Landtage).....	60
2. Kommunale Ebene .....	67
a) Kommunale Mandate.....	67
b) Schleichende Infiltrierung der Gesellschaft vor Ort („Graswurzelpolitik“).....	68
3. Aktivitäten „auf der Straße“ – rechtsextremistische „Raumordnung“ .....	73
4. Verbindungen zur Neonazi-Szene.....	77



5. Rechtswidriges Handeln, einschließlich Straftaten .....	83
a) Von der NPD vertretene politische Inhalte in der fachgerichtlichen Judikatur ....	84
b) Mittel politischen Handelns der NPD in der fachgerichtlichen Judikatur .....	84
c) Rechtswidriges Verhalten führender Parteimitglieder .....	85
d) Statistiken zu rechtsextremistischen Straftaten sowie Straftaten des Führungspersonals der NPD .....	89
e) Solidarisierung mit Straftätern / NSU-Verfahren .....	90
<b>B. Zulässigkeit des Antrags .....</b>	<b>92</b>
<b>I. Antragsberechtigung .....</b>	<b>92</b>
<b>II. Antragsgegnerin .....</b>	<b>93</b>
<b>C. Begründetheit des Antrags .....</b>	<b>95</b>
<b>I. Prüfungsmaßstab .....</b>	<b>95</b>
1. Kontrolldichte.....	95
a) Funktion des Verfahrens: politische Gefahrenprävention, nicht polizeiliche Gefahrenabwehr .....	97
aa) Präventive Funktion des Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG .....	97
bb) Kontext der grundgesetzlichen Parteiendemokratie.....	101
b) Status des Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG: kein Funktionsverlust der Norm – keine Verschärfung der Kriterien.....	102
c) Adressat der Norm: das Problem der Zurechnung.....	105
aa) Wortlaut: „Anhänger“.....	106
bb) Systematik und Zurechnung von Rechtsbrüchen .....	106
cc) Insbesondere: strafbares und gewaltsames Handeln .....	108
dd) Zwischenfazit .....	108
2. Inhaltliche Zielsetzung: Freiheitliche demokratische Grundordnung.....	109
a) Menschenwürde als allgemeines Recht auf Grundrechte: Verbot eines ethnischen Personenbegriffs und Gebot des normativen Individualismus .....	110
b) Demokratieprinzip .....	113
aa) Offener, gesetzlich ausgestalteter Volksbegriff.....	113
bb) Regierungssystem .....	115
cc) Territorial lückenloser Schutz des demokratischen Lebens .....	116
c) Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Respekt des staatlichen Gewaltmonopols.....	119
d) Besondere verfassungsrechtliche Bedeutung der Relativierung nationalsozialistischen Unrechts .....	120
aa) Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus .....	121
bb) Antisemitismus.....	124
cc) „Wesensverwandtschaft“ in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	125
e) Gegenprobe .....	126
3. „Darauf ausgehen“ .....	127
a) Vorüberlegung: systematische Spannung in der Maßstababbildung.....	127
b) Relevanz legaler politischer Betätigung .....	130
c) Ziele und Mittel: Finalität, nicht Illegalität der Aktivität .....	131
d) Bedeutung qualifiziert rechtswidrigen und strafbaren Handelns.....	132
4. Verhältnismäßigkeit .....	133
a) Fragliche Anwendbarkeit im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG .....	133
b) Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu Vereinsverboten.....	138
c) Hilfsweise: Eingeschränkte Anwendbarkeit .....	139



aa) Eingeschränkte Anwendbarkeit durch Tatbestand und Rechtsfolge .....	140
(1) Tatbestand .....	140
(2) Rechtsfolge .....	141
bb) Anwendung auf das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG .....	141
(1) Legitimer Zweck .....	141
(2) Geeignetheit .....	142
(3) Erforderlichkeit .....	144
(4) Angemessenheit .....	146
cc) Zwischenergebnis und Gesamtabwägung .....	149
5. Europäische Menschenrechtskonvention .....	150
a) Maßstäbe für Parteiverbote nach der EMRK .....	151
aa) Einschlägige Normen .....	151
bb) Anforderungen an die Rechtfertigung eines Parteiverbots .....	154
(1) Gesetzlich vorgeschrieben .....	154
(2) Legitimer Zweck .....	154
(3) Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft .....	155
cc) Besonderheiten bei dem Verlust von Mandaten .....	165
b) Bedeutung der EMRK bei der Auslegung von Art. 21 Abs. 2 GG .....	166
<b>II. Anwendung .....</b>	<b>169</b>
1. Verfassungswidrige Ideologie der NPD .....	169
a) Ethnischer Personenbegriff als Verstoß gegen die Menschenwürde und als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung .....	170
b) Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung .....	184
c) Ablehnung des auf dem Demokratieprinzip beruhenden parlamentarischen Regierungssystems als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung .....	194
d) Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols .....	197
e) Relativierung nationalsozialistischer Unrechts .....	204
f) Insbesondere Antisemitismus .....	208
g) Zwischenergebnis .....	217
2. Aktiv-kämpferisches und aggressives Handeln der NPD .....	217
a) Politisches Handeln .....	218
b) Insbesondere Substitution politischer und sozialer Strukturen .....	224
c) Rechtswidrige Handlungen .....	225
d) Strafbare Handlungen .....	226
e) Zwischenergebnis .....	226
3. Hilfsweise: Verhältnismäßigkeit des Verbots der NPD .....	227
4. Anforderungen der EMRK .....	238
<b>D. Abschlussbetrachtung und Gesamtergebnis .....</b>	<b>242</b>
<b>E. Verzeichnis der Anlagen .....</b>	<b>246</b>
<b>F. Verzeichnis der Belege .....</b>	<b>248</b>



## **Einführung: Motiv des Antrags und Gang der Argumentation**

Vor der Begründung des vorliegenden Antrags, der Darstellung des Sachverhalts (A.) sowie den Ausführungen zur Zulässigkeit (B.) und zur Begründetheit (C.) soll kurz in seine Motivation (I.) und in die Grundzüge der Argumentation (II.) eingeführt werden.

### **I. Zur Motivation des Antrags**

Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 14. Dezember 2012 die Entscheidung gefällt, ein Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG gegen die Antragsgegnerin beim Bundesverfassungsgericht anzustrengen. Dass es unter den antragsberechtigten Verfassungsorganen schließlich der Bundesrat ist, der sich zu dieser nicht einfachen Entscheidung durchgerungen hat, stellt keinen Zufall dar. Der Bundesrat verbindet die gesamtstaatliche Verantwortung eines alle Länder der Bundesrepublik Deutschland vertretenden Organs des Bundes mit seiner besonderen Nähe zu lokalen und regionalen Problemen. Dies entspricht der Beobachtung des Antragstellers, dass die politische Bedrohung, die von der NPD ausgeht, auf diesen beiden Ebenen in den Blick zu nehmen ist: Die Antragsgegnerin ist zum einen eine Bundespartei, ein gesamtstaatliches Phänomen, das in allen Ländern als Scharnier, Organisationsnetz und legaler Arm einer rechtsextremistischen politischen Bewegung fungiert. Die Antragsgegnerin ist zum anderen eine Partei, die in bestimmten Regionen mit besonderer Entschlossenheit auf den politischen Prozess einwirkt und dessen Integrität in Frage stellt. So operiert die Antragsgegnerin auf beiden Ebenen aggressiv und effektiv mit verfassungsfeindlichen Zielen. Auf der Ebene der Landespolitik und auf der – den Ländern als zuständiger Staatsgewalt zuzurechnenden – Ebene der Kommunalpolitik bedroht die Antragsgegnerin den politischen Prozess nicht nur, sondern hat sich bereits angeschickt, die sozialen Bedingungen demokratischer Vielfalt mit ihren politischen Mitteln einzuschränken. Zudem ist es für den Bundesrat nicht nur ein symbolisches Problem, wenn in zwei Landtagen, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, antiparlamentarische, antisemitische und das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellende Äußerungen an der Tagesordnung sind. Auf der Ebene des Bundes agiert die Antragsgegnerin als organisatorisches Verbindungsglied für gewaltbereite politische Extremisten, von denen viele ihre Mitglieder sind und mit denen sie in einer Fülle von Fällen in stabilem politischen Kontakt steht.

Es gehört zum Selbstverständnis des Bundesrates als einem tragenden Organ der wehrhaften demokratischen Ordnung des Grundgesetzes, die zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um solchen verfassungsfeindlichen Aktivitäten keine legitime öffentliche Plattform zu geben.

Für den Bundesrat lassen sich diese Phänomene weder schlicht als Folge eines politischen Versagens von Bund und Ländern noch als bloßes Symptom tieferliegender sozialer Probleme deuten, an denen durch ein Verbot der Antragsgegnerin nichts geändert werden könnte. Die unter dem Schutz des Parteienrechts stehende NPD erweist sich vielmehr als ein gut organisierter Knotenpunkt, der antidemokratische Tendenzen bündelt, formalisiert und verstärkt. Für Bürgerinnen und Bürger, für die Rechtstreue einen wesentlichen Wert darstellt, bildet die Legalität einer rechtsextremistischen Partei ein verstörendes, das Vertrauen in den Rechtsstaat beeinträchtigendes Phänomen. Die Legalität der NPD definiert einen symbolischen Ort des Zulässigen für die demokratische Auseinandersetzung, selbst dann, wenn die Partei im Einzelnen nicht rechtstreu handelt.

Der Antragsteller interpretiert das Handeln der NPD also nicht als unvermeidliche Folge einer bestimmten gesellschaftlichen Befindlichkeit, gegen die die Mittel des Rechts nichts ausrichten könnten. Vielmehr sieht er gerade in der Tatsache, dass sich das verfassungsfeindliche Handeln der Antragsgegnerin auf die Rechtsordnung berufen kann, einen wichtigen Faktor, der mitbestimmt, wie unsere Ordnung gerade von Bürgerinnen und Bürgern, die dieser Ordnung gegenüber skeptisch und distanziert bleiben, wahrgenommen wird. Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass der vom Bundesrat gestellte Verbotsantrag in eine Vielzahl weiterer Maßnahmen eingebettet ist, die den Versuch unternehmen, das Problem politischer Radikalisierung mit anderen Mitteln anzugehen.

Aufgrund dieser Motivation hat der Bundesrat den vorliegenden Antrag entworfen und sichergestellt, dass der vorzutragende Sachverhalt zum Verhalten der NPD sich unbeeinflusst von staatlichen Stellen abgespielt hat. Dies wird durch entsprechende Testate bestätigt.



## II. Die Argumentation in Grundzügen

Die Antragsbegründung argumentiert in ihren Grundzügen wie folgt: Tatbestandlich stellt sie auf die erste Alternative des Art. 21 Abs. 2 GG ab und wird nachweisen, dass die Antragsgegnerin darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Ganzen zu beseitigen. Dieser Tatbestand setzt sich aus Sicht des Antragstellers aus zwei Elementen zusammen: dem Element der verfassungswidrigen Ideologie der Antragsgegnerin und dem Element ihrer politischen Aktivität mit dem Ziel der Ablösung unserer Ordnung.

Die Ideologie der Antragsgegnerin wird sich als mit zentralen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar erweisen. Dies betrifft namentlich den in Menschenwürde und demokratischer Gleichheit angelegten Respekt vor einer basalen Gleichheit aller Menschen, den Schutz der Unterscheidung von Regierung und Opposition, die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, die Anerkennung der Rechtsform als einzig verfassungsgemäßem Medium politischer Veränderung sowie schließlich den verfassungsrechtlich umhegten Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Auf der Seite der politischen Aktivität hat die Begründung mit größerer Unsicherheit hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Maßstäblichkeit umzugehen, weil diese – anders als bei der Auslegung der materiellen Elemente des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG – nur auf zwei über ein halbes Jahrhundert zurückliegende Entscheidungen des Gerichts und vergleichsweise wenig Literatur zurückgreifen kann. Die Begründung wird angesichts dieser Offenheit der Maßstäbe im Zweifelsfall ein strengeres Maß an das Verhalten der Antragsgegnerin anlegen, als dogmatisch geboten erscheint. Dies ist namentlich für zwei Fragen von Bedeutung:

Zum Ersten erfordert Art. 21 Abs. 2 GG nach der Überzeugung des Antragstellers – im Einklang mit Rechtsprechung und Literatur – keine konkrete Gefährdung der Ordnung des Grundgesetzes. Trotzdem wird nachgewiesen werden, dass die Antragsgegnerin ihr Ziel einer Abschaffung der Ordnung im ganzen Bundesgebiet verfolgt und mit Hilfe der Gesamtorganisation auf lokaler Ebene bereits Beeinträchtigungen dieser Ordnung erreicht hat.

Zum Zweiten erfordert Art. 21 Abs. 2 GG nach Überzeugung des Antragstellers – wie auch von Rechtsprechung und Literatur – keine Prüfung der Verhältnismäßigkeit des Verbots.

Dennoch wird nachgewiesen werden, dass eine Verbotsentscheidung auch diesem Maßstab genügen würde.

## **A. Sachverhalt**

### **I. Zu Maßstab und Methode von Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsdarstellung**

Der vorliegende Antrag sieht sich hinsichtlich der Aufbereitung des Sachverhaltes mit spezifischen Problemen konfrontiert. Diese ergeben sich aus der bei der Antragsgegnerin zur Abwehr eines Verbotsantrages seit langem zu beobachtenden Strategie der Verdeckung ihrer wirklichen politischen Absichten (1.). Angesichts der beweisrechtlichen Standards, denen das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG zu genügen hat (2.), muss der Antrag daher auf unterschiedliche Materialien zur Darstellung des Sachverhaltes zurückgreifen (3.).

#### **1. Verdeckungsabsicht im Handeln der Antragsgegnerin**

Die Antragsgegnerin ist bereits Gegenstand eines im Jahr 2003 durch den Senat eingestellten Parteiverbotsverfahrens geworden.

BVerfGE 107, 339; dazu als Analyse *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009.

Die Möglichkeit eines neuen Parteiverbotsverfahrens ist zudem bereits seit längerer Zeit Gegenstand von Debatten im politischen Raum. Für die Antragsgegnerin kommt aus diesen Gründen der vorliegende Antrag keineswegs überraschend.

Dies schafft für den Antrag ein spezifisches Erkenntnis- und Darstellungsproblem. Die Antragsgegnerin operiert angesichts eines möglichen Verbotsverfahrens in bestimmten Bereichen seit längerem mit einer eigenen politischen Sprache, die dem doppelten Zweck dienen soll, verfassungsfeindliche Gehalte nicht offen zu kommunizieren, um so einem Verbot zu entgehen, andererseits für potenzielle Adressaten der Partei interessant zu bleiben und das eigentliche politische Programm sichtbar zu machen.

Zu dieser Strategie aus der empirischen Literatur beispielhaft für den Antisemitismus *Koschmieder*, Antisemitismus in der NPD. Eine empirische Analyse antisemitischer Kommunikationsstrategien, 2009; ferner *Volkmann*, Dilemmata des Parteiverbots, DÖV 2007, 577 (580 f.); *ders.*, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, JZ 2010, 209 (211); *Shirvani*, Parteienfreiheit, Parteienöffentlichkeit und die Instrumente des Verfassungsschutz-



zes, AöR 134 (2009), S. 572 (579 f.). Vgl. auch *Frankenberg/ Löwer*, Schriftsatz des antragstellenden Deutschen Bundestags vom 29. März 2001, S. 70 ff., 187 f., zu den hermeneutischen Problemen der programmatischen Semantik der Antragsgegnerin. Für Vereinsverbote entsprechend BVerwG, NVwZ 2013, 870 (871), Rn. 17: „Vereinigungen suchen etwaige verfassungsfeindliche Bestrebungen erfahrungsgemäß zu verheimlichen. Der Verbotstatbestand wird sich deshalb in der Regel nur aus dem Gesamtbild ergeben, das sich aus einzelnen Äußerungen und Verhaltensweisen zusammenfügt. Dass diese Belege gegebenenfalls einer mehr oder weniger großen Zahl unverfänglicher Sachverhalte scheinbar untergeordnet sind, besagt allein nichts über ihre Aussagekraft. ...“ Auch der EGMR berücksichtigt bei seiner Kontrolle mitgliedstaatlicher Parteiverbote, dass Parteien in Programmen und Satzungen oft ihre wahren Absichten verschleiern, weshalb auf das *Gesamtbild* einschließlich der Stellungnahmen von Mitgliedern und Verantwortlichen abzustellen sei: EGMR, Urteil vom 13.02.2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi* ./ Türkei, Rn. 101; EGMR, Urteil vom 09.04.2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., *Yazar* ./ Türkei, Rn. 50.

Diese Strategie offenbart sich in Spannungen zwischen verschiedenen Äußerungen von Vertretern der Partei. Sie zeigt sich in dem Gegensatz zwischen den Aussagen eines offensichtlich verfassungsfeindliche Inhalte überprüfen und deswegen – freilich nur auf den ersten Blick – harmlos wirkenden Parteiprogramms einerseits,

vgl. Arbeit. Familie. Vaterland. Das Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, **Anlage 6**,

und zahlloser im Folgenden zu dokumentierenden Äußerungen – und Handlungen – von Vertretern der Partei, die mit den durch Art. 21 Abs. 2 GG zu schützenden Kerngehalten unserer Verfassung nicht zu vereinbaren sind, andererseits.

Sogleich unter III und IV.

Für den Antragsteller folgt aus diesem Problem jedoch nicht die Notwendigkeit, den vorliegenden Antrag auf Informationen aufzubauen, die sich aus verdeckt polizeilich oder nachrichtendienstlich ermittelten Erkenntnissen ergeben. Vielmehr wird gezeigt werden, dass das Handeln der Antragsgegnerin, weil es auf den politischen Erfolg der Abschaffung der grundgesetzlichen Ordnung abzielt, unweigerlich ihre wahren politischen Überzeugungen zutage treten lassen muss. Damit können sich die Belege des Antrags auf offen zugängliche Materialien beschränken.

Das Spiel mit Doppeldeutigkeiten, das die Antragsgegnerin betreibt, zeigt sich exemplarisch an einer jüngst durchgeführten Plakataktion.

Vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 platzierte die NPD dieses Plakat nach eigenen Angaben mehr als 20.000 Mal in Berlin – unter anderem vor dem Jüdischen Museum. Der Slogan „GAS geben“, der neben dem Spitzenkandidat und langjährigen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt abgedruckt war, rief vielfach Empörung hervor.

**Beleg 1 (Kategorie 1):** NPD-Wahlplakat „GAS geben!“.



## **2. Normative Vorgaben für die Ermittlung und Verwertung des Sachverhaltes**

Die Ermittlung des Sachverhaltes unterliegt keinen spezifischen verfassungsrechtlichen Beschränkungen (a). Seine Verwertung folgt allgemeinen prozessualen Regeln (b).

### **a) Keine spezifische verfassungsrechtliche Begrenzung der Erkenntnismittel**

Die Erkenntnismittel, die zur Aufklärung des Sachverhaltes eines Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG genutzt werden können, unterliegen allgemeinen, aber keinen spezifischen verfassungsrechtlichen Begrenzungen.

So ausdrücklich *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 539 (64. Lieferung Januar 2012); *Seifert*, Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, 1975, S. 469.

Dies gilt für die Parteien- und Abgeordnetenfreiheit (aa) ebenso wie für den Schutz durch Indemnität (bb).

#### **aa) Parteienfreiheit**

Politische Parteien sind durch Art. 21 Abs. 1 GG nicht generell von der Beobachtung durch staatliche Sicherheitsbehörden ausgeschlossen.



BVerfGE 107, 339 (365 und öfter).

Für Abgeordnete des Bundestages oder der Landtage gelten aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG oder entsprechenden landesverfassungsrechtlichen Normen, wie die jüngst ergangene Entscheidung zur Beobachtung des Abgeordneten *Bodo Ramelow* klargestellt hat, Besonderheiten: Eine nachrichtendienstliche Beobachtung unterliegt strengen Verhältnismäßigkeitsanforderungen.

BVerfG, Beschluss v. 17.09.2013 – 2 BvR 2436/10, 2 BvE 6/08, dazu sogleich unter bb.

Dabei kann offen bleiben, inwieweit die Normen zum Schutz der Parteienfreiheit grundsätzlich eine Beschränkung der nachrichtendienstlichen Beobachtung gebieten. Jedenfalls sind solche Beschränkungen nicht auf die Vorbereitung eines Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG anzuwenden. Eine andere Deutung würde das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG faktisch aushebeln, da sie ausschließen würde, dass eine politische Partei, die ihre politischen Absichten verheimlicht, mit einem sachlich gehaltvollen Verbotsantrag konfrontiert werden könnte. Wie auch immer sich die allgemeinen Grenzen der nachrichtendienstlichen Beobachtung von Parteien darstellen, ist durch Art. 21 Abs. 2 GG wiederum eine Grenze dieser Grenzen vorgegeben. Sie liegt in der Vorbereitung eines Parteiverbotsverfahrens, das eine durch das Grundgesetz selbst ausdrücklich vorgesehene Form des Verfassungsschutzes darstellt.

*Möllers*, Urteilsanmerkung, zu Bundesverwaltungsgericht U. v. 21. 7. 2010 – 6 C 22.09, JZ 2011, 39 f.; noch weitergehend zugunsten einer nachrichtendienstlichen Überwachung BVerwG, ebd.

#### ***bb) Freies Mandat und Indemnität***

Etwas anderes gilt auch nicht für die Verwertung parlamentarischer Äußerungen, im konkreten Fall Äußerungen von Abgeordneten, die als Mitglied der Antragsgegnerin in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sitzen. Diese Verwertung verstößt weder gegen den Schutz des freien Mandats noch gegen den Grundsatz der parlamentarischen Indemnität.

Der Indemnitätsgrundsatz garantiert einen umfassenden Schutz von Äußerungen vor dem Parlament gegenüber jedweder dienstlichen oder gerichtlichen „Verfolgung“.

Hierzu kann auch die Sammlung von parlamentarischen Äußerungen durch die Nachrichtendienste von Bund und Ländern zählen.

BVerfG, Beschluss v. 17.09.2013 – 2 BvR 2436/10, 2 BvE 6/08, Rz. 124.

Die Indemnität wird ausdrücklich auch in den Landesverfassungen der beiden Länder geschützt, in deren Landtagen Abgeordnete der NPD sitzen, und deren Äußerungen in diesem Antrag dokumentiert werden.

Art. 24 Abs. 1 Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern; Art. 55 Abs. 1 Sächsische Landesverfassung.

Die durch die Indemnität ausgeschlossene Verfolgung umfasst jedoch im Ergebnis nicht die Verwertung parlamentarischer Äußerungen in einem Parteiverbotsverfahren. Zwar ist es richtig, dass eine Rechtsfolge des Parteiverbots im Verlust der Mandate der Abgeordneten bestehen kann. Insoweit ließe sich argumentieren, dass die Verwendung parlamentarischer Protokolle in der Tat eine verbotene gerichtliche Verfolgung im Sinne des Indemnitätsschutzes bedeuten könnte. Gegen diese Lesart sprechen jedoch sowohl innersystematische Gründe des Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GG als auch das systematische Verhältnis dieser Norm zu Art. 21 Abs. 2 GG:

Innersystematisch soll Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GG jedwede *persönliche* Verantwortlichkeit der geschützten Abgeordneten ausschließen. Darauf weist auch die parallele Formulierung des „zur Verantwortung gezogen werden“ in der Norm hin. Damit schützt die Norm aber nicht vor den mittelbaren Folgen einer rechtlichen Sanktion gegenüber der Partei, welcher der Abgeordnete angehört.

Vgl. hierzu *Magiera*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 46 Rn. 68 (150. Lieferung Februar 2011): „Es muss sich jedoch um Verfahren gegen den Abgeordneten handeln. Nicht ausgeschlossen sind daher Klagen gegen Dritte [...]. Nicht ausgeschlossen ist auch die (inzidente) rechtliche Würdigung an sich immunitätsgeschützter Äußerungen des Abgeordneten in Verfahren gegen Dritte, z.B. Beteiligte.“ Vgl. auch: *Schneider*, in: Stein/Denninger/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (AK-GG), 3. Aufl. 2001, Art. 46 Rn. 8 a.E.: „Schließlich hindert der Indemnitätsschutz nur staatliche Maßnahmen, die sich gegen den handelnden Abgeordneten selbst, nicht aus gleichem Anlaß



gegen beteiligte Dritte richten. Die ‚Verantwortungsfreiheit‘ nach Art. 46 Abs. 1 ist also ein persönliches, täter- nicht tatbezogenes Mandatsträgerprivileg.“

Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GG bezieht sich auf den Schutz des einzelnen Abgeordneten und des Parlaments im Ganzen. So hat es der Zweite Senat in seinem jüngst ergangenen Beschluss zur Beobachtung des Abgeordneten *Bodo Ramelow* durch den Verfassungsschutz herausgestellt.

BVerfG, Beschluss v. 17.09.2013 – 2 BvR 2436/10, 2 BvE 6/08, Rz. 90 ff., 124; *Schulze-Fielitz*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2008, Art. 46 Rn. 8; *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 46 Rn. 31 (52. Lieferung Mai 2008).

Dagegen bezweckt Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GG keine mittelbare Verstärkung der Parteienfreiheit des Art. 21 Abs. 1 GG. Dies unterscheidet die vorliegende Konstellation von der im zitierten Beschluss vom 17. September 2013 geklärten Konstellation der Beobachtung von Abgeordneten durch Behörden des Verfassungsschutzes.

Zudem steht das verfassungsunmittelbare Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG gleichrangig neben diesen Schutznormen. Das Parteiverbotsverfahren wurde bewusst in der Verfassung selbst als Kernstück der „wehrhaften Demokratie“ verankert. Die Durchführung eines solchen Verfahrens setzt seitens der Antragsberechtigten die Fähigkeit zur Erhebung von Informationen über eine potenziell verfassungsfeindliche Partei auch dann voraus, wenn diese in einem Parlament vertreten ist. Eine andere Lesart würde die für das vorliegende Verfahren speziellere Norm des Art. 21 Abs. 2 GG faktisch aushebeln. Denn eine solche Erstreckung des Indemnitätsschutzes würde es einer verfassungsfeindlichen politischen Partei, die in ein Parlament gewählt wurde, gestatten, ihre politischen Ziele allein durch die öffentliche Verlautbarung im Parlament zu verfolgen, ohne dass dies in einem Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG thematisiert werden könnte. Dies erscheint als ein eigenwilliges und systematisch nicht haltbares Ergebnis, weil es die zunehmende Gefahr des politischen Erfolges einer verfassungsfeindlichen Partei mit dem Außerkraftsetzen des Verfahrens prämiieren würde, das genau diesen verhindern soll. Auch jenseits des Problems der Beweisbarkeit ist es aus diesem Grund plausibler, den Schutz der Indemnität jedenfalls dort enden zu lassen, wo ein Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG *erfolgreich* ist. Dies aber setzt einen Gebrauch der parlamentarischen Protokolle voraus, der, sollte das Verfahren scheitern, für die betroffenen Abgeordneten folgenlos bliebe.

Dieser Lesart ist, ohne überhaupt ein Problem zu sehen, auch das Bundesverfassungsgericht im Verfahren gegen eine im Bundestag vertretene Partei, die KPD, gefolgt und hat parlamentarische Äußerungen für seine Entscheidung verwertet.

Vgl. etwa aus der mündlichen Verhandlung im KPD-Verfahren zum Verlauf der Bundestagsdebatte vom 18. Oktober 1950 in Pfeiffer/Strickert (Hrsg), KPD-Prozess, Dokumentarwerk 1, 1956, S. 323 ff.

## **b) Anwendung prozessualer Beweisregeln auf das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG**

Die in dieser Antragschrift angeführten Belege und Materialien, die die Erfüllung der tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG in Bezug auf die NPD nachweisen, begrenzen den Sachverhalt des Parteiverbotsverfahrens nicht abschließend. Im Rahmen der einleitenden Verfahrensstufe sollen sie zunächst ein hohes Maß an Verbotswahrscheinlichkeit darlegen.

Vgl. *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 157.

Der Antragsteller bietet an, bereits in dieser Verfahrensstufe weitere Belege vorzulegen.

Entsprechend gelten für das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht die allgemein anerkannten Beweisregeln.

*Benda/Klein*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 2012, Rn. 323; *Hillgruber/Goos*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 2011, Rn. 713; insgesamt zum Beweisrecht *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verfahrens, 2009, S. 141 ff.

Grundsätzlich sieht sich das Gericht dabei nicht durch die prozessrechtlich ausdrücklich vorgeschriebenen Beweismittel beschränkt, sondern vertritt einen „pluralistischen“ Ansatz.

*Bryde*, Tatsachenfeststellungen und soziale Wirklichkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, Bd. 1, 2001, S. 533 (536 ff.).

Unbestritten und im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist die Einvernehmung sachkundiger Dritter, § 27a BVerfGG.



### **c) Keine Beschränkung der Beweisverwertung aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG**

Eigene verfassungsrechtliche Grenzen der Beweisverwertung ergeben sich schließlich auch nicht aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG.

In ständiger Rechtsprechung hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts festgestellt,

„dass die Meinungsfreiheit verletzt wird, wenn ein Gericht bei mehrdeutigen Äußerungen die zu einer Verurteilung führende Bedeutung zu Grunde legt, ohne vorher mit schlüssigen Gründen Deutungen ausgeschlossen zu haben, welche die Sanktion nicht zu rechtfertigen vermögen (vgl. BVerfGE 82, 43 [52]; 93, 266 [295 ff.]; 94, 1 [9]).“ BVerfGE 114, 339 (349).

Aus dieser Rechtsprechung ergeben sich für den Umgang mit dem hier einzuführenden Beweismaterial keine verfassungsrechtlichen Verwertungsverbote. Sie ist tatbestandlich nicht einschlägig..

Tatbestandlich betrifft die zitierte Rechtsprechung den Fall der zivil- oder strafrechtlichen Sanktion eines Grundrechtsträgers für eine ihm zuzurechnende Äußerung. Eine solche Konstellation liegt hier aber aus zwei Gründen nicht vor. Zunächst geht es bei der Beurteilung von Äußerungen der Antragsgegnerin nicht darum, diese zu sanktionieren, sondern darum, ihre politischen Überzeugungen sachverhältnissmäßig festzustellen, um zu einer Gesamtwürdigung ihrer Verfassungskonformität zu kommen. Damit liegt der von der Rechtsprechung angesprochene Verfahrenstyp hier nicht vor. Zudem handelt es sich im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG nicht um eine grundrechtlich geschützte Konstellation. Zwar genießt die Antragsgegnerin als solche ebenso wie ihre Mitglieder selbstverständlich Grundrechtsschutz. Doch geht es im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG gerade darum festzustellen, ob die bis hierhin grundrechtlich geschützte Tätigkeit der Antragsgegnerin durch eine Feststellung des Bundesverfassungsgerichts diesen Schutz verlieren und ihre Betätigung im Ganzen verboten werden soll oder nicht. Anders als in einer grundrechtlichen Konstellation hat das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG nicht die Reichweite des Grundrechtsschutzes zu überprüfen, sondern vielmehr die verfassungsrechtlichen Mindestbedingungen der Berechtigung zu grundrechtlichem Schutz für eine politische Partei zu klären. Damit ist das Verfahren der Anwendung der Grundrechte vorgelagert, es betrifft die parteispezifische Anwendungsbedingung.

Zudem unterscheidet der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts zwischen der Sanktion vergangener und der Unterlassung zukünftiger Äußerungen. Die hier in Frage stehende



Rechtsprechung wendet das Gebot einer wohlwollenden Auslegung ausdrücklich nicht auf die Unterlassung zukünftiger Äußerungen an.

BVerfGE 114, 339 (340).

Das erscheint konsequent, weil mit einer Unterlassungsanordnung Äußerungen gerade nicht sanktioniert, sondern nur neue Äußerungen unterbunden werden sollen. Für einen solchen Eingriff gelten aber geringere Rechtfertigungsanforderungen. Auch im vorliegenden Verfahren geht es nicht um die Sanktionierung vergangener Äußerungen, sondern um die Unterbindung zukünftiger verfassungsfeindlicher politischer Betätigung.

Verkannt wird diese zeitliche Komponente wie auch der Sanktionsbegriff vom VG Berlin, Beschluss der 1. Kammer vom 7. September 2011 (VG 1 L 293.11), in dem dieses eine amtliche Anordnung zur Entfernung der Plakate „Gas Geben“ (**Beleg 1 (Kategorie 1)**) unter Berufung auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aufhob. Bei der Anordnung handelte es sich schon nicht um eine Sanktion.

### **3. Sachverhaltsmaterialien**

Die Tatsachen, die der Antragsteller im Folgenden in das Verfahren einführen wird, entstammen allgemein zugänglichen Materialien (a). Demgegenüber fungieren Belege aus offenen Ermittlungsmaßnahmen der Polizei nur ergänzend (b). Zur Vertiefung der Tatsachenbasis werden auch Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung in den Vortrag einbezogen (c), die wiederum durch zwei in Auftrag gegebene wissenschaftliche Gutachten vervollständigt werden (d). Damit ist das Problem der Einbeziehung von Vertrauenspersonen, das die Einführung von Informationen betrifft, die durch nachrichtendienstliche Maßnahmen ermittelt wurden, für den vorliegenden Antrag gelöst (e).

#### **a) Informationen aus allgemein zugänglichen Materialien**

Der Antrag ist maßgeblich aus allgemein zugänglichen Materialien informiert. Diese beziehen sich auf den Zeitraum ab dem 1. Januar 2008. Das Material enthält zunächst Publikationen der Antragsgegnerin selbst. Diese werden, wiewohl sie unter dem oben entwickelten Vorbehalt

einer beabsichtigten Irreführung über ihre wahren politischen Ziele stehen, doch in zahlreichen Fällen verfassungswidrige Zielsetzungen der Partei dokumentieren. Dies gilt namentlich für Veröffentlichungen in der parteieigenen Zeitung „Deutsche Stimme“ und der Öffentlichkeit in gedruckter oder elektronischer Form zugänglichen anderen Dokumentationen der Antragsgegnerin wie Programmschriften, Flyern und Videos.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat die laufende „Beobachtung der von der Partei herausgegebenen oder von ihr veranlassten Druckerzeugnisse durch sachkundige staatliche Behörden“ – also auch durch den Verfassungsschutz – als unproblematisch für ein Verbotsverfahren bezeichnet.

BVerfGE 107, 339 (366).

Als allgemein zugängliche Materialien sind auch nicht-sicherheitsbehördliche amtliche Entscheidungen zu bewerten, die das Handeln der Antragsgegnerin in einem konkreten Kontext nicht nur rechtlich beurteilen, sondern auch tatsächlich beschreiben. Hervorzuheben ist an dieser Stelle eine Fülle von *Gerichtsurteilen*. Der Erkenntniswert solcher Urteile für das vorliegende Verfahren ist deswegen hoch, weil die gerichtliche Sachverhaltsermittlung hier unabhängig von exekutivischen Interessen an Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung und unabhängig von politischem Einfluss erfolgt ist, ja im Fall verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen sogar in neutraler Äquidistanz zur Exekutive als der anderen Verfahrenspartei abgelaufen ist.

Weitere allgemein zugängliche Materialien zeigen das Verhalten von Funktionären und Mitgliedern der Partei in namentlich im Internet dokumentierten Filmen und Berichten. Auf solche Belege greift der Antrag zurück, soweit sie aussagekräftig erschienen und sich ihre Entstehung plausibel nachvollziehen ließ. Von besonderem dokumentarischem Wert sind zahlreiche programmatische Äußerungen, in denen Organe der Partei ihre politischen Ziele und Strategien ausdrücklich formulieren.

## **b) Ergebnisse offener polizeilicher Ermittlungsmaßnahmen**

Demgegenüber nachrangig für die Darstellung der Aktivitäten der Partei sind die Ergebnisse offener Ermittlungsmaßnahmen. Offene Ermittlungsmaßnahmen bezeichnet dabei die von der Polizei vorgenommene offene, das heißt für die Betroffenen erkennbare Beobachtung öffent-



licher Veranstaltungen der Antragsgegnerin, die es der Polizei gestatten, mit Hilfe von Notizen oder anderen Formen der Aufzeichnung Aktivitäten der Partei zu dokumentieren.

Ergebnisse offener Ermittlungsmaßnahmen müssen sich *nicht* aus einer Initiative der Polizeibehörden selbst ergeben. Sie werden im Folgenden auch aus Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten und zur Abwehr von Gefahren resultieren, die völlig unabhängig vom politischen Anliegen der Partei, deren Mitglieder oder Untergliederungen die Ermittlung betrafen, angestrengt wurden. Auch Informationen aus dem Bereich der Strafverfolgung gegen Führungspersonen der NPD werden im Rahmen der Zurechenbarkeit ein wichtiges Element bei der Darstellung des Handelns der Antragsgegnerin bilden.

Solche polizeilichen Erkenntnisse wurden in einer Form erhoben, die, wie gesagt, von der Antragsgegnerin nachvollzogen werden konnte. Zugleich ist die offene Ermittlung in einer für den Senat nachvollziehbaren Art und Weise dokumentiert. Alle polizeilichen Ermittlungsergebnisse können dem Gericht gegenüber auch in ihrem Entstehungsprozess nachvollzogen werden, um ihren Beweiswert zu sichern.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat gegen die Verwendung von Material, das aus der „Beobachtung einer politischen Partei im allgemeinen öffentlich zugänglichen Rahmen, etwa bei Versammlungen oder Aufmärschen“ stammt, keinerlei Bedenken erhoben.

BVerfGE 107, 339 (366).

### **c) Ergänzend: Empirische sozialwissenschaftliche Erkenntnisse**

Ergänzend wird der Antrag auch auf Erkenntnisse aus der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung zum Handeln der Antragsgegnerin im Kontext des Rechtsextremismus in Deutschland zurückgreifen. Dies geschieht zunächst aus der Einsicht heraus, dass die Antragsgegnerin in sozialwissenschaftlichen Studien mit ganz unterschiedlichen Methoden zum Gegenstand aktueller Forschung geworden ist und diese Forschung aus Sicht des Antragstellers in den Anträgen der zurückliegenden Verbotsverfahren des Jahres 2001/2003 eine zu geringe Rolle gespielt hat. Der Rückgriff auf empirische Sozialforschung erscheint dem Antragsteller vor allem deswegen geboten, weil die Konsequenzen des Handelns der Antragsgegnerin für das demokratische Leben in Deutschland einer systematisch angeleiteten Untersuchung

bedarf, die staatlichen Behörden nicht in gleicher Weise möglich ist. Die Erkenntnisse staatlicher Behörden unterliegen spezifischen Erkenntnis- und Plausibilisierungsgrenzen:

- Aus guten rechtsstaatlichen Gründen reagieren Polizei- und Strafverfolgungsbehörden auf das Vorliegen konkret gesetzlich definierter Veranlassungstatbestände. Dies führt zu einer Punktualität ihres Wissens, die für die hier im Zentrum stehende Frage der gesellschaftlichen Folgen des Handelns der Antragsgegnerin nicht hinreichend ist. Dieser Mangel kann durch Informationen aus dem Bereich der polizeilichen Gefahrenprävention nicht vollständig aufgefangen werden, schon weil es sich bei den in Frage stehenden Entwicklungen um die Implikationen legalen Handelns auf die Gesellschaft handelt.
- Ähnlichen Einwänden könnten Informationen der Nachrichtendienste unterliegen. Neben der im Einzelfall möglicherweise schwierigen Nachvollziehbarkeit ihrer Informationserhebung verfügen die Nachrichtendienste auch nicht in gleicher Weise über das Wissen zur gesellschaftlichen Makrobeschreibung, das zur Erhebung der im vorliegenden Verfahren in Frage stehenden Erkenntnisse notwendig ist. Dies wäre von ihrem gesetzlichen Auftrag auch nicht gedeckt. Die Nachrichtendienste müssen aus guten rechtsstaatlichen Gründen bei der Untersuchung von Bestrebungen stehen bleiben, die in Verdacht stehen, den Bestand der Verfassung zu bedrohen. Die legalen gesellschaftlichen Folgen können darüber hinaus nicht in gleicher Intensität verfolgt werden.

Dabei ist nicht in Abrede zu stellen, dass sich auch sozialwissenschaftliche Erkenntnisse als fehlerhaft erweisen können. Wissenschaftliche Methodik ist umstritten, sie wird nicht immer beachtet und ihre Beachtung garantiert keine Richtigkeit der Ergebnisse. Dies spricht jedoch nicht pauschal gegen ihren Beweiswert und gegen ihre Einführung in das Verfahren. Das gerichtliche Verfahren kann das Problem des Beweiswertes solcher Erkenntnisse, wie auch sonst, nur dadurch lösen, dass der Beweisantritt beiden Parteien offen steht: Fehlerhafte wissenschaftliche Einsichten können nur durch wissenschaftliche Kritik aufgedeckt werden.

Für den Antragsteller bedeutet dies, dass er die beweiskräftigen wissenschaftlichen Quellen unter Sichtung des wissenschaftlichen Forschungsstandes ausgewählt hat. Um den aktuellen Zustand der Partei zu dokumentieren, wird v.a. Forschung aus den letzten fünf Jahren, also seit 2008, zitiert.



#### **d) Insbesondere: Sachverständigengutachten**

Zusätzlich legt der Antragsteller mit dem Antrag zwei wissenschaftliche Sachverständigengutachten vor. Diese Gutachten dienen *nicht* der Dokumentation des gesamten vom Antrag umfassten Sachverhalts zur Verfassungsfeindlichkeit der NPD, sondern lediglich dem Beweis zweier eingegrenzter Beweisfragen:

Mit dem Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin,

Stellungnahme und Synopse zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, **Anlage 2**,

soll die Kontinuität in der ideologischen Ausrichtung der Antragsgegnerin zu den Überzeugungen der NSDAP unter Beweis gestellt werden. Die normative Anleitung dieses Beweisthemas findet sich in den Ausführungen zur Maßstababildung.

Unten C I 2.

Die Subsumtion findet sich im Anwendungsteil.

Unten C II 1.

Das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte stützt sich vorrangig auf die Belegsammlung, die zur Vorbereitung des Verfahrens erstellt wurde.

Mit dem Gutachten von *Professor Dr. Dierk Borstel*,

Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD. Gutachten im Rahmen des Antrags auf ein Verbot der NPD, **Anlage 3**,

soll exemplarisch dargelegt werden, dass das Handeln der Antragsgegnerin in einigen Gebieten der Bundesrepublik bereits heute zu einer Beeinträchtigung eines offenen demokratischen Lebens auf lokaler Ebene geführt hat. Dieses Beweisthema greift eine Auslegung des Antragstellers von Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 21 Abs 2 GG auf, die sich in den Ausführungen zur Maßstababildung findet.

Unten C I 2 b cc.

Die Subsumtion der Ergebnisse des Gutachtens unter den entfalteten Prüfungsmaßstab findet sich wiederum im Anwendungsteil.



Unten C II 1 und 2.

Das politikwissenschaftliche Gutachten von *Borstel* stützt sich auf eigene Ergebnisse empirisch-sozialwissenschaftlicher Forschung sowie auf die einschlägige sozialwissenschaftliche Literatur.

Beide Gutachten wurden vom Bundesrat, bzw. vom Bundesministerium des Innern mit der Maßgabe in Auftrag gegeben, in wissenschaftlicher Unabhängigkeit die geschichts- bzw. sozialwissenschaftlichen Klärungen vorzunehmen. Der Antragsteller regt an, in einer mündlichen Verhandlung die Gutachter zur Erläuterung ihrer Gutachten zu laden.

#### **e) Kein Einsatz von Quellen (Verdeckte Ermittler, Vertrauenspersonen oder Under-Cover-Agents)**

Am Einsatz von sogenannten Vertrauenspersonen, also Privatpersonen, die als Mitglieder oder Anhänger der Antragsgegnerin den Sicherheitsbehörden Informationen über die Antragsgegnerin weitergeben, scheiterte das Parteiverbotsverfahren gegen die Antragsgegnerin im Jahre 2003.

BVerfGE 107, 339.

#### ***aa) Staatsfreiheit für ein faires Verfahren***

Der Zweite Senat hatte seinerzeit im Hinblick auf die Gewährleistung eines fairen Verfahrens die Staatsfreiheit der zu verbietenden Partei gefordert:

„Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei ist in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren, die sich aus Art. 21 Abs. 1 und Abs. 2 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3 GG, ergeben.“ BVerfGE 107, 339 (365);

„Staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei macht Einflussnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar.“ Ebd., 366;

„Vor diesem Hintergrund gebieten die rechtsstaatlichen Anforderungen an das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG, §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG strikte Staatsfreiheit im Sinne unbeobachteter selbstbestimmter Willensbildung und Selbstdarstellung der Partei vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ver-

fassungsgerichtliche Parteiverbot, die schärfste und überdies zweischneidige Waffe des demokratischen Rechtsstaats gegen seine organisierten Feinde, braucht ein Höchstmaß an Rechtssicherheit, Transparenz, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit des Verfahrens. Dies gilt auch für das zu beurteilende Tatsachenmaterial. Nur eindeutige und offene Zurechnungen von Personen, Verhalten und Äußerungen entweder zur Sphäre der Antragsteller oder zu der der Antragsgegnerin ermöglichen es dem Gericht, eine verfassungsrechtlich vertretbare Entscheidung über Verfassungswidrigkeit oder Verfassungsmäßigkeit der Partei als Ergebnis eines rechtsstaatlich geordneten Verfahrens zu finden und zu verantworten. [...] Deshalb müssen die staatlichen Stellen rechtzeitig vor dem Eingang des Verbotsantrags beim Bundesverfassungsgericht – spätestens mit der öffentlichen Bekanntmachung der Absicht, einen Antrag zu stellen – ihre Quellen in den Vorständen einer politischen Partei ‚abgeschaltet‘ haben; sie dürfen nach diesem Zeitpunkt keine die ‚Abschaltung‘ umgehende ‚Nachsorge‘ betreiben, die mit weiterer Informationsgewinnung verbunden sein kann, und müssen eingeschleuste V-Leute zurückgezogen haben.“ Ebd., 369.

„Den Geboten der Staatsfreiheit der politischen Parteien und der Verlässlichkeit und Transparenz des Parteiverbotsverfahrens widersprechen auch Begründungen eines Antrags zur Einleitung dieses Verfahrens, die in nicht unerheblichem Umfang auf Äußerungen von Parteimitgliedern gestützt sind, die nachrichtendienstliche Kontakte mit staatlichen Behörden unterhalten oder unterhalten haben.“ Ebd., 370.

Zwischen 2008 und 2013 lag der Anteil der Quellen, die durch Polizei und Nachrichtendienste von Bund und Ländern im Bereich der NPD zur Informationsgewinnung über die Partei eingesetzt gewesen waren, bezogen auf die Gesamtpartei zu keinem Zeitpunkt über 2,5 % der Mitglieder; bezogen auf die Führungsebene, d.h. die Vorstände in Bund und Ländern sowie der Vorstände der Teilorganisationen, zu keinem Zeitpunkt über 6,6 % der Vorstandsmitglieder. Die Durchschnittswerte auf die Jahre 2008 bis 2013 bezogen liegen in beiden Fällen unter diesen Zahlen.

Spätestens seit dem 6. Dezember 2012 sind nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz die Informationsbeziehungen zu sämtlichen Quellen auf der Führungsebene der NPD, einschließlich der Nachsorge, also Kontakten, die nicht Informationsgewinnung, sondern Fragen der operativen Sicherheit zum Inhalt hatten, beendet.

Dies wird durch Testate der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern bestätigt.

#### **Anlage 4.**



## ***bb) Quellenfreiheit des verwendeten Materials***

Mit dem Einsatz verdeckter Informationsgewinnung verbinden sich davon unabhängig zwei unterschiedliche Probleme hinsichtlich des Beweiswertes des vom Antragsteller vorgetragenen Sachverhalts:

- (1) Durch verdeckte Informationsgewinnung ermittelte Informationen können einen geringeren Beweiswert haben. So lässt sich nicht stets konkret nachvollziehen, inwieweit in dieser Weise ermittelte Sachverhalte das Ergebnis „teilnehmender Beobachtung“ sind, also der Informant in einer Art und Weise an der berichteten Handlung teilgenommen hat, die eine Zurechnung zur Antragsgegnerin nicht mehr gestattet, weil die Handlung nicht durch einen Akteur vorgenommen wurde, der sich eindeutig auf der Seite der Antragsgegnerin bewegt.
- (2) Auch offen ermittelte Sachverhalte können durch die Anwesenheit von Vertrauenspersonen kompromittiert werden, wenn diese selbst an den Sachverhalten teilnehmen und ihren Verlauf beeinflussen. Es entsteht ein entsprechendes Zurechnungsproblem.

Der vorliegende Antrag begegnet diesem ernst zu nehmenden Problem durch die folgenden Vorkehrungen:

- Der Antrag verzichtet vollständig auf die Verwendung von Informationen, die von Quellen ermittelt wurden. Die Verwendung allgemein zugänglicher öffentlicher Materialien (Druckschriften und Internetauftritte), von Gerichtsentscheidungen der Fachgerichtsbarkeit sowie die Einführung von Ergebnissen der empirischen Sozialforschung kompensieren diesen Verzicht.
- Die Quellenfreiheit der verwendeten Belege wird nach zwei Kategorien differenziert bestätigt:

Bei Belegen der *Kategorie 1* handelt es sich um Material, bei dem eine inhaltliche Quellenrelevanz vollständig ausgeschlossen werden kann. Hierzu wird vom Bund und von den Ländern bestätigt, dass die Person, der das jeweilige Beweismittel als Autor oder Urheber inhaltlich zuzurechnen ist, nach dem 1. Januar 2003 keine zur Ausfor-

sung der NPD eingesetzte Quelle des Verfassungsschutzes oder der Polizei eines Landes oder des Bundes im Sinne von Verdeckten Ermittlern, Under-Cover-Agents oder Vertrauenspersonen war oder ist.

Belege der *Kategorie 2* haben keine eindeutig einer Person zuzurechnende Urheberschaft. Für dieses Material bestätigen Bund und Länder eine inhaltliche Quellenfreiheit dergestalt, dass zum Zeitpunkt, zu dem das Beweismittel entstand (Datum der Veröffentlichung oder bei Internet-Veröffentlichungen der Zeitpunkt des Abrufs durch die Sicherheitsbehörden), in dem hierfür verantwortlichen Personenkreis (z.B. Vorstand oder Redaktion) der Organisation (z.B. Orts-, Kreis-, Landes- oder Bundesverband der NPD, JN-Stützpunkt oder Verlagsgesellschaft), der das Beweismittel inhaltlich zuzuordnen ist, weder vom Verfassungsschutz noch von der Polizei des für die Beobachtung jeweils zuständigen Landes oder des Bundes Quellen im Sinne von Verdeckten Ermittlern, Under-Cover-Agents oder Vertrauenspersonen zur Erforschung der NPD zielgerichtet eingesetzt oder geführt wurden.

Auch dies wird durch die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern testiert.

Testate der Innenminister und -senatoren in **Anlage 4**.

## **II. Die NPD als politische Partei**

### ***Entstehung, Mitgliederzahl, Struktur***

Die NPD ist die älteste und bedeutendste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Sie wurde 1964 in Hannover gegründet. Die Gründung wurde unter anderem von Kräften der Deutschen Reichspartei betrieben. Ein Vakuum im rechtsextremistischen Spektrum konnte nach Auffassung der Gründer so geschlossen werden. Die politische Relevanz der Partei hat in den letzten 50 Jahren stark geschwankt: Nach einer Hochphase in den 1960er Jahren, in der die Partei in zahlreiche Landtage einziehen konnte, begann nach der Bundestagswahl 1969, bei der die NPD 4,3 % der Zweitstimmen erhielt und in der Spitze bis zu 28.000 Mitglieder hatte,



eine Phase des Niedergangs. Nach 1990 konnte die ideologisch neu ausgerichtete Partei in den neuen Ländern erneut Erfolge erzielen.

Auch die Anzahl der Mitglieder der NPD hat im Lauf ihrer Geschichte stark geschwankt. Nach einem deutlichen Anstieg nach der Wiedervereinigung sank sie bis zur Gegenwart wieder ab. Nach Angaben der Rechenschaftsberichte der Antragsgegnerin von über 7.014 im Jahr 2007, über 6.782 im Jahr 2008, 6.732 im Jahr 2009, 6.376 im Jahr 2010 auf 5.744 Personen Ende 2011.

**Anlage 8:** Rechenschaftsberichte der NPD aus den Jahren 2008 – 2011 gem. §§ 23 ff. PartG, BT-DrS 17/870, S. 25 ff.; 17/4801, S. 33 ff.; 17/8551, S. 33 ff.; 17/12341, S. 46.

Trotz dieses gegenwärtigen Rückgangs hat sich ein harter Mitgliederkern stabilisiert.

Nach § 1 der NPD-Satzung ist die NPD „der politische Zusammenschluss nationaler Deutscher aller Stände, Konfessionen, Landsmannschaften und Weltanschauungen“.

Satzung der NPD, in der vom Bundeswahlleiter übermittelten Fassung mit Stand vom 9. Januar 2012, **Anlage 7**.

Sie strebt nach § 3 ihrer Satzung die „politische Wirksamkeit in allen Teilen Deutschlands“ an. Gegliedert ist die NPD gem. § 10 ihrer Satzung in Landes-, Bezirks- und Kreisverbände. Sie verfügt 2012 über 16 Landesverbände, je einen pro Land. Die Landesverbände können Bezirksverbände bilden (§ 13 der Satzung). Der Kreisverband ist die Organisationseinheit der NPD in den Grenzen eines Verwaltungskreises (§ 14 der Satzung). Der Ortsbereich ist die Organisationsgliederung der NPD in den Gemeinden (§ 15 der Satzung). Eigenangaben im Internet zufolge ist die NPD zum gegenwärtigen Zeitpunkt in insgesamt 195 Kreisverbänden, sieben Bezirksverbänden sowie teil- und zeitweise auch Regionalverbänden bundesweit organisiert.

**Beleg 2:** „NPD vor Ort“ – Übersichten über die Landesverbände der NPD und ihre Untergliederungen, Internetseite der Bundespartei [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 18. Juni 2012.

Der Bundesparteitag ist nach § 16 der NPD-Satzung das „oberste Organ der NPD, er bestimmt die politische Zielsetzung der Partei und tritt mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammen“. Die „politische und organisatorische Führung der NPD“ obliegt gem. § 20 der Satzung dem Parteivorstand. Dieser „bestimmt die Richtlinien der Politik und der gesamten Parteiarbeit, koordiniert die Arbeit aller Gliederungen der Partei, beschließt über die Teilnahme an Wahlen des Bundes, der Länder und der Kommunen und über das Eingehen von Wahlabkommen und Koalitionen auf Bundes- und Landesebene“.

Als einzige rechtsextremistische Partei verfügt die NPD mit den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) über eine relevante Jugendorganisation, die gem. § 23 der Satzung der NPD „integraler Bestandteil der NPD“ ist; der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten ist gem. § 20 lit. b Satz 4 der Parteisatzung zugleich Mitglied des NPD-Bundesvorstands. Entsprechendes gilt für die 2003 gegründete „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV) als bundesweite Interessenvertretung der kommunalen Mandatsträger sowie für den 2006 gegründeten „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), der sich als „Sprachrohr und Ansprechpartner für alle nationalen Frauen, unabhängig von einer Parteimitgliedschaft“ in der NPD versteht. Die JN verfügen über rund 350, der RNF über rund 100 Mitglieder.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, S. 99 ff., 103 f.

### ***Insbesondere: Jugendarbeit***

Besonderes Augenmerk lenkt die NPD auf die Jugendarbeit.

Zu den spezifischen Problemen der verfassungsmäßigen politischen Kräfte in den neuen Ländern in diesem Zusammenhang vgl. die Analyse von *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 40: „Im Osten kommen zu den allgemeinen Trends der Parteiferne der jungen Generation, den Auswirkungen des demographischen Wandels noch ein spezifisch, oft unerkanntes Problem hinzu. Viele Vertreter der demokratischen Parteien – mit Ausnahme der Linken – begannen während der Wendezeit, sich politisch zu engagieren. Sie sind mit der Transformation gealtert und heute oft seit 15 bis 20 Jahren in den kommunalen Parlamenten engagiert. Es steht somit ein Generationswechsel an, für den jedoch kein Nachwuchs zur Verfügung steht. Aus Pflichtbewusstsein setzen viele deshalb ihre Arbeit fort. In der parlamentarischen Praxis vieler Kreis- und Ortsvertretungen führt dies dazu, dass im Durchschnitt sehr viel ältere Vertreter demokratischer Parteien und verhältnismäßig junge Kandidaten der NPD aufeinander treffen. Einer alten Demokratie steht somit eine junge Bewegung



gegenüber.“ (ein Szenario, dass es in der jüngeren deutschen Geschichte so schon einmal gab). **Anlage 3.** Dass die NPD hinsichtlich des Alters ihrer Mitglieder eine vergleichsweise „junge“ Partei ist, wird auch im Schrifttum stets betont, vgl. *Brandstetter*, Die „neue“ NPD zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Konrad-Adenauer-Stiftung, Parteienmonitor aktuell, Oktober 2013, S. 12.

Die NPD verwendet strategisch jugend-adäquates Material in ihrer Arbeit. Ihre junge Klientel wird mit gezielt positionierten Medien (Verwendung von Jugendsprache; Comics; Schulhof-CDs mit Musikstücken rechtsextremistischer Sänger oder Bands; Kontakt zu Schülerververtretungen u.v.a.m.) angesprochen.

### **Belege 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 (Kategorie 2).**

Auch die professionell ausgebaute Internet-Arbeit der Partei zielt – wenn auch nicht nur – auf einen jungen Adressatenkreis.

Über das Medium der Musik sollen Jugendliche und junge Erwachsene für nationale und nationalsozialistische Inhalte gewonnen werden. Gemeint ist etwa Musik des ursprünglich aus Großbritannien kommenden, zwischenzeitlich in Deutschland durch den Bundesinnenminister verbotenen Skinheadnetzwerkes „Blood & Honour“ und ähnlicher Bewegungen. In einem Internetbeitrag aus Thüringen mit dem Titel „Schulhof-Aktionen beginnen morgen“ lesen wir:

„Die Musik ist der Zugang zur nationalen Jugendkultur, in welcher viele Jugendliche später politisiert werden und endlich beginnen, sich für ihr Land einzusetzen.“ **Beleg 11 (Kategorie 1).**

Die Partei wirbt bewusst damit, dass die Musikstücke bei der Presse wie bei den Lehrern „verhasst“ seien.

Es wird angeboten, derartige CDs als Beweismittel in das Verfahren einzubringen.

### ***Finanzen***

Die Partei befindet sich im Moment, nicht zuletzt wegen Rückforderungen der Bundestagsverwaltung aufgrund unrichtiger Angaben in Rechenschaftsberichten,

VG Berlin v. 15. September 2009 – VG 2 K 39.9; OVG Berlin-Brandenburg v. 23. Mai 2011 – OVG 3a B 1.11; BVerwG v. 12. Dezember 2012 – 6 C 32.11; BVerfG, Beschl. v. 14. Mai 2013 – 2 BvR 547/13,

in finanziellen Schwierigkeiten, die aber nicht untypisch, sondern aus ihrer Geschichte vielfach bekannt sind und bisher nicht zu einer erkennbaren Einbuße an politischer Wirksamkeit geführt haben.

Zu den Einzelheiten und Belegen **Anlage 9**: Übersicht zu den Finanzen der NPD.

Mitgliedsbeiträge und Spenden sind dabei keinesfalls unerheblich. Für das Jahr 2011 weist der Rechenschaftsbericht knapp 554.000 € Mitgliedsbeiträge und knapp 1.050.000 € Spenden auf, die zusammen nahezu 51 % der Einnahmen der Gesamtpartei ausmachen.

**Anlage 8**: Rechenschaftsberichte 2008 - 2011.

### ***Wahlergebnisse***

Die NPD nimmt regelmäßig, freilich mit wechselndem Erfolg, an Wahlen auf Bundes-, Landes-, Kommunalebene sowie zum Europäischen Parlament teil.

Zusammenstellung in **Anlage 15** sowie in den **Belegen 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48**.

In den Landesparlamenten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ist die NPD in Fraktionsstärke vertreten. Nachdem sie in Sachsen bei der Landtagswahl vom 19. September 2004 mit einem Ergebnis von 9,2 % der Zweitstimmen erstmals Landtagsmandate errungen hatte und eine Fraktion bilden konnte, führte ein Zweitstimmenergebnis von 5,6 % bei der Landtagswahl am 30. August 2009 zu acht Mandaten mit Fraktionsstatus. Fraktionsvorsitzender ist der heutige Bundesparteivorsitzende *Holger Apfel*. In Mecklenburg-Vorpommern gelang der Partei bei den Wahlen am 17. September 2006 mit einem Zweitstimmenanteil von 7,3 % der Einzug in den Landtag, bei den Landtagswahlen vom 4. September 2011 reichten 6,0 % der Zweitstimmen für fünf Mandate; an der Spitze der Fraktion steht der stellvertretende Bundes-



parteivorsitzende *Udo Pastörs*. Die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern reflektieren eine „starke regionale Verankerung“ und „eine solide Stammwählerschaft“ der NPD.

Vgl. die Analyse der Wahlergebnisse von *Schoon*, Gefestigt und begrenzt – die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/74997/npd-in-mecklenburg-vorpommern](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/74997/npd-in-mecklenburg-vorpommern), abgerufen am 19. August 2013.

Im Mai 2010 verfügte die NPD bundesweit über 336 Kommunalmandate in 14 Ländern. Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Kommunalmandate kann ein deutliches Ost-West-Gefälle beobachtet werden. In den neuen Ländern fanden sich 263 Mandate, was einem Anteil von 78,3 % entsprach, in den alten Ländern 73 Mandate, was zu einem Anteil von 21,7 % führte.

**Beleg 49:** Ergebnisbericht zum Bund-Länder-Auswertungsprojekt „Die kommunalpolitische Verankerung der NPD – Anspruch, Mandatsverteilung, instrumenteller Nutzwert“ vom Mai 2011.

### ***Parteimedien***

Die NPD verfügt über relevante Publikationsorgane und Foren und ist in der Verlagslandschaft verankert.

Die vom Parteivorstand herausgegebene monatlich erscheinende „Deutsche Stimme“ ist dabei das wichtigste überregionale Printmedium. Chefredakteur ist der stellvertretende Parteivorsitzende und Inhaber zahlreicher weiterer Funktionen in der Partei *Karl Richter*. Die Auflagenhöhe beträgt nach Eigenangaben 25.000 Exemplare.

**Beleg 50:** Impressum der „Deutschen Stimme“; abgerufen am 30. Juni 2012 auf der Verlagshomepage [www.deutsche-stimme.de](http://www.deutsche-stimme.de); **Beleg 51:** Mediadaten der „Deutschen Stimme“; abgerufen am 30. Juni 2012 auf der Verlagshomepage [www.deutsche-stimme.de](http://www.deutsche-stimme.de).

Eine besondere Vielfalt besteht bei regionalen Publikationen, die in **Anlage 10** zusammengestellt sind.

Die „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ (DS-Verlag) gehört der Antragsgegnerin und fungiert als deren Verlag, in dem namentlich das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ erscheint. Der DS-Verlag ist seit Sommer 2000 in Riesa, Sachsen, ansässig. Gegenstand des

Unternehmens sind laut Handelsregistrauszug des Amtsgerichts Dresden vom 29. Januar 2013 „Herstellung und Vertrieb von Zeitungen, Zeitschriften und Druckschriften sowie die Produktion von und der Handel mit Drucksachen, Büchern, Tonträgern, Videos, Textilien und weiteren Devotionalien“. Das Unternehmen verfügt gegenwärtig über ein Grund- oder Stammkapital in Höhe von 319.885 €. Die Antragsgegnerin ist Alleingesellschafterin.

**Beleg 52:** Handelsregistrauszug des Amtsgerichts Dresden; Abfrage vom 29. Januar 2013.

Von kaum zu überschätzender Bedeutung ist der Einsatz neuer Medien im rechtsextremen Spektrum im Allgemeinen und für die NPD im Besonderen. Das Internet – von der NPD zur Vermeidung von Anglizismen als „Weltnetz“ bezeichnet – hat sich zum wichtigsten Medium entwickelt, das von der Partei intensiv zur Verbreitung ihrer Ideologie, der Vorbereitung von Aktionen und Kampagnen, der Kommunikation mit ihren Mitgliedern und Anhängern sowie als Wahlkampfmittel genutzt wird. Mit Stand November 2013 sind über 170 NPD-Websites bekannt. Die Zahl allein ist allerdings nicht sehr aussagekräftig, da viele dieser Internetpräsenzen nur sporadisch oder gar nicht aktualisiert werden. Zudem war die Partei Hacker-Attacken ausgesetzt, die zu Datenverlusten und Nichterreichbarkeit von Seiten führten. Einerseits sieht die NPD im Internet ein geeignetes Mittel, die von ihr beklagte „Medienblockade“ zu durchbrechen, andererseits hat sie im Umgang mit diesem Medium teilweise weiterhin Professionalisierungsbedarf. Die Partei ist jedoch inzwischen auch im Web 2.0 angekommen. Wichtiger als die erwähnten Websites ist mittlerweile die regelmäßige und intensive Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook, Twitter und YouTube.

Die „Deutsche Stimme“ verkündete unter der Überschrift „Rein ins Netz!“: „Der Weltnetz-Aktivismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“ Unter Verweis etwa auf die Aufstände in der arabischen Welt wird herausgestellt, dass durch diese Kommunikation ganz neue Bevölkerungsschichten angesprochen werden könnten.

**Beleg 53 (Kategorie 1):** „Rein ins Netz! – Der Weltnetz-Aktivismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, Artikel von *Armin Allmendinger* in „Deutsche Stimme“, Ausgabe 10/11-2011, Oktober 2011, S. 17.

Die Bundespartei betreibt mit „offensiv.TV“ bzw. „NPD-TV“ seit März 2009 einen Videokanal auf YouTube, der bisher rund 570.000 mal aufgerufen wurde (Stand: November 2013). Die NPD Mecklenburg-Vorpommern ist seit Oktober 2010 mit „weiterdenken.tv“ auf



YouTube präsent. Der sächsische Landesverband bedient sich der Internetplattform „nno-tv.de“.

Ein Beispiel für den erfolgreichen Einsatz neuer sozialer Medien berichtet der sächsische Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* in einem Beitrag in der „Deutschen Stimme“:

„Auch eine eigene Facebook-Gruppe gegen Kinderschänder wurde angelegt, um sich auf dem laufenden zu halten und für die Teilnahme von Freunden und Nachbarn zu trommeln. Binnen weniger Stunden war der sexuelle Mißbrauchsfall und der NPD-Protest bei der jungen Facebook-Gemeinde zum Mobilisierungsthema geworden. Am Dienstag dann – gerade einmal 28 Stunden nach Anmeldung und Bewerbung – strömten ca. 380 Normalbürger zur Kundgebung in Wohnortnähe des Kinderschänders. Presse und Polizei hatten mit den 80 Teilnehmern gerechnet, die die NPD angemeldet hatte.“ **Beleg 54 (Kategorie 1).**

### ***Schulungen, Bildungsarbeit***

In Sachsen will das am 18. April 2005 gegründete „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“, dessen Vorsitzender zugleich Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag ist, durch Seminare und Schulungen mit wissenschaftlichem Anspruch sowie durch die Herausgabe des rechtsextremistischen Theorieorgans „Hier&Jetzt. radikal rechte zeitung“ (Chefredakteur ist der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete *Arne Schimmer*) „Bildungsarbeit“ leisten.

**Beleg 55 (Kategorie 1):** „'Brüssel hat Europa in Misskredit gebracht!' – Die DS im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V., dem Publizisten *Thorsten Thomsen*, Deutsche Stimme Ausgabe 07/2012, S. 3; **Beleg 56 (Kategorie 2):** „'Das bewaffnete Wort' – Neue Ausgabe der Hier&Jetzt erhältlich. H&J unter Schirmherrschaft!“, namentlich nicht gekennzeichnete Ankündigung auf der Internetseite des JN-Bundesvorstandes [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de); abgerufen am 9. Dezember 2009.

Die Bildungsvereinigung steht der NPD nahe, ist freilich organisatorisch, personell und finanziell unabhängig.

Würde die NPD zum dritten Mal in Folge in den sächsischen Landtag einkehren, rückte die Einrichtung einer politischen Stiftung – ähnlich der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung oder der Heinrich-Böll-Stiftung – in größere Nähe.

Vgl. Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen, Beschl. v. 26. April 2012 – Vf. 163-IV-11, juris, wo in der Entscheidung die „verbindliche Erläuterung“ des einschlägigen Haushaltstitels „Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung“ wiedergegeben wird. Es fehlte vorliegend freilich an der Präsenz im Deutschen Bundestag. Zu den Gleichheitsanforderungen BVerfGE 73, 1 (38); auch hier wären – ähnlich wie beim staatlichen Finanzierungsanteil – Differenzierungen zwischen nicht verbotenen Parteien verfassungsrechtlich unzulässig; vgl. insgesamt *Meertens/Wolf*, Gesellschaftlicher Auftrag und staatliche Finanzierung politischer Stiftungen, ZRP 1996, 440.

Zugenommen haben die Aktivitäten der Schulung von Parteimitgliedern, seien diese „weltanschaulich/charakterlich“ orientiert, seien es Selbstverteidigungs- und Kampfsporttechniken.

**Belege 57, 58, 59, 60, 61, 62 (Kategorie 2); Belege 63, 64, 65 (Kategorie 1).**

### ***Verflechtung mit dem in- und ausländischen Rechtsextremismus***

Für die NPD besteht eine intensive personelle wie sachliche Verflechtung mit der Neonazi-Szene und dem subkulturellen Rechtsextremismus. Die neuere Strategie der Antragsgegnerin zielt, wie noch zu zeigen sein wird,

unten A IV vor 1,

im Sinne einer „rechten Volksfront“ auf gemeinsames Vorgehen bei der Durchsetzung der Ziele der Partei. So kann für das elfköpfige Parteipräsidium, d.h. den geschäftsführenden Parteivorstand, für sechs Mitglieder eine frühere Mitgliedschaft in neonazistischen Vereinigungen nachgewiesen werden.

**Belege 66, 67, 68, 69, 70, 71 (Kategorie 1); Belege 72, 73 (Kategorie 1); Belege 74, 75 (Kategorie 2);**

vgl. **Anlage 13** mit weiteren Nachweisen personeller Verflechtungen.

Diese personelle Verflechtung führt zu einem wechselseitigen Prozess: Durch die Aufnahme von Personen aus dem Neonazi-Milieu radikalisiert sich die Ideologie der Partei; dadurch wird diese wiederum attraktiver für entsprechende Kreise.

Die sachliche Zusammenarbeit wird offen propagiert:



„ ... die NPD steht weiterhin zum Schulterschluß mit allen parteiunabhängigen Nationalisten, die ihrerseits zu einer konstruktiv-partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der NPD bereit sind. Viele gemeinsam gestaltete Aktionen mit parteifreien Kräften, aber auch übernommene Führungsverantwortung durch ehemals parteifreie Aktivisten innerhalb der NPD zeigen, daß es der NPD ernst ist mit der Einbindung und der Zusammenarbeit mit freien Nationalisten.“ *Udo Voigt* auf dem Bundesparteitag 2008 in Bamberg, **Beleg 76 (Kategorie 1)**.

Auch der Nachfolger von *Udo Voigt*, Bundesvorsitzender *Holger Apfel*, steht für eine Zusammenarbeit:

„Ich reiche allen konstruktiven Aktivisten die Hand und lade sie gern zum Gespräch ein – auch und gerade die, die noch in kritischer Distanz stehen.“ *Holger Apfel*, „Volksnah und zukunftsorientiert“, in: Deutsche Stimme Nr. 01/12, S. 3 f., **Beleg 63 (Kategorie 1)**.

Die sachliche Zusammenarbeit erstreckt sich auf Hilfe bei Wahlkämpfen, Verflechtung bei Demonstrationen, Musikveranstaltungen und Konzerten in der „Szene“ sowie gemeinsame Nutzung von Immobilien o.ä.

Die Verbindungen zur gewaltbereiten Neonazi-Szene zeigen sich auch anhand verschiedener Funktionäre und Anhänger der NPD im Verhältnis zum NSU-Komplex:

*Ralf Wohlleben* ist im NSU-Prozess Beschuldigter wegen Verdachtes der Beihilfe zum Mord und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Er war von 1999 bis 2008 Mitglied im Landesvorstand der NPD Thüringen, von 2006 bis 2008 stellvertretender Landesvorsitzender sowie 1999 bis 2010 Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Jena/Saale-Holzland-Kreis. Zwischen 2002 und 2010 organisierte er rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit bis zu 1.600 Teilnehmern.

■■■■■ ist ebenfalls wegen des Verdachtes der Beihilfe zum Mord Beschuldigter in München. Er war von 1999 bis zu seinem Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene Ende 2000 Führungsfunktionär im NPD-Kreisverband Jena sowie JN-Stützpunktleiter dort.

Als Kameradschaftsführer der Sektion Jena innerhalb des „Thüringer Heimatschutzes“ (THS) beteiligte sich ■■■■■ seit Mitte der 1990er Jahre an gemeinsamen rechtsextremistischen Aktivitäten mit den Sektionsmitgliedern *Uwe Böhnhardt* und *Uwe Mundlos*, den im

Januar 1998 untergetauchten späteren Gründern des NSU. Innerhalb der NPD war bekannt, dass [REDACTED] nach dem Untertauchen von *Bönnhardt*, *Mundlos* und *Beate Zschäpe* den Kontakt zu diesen per Haftbefehl Gesuchten zunächst aufrecht erhielt. Der zumindest phasenweise seit 2000 als NPD-Mitglied aktive [REDACTED] nahm an einer Vielzahl von Parteiveranstaltungen teil. Vor allem organisierte er zusammen mit *Ralf Wohlleben* die rechtsextremistische Festivalreihe „Fest der Völker“. Von 2003 bis 2007 lebte [REDACTED] im „Braunen Haus“ in Jena, einer Anlaufstelle für Rechtsextremisten in Thüringen. Der NPD-Landesvorsitzende von 2001 bis 2012 *Frank Schwerdt*, gegenwärtig stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, berichtet in einem ARD-Interview, wie sich 1998 [REDACTED] an ihn – *Schwerdt* – damals NPD-Bundesgeschäftsführer, gewandt hatte:

„*Schwerdt*: Er [= [REDACTED]] hat mich konkret gefragt, da sind drei Kameraden, wie er sagte, aus Thüringen, die müssen aus ermittlungstechnischen Gründen mal bisschen verschwinden, und ob ich was für die tun könne. (...) Ich wollte und ich konnte nicht.

*Frage*: Da kommt einer zu Ihnen im Jahr 98 und sagt, ich brauch Unterstützung für so genannte Kameraden, die untertauchen müssen, und drei Jahre später tritt dieser Mann in die NPD ein und Sie haben gar kein Problem damit als Bundesvorstand?

*Schwerdt*: Ich habe gar kein Problem damit gehabt, ich meine, drei Jahre vorher, selbst wenn also er für die tätig gewesen sein soll oder er war ja tätig für die drei, da hatten die ja damals nur noch nicht kein Schild um den Hals gehabt, dass sie irgend wann mal irgend welche Leute später mal erschießen wollen oder Banken überfallen wollen.

*Frage*: Klar war Ihnen aber, [REDACTED] hat Leute unterstützt, die Bomben gebastelt haben?

*Schwerdt*: Na ja.“

**Beleg 77 (Kategorie 1)**: ARD-Tagesthemen: NPD-Vize Schwerdt war eng mit Terrorzelle vernetzt, Interview ausgestrahlt am 13. März 2012.

Diese Verbindung der Antragsgegnerin zum NSU soll an dieser Stelle nur exemplarisch die Verflechtung der NPD mit der rechtsextremistischen Szene dokumentieren. Diese Verflechtung wird im Subsumtionsteil noch systematisch darzustellen sein.

Die NPD ist in vielfältiger Weise auch mit ausländischen rechtsextremistischen Parteien und Bewegungen in Europa vernetzt. Ein 2002 gegründetes loses Netzwerk rechtsextremistischer Parteien „Europäische Nationale Front“ (ENF) hat sich zwar nicht bewährt, die Kontakte etwa



zur griechischen rechtsextremistischen Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“), zu den niederländischen Nationalsozialisten „Nederlandse Volks Unie“, zur „Falange“ in Spanien, zur tschechischen rechtsextremistischen Arbeiterpartei (DS bzw. DSSS), zur ukrainischen „Svoboda“ („Freiheit“) und „UNA-UNSO“ sowie zur „Jobbik-Bewegung“ in Ungarn, die sich in wechselseitigen Besuchen bei Veranstaltungen u.ä. zeigen, bestehen jedoch fort.

Übersicht Kontaktorganisationen der NPD im Ausland, **Anlage 11**.

### **III. Ideologie**

Die Ideologie der NPD wird ganz überwiegend in ihren öffentlich zugänglichen Schriften und Verlautbarungen deutlich. Sie kann in den fünf Punkten

- Propagierung eines ethnischen Volksbegriffs als Basis für alle weiteren programmatischen Äußerungen
- Exklusion bestimmter Personen von der Grundrechtsberechtigung
- Ablehnung der parlamentarischen Demokratie
- Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie
- Antisemitismus

zusammengefasst werden. Diese Analysepunkte überschneiden sich wiederum vielfältig. Es wird sich zeigen, dass hinsichtlich der beiden Punkte „Ablehnung der parlamentarischen Demokratie“ sowie „Antisemitismus“ die öffentlich zugänglichen programmatischen Schriften und Verlautbarungen mit der eingangs dieses Schriftsatzes erklärten „Verdeckungsabsicht“

oben A I 1,

arbeiten, so dass bereits an dieser Stelle weiteres, sich nicht aus Programm oder programmatischen Schriften ergebendes Material hinzugezogen werden muss. Im Übrigen soll in der vorliegenden zunächst abstrakten Sachverhaltsdarstellung der Schwerpunkt der Nachweise auf dem leicht zugänglichen Parteiprogramm der NPD „Arbeit, Familie, Vaterland“ (**Anlage 6**) liegen. Im Subsumtionsteil – unten C II – werden dann für sämtliche Punkte der Ideologie der NPD noch weitere Belege herangezogen werden.

## 1. Ethnischer Volksbegriff – Die „Volksgemeinschaft“ als Basis des politischen Programms

Die NPD setzt in ihrer Programmatik bei einem Kollektiv, nicht bei den Individuen an. Angelpunkt der Ideologie der NPD ist das Konzept eines ethnischen Volksbegriffs, verdichtet und operationalisiert in Kategorien wie der „nationalen Identität“ oder der „Volksgemeinschaft“. „Deutsch“ meint dabei stets eine strikt ethnische Umschreibung von Zugehörigkeit. Davon kann es nach der Doktrin der Partei keine Ausnahmen geben. Sämtliche anderen Programmpunkte bauen auf diesen Prämissen auf. Der Zusammenhang wird als „lebensrichtiges Menschenbild“ umschrieben.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5.

Zugespitzt wird dieses Konzept im dramatisierenden Einleitungssatz des Parteiprogrammes:

„Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5.

Die „nationale Identität“ ist die Rückführung aller Politik auf ein ethnisch homogenes Volk:

„Nationale Identität bedeutet: Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben und muß es dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden. Grundsätzlich darf es für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5.

Wie unschwer zu erkennen ist, handelt es sich um eine genuin völkische Konzeption von Politik. Familie und Familienpolitik sind dieser Ausgangsprämisse untergeordnet:

„Die Familie – als Trägerin des biologischen Erbes – ist die Keimzelle des Volkes. ... Familienpolitische Maßnahmen des Staates, wie das Kindergeld, das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 7.

Der Umgang mit Ausländern sowie Funktion und Konstruktion von Staatsbürgerschaft belegen das Ausgeführte. Die „Rückführung“ der in Deutschland lebenden Ausländer wird zum zentralen Programmpunkt: „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“.



Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 12; ferner S. 11 im Zusammenhang mit Sozialleistungen sowie allgemein im Zusammenhang mit der „nationalen Identität“, ebd., S. 5: „Grundsätzlich darf es für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat.“

In einem eigenen Programmpunkt „Deutschland den Deutschen“ wird die deutsche Staatsangehörigkeit als „aufgeweicht“, da nicht mehr strikt dem Abstammungsprinzip folgend, gekennzeichnet. Dadurch werde „das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt“; demgegenüber gelte es, die „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz“ zu gewährleisten.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 12, 13.

Besonders deutlich tritt dies in einer Argumentationshilfe des Parteivorstandes hervor:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnischkulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. ... Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. ... Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen. ... [D]ie Staatsbürgerschaft muß an die Volkszugehörigkeit gebunden sein. Wie sagt der Volksmund: Blut ist dicker als Tinte. ... ‚Deutsche afrikanischer Herkunft‘ oder ‚Afro-Deutsche‘ kann es sowenig geben wie schwangere Jungfrauen. Staatsangehörigkeit muß an Volkszugehörigkeit gebunden sein – für Europäer kann es Ausnahmen geben.“  
**Beleg 78 (Kategorie 1):** NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Wortgewandt. Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin April 2012, S. 18 f.

Das alles weist eine evidente Nähe zu Punkt 4 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24. Februar 1920 auf: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...“ Der dann folgende Satz von 1920 „Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“ fehlt wohlweislich im NPD-Programm von 2010, da zumindest im Parteiprogramm offen antisemitische Äußerungen vermieden werden.

Institut für Zeitgeschichte, Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, S. 5; **Anlage 2**.

Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern wird als „Vorbürgerkrieg“ bezeichnet,

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 18,

Integration als „Völkermord“.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 13.

In den Schulen sollen deutsche und nichtdeutsche Kinder getrennt unterrichtet werden.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 17.

In ihrem Wahlprogramm bewirbt die NPD Berlin die „Volksgemeinschaft“ offen als zukünftiges Ordnungsprinzip:

„Die NPD will eine Ordnung, in der das Recht auf Identität kraft Abstammung und Schicksal garantiert wird und jeder Deutsche mit seiner Persönlichkeit als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des deutschen Volkes mitwirkt.“ **Beleg 79 (Kategorie 2):** „Wir sagen, was Sie denken! Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin“, [www.npd-berlin.de](http://www.npd-berlin.de), aufgerufen am 15. August 2011, S. 5.

Dieser ethnische Volksbegriff, zur Konzeption der „Volksgemeinschaft“ verdichtet, zeigt den antiindividualistischen Ansatzpunkt der gesamten Programmatik der NPD. Die Art der Gemeinschaft definiert die Bedeutung des Einzelnen, nicht umgekehrt. Aus dem spezifischen Volksbegriff wird ein „lebensrichtiges Menschenbild“ gefolgert. Das Menschenbild, die Position der einzelnen Person in Staat und Gesellschaft, ist damit abgeleitet, nicht originär. Die Antragsgegnerin vertritt einen normativen Kollektivismus biologischer Provenienz. Das leitet zur Relativierung der Grundrechtsberechtigung von Menschen über.

## **2. Exklusion von der Grundrechtsberechtigung**

Das ethnische Verständnis des Volksbegriffs führt nicht nur zur prinzipiellen Infragestellung der aus dem Personsein folgenden Menschenwürde, sondern auch zu kaum verschleierte Ausschlüssen von der Grundrechtsberechtigung. Zwar wird im Parteiprogramm nach Beto-



nung der „natürlichen Unterschiedlichkeit der Menschen“ von der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und der „Unantastbarkeit ihrer Würde“ gesprochen;

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5; an anderer Stelle – S. 16 – wird ein „Dogma der angeblichen Gleichheit aller Menschen“ angesprochen;

die Würde des Menschen wird jedoch im Parteiprogramm schon eine Seite später ausdrücklich auf die Volksgemeinschaft, die – wie gezeigt – strikt ethnisch definiert ist, bezogen:

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 6.

Grundsätzlich ist Individualität in den Äußerungen der Partei nicht der normative Ausgangspunkt, sondern nur die Funktion der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die ihrerseits ethnisch definiert ist. Individuelle Würde bekommt nur, wer der Volksgemeinschaft zugehörig ist, weil er der Volksgemeinschaft zugehörig ist.

Auch an anderer Stelle wird explizit die Ungleichheit der Menschen als Leitgedanke hervorgehoben,

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 16,

und werden daran konkrete Folgerungen für Recht und Politik geknüpft.

„Fürsorgepflicht“ und Sozialleistungen nur für Deutsche (S. 6); familienpolitische Leistungen nur für Deutsche (S. 7); „nationale Sozialpolitik“ als „nationale Solidarität“ nur für Deutsche (S. 10 f.) mit „Ausgliederung“ Nichtdeutscher aus der Sozialversicherung (S. 11) – „Deutsche“ jeweils in dem ethnisch verstandenen Sinn.

Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung deutscher Gerichte zum Versammlungsrecht und zur Meinungsfreiheit wird die Gleichheit der Grundrechtsgeltung für jedermann „ungeachtet seiner politischen Einstellung“ postuliert – auch dies jedoch wiederum auf die völkisch bestimmten Deutschen beschränkt.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 18.

Den nicht der Volksgemeinschaft in dem dargelegten ethnischen Sinne Zugehörigen wird nach der Programmatik der NPD generell und systematisch ein niedrigerer Rechtsstatus zugewiesen. Das korrespondiert wiederum mit zentralen, nur wegen Krieg und Zusammenbruch nicht mehr realisierten Plänen in der Zeit des Nationalsozialismus, die Rechtsfähigkeit des Menschen in Abweichung von § 1 BGB und in Anlehnung an das frühe Parteiprogramm der NSDAP vom Personsein als solchem zu lösen, zu entformalisieren und an die Volksgenossenschaft zu knüpfen, d.h. den vollen Rechtsstatus ethnisch zu definieren.

M.w.N. *Duve*, in: Schmoeckel/Rückert/Zimmermann (Hrsg.), Historisch-kritischer Kommentar zum BGB, Bd. 1, 2003, §§ 1-14 Rn. 15.

### **3. Parlamentarische Demokratie – auf der Volksgemeinschaft basierende „Volksherrschaft“ anstelle des parlamentarischen Regierungssystems**

Noch vor der Kritik an staatsorganisationsrechtlichen Einzelregelungen bestreitet die NPD ausdrücklich dem Grundgesetz als solchem die Legitimität, da es sich nicht auf das von ihr ethnisch-völkisch konzipierte „Volk“ rückführen lasse.

„Weil die Herrschenden dem eigenen Volk mißtrauen, verfügt die Bundesrepublik bis heute über keine demokratisch legitimierte Verfassung. Das Grundgesetz beruht nicht auf dem Prinzip der Volkssouveränität, da das Volk darüber bis heute nicht abstimmen durfte.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 13.

Das ist nicht bloß die gelegentlich auftauchende Kritik an mangelnder Legitimität wegen der – im Übrigen auch bei der Weimarer Verfassung – unterbliebenen Volksabstimmung über das Inkrafttreten der Verfassung, sondern knüpft direkt an den ganz anders, nämlich ethnisch-völkisch konzipierten Volksbegriff an. In weitgehender Vermeidung des als Fremdwort denunzierten Substantivs „Demokratie“ wird dem als „nationaldemokratische Staatsordnung“ die auf der Volksgemeinschaft basierende Volksherrschaft gegenübergestellt:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 7.

Zur antidemokratischen Tradition der Begriffe „Volk“ und „Gemeinschaft“ bzw. „Volksgemeinschaft“ in der Weimarer Republik als Vorbedingung für den Nationalsozialismus jeweils m.w.N. *Sonthheimer*, Antidemokratisches Den-



ken in der Weimarer Republik, 2. Aufl. 1983 (Taschenbuchausgabe), S. 213 f., 244 ff., 250 ff.; *Lepsius*, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung. Methodenentwicklungen in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur Ideologisierung der Rechtswissenschaft unter dem Nationalsozialismus, 1994, S. 13 ff., 49 ff.

Dieses Konzept bleibt in den öffentlich zugänglichen programmatischen Schriften letztlich dunkel, da eher punktuell staatsorganisatorische Reformanliegen aufscheinen, wie die Stärkung direktdemokratischer Mitwirkungsrechte und die Volkswahl und Kompetenzausweitung des Staatsoberhauptes. Die Ablehnung des parlamentarischen Regierungssystems des Grundgesetzes wird freilich durch die häufige, offenbar an Weimarer Terminologien angelehnte pejorative Verwendung des Begriffs „System“,

etwa: Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5: „Systemparteien“;

zur Tradition dieser Begrifflichkeit „System“, „Systempolitik“, „Systemzeit“ usw. vgl. nur *Sontheimer*, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 2. Aufl. 1983 (Taschenbuchausgabe), S. 187 und öfter; *Schmidt-Berning*, Vokabular des Nationalsozialismus, 2. Aufl. 2007, S. 597; *Klemperer*, LTI, 1975, S. 127.

sowie die massive Kritik an den politischen Parteien deutlich.

„... gemeinwohlschädliche Dominanz der Parteien“; Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 8; „Systemparteien“, ebd. S. 5.

Auch die ex- wie implizite Verbindung des parlamentarischen Regierungssystems mit Finanzinteressen, mit Geschäftemacherei, Großkapital, Zinswucher, modern gewendet: mit der Kritik an der Globalisierung,

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 5, 12 und öfter,

knüpft wiederum, kombiniert mit antisemitischen Tönen, an Weimarer Traditionen an.

*Sontheimer*, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 2. Aufl. 1983 (Taschenbuchausgabe), S. 147 f., 193 und öfter.

Keine Zweifel an der Bekämpfung der parlamentarischen Demokratie als programmatisches Ziel und an staatsfeindlichen Einstellungen lassen Publikationen und Äußerungen führender Parteivertreter unterhalb der Ebene des Parteiprogrammes.

In einer Informationsbroschüre, für die *Holger Apfel* presserechtlich verantwortlich zeichnet, heißt es:

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“ **Beleg 80 (Kategorie 2).**

Die NPD möchte die bestehende Grundordnung nicht reformieren, sondern abschaffen und durch eine Alternative ersetzen:

„Ja, die NPD versteht sich als grundsätzliche Alternative zu den Versagerparteien und ihrem System, das das Volk politisch entmündigt und wirtschaftlich verarmen lässt.“

**Beleg 81 (Kategorie 2):** Flugblatt des NPD-Landesverbandes Sachsen aus 2009

Für die Beseitigung der jetzigen Grundordnung spricht sich etwa der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, *Udo Pastörs*, explizit aus:

„Das, was vor uns liegt, ist die Reststrecke eines korrupten Systems, was beseitigt gehört, weil es den Volkserhalt gefährdet, liebe Freunde.“ *Udo Pastörs*, Rede auf dem Schwabentag der NPD am 19 März 2011, Günzburg.

**Beleg 82 (Kategorie 1):** Im Internet veröffentlichtes Video.

Die bestehende Grundordnung soll „überwunden“ und stattdessen ein „Volksstaat“ geschaffen werden:

„Wir erheben demgegenüber den Anspruch, weder dieses absterbende System beerben zu wollen, sondern einen Volksstaat zu schaffen, in dem jeder Deutscher als Teil der Gemeinschaft mitarbeitet und gebraucht wird. Bündeln wir unsere Kraft, um diese morsche BRDDR endlich zu überwinden!“

**Beleg 83 (Kategorie 2):** Beitrag „Bundesrepublikanischer Alltag: Ex-Stasispitzel weiterhin in Behörden tätig“ vom 7. Juli 2009, veröffentlicht auf <http://www.npd-mv.de>, abgerufen am 8. Juli 2009.

„Die Losung lautet: Freiheit statt BRD!“

**Beleg 84 (Kategorie 2):** Beitrag „Heraus zum Tag der deutschen Arbeit“ vom 12. März 2010, veröffentlicht auf <http://www.npd-mv.de>, abgerufen am 15. März 2010.



Die parlamentarische Demokratie wird verächtlich gemacht und als Zerrbild „wahrer“ Demokratie charakterisiert:

„Das ist das bereits erwähnte Spiel der ‚parlamentarischen Demokratie‘: Alle paar Jahre wird gewählt, dann bilden sich Mehrheiten, und so wird dann die ganze Wahlperiode über abgestimmt, egal, welche Qualität die Initiativen der Opposition besitzen. ... Das Parlament ist längst zu einer billigen Karikatur einer wirklichen Volksherrschaft verkommen. Letztlich geht es auch derzeit noch nicht darum, etwas unmittelbar durchzusetzen, sondern darum, Wissen zu sammeln und Druck auf die Herrschenden auszuüben.“ Wiederum *Holger Apfel*, **Beleg 85 (Kategorie 1)**.

Ähnlich *Udo Pastörs* in einem Internetbeitrag:

„Wir fordern eine Demokratie im besten Sinne, in der alles am Prinzip Volkserhalt ausgerichtet ist.“ **Beleg 86 (Kategorie 1)**.

und *derselbe* in einer Stellungnahme für die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern, in der er Verständnis für „aktiven Widerstand“ gegen das „Unrechtssystem BRD“ zeigt:

„Und ich habe großes Verständnis dafür, wenn jetzt in Kameradenkreisen darüber diskutiert wird, ob es nicht langsam an der Zeit sei, auf der Grundlage des Artikels 20, Absatz 4 des Grundgesetzes dem Unrechtssystem BRD aktiven Widerstand entgegenzusetzen.“ **Beleg 87 (Kategorie 1)**.

Auf dieser Ebene werden ungeschminkt Mehrheitsprinzip, Existenz einer Opposition und pluralistische Demokratie verneint. *Pierre Dornbrach*, Schulungsleiter der Jungen Nationaldemokraten, schreibt in der Ausgabe 2/2012 der JN-Publikation „Der Aktivist“:

„Die Demokratie scheint zu einer Art Religion für die derzeitigen Herrschenden geworden zu sein. So wie man in vorkopernikanischen Zeiten für die richtige Behauptung, die Erde sei rund, auf dem Scheiterhaufen endete, landet man heute im Kerker des Systems, wenn man sich gegen die ‚beste Gesellschaftsform aller Zeiten‘ ausspricht. Alleine die stetige, gebetsmühlenartig sich wiederholende Behauptung, es handle sich hierbei tatsächlich um die ‚beste Gesellschaftsform‘, ist einfach nicht haltbar. Gerade wir als Nationalisten wissen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Einem System, das sich auf Mehrheitsentscheidungen stützt, kann demnach auch keine Ewigkeitsgarantie ausgesprochen werden. ... Nun müssen wir umso stärker als genau die ‚Anderen‘ hervortreten. Wir wollen doch schließlich die sein, die einen Gegensatz zum derzeitigen Zustand ausmachen?! Dann müssen wir auch mit aller Schärfe verdeutlichen, dass wir anders, aber zugleich völkisch, d.h. im Volke verankert sind. Es gibt keine Formel für das perfekte Staatswesen, es gibt nur den inneren Einklang eines Volkes mit diesem. Ich bin der Meinung, dass die Demokratie,



die wir nun mal in der BRD leibhaftig erleben, längst dafür Gründe bietet, diesen demokratischen Dogmatismus zu hinterfragen.“ **Beleg 88 (Kategorie 1).**

Der von Funktionären der NPD unternommene Versuch, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu delegitimieren, wird begleitet von der Behauptung, dass diese Grundordnung von „antideutschen“ Kräften gesteuert werde und letztlich eine „Besatzung und Fremdherrschaft“ darstelle:

„Ein krankes System zittert in seinen morschen Knochen! Die Symptome der Fäulnis haben das Gefüge der Kriegsgewinnler von 1945 und ihre deutschen Handlanger erfasst. [...] Ehrlose korrupte Politiker und ihre Speichellecker in den Medien haben sich zusammengeschlossen mit antideutschen, volksfeindlichen Kräften. Sie üben gegenüber uns und unserem Volk eine 'Diktatur der Unfreien' aus. Sie sind nichts weiter als Handlanger der Besatzungsmächte von 1945. Sie tun alles, um die Besatzung und Fremdherrschaft weiterhin als Befreiung zu kaschieren und bis heute zu sichern.“ **Beleg 89 (Kategorie 1):** Aufruf von *Thomas Wulff*, damaliger Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, zum Jahrestag des Kriegsendes, abrufbar am 7. Mai 2009 auf [www.netzwerk.com](http://www.netzwerk.com).

In einem Beitrag „Der politische Kindesmißbrauch in der Demokratie“ spricht der sächsische Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* von der „bundesrepublikanischen Demokratie“, **Beleg 90 (Kategorie 1)**; in seinem Internetbeitrag „Das Endstadium des Parlamentarismus“ lesen wir „... die Bundesrepublik ist ein politischer Swinger-Club“, **Beleg 91 (Kategorie 1)**;

In einer Rede beim Politischen Aschermittwoch der NPD im Saarland in Saarbrücken erhebt *Pastörs* den „Anspruch einer nationalen Revolution“ **Beleg 92 (Kategorie 1).**

Die Mitarbeit in Parlamenten erscheint daher rein instrumentell,

„Wahlen sind immer nur Mittel zum Zweck.“

**Beleg 93 (Kategorie 2):** *Fritz Kempf* (Pseudonym), Den vorpolitischen Raum stärken – Deutungshoheit erkämpfen!, [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), eingestellt am 28. März 2011 (= Internetseite der „Jungen Nationaldemokraten“),

die Partei verspricht sich dadurch Vorteile, ohne damit die parlamentarische Demokratie im Sinne des Grundgesetzes zu akzeptieren:

„Wir haben ja nicht vor, in den Landtag einzuziehen, um Teil des Systems zu werden, um auch nur einen Millimeter von unseren Positionen abzurücken. [...] Das draußen ist ein kaltes, zubetoniertes, volksfeindliches, asoziales System, das gehört nicht verändert, das gehört abgeschafft.“ Aus einer Rede des damaligen NPD-Landesvorsitzenden *Matthias Heyder* auf dem Bundesparteitag am



5. Juni 2010; **Beleg 94 (Kategorie 1)**;

„Dass eine tatsächliche Veränderung auf parlamentarisch-demokratischem Wege noch zu erreichen wäre, daran haben schon vor den drei Landtagswahlen ohnehin nur noch Phantasten geglaubt. ...“ **Beleg 93 (Kategorie 1)**.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ und Inhaber zahlreicher weiterer Parteiämter *Karl Richter*, verbindet – zusammen mit *Eckart Bräuniger* – dies mit der „Reichsidee“:

„Gerade auch der Blick auf den selbst öffentlich nicht länger wegzuleugnenden, sich stärker und schneller vollziehenden Austausch unseres angestammten Volkes gegen Angehörige fremder Kulturen und Religionen auf deutschem Territorium beweist, wie sehr die Souveränität eines Reichskörpers als Bollwerk und Schild von Nöten wäre. [...] Halten wir dieses Vermächtnis aufrecht! Integrieren wir die Reichsidee in die gegenwärtigen Themen und Herausforderungen, um den Fortbestand unseres verbliebenen Volkskörpers in kultureller Identität, sozialer Sicherheit und nationaler Souveränität zu sichern. Ja zu Deutschland – ja zum Reich!“ **Beleg 95 (Kategorie 1)**.

Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der NPD *Claus Cremer* bringt solches in einem Internetbeitrag, in dem er einen systemkonformen Kurs der NPD ablehnt, auf folgende Formel:

„Um mit den Worten des Parteivorsitzenden, Udo Voigt, zu enden: Das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg.“

**Beleg 96 (Kategorie 1)**: Beitrag „Die NPD als einzige Weltanschauungspartei stärken“, in: <http://npdnrw.vs120154.hl-users.com>; abgerufen am 10. Juni 2011.

*Jürgen Gansel* schreibt in einem Internetbeitrag:

„Anstatt sich dem Schutz von Identität, Souveränität und Solidarität der Deutschen zu verschreiben, betrieb das antideutsche Politikerkartell eine planvolle Interessenpolitik für Ausländer, das Ausland und das Großkapital. ... Man denke an die Abermilliarden Euro für marode Banken und Finanzgiganten, für die Umverteilungspolitik und den Erweiterungswahn der Europäischen Union, die Milliardensummen für Asylschwindler, ausländische Arbeitslose und Kriminelle, die sinnlosen Auslandseinsätze der Bundeswehr, kostenlose Waffenlieferungen an Israel und Millionenbeträge für die Aufrechterhaltung der Gruselkulisse von Auschwitz. Das alles ist systemimmanenter Volksbetrug! Hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, weil durch den Austausch eines Volksbetrügers durch einen anderen nichts gewonnen ist, sondern nur ein radikaler, also an die

Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. [...] So wie das System von unten nach oben fault, muss die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen haben wir uns als Stachel im Fleisch der Volksbetrüger und als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘ unseres Volkes festzusetzen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Nationale Graswurzelarbeit war noch nie so erfolgversprechend wie in diesen Tagen.“ **Beleg 97 (Kategorie 1).**

Ergänzt werden solche Belege durch Zwischenrufe bei einer Landtagssitzung, in der an die Opfer des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 gedacht wurde: „Dann müssen wir die BRD abschaffen.“

*Michael Andrejewski, Videomitschnitt der 39. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 24. April 2013*

In diesem thematischen Zusammenhang wird zu konkreten Aktionen aufgerufen:

„Die NPD, als parlamentarischer Arm des Widerstandes, hat nun weiterhin Taten folgen zu lassen, um dem Anspruch einer sozialrevolutionären Partei gerecht zu werden.“ NRW-Landesvorsitzender *Claus Cremer*, **Beleg 98 (Kategorie 1).**

In Baden-Württemberg erklärt der Bundestagskandidat von 2009, *Siegfried Gärtner*:

„Wenn diese Medien einmal ihrem Auftrag des Informierens, im Zusammenhang mit unserer Gesinnungsgemeinschaft, nachkommen, so tun sie dies gemäß den Vorgaben der sog. gesellschaftlich relevanten Kräfte, welche ihre Existenz der Nachkriegsordnung und den Umerziehungsplänen für das deutsche Volk, durch die Siegermächte des zweiten 30-jährigen Krieges (1914 bis 1945), verdanken. [...] Deshalb: ‚Tauscht dieses politische System aus, bevor es das deutsche Volk ausgetauscht hat‘ Denn: ‚Nur die Nation verkörpert die Freiheit!‘“ **Beleg 99 (Kategorie 1).**

Das staatliche Gewaltmonopol wird in Frage gestellt, indem zu „Selbsthilfe“ aufgerufen wird:

„Wenn eine Regierung bzw. ein Staat nicht mehr für die Sicherheit und Freiheit des eigenen Volkes garantieren kann, dann müssen wir das selber in die Hand nehmen. Organisiert euch, engagiert euch politisch und werdet aktiv im nationalen Widerstand oder bildet Bürgerwehren, holt euch euer Land zurück ...“

**Beleg 100 (Kategorie 1):** *Hennes Benjamin*, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Bodensee-Konstanz, in einem Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung in Kirchhardt/Baden-Württemberg unter dem Motto „Deutsche



Opfer – Fremde Täter“ am 20. Oktober 2012.

Öfter wird die Wiederherstellung des Deutschen Reiches propagiert, wie hier etwa durch einen niedersächsischen Kommunalmandatsträger:

„Unser Ziel muß die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches als unser völkerrechtlicher Nationalstaat sein. [...] Eine ‚Ord nende Reichsversammlung‘ aus den bewährten Kräften, wesentlich zusammengesetzt aus den Führungskräften des Netzwerkes, wird allgemeine Wahlen vorbereiten. [...] Als Sofortmaßnahme stellt sie die Verfassung und die Gesetze des Deutschen Reiches mit Stand vom 23. Mai 1945 wieder her, [...] , macht den Ausländern einschließlich solcher mit bundesdeutschem Paß klar, dass sie im Deutschen Reich kein Aufenthaltsrecht haben, womit sich jede Sozialversorgung selbsttätig erledigt, kündigt sämtliche Arbeitsverträge mit Ausländern und sorgt für deren Rückführung samt Sippen unter Strafandrohung binnen längstens eines Jahres, berichtigt das Geschichtsbild und stellt jene Leute vor Gericht, die sich vorsätzlich an deutschen Lebensanliegen und am Völkerrecht vergangen haben.“ **Beleg 101 (Kategorie 1).**

Sturz und Abschaffung des „Systems“ bezieht sich auf das parlamentarische Regierungssystem:

**Beleg 102 (Kategorie 1); Beleg 103 (Kategorie 2):** „Wir sind revolutionär, weil wir das ferngesteuerte System der BRD nicht reformieren, sondern überwinden wollen.“;

**Beleg 104 (Kategorie 2):** „Wir als junge Menschen, die meisten kaum älter als 20, stellen uns dem Wahnsinn entgegen und streben nach einem Ziel: der Macht! Nicht aus einer Subkultur, sondern aus tiefer Wut und Trauer über bestehende Verhältnisse, in nationale Kreise gekommen, haben wir erkannt, dass unsere Weltanschauung in dem herrschenden System nicht entfaltet werden kann. Wir haben erkannt, dass Niedergang und BRD nahezu synonym zu gebrauchen sind. ... Wir wollen unsere Anschauung auf die Straße tragen! Wir gehen in den Angriff und wachsen bewusst im Sturm! Denn nicht minder war das Opfer, das frühere Generationen leisten mussten.“

Prägnanter:

„Der Liberalismus macht Abfall aus den Menschen. Machen wir also Abfall aus dem Liberalismus!“

**Beleg 105 (Kategorie 2):** Unbekannter Autor unter dem Pseudonym „*Armin Hofer*“ in dem Artikel „Rebellion der Muttersöhnchen“ in der JN-Publikation „Der Aktivist“, Ausgabe 2/2012, S. 5.

Klar gegen das parlamentarische Regierungssystem gerichtete Presseartikel,

„Es ist mehr Volksherrschaft verwirklicht, wenn ein Volk auf allen Gebieten des Lebens von seinen fähigsten und tüchtigsten Angehörigen geleitet wird, als es von einer bloßen Majorität oder von gekauften Parlamentariern verwalten zu lassen.“, **Beleg 106 (Kategorie 1)**,

treffen zusammen mit einem völlig konträren Bild von Staat und Staatsfunktionen:

„Vielmehr ist der Staat die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Menschen zur besseren Forterhaltung ihrer Art sowie der Erreichung des vorgezeichneten Zweckes ihres Daseins.“ **ebd.**

Die als Fehlentwicklung gedeutete Gleichheit der Menschen wird auf einem Kalenderblatt eines Kalenders für das Jahr 2011 der „Jungen Nationaldemokraten“ als Basis des verfehlten demokratischen Modells der grundgesetzlichen Ordnung konstruiert:

„Der Deutsche gab seinen Gott auf und verband sich mit der Naturlosigkeit der Gleichheitsidee. Die Demokratie legte sich über seine Brust und verkündete die maßlose Gleichheit eines jeden.“ **Beleg 107 (Kategorie 2)**.

#### **4. Zwischen Relativierung und Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus**

Zur ideologischen Programmatik der NPD gehören Versuche, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren oder zu rechtfertigen. Dies wird im Parteiprogramm unter dem Schlagwort „Schuld kult beenden“ als 13. Punkt ausgeführt. Zu diesem „revisionistischen“ „nationalen“ Geschichtsbild gehöre es, dass die „Kontinuität im Leben unseres Volkes in den Mittelpunkt“ gestellt werde:

„Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch einseitige geschichtliche Schuldzuweisungen zu Lasten Deutschlands, durch die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher.“ Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 14.

An anderer Stelle wird von „neurotisierende[r] Erinnerungskultur“ gesprochen.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 17.



Der Nivellierung des Einschnitts durch die nationalsozialistische Katastrophe dienen auch Redewendungen, wie diejenige vom „beispiellosen Traditionsabriß“ in Deutschland.

Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**, S. 17.

Die ständig geforderte Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Forderung nach Abschaffung entsprechender Tatbestände des politischen Strafrechts in diesem Zusammenhang dienen offensichtlich der Legitimierung einer Umdeutung des Nationalsozialismus.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zur Verherrlichung von Führungspersonen des Nationalsozialismus, der Holocaust-Relativierung sowie der Diffamierung des Widerstands im Dritten Reich wird auf das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin, verwiesen.

Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, **Anlage 2**, S. 25 – 29.

Bei Anhängern der Partei wird teilweise noch offener kommuniziert:

„Die historischen Wahrheiten werden verfolgt, als Revisionismus diskreditiert oder als Holocaustleugnung und Relativierung von Nazi-Verbrechen mit Kerker bestraft. Ist es deshalb, weil wir unsre Staatsdoktrin gegründet haben als Gegenentwurf zu Auschwitz, dem Vergasen in Deutschland, Katyn, Wannseeprotokoll, Erzählungen eines Eli Wiesel oder dem Tagebuch der Anne Frank? ... Ein Blinder mit Krückstock kann die offensichtlichen Fälschungen oder Manipulationen im Wannsee-Protokoll oder im Anne-Frank-Tagebuch erkennen.“ Auf der Website von *Hans Püschel*, einem medienwirksam sich der NPD annähernden Ortsbürgermeister in Sachsen-Anhalt, der 2013 auch im Wahlkreis 73 für die NPD zum Deutschen Bundestag kandidierte, erstellt am 26. September 2012, abgerufen am 17. Dezember 2012; **Beleg 108 (Kategorie 1)**.

Eine offene Holocaust-Leugnung erfolgte etwa durch den NPD-Gemeindevertreter *Dirk Bahlmann* aus Löcknitz (Mecklenburg-Vorpommern) gegenüber einer norwegischen Zeitung. Der Holocaust sei eine jüdische Erfindung und „die Juden“ hätten beide Weltkriege begonnen. Er dagegen stehe „voll hinter Adolf Hitler“, zitierte ihn die Zeitung.

**Beleg 109 (Kategorie 1):** Beitrag „Driftige, unge polakker gjenoppliver tysk nabo“ vom 18. Juli 2008.

## 5. Insbesondere: Antisemitismus

Anders als bei den meisten bisherigen Analysepunkten der Ideologie der Partei vermeidet das Parteiprogramm offen antisemitische Äußerungen, auch wenn einzelne Begriffe entsprechend konnotiert sind.

In diese Richtung etwa die Rede von „fremdreligiösen Bauten“ (S. 13) oder bestimmte Verwendungen von Formulierungen wie „Zinswucher“ (S. 10) bzw. „Weltdiktatur des Großkapitals“ (S. 5), jeweils in: Arbeit, Familie, Vaterland. Parteiprogramm der NPD, **Anlage 6**.

Insofern handelt es sich um das oben beschriebene Phänomen der Verdeckungsabsicht, zumindest in öffentlichen, gut zugänglichen Schriften.

Oben A I 1.

Demgegenüber können in den Äußerungen des Führungspersonals der Partei zahlreiche offen antisemitische Ausfälle aufgezeigt werden. Angesichts von Quantität und Qualität dieser Äußerungen bestätigen sie ein Strukturelement der Parteiideologie. Im Folgenden im Anschluss an das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin, nur einige typische, häufig wiederkehrende Schlagworte:

- Bundesrepublik als „Judenrepublik“
- Bundesdeutscher „Parteienstaat“ als „verlängerter Arm USraels“
- „jüdisch-amerikanische Interessen“
- „kapitalistisch-judaistischer Geist vom Zins“
- „Hebräer Madoff“
- „Krummnasen“ für Juden
- der „sich im Globalismus überhebende Zionismus in Gestalt einer Gruppe handverlesener, überreicher Männer im Hintergrund“
- „private jüdische Clique“, welche eine „neue Zinsknechtschaft“ errichte
- Lehre des Frankfurter Instituts für Sozialforschung als jüdische Gründung mit jüdisch inspirierten Lehren als „Giftfraß, der die inneren Organe und das Gehirn der deutschen Volksgemeinschaft anfressen sollte“.



Jeweils mit **Belegen**: Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und Nationalsozialismus, S. 4 – 9; **Anlage 2**.

Auf die historisch verhängnisvolle antisemitische Propagandaschrift der „Protokolle der Weisen von Zion“ wird Bezug genommen. So wird dem damaligen Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz etwa durch den NPD-Landesverband Hamburg angeraten, diese Schrift zu lesen, da er dann besser wisse, „welche ‚Religion‘ nach der Weltherrschaft strebt und welche Gruppe die Medien beherrscht.“

**Beleg 110 (Kategorie 2):** Beitrag „Wechsel an der Spitze des Verfassungsschutzes“ vom 9. Juli 2012, veröffentlicht auf <http://www.npd-hamburg.de>.

## 6. Zwischenfazit

Zusammengefasst handelt es sich bei der überwiegend, aber nicht vollständig offen kommunizierten Ideologie um ein politisches Programm, das über weite Strecken mit den Lehren des historischen deutschen Nationalsozialismus identisch ist. Der Nationalsozialismus wird von der NPD nicht nur apologetisch behandelt, sondern dessen Kernaussagen werden mit nur teilweise abgewandelter Terminologie übernommen. Das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin, kommt auf der Grundlage des Parteiprogrammes wie weiteren Materials zu dem Schluss:

„Wie die historische NSDAP mit Adolf Hitler als ‚Führer‘, so ist auch die NPD geprägt von einer totalitären und demokratiefeindlichen Ideologie. Mit Blick auf die ideologischen Kernelemente – biologistisch-rassistisch fundiertes Freund-Feind-Denken, militanter Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antisemitismus – lässt sich eine Wesensverwandtschaft zwischen NPD und NSDAP eindeutig nachweisen. Die Belege für die extrem antisemitische Einstellung von führenden Politikern und Publizisten der NPD sind so zahlreich und ihre Übereinstimmungen mit der NS-Ideologie bis in die Wortwahl hinein so evident, dass es über die Wesensverwandtschaft der NPD mit der radikalen Judenfeindschaft der NSDAP keine Zweifel geben kann. Auch die Aneignung und der Gebrauch ideologischer Versatzstücke aus dem Fundus der NSDAP ist eindeutig. Ebenso evident sind die Parallelen zwischen den von den Nationalsozialisten bis 1945 propagierten apologetisch-aggressiven historisch-politischen Lesarten internationaler Beziehungen und den nun von NPD-Autoren bis zur Gegenwart bemühten Konstruktion kontrafaktisch-umwertender Formulierungen zur internationalen Geschichte und Politik. Die Repräsentationsformen des historischen Nationalsozialismus dienen in einem Maße als Fundus und Vorbildcharakter für die NPD, dass sich darin ebenfalls eindeutig Elemente der Wesensverwandtschaft erkennen lassen. In der Verehrung zentraler Kultfiguren des nationalsozialistischen Deutschland, die in ihren his-



torischen Vorbildfunktionen herausgehoben werden, verdichtet sich die Wesensverwandtschaft zwischen NSDAP und NPD bis zur Wesensidentität. In der Summe bietet das vorliegende Material den vielfachen Nachweis einer historisch abgeleiteten Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP.“ Stellungnahme und Synopse zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, **Anlage 2**, zusammenfassend S. 40. Ähnlich etwa *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 254 ff.

#### **IV. Politische Aktivität**

Die dargestellte Ideologie der NPD bleibt keine Theorie, sondern wird vielfältig und aggressiv in die politische Praxis umgesetzt. In den beiden Landtagen, in denen die NPD vertreten ist (1.), auf kommunaler Ebene in den Gemeindevertretungen und in sonstigen kommunalen Institutionen (2.), „auf der Straße“, d.h. in politischen Aktionen zwecks Werbung für die Partei – sei es durch Versammlungen, Aufmärsche, Kundgebungen oder in medialer Form (3.). In diesem Zusammenhang erscheint auch die geringe Rechtstreue der Partei und ihres Führungspersonals von Bedeutung, die sich in weit überdurchschnittlich häufiger gerichtlicher Verurteilung auch jenseits von Propagandadelikten in konkreter Gewaltkriminalität äußert und – kondensiert – in der Kriminalstatistik dokumentiert (4.).

Die Aktivitäten der NPD werden seit Oktober 1997 von dieser selbst als ursprünglich „Dreisäulenstrategie“ gekennzeichnet, die seit 2004 zur „Viersäulenstrategie“ erweitert wurde. Das Positionspapier vom Oktober 1997 „Das strategische Konzept der NPD“ beschreibt den Weg, auf dem die Partei ihre Ziele erreichen will:

„Die NPD will den Verfassungsstaat BRD zu einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat vervollkommen, in dem neben der Wahrung der individuellen Menschenrechte auch die Existenzsicherung des deutschen Volkes und die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen Verfassungsrang erhalten, und dem Staat eine dementsprechende Schutzfunktion für Volk und Land zugewiesen wird“. Politische Ziele ließen sich nur über „operative Ziele im Zusammenhang mit dem Kampf um die politische Macht erreichen“. Dies geschehe „in vielen Zwischenschritten, bei denen in Verbindung mit der Teilnahme an Wahlen entsprechende operative Etappenziele definiert werden“. Zur Erreichung ihrer Ziele definiert die NPD für ihren politischen Kampf die drei strategischen Säulen

- Programmatik: Schlacht / Kampf um die Köpfe
- Massenmobilisierung: Schlacht / Kampf um die Straße
- Wahlteilnahme: Schlacht um die Wähler / Kampf um die Parlamente.



Zur Erläuterung dieser Punkte führt das Papier aus, die „ideenpolitische Arbeit“ müsse „zu einem dynamischen Prozeß der Einbindung von Persönlichkeiten des Aufbaus von intellektuellen Netzwerken weit über Parteigrenzen hinaus werden“. Alle Ideen und Begriffe müssten „hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Massen immer wieder erprobt werden“. *Udo Voigt* erklärt zum „Kampf um die Köpfe“: „Der ... ‚Kampf um die Köpfe‘ wirkt sich in letzter Konsequenz auf jeder Ebene aus. Er führt beispielsweise dazu, daß Personen, denen die NPD bisher egal ist, eine gewisse Sympathie für die Ziele der NPD empfinden, wenn sie erst mit diesen vertraut gemacht werden.“ **Beleg 111 (Kategorie 1).**

Massenwirksamkeit könne angesichts geringen Spendenaufkommens nur durch die Mobilisierung der „Straße“ erreicht werden. **Beleg 112.**

Auf einem Bundesparteitag wird dies wie folgt formuliert: „Der Kampf um die Straße führt u.a. gerade bei Jugendlichen dazu, sich wegen ihrer öffentlichen Aktivitäten an die NPD zu binden, sorgt aber auch im Rahmen des Kampfes um die Köpfe dafür, unsere Positionen zu verbreiten und vielfach die ‚Schweigespisale‘ zu durchbrechen!“ **Beleg 111 (Kategorie 1), Udo Voigt.**

Die NPD habe keine Probleme, hier mit Skinheadgruppen zusammenzuarbeiten, wenn diese „sehr wertvollen jungen Menschen, die es für den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft zu gewinnen gilt“, bereit seien, „als politische Soldaten zu denken und zu handeln“ **Beleg 112.**

Da der nationalen Opposition durch die Machthaber systematisch die Grund- und Parteienrechte verweigert und z.B. Versammlungen und Aufzüge der NPD verboten würden, sei die Wahlteilnahme schon deswegen zwingend erforderlich, da die Behörden während des Wahlkampfes ihre „rechtswidrigen Behinderungspraktiken“ aufgrund der Gefahr von Wahlanfechtungen einschränken müssten. **Beleg 112.**

Auf dem Bundesparteitag Ende Oktober 2004 in Leinefelde/Thüringen wurde durch den seinerzeitigen Bundesvorsitzenden *Voigt* eine vierte „Säule“ ergänzt, der „Kampf um den organisierten Willen“. Darunter wird der „Versuch der Konzentration möglichst aller nationaler Kräfte“ um die Macht verstanden. Dies führte sofort zu Absprachen mit dem damaligen DVU-Vorsitzenden *Frey*, bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht gegeneinander anzutreten. Ergebnis waren eine sechsköpfige DVU-Landtagsfraktion in Brandenburg, eine zwölfköpfige Landtagsfraktion der NPD in Sachsen.

**Beleg 111 (Kategorie 1):** Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem Bundesparteitag 2004 – namentlich gekennzeichnet von *Udo Voigt* – Internetseite der Bundespartei <http://npd.de>, abgerufen am 2. November 2004.

**Belege 113, 114 (Kategorie 1).**

Das Gesamtkonzept soll einen Kampf um die „Köpfe“ und die „Herzen“ bewirken:



„Nur eine Bewegung, die den Kampf um die Straße, um die Parlamente, um die Köpfe und vor allem um die Herzen unseres Volkes gleichermaßen führt, kann Deutschland aus den Ketten von Globalisierung und Kapitalismus befreien.“

**Beleg 115 (Kategorie 2):** „Wir lassen uns nicht einschüchtern!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 26. November 2012, abgerufen am 27. November 2012.

Das „Volksfrontkonzept“ der NPD zielt vor allem auf die Einbindung des parteiunabhängigen neonazistischen Spektrums und dadurch auf die Entstehung einer „umfassenden nationalen Oppositionsbewegung“, die – wie Äußerungen des NPD-Landesvorsitzenden NRW *Claus Cremer* zeigen – weit über die Teilnahme an Wahlen hinaus tätig werden soll:

„Doch nicht nur der Zusammenschluss mit der DVU oder die kommenden Wahlen werden zeigen, wie der Weg des nationalen Widerstandes in Zukunft weiter geht. Dies wäre zu kurzfristig gedacht und ausschließlich auf den parlamentarischen Flügel ausgerichtet, was einer umfassenden nationalen Oppositionsbewegung nicht gerecht wird. Ebenso wichtig wie der Weg hin zur nationalen Einheitspartei ist auch die weitere Zusammenarbeit mit den parteiungebundenen Kräften und die Stärkung der diversen Vorfeldorganisationen, denn nur gemeinsam werden wir dazu in der Lage sein in den verschiedenen Lebensbereichen Akzente zu setzen.“

**Beleg 116 (Kategorie 1):** Stellungnahme des NPD-Landesvorsitzenden NRW *Claus Cremer* vom 13. Dezember 2010 unter Titel „Historische Chance nutzen – Auf dem Weg zur nationalen Einheitspartei!“

Diese 2004 initiierte systematische Zusammenarbeit zwischen Partei und so genannten „Freien Nationalisten“, die auf ideologischen Gemeinsamkeiten, übereinstimmenden politischen Zielen und persönlichen Kontakten basiert, ermöglicht der NPD ein deutlich höheres Wirkungs- und Mobilisierungspotenzial. „Freie Nationalisten“ unterstützen die NPD bei der Betreuung von Infoständen, der Verteilung von Propagandamaterial sowie bei Wahlkampfaktivitäten. Hinzu kommen gemeinsame Demonstrationen, Konzertveranstaltungen oder gemeinsam genutzte Immobilien.

Hierzu auch unten A II 4.

Die unterschiedlichen Handlungsansätze führen jedoch im Verhältnis zwischen parteiorientierten und parteiunabhängigen Akteuren auch zu Spannungen. Verflechtungsgrad und Kooperationsintensität zwischen NPD und „Freien Kräften“ weisen zudem im regionalen Vergleich bisweilen beachtliche Unterschiede auf und reichen von prinzipiell getrennten oder gar konkurrierenden Ansätzen bis hin zu einem symbiotischen, von einem einheitlichen Willen



geprägten Vorgehen. Die grundsätzliche Zusammenarbeit mit neonazistischen Aktivisten außerhalb der Partei stellte die aktuelle NPD-Führung jedoch zu keinem Zeitpunkt in Frage.

**Beleg 63 (Kategorie 1):** *Holger Apfel* zum Verhältnis zu Neonationalsozialisten.

Wie groß die ideologischen Schnittmengen und die übereinstimmenden politischen Zielvorstellungen sind, wurde auf dem Pressefest des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ 2011 deutlich. Bei der Vergabe des „Widerstandspreises der Deutschen Stimme“ an drei Initiativen des „parteiungebundenen nationalen Lagers“ beschwor der Laudator *Karl Richter*, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, nachdrücklich die Gemeinsamkeiten im politischen Kampf:

„Und wir haben uns in diesem Jahr entschlossen, den Widerstandspreis der Deutschen Stimme an gleich drei Initiativen zu vergeben, [...], wohl wissend, dass es zwei Wege sind, den Widerstand für dieses Volk zu kämpfen, auf der einen Seite in den Reihen der Partei, auf der anderen Seite aber in parteiungebundenen Strukturen, wohl wissend, dass das zwei Herangehensweisen sind, zwei Seiten der gleichen Münze, zwei Schneiden der gleichen Klinge, aber unter dem Strich zählt, dass der Hieb, der mit dieser Klinge geführt wird, auch sitzt.“

**Beleg 117 (Kategorie 1):** *Karl Richter*, Redebeitrag auf dem Pressefest der „Deutschen Stimme“ am 1./2. Juli 2011, Videobeitrag.

Dabei zielt die NPD darauf ab, die Freien Kameradschaften auch organisatorisch in die Partei einzubinden und sie unter anderem durch die Vergabe von Parteiposten an sich zu binden. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern *Udo Pastörs* äußert sich zur Zusammenarbeit wie folgt:

„Für mich sind die freien Kameradschaften unabdingbarer Teil des gesamten nationalen Widerstandes. Es ist wichtig für die neue Parteiführung, den freien Strukturen klare Parteipositionen aufzuzeigen, die als Grundlage einer zukünftigen Zusammenarbeit gelten sollen. Das ist wichtig, damit die freien Strukturen wissen, woran sie sind. Freie Strukturen sind auch deshalb so wichtig, weil sie viel schneller und kreativer auf politische Ereignisse reagieren können, als ein doch viel schwerfälligerer Parteiapparat. Freie Strukturen funktionieren wie ein gesellschaftspolitisches Labor. Da wird viel ausprobiert, da ist viel Spontaneität, hohe Fluktuation der Mitglieder, als ein ‚freies Potential‘, auf das wir im Kampf gegen die sich verschärfende Ungerechtigkeit nicht verzichten wollen und können.“

**Beleg 118 (Kategorie 1):** *Udo Pastörs*, in: „Gemeinsam die Kampfgemeinschaft der NPD wieder auf klaren Kurs bringen“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 14. November 2011, eingesehen am 5. März 2012.



Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sieht die NPD durch die enge Zusammenarbeit eine erfolgreiche „Propagandawirkung“:

„Ja, es ist richtig. Bei uns hier in Mecklenburg und Pommern funktioniert das Ganze geräuschlos nach Innen und mit großen Propagandawirkung, nicht nur bei Wahlkämpfen, auch nach Außen.“

**Beleg 118 (Kategorie 1):** *Udo Pastörs*, in: „Gemeinsam die Kampfgemeinschaft der NPD wieder auf klaren Kurs bringen“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 14. November 2011, eingesehen am 5. März 2012.

Das von *Holger Apfel* nach seiner Wahl zum NPD-Bundesvorsitzenden am 13. November 2011 verfolgte Konzept der „seriösen Radikalität“ bedingt ausdrücklich keine Aufweichung der bisherigen verfassungsfeindlichen ideologischen Positionen und keinen prinzipiellen Kurswechsel im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“. *Apfel* zielt vielmehr auf eine Modernisierung und Professionalisierung in der Außendarstellung der Partei. Durch eine stärkere Verschleierungstaktik will sich die Partei so die bürgerliche Mitte erschließen.

Vgl. **Beleg 119 (Kategorie 1):** *Holger Apfel*, „Seriöse Radikalität“, in: „Deutsche Stimme“ Nr. 11/11, November 2011, S. 12.

**Beleg 120 (Kategorie 1):** *Holger Apfel*, [www.deutschlandecho.org](http://www.deutschlandecho.org) vom 19. September 2011. „Für Träger einer Weltanschauung versteht es sich von selbst, daß es bei der ‚seriösen Radikalität‘ nicht um inhaltliche Anpassung und die Aufweichung unserer Grundsätze geht.“

Auch die Verbindungen der NPD zu verbotenen neonazistischen Organisationen verdeutlichen die Verflechtung zwischen Partei und parteiunabhängigen Rechtsextremisten. Bei neun von zehn seit 1990 auf Bundesebene verbotenen rechtsextremistischen Vereinen bestehen Berührungspunkte zur NPD. Die Partei ist personell mit diesen Organisationen verschränkt und sprach mehreren von diesen im Zusammenhang mit dem Vollzug der Verbotsmaßnahmen öffentlich ihre Solidarität aus.

**Anlage 13:** Bezüge und Verbindungen von NPD/JN zu verbotenen rechtsextremistischen Organisationen.

Damit kann festgehalten werden, dass ein *konkretes Konzept der politischen Agitation* vorliegt, um die programmatischen Ziele der Partei, letztlich Beeinträchtigung und Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, zu erreichen. Es soll den „nationalrevoluti-



onären“, „systemüberwindenden“ Anspruch der Partei verwirklichen, der auf die Abschaffung der derzeitigen Grundordnung zielt.

Vgl. exemplarisch etwa:

**Beleg 80 (Kategorie 2);** *Holger Apfel* in einer Informationsbroschüre; **Beleg 94 (Kategorie 1);** *Matthias Heyder* auf dem Bundesparteitag am 5. Juni 2010; **Beleg 101 (Kategorie 1); Beleg 102 (Kategorie 1); Beleg 121 (Kategorie 1).** *Daniel Knebel* in einem Redebeitrag auf einer Demonstration am 1. Mai 2010 in Schweinfurt: „Wir sind keine Schwätzer und wir sind auch keine Reformatoren, wir sind ausschließlich und das mit voller Überzeugung, Revolutionäre. Wir wollen diesen Staat nicht ändern, wir wollen ihn abschaffen, wir wollen die Revolution, bringt dieses System endlich zu Fall, danke schön.“ **Beleg 122 (Kategorie 1).**

Das Konzept soll – wie ausdrücklich gesagt wird – dazu dienen, durch Widerstand auf revolutionärem Wege die derzeitige Grundordnung zu untergraben und eine „Alternative“ aufzuzeigen. So formuliert etwa der damalige Bundesvorsitzende der Jugendorganisation JN der NPD:

„Wir müssen auf die Straße und diesen krisengebeutelten Staat immer dort hart treffen, wo es ihm besonders weh tut. Wir müssen die Glaubwürdigkeit der Herrschenden Tag für Tag mehr untergraben. Wir müssen mit aller Kraft ein überholtes und unfreies System aus der Verantwortung stoßen.“ **Beleg 123 (Kategorie 1);** *Michael Schäfer*, „Am Scheidepunkt“, in: *Der Aktivist*, Ausgabe 01/10, S. 3. „Die einzige Lösung liegt im Widerstand. Einem Widerstand, der sein Ohr so nah wie möglich am Volk hat, der so gut und so professionell wie möglich organisiert ist und einem Widerstand, der eine glaubhafte Alternative zum derzeitigen scheindemokratischen System aufzeigen kann.“ **Beleg 124 (Kategorie 1).**

Ebenso befürwortet auch *Thorsten Heise*, damaliges Mitglied im NPD-Parteivorstand, am 10. April 2010 den „Untergang“ der Bundesrepublik Deutschland:

„Jeder von euch ist ein Sandkorn im Getriebe, in der Maschinerie dieses Besetzerregimes, das sich Bundesrepublik Deutschland nennt. Und eines Tages kommt sein Untergang! Und ihr seid der Sand, der dafür sorgt, dass es untergehen wird.“

**Beleg 125 (Kategorie 1):** Auf YouTube eingestellte Rede vom 10. April 2010 beim „1. Südwestdeutschen Kulturtag“ der JN in Ludwigshafen.

## 1. Parlamentarische Aktivität (Landtage)

Obgleich die NPD den Parlamentarismus – wie oben unter III 2 gezeigt wurde – ablehnt, besitzt der „Kampf um die Parlamente“ einen hohen Stellenwert. Durch Wahlerfolge und Parlamentsarbeit will die Partei ihre Bekanntheit steigern und Finanzmittel akquirieren. In den ostdeutschen Ländern wurde und wird mit beachtlichem materiellem Aufwand Wahlkampf betrieben. Für den Landtagswahlkampf Sachsen 2009 wurden zwischen 80.000 und 90.000 Plakate angebracht; der Spitzenkandidat *Holger Apfel* soll ein Kandidatenflugblatt mit einer Auflage von 250.000 Stück verteilt haben.

### Belege 126, 127 (Kategorie 2).

Zurzeit werden 13 Landtagsmandate gehalten. Im kommunalen Bereich verfügte die NPD im November 2013 bundesweit über rund 330 Mandate in 15 Ländern.

Die parlamentarischen Äußerungen unterschieden sich in Inhalt und Gestus kaum von sonstigen öffentlichen Verlautbarungen und enthalten zahlreiche eindeutige Bekenntnisse zu den programmatischen Zielen der NPD:

#### - *Verachtung des demokratisch-parlamentarischen Systems*

„Seit Jahrzehnten zeichnen Sie (die „Damen und Herren der Blockparteien“) sich als besonders dienstbeflissen gegenüber fremden Herren aus, ganz so, wie es unter den US-amerikanischen oder sowjetischen Besatzern eingeübt wurde. Diese Dressur wurde verinnerlicht und gelangt heute zur Perfektion. Dank Ihres Deutschlandhasses fällt es Ihnen sicherlich nicht schwer, die Kutte des Volksvertreters immer dann abzulegen, wenn in wichtigen Entscheidungsprozessen über das zukünftige Wohl der eigenen Landsleute entschieden wird. ... Sie haben sich stets in allen Systemen als willige Vollstrecker angebietet und wollen auch weiterhin nicht darauf verzichten.“ *Tino Müller*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 48. Sitzung am 24. September 2008, S. 109.

#### - *Antisemitismus*

Der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende *Holger Apfel* bezeichnet in einer Rede in der von seiner Fraktion beantragten Debatte zum Thema „Keine Zusammenarbeit mit ‚Schurkenstaaten‘ – Sächsisch-israelische Partnerschaft beenden“ Israel als „Schurkenstaat“, als „jüdische[n] Terrorstaat“ und spricht von „blühende[r] Holocaust-Industrie“: „Doch bis heute leugnet Israel die blutigen



Ursprünge seiner Existenz. Kein Wunder, gebärden sich doch die Juden seit 3.000 Jahren als Opfer der Weltgeschichte, während die eigene Rolle als Tätervolk verschwiegen wird.“; Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/18, S. 1519 ff. vom 15. Juni 2010. (Für antisemitische Äußerungen wurde – vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof bestätigt – *Apfel* von Landtagssitzungen ausgeschlossen und musste von der Polizei abgeführt werden.).

In einer Sitzung kurz zuvor über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan wiederum *Apfel*:

„Solche Aussagen, meine Damen und Herren, sind natürlich ganz im Sinne von Leuten, wie dem jüdischen Politoffizier der Bundeswehrhochschule in München, Prof. Michael Wolffsohn, der es gerne sieht, dass deutsche Soldaten für Israel am Hindukusch die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. [...] Schämen Sie sich, meine Damen und Herren, dafür, dass Sie längst nicht mehr deutsche Interessen im Auge haben, sondern nur noch willfähige Büttel des Zentralrates der Juden sind!“ Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/14, S. 1089 vom 29. April 2010; **Beleg 128 (Kategorie 1)**.

In einer Debatte über die Beschneidung bezeichnete *Apfel* zunächst einen Appell des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland *Dieter Graumann* als „frech“, um dann auszuführen:

„Mit diesem miesen Spiel der jüdischen und islamischen Lobby in diesem Land muss endlich Schluss sein. Lassen Sie sich, meine Damen und Herren, nicht länger vor den Karren reaktionärer ewig gestriger Zentralräte spannen! Hängen Sie nicht länger am Rockzipfel der jüdischen und islamischen Lobby!“ Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll vom 18. Oktober 2012, S. 6564.

- *Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen*

„Ausgleich von sogenanntem NS-Unrecht“; *Stefan Köster*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 39. Sitzung am 16. Dezember 2011, S. 16.

„Die Dinge kündigen sich an, bevor es zum Unglück kommt. Die Saat des Zweiten Weltkrieges wurde in Versailles gelegt und auch die Ausschreitungen gegen Juden in Deutschland ...“; *Tino Müller*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 56. Sitzung am 20. November 2008, S. 93.

„Sie wissen auch von den zahlreichen Friedensinitiativen der Reichsregierung, die allesamt hasserfüllt von den Westmächten zurückgewiesen wurden [...] Sie belügen unsere Jugend, weil Sie verschweigen, dass nicht das Deutsche Reich Großbritannien und Frankreich den Krieg erklärte, sondern die Engländer und Franzosen uns. Die Wahrheit tut manchmal weh, meine Damen und Herren von den Blockparteien, besonders wenn man die Lüge pflegt.“; *Tino Müller*,



Der Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag *Apfel* führt aus:

„Wenn Sie auch als Politiker den Schulterschluss mit dem kriminellen Bodensatz suchen, Massenmord als Befreiung anbieten und alliierte Kriegsverbrecher in geradezu pathologischer Devothie als ruhmreiche Helden feiern mögen, wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, den Bombenholocaust von Dresden als das zu bezeichnen, was er war: ein einzigartiger Vernichtungsschlag gegen das deutsche Volk. [...] 66 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs muss endlich Schluss sein, dass unser Volk durch die Auschwitzkeule in die Knechtschaft getrieben wird. 66 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist es an der Zeit, das Büßerhemd und die Narrenkappe endlich auszuziehen. Der Fahrkartenschalter nach Canossa, meine Damen und Herren, sollte ein für allemal geschlossen sein.“ Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/28, 19. Januar 2011, S. 2752 f.

Einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag Mecklenburg-Vorpommern blieben NPD-Fraktionschef *Udo Pastörs* und die anderen NPD-Abgeordneten zu Beginn der Landtagssitzung am 30. Januar 2013 fern.

**Beleg 129 (Kategorie 1):** „Schwerin: Landtag hebt Pastörs’ Immunität auf“, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de) vom 30. Januar 2013, abgerufen am 31. Januar 2013.

- *Fremdenfeindlichkeit, ausgehend vom Konzept des ethnischen Volksbegriffs*

Ein Antrag der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag „Strategiewechsel in der sächsischen Flüchtlings- und Asylpolitik – Rückkehrpflicht statt Aufenthaltsrecht“ am 17. Dezember 2010 wurde vom Fraktionsvorsitzenden *Apfel* wie folgt erläutert:

„Machen Sie endlich deutlich, dass Schluss mit der Liberalisierungswelle in der Ausländerpolitik ist. Stimmen Sie zu, schließen Sie die Einfallstore für muslimische Bombenleger, kriminelle Zigeunerbanden und Sozialschmarotzer aus aller Welt.“; Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/27, S. 2657.

„Während ein guter Teil der GRÜNEN beispielsweise die deutsche Nation oder das deutsche Volk für eine Konstruktion hält, betreiben Sie hier in diesem Antrag geradezu ethnologische Differenzierungsverrenkungen, um diesen Haufen ungebeter Gäste in seiner feinsten Stammesverästelung aufzudröseln, als wäre es nicht schon genug, dass nur uns Deutschen aufgezwungenen Sprachter-



rorismus, dass wir Zigeuner nicht mehr beim Namen nennen dürfen, sondern als Roma bezeichnen sollen. [...] Das ist einer der vielen Versuche der Asyllobby, die hiesige Gesetzgebung zu unterlaufen und eine Einladung an die Zigeuner, es sich hier ein paar Monate auf Kosten der Deutschen gutgehen zu lassen. [...] Denn die im Hotel ‚Zum Kronprinzen‘ untergebrachten Sozialschmarotzer werden ihren Leuten die Netzseite ab-in-den-urlaub.de zumailen, wo das herrliche Plüschzimmer des Hotels ‚Zum Kronprinzen‘ angepriesen wird, wahrlich eines Königs der Zigeuner würdig.“ *Andreas Storr*, Protokoll des Landtags Sachsen, 5. Wahlperiode, 69. Sitzung am 30. Januar 2013, S. 7194 f.

Am 4. Februar 2013 stellte die NPD-Fraktion in Dresden eine Kleine Anfrage an die Staatsregierung zu dem Thema „Ehegattennachzug und Verwandtenheiraten bei ‚Migranten‘ im Freistaat Sachsen“; DrS 5/11244 vom 4. Februar 2013.

Die zweite Frage lautet:

„In welchem Umfang wurden im Zeitraum von 2002 bis 2012 im Freistaat Sachsen bei Ehen zwischen Verwandten bei ‚Migranten‘ Kinder mit Behinderungen geboren? (Bitte pro Jahr nach Landkreisen und Kreisfreien Städten auflisten.)“

Zur Erläuterung wird ausgeführt:

„In Duisburg wird mittlerweile jede fünfte Ehe zwischen Verwandten geschlossen. Ähnliche Vorgänge sind in Berlin-Neukölln zu beobachten, wo immer mehr Kinder aus inzestuösen Beziehungen von ‚Migranten‘ mit Behinderungen geboren werden.“

*Parlamentarische Anträge und Initiativen* ergänzen die Redebeiträge. Die NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern brachte 2008 einen Antrag „Antigermanismus bekämpfen“ in das Landesparlament ein, in dem u.a. die These vertreten wurde, die Kriegserklärung des Jüdischen Weltkongresses 1933 und die Ermordung des deutschen Legationsrats *Ernst von Rath* 1938 einschließlich der Ausschreitungen der Reichspogromnacht hingen kausal zusammen. Der Antrag musste um antisemitische Passagen auf Aufforderung der Landtagsverwaltung bereinigt werden.

Antrag der Fraktion der NPD, Antigermanismus bekämpfen, DrS 5/1961 vom 5. November 2008.

Die Fraktion in Dresden brachte einen Antrag auf Ergänzung der Sächsischen Landesverfassung bzw. des Grundgesetzes um sog. Minarettverbote ein.

Erläuterung durch *Holger Apfel*, Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Plenarprotokoll 5/12, S: 897 f. am 31. März 2010;

zu ähnlichen Plänen in Mecklenburg-Vorpommern: **Beleg 130 (Kategorie 1):** Artikel in: „Der Ordnungsruf“, Ausgabe 13/2012, S. 4.

Bemerkenswert ist die sehr *hohe Anzahl an Ordnungsrufen* und sonstigen parlamentarischen Maßnahmen gegen Redner und Abgeordnete der NPD. Im 4. Sächsischen Landtag wurden gegen Abgeordnete der NPD-Fraktion 58 von insgesamt 64 parlamentarische Ordnungsmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen der Sitzungsleitung verhängt. Im laufenden 5. Sächsischen Landtag wurde bisher die Zahl 88 von insgesamt 89 erreicht. In Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich für die 6. Wahlperiode folgende Statistik:

	<b>NPD</b>	<b>übrige Parteien</b>
Ordnungsrufe	129	10
Wortentziehungen	21	-
Ausschlüsse von Sitzungen	9	-
Sachrufe	6	2
Anzahl der Zurückweisung unparlamentarischer Äußerungen	22	4

Das übersteigt jeweils den Durchschnitt, das parlamentarisch Übliche sehr deutlich. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sich die parlamentarischen Ordnungsmaßnahmen der Sitzungspolizei der beiden Landtage, in denen die NPD vertreten ist, im Wesentlichen mit den Abgeordneten dieser Partei befassen.

**Anlage 12:** Übersicht über parlamentarische Ordnungsmaßnahmen gegen NPD-Abgeordnete in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Exemplarisch für *bewusste Provokationen* sei das Verhalten der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag beim Antrittsbesuch von Bundespräsident *Wulff* am 1. September 2010 im Landtag dokumentiert:

Im Sinne eines kalkulierten Ekklats hielten die NPD-Abgeordneten während der Rede des Bundespräsidenten Plakate mit der Aufschrift hoch „Alle wissen: Sarrazin hat Recht“; die Aktion wurde von der Partei im Internet später wie folgt gedeutet: Der Vorsitzende *Apfel* erläutert, er habe einen „Abstecher in diese parlamentarische Schwatzbude“ unternommen, um *Wulffs* Rede zu hören:



„Christian Wulff, das ist der Mann, der als Ministerpräsident in Niedersachsen mit seiner türkischstämmigen Sozialministerin wie kaum ein anderer für den Integrationswahnsinn, für die Überfremdung dieser bunten Republik Deutschland steht, einer Republik, ja, wo man sagen muss, eine Republik, die sich immer mehr zu einer multikriminellen Vielvölkerstaatenvereinigung entwickelt. [...] wir brauchen heute in Deutschland keine Diskussion über eine bessere Integration der hier lebenden Ausländer, was wir brauchen ist eine Diskussion, wie wir konsequent dafür sorgen können, dass die in Deutschland lebenden Ausländer eines Tages in ihre Heimat zurückgeführt werden können.“ **Beleg 131 (Kategorie 1)**; der Abgeordnete *Jürgen Gansel* legt in einem Internet-Beitrag nach: „Christian Wulff – Oberster Repräsentant einer Anti-Elite“; **Beleg 132 (Kategorie 1)**: „Diese Negativauslese der Persönlichkeits- und Charakterlosen, die der Rechtsintellektuelle Edgar Julius Jung 1927 als ‚Herrschaft der Minderwertigen‘ charakterisierte, gehört zum Parlamentarismus wie die Ausbeutung zum Kapitalismus. Arthur Moeller van den Bruck formulierte mit Blick auf das Polit-Personal der Weimarer Republik sehr treffend: ‚Revolution und Republik haben kein Genie hervorgebracht, sondern Kompromißler: Geduldmenschen, nicht Tatmenschen; Gestoßene, nicht Stoßende; Langmut, nicht Wagemut; Gehenlassen, nicht Inangriffnahme – und niemals Schöpfung.“

Im Landtag in Schwerin bezeichnete der NPD-Fraktionsvorsitzende *Udo Pastörs* in einer Landtagssitzung am 28. Januar 2010 die Vernichtung des jüdischen Bolschewismus in einem Zwischenruf als „gute Idee“.

Plenarprotokoll 5/88 vom 28. Januar 2010, S. 75 und 78.

Dies führte zu einer strafrechtlichen Verurteilung.

#### **Beleg 133 (Kategorie 1).**

Als der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern der Mordopfer der rechtsextremistischen NSU-Terrorzelle gedenken wollte, verließ die NPD-Fraktion demonstrativ den Plenarsaal, kurz bevor sich die Abgeordneten im Schweriner Schloss von ihren Stühlen erhoben.

**Beleg 134 (Kategorie 1)**: namentlich nicht gekennzeichnete dpa-Meldung; ähnlich bei einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus, **Beleg 135 (Kategorie 1)**.

Insgesamt kann ein höchst *aggressives, sprachverrohendes parlamentarisches Verhalten* festgestellt werden, das wiederum nicht mit parlamentarischen Gepflogenheiten erklärt oder gar gerechtfertigt werden kann und für das – wiederum exemplarisch – einige Schlagwörter zusammengestellt seien:



„Bonzokraten“ und „Palaverbude“; *Udo Pastörs*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 54. Sitzung am 23. Oktober 2008, S. 58.

„Datenschutzbeauftragter als PausencLOWN“; „Orgelparteien“; *Michael Andrejewski*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 60. Sitzung am 20. Januar 2009, S. 82.

„In der mitteleuropäischen Bundesrepublik, zur Zeit noch Deutschland genannt, regieren Tanten und Tunten.“; *Raimund Borrmann*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 81. Sitzung am 18. November 2009, S. 97.

„kriminelles Handeln der Landesparlamentarier aufseiten der Blockparteien“; „Stimmvieh auf Befehl der EU-Kommissare“; *Udo Pastörs*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 96. Sitzung am 9. Juni 2010, S. 39.

„Als Schutzherrin für Kinderschänder könnte man auch das Justizministerium von Mecklenburg-Vorpommern unter der Führung von Frau Kuder bezeichnen.“; *Tino Müller*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 103. Sitzung am 16. September 2010, S. 35.

„Ihr mieser Asozialenstaat“; *Michael Andrejewski*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 109. Sitzung am 19. November 2010, S. 34.

„einseitiger Schuld kult“; „Betroffenheitstheater“; „Auschwitzprojektion“; *Udo Pastörs*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 88. Sitzung am 28. Januar 2010.

„Sie sind es, die an der Stelle einer gewachsenen Volksgemeinschaft ein Konglomerat ethnokultureller Kastraten setzen wollen ...“ *Michael Andrejewski*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 96. Sitzung am 9. Juni 2010, S. 85.

„Auschwitzkeule“; *Udo Pastörs*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 61. Sitzung am 29. Januar 2009, S. 48.

„Finanzmafia als Volksschädlinge“; *Udo Pastörs*, Protokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode, 54. Sitzung am 23. Oktober 2008, S. 61.

„Das alles ist aus unserer Sicht nämlich weit weniger entwicklungsbeeinträchtigend als die mediale Dauerberieselung mit Schwulenhochzeiten, lesbischen Kinderadoptionen, transsexuellem Körperumbau und Geschichtspornografie in Gestalt von Holocaust-Gedenkritualen und anderen Formen des Nationalmasochismus.“ *Jürgen Gansel*, Protokoll des Landtags Sachsen, 5. Wahlperiode, 76. Sitzung am 15. Mai 2013, S. 7886.

Auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion der GRÜNEN im sächsischen Landtag fordert *Jürgen Gansel*: „Hören Sie auf mit der Verschwuchtelung des sächsischen Parlamentarismus!“, gleichgeschlechtliche Beziehungen werden als „Panne der Humanevolution“ bezeichnet. Protokoll des Landtags Sachsen, 5. Wahlperiode, 37. Sitzung am 26. Mai 2011, S. 3595 f.



Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bundespräsident *Wulff* äußert *Jürgen Gansel*, dass „die Deutschen heutzutage von Abschaum regiert werden“; Protokoll des Sächsischen Landtags, 5. Wahlperiode, 52. Sitzung, 8. März 2012, S. 5144.

## **2. Kommunale Ebene**

Auf kommunaler Ebene sind zwei Typen von Aktivitäten der NPD zu unterscheiden: Das kommunalpolitische Engagement durch kommunale Mandatsträger einerseits (a), die konkrete politische Arbeit „vor Ort“ im Sinne einer „Graswurzelbewegung“, als „Kümmerer vor Ort“, in Vereinen, Nachbarschaften und ähnlichen sozialen Zusammenhängen andererseits (b).

### **a) Kommunale Mandate**

Wie bereits erwähnt, unterhält die Partei – verteilt auf rund 280 Mandatsträger – rund 330 Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften. Gut ein Viertel davon entfallen auf die alten Länder. Im strategischen Konzept der NPD reihen sich diese kommunalpolitischen Aktivitäten als „Kampf um die Parlamente“ in die oben beschriebene „Vier-Säulen-Strategie“ ein.

Oben IV vor 1.

Mit der kommunalpolitischen Präsenz werden vor allem folgende Ziele verfolgt:

- Vorbereitung auf den Einzug in Parlamente
- Streben nach Insiderwissen
- Gemeindevertretungen als „Kaderschmieden“
- Möglichkeit der Darstellung kommunalpolitischer Leistungen.

*Matthias Heyder* auf dem Bundesparteitag der NPD am 5. Juni 2010:

„Wir haben jetzt kommunale Mandatsträger, die in den Gemeindevertretungen sitzen, in den Kreistagen, die dort Stimme und Gesicht der NPD sind. ... Wir müssen jetzt den Schritt gehen, aus den Erfahrungen mit der Kommunalpolitik in den Landtag reinzukommen, Landespolitik zu machen. Das ist ein logischer

Schritt, den wir lange vorbereitet haben, seit mehreren Jahren schon, indem wir gesagt haben, wir machen halt den Unterbau, kommunalpolitische Erfahrung. Aus diesem Grunde haben wir auch auf den Landeslistenparteitag auf den Listenplätzen 1 bis 9 immerhin 8 kommunale Mandatsträger gewählt, also Leute, die Erfahrung haben, die in den Parlamenten sind, die wöchentlich praktisch in den Ausschüssen sind. Das wird gut. Die haben die Erfahrung, dass auch in der Landtagsarbeit zu machen.“ **Beleg 94 (Kategorie 1).**

Und *Frank Franz*:

„Provokation ist ein legitimes Mittel. Doch darf es nicht Ausrede dafür sein, auch grundlegende Arbeit zu leisten. Besser ist es, die Zeit sinnvoll zu nutzen und die Abläufe in den Verwaltungen zu verstehen. Einblicke in die Funktionsweisen des Staates zu gewinnen. Sich in Dingen zu üben, mit denen man die politische Konkurrenz in den Parlamenten angreifen und auch schlagen kann. Und zwar so, daß die Sachkompetenz vor der Polemik steht. ... Selbststrebend darf man sich nicht im Mahlwerk des Parlamentarismus verlieren und dabei die viel wichtigere Arbeit am Bürger vernachlässigen. Sinn und Unsinn dieses Parlamentarismus ist aber ein anderes Thema.“ **Beleg 136 (Kategorie 1).**

Zu den unterschiedlichen Verhaltensweisen und Strategien bei der Mandatsausübung kann wiederum auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen werden.

*Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 23 ff., **Anlage 3.**

Neben dem Auftreten in den Vertretungskörperschaften ist die sog. *Wortergreifungsstrategie* von zentraler Bedeutung für die Bewertung der kommunalen Tätigkeiten der NPD: Durch gezieltes Eingreifen geschulter Aktivisten werden politische Veranstaltungen der anderen Parteien zu eigenen Zwecken umfunktioniert. Der politische Gegner wird eingeschüchtert, bloßgestellt, lächerlich gemacht – bis hin zu tätlichen Angriffen.

**Belege 137, 138, 139 (Kategorie 1); Beleg 140 (Kategorie 2).**

## **b) Schleichende Infiltrierung der Gesellschaft vor Ort („Graswurzelpolitik“)**

Die politische Aktivität der NPD äußert sich in besonderem Maße in der legalen und vermeintlich harmlosen sogenannten Graswurzelpolitik. Sie strebt danach, die Partei in der „Mit-



te des Volkes“ Fuß fassen zu lassen und sich über die Präsenz der NPD auf lokaler Ebene, die Besetzung bürgernaher Themenfelder und die Anwendung geeigneter Aktionsformen den Weg zu Wahlerfolgen zu ebnen. Immer wieder sprechen Funktionäre der Partei davon, sich als örtliche „Kümmerer“ zu präsentieren und dadurch eine Gegenöffentlichkeit zu etablieren, um eine schleichende Infiltration der Gesellschaft durch eine vermeintliche Normalisierung zu erreichen.

*Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 28 ff., **Anlage 3** (im Zusammen greifen mit der „Raumordnungsstrategie“); *Marc Brandstetter*, Die „neue“ NPD zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Konrad-Adenauer-Stiftung, Parteienmonitor aktuell, 2013, S. 16, 17 ff. und öfter.

Das ist schon deshalb von Belang, weil dieses Verhalten wiederum instrumentell zur Verfolgung der verfassungsfeindlichen Ziele eingesetzt wird, wie in einer Äußerung des Parteivor sitzenden deutlich wird:

„Nach außen hin müssen wir unser Image als ‚Kümmererpartei‘ wesentlich stärker in den Vordergrund stellen. Wir müssen stärker Gegenöffentlichkeit betreiben. Wir müssen nicht nur jammern darüber, dass die Medien in Klischees von uns zeichnen, sondern wir müssen den direkten Weg mit den Menschen suchen und das auch außerhalb von Wahlkämpfen. Das gilt vor allem auch gerade im Bereich des Weltnetzes [gemeint ist das Internet; C.M. und C.W.], der verstärkten Einbringung in die sozialen Netzwerke, Schaffung von Gegenöffentlichkeit mit regionalen Zeitungsprojekten wie in Mecklenburg, in Pommern, in Thüringen, in Sachsen, wo wir in hohen Auflagen kostenlos und regelmäßig die Menschen mit regionalen Themen informieren, aufklären, Überzeugungsarbeit leisten. Hier gilt es, wirklich Graswurzelarbeit zu betreiben, um die Herzen der Menschen zu erobern.“ **Beleg 141 (Kategorie 1):** *Holger Apfel*, Videobotschaft vom Oktober 2011.

Und in einer NPD-Broschüre „Der Landesverband Sachsen stellt sich vor“ heißt es:

„Nur vertrauensbildende Maßnahmen vor Ort, persönliche Ansprache und Engagement, sei es im Ehrenamt oder in der Kommunalpolitik, vermochten die undemokratischen Ausgrenzungsstrategien ‚gegen Rechts‘ zu unterlaufen. [...] Der nationale Kommunalpolitiker hat daher die Aufgabe, konkrete Verbesserungsmöglichkeiten und Erleichterungen für den Bürger vor Ort aufzuzeigen, darf dabei jedoch das ‚große Ganze‘ nie aus den Augen verlieren.“ **Beleg 142 (Kategorie 2).**

Die Partei stellt sich als „Anwalt“ und „Schutzmacht der kleinen Leute“ dar und greift entsprechende Themen – wiederum, wie nachgewiesen werden kann, instrumentell – auf:



„Die Wählerebene. Hier sollte möglichst wenig von Weltanschauung geredet, sondern einfache und klare Ziele formuliert werden. Es muß begriffen werden, daß uns kein Bürger wählt, weil wir die richtige Weltanschauung haben, sondern weil wir eine wirkliche Alternative zum bestehenden System entwickeln, welche aus unserer inneren Haltung und Weltanschauung zwar folgerichtig ist, so jedoch nicht dem Wähler dargestellt werden kann. Der Wähler strebt nach persönlicher Absicherung, eigenem Nutzen, persönlichen Vorteilen für sich und seine Familie und ist nicht auf der Suche nach Verkündern der ‚reinen Lehre‘ weltanschaulicher Grundlagen.“ *Udo Voigt*; **Beleg 143 (Kategorie 1)**. *Ders.*: „Wir sollten in Zukunft mehr Türöffner-Themen besetzen, welche die Bürger tagtäglich beschäftigen, sei es innere Sicherheit, Kindesmißbrauch, Rente mit 67, Hartz IV usw.“; **Beleg 143 (Kategorie 1)**. „Kinderschutzkampagnen“ – **Beleg 144 (Kategorie 2)** – und „Hartz-IV-Beratung“ – **Beleg 145 (Kategorie 2)** – sind Anwendungsfälle. Auch Initiativen unter der Bezeichnung „Bürgerinitiative“ sind hier einzuordnen; **Belege 146, 147, 148 (Kategorie 2); Belege 149, 150, 151, 152, 153 (Kategorie 1)**.

Deutlich auch *Jürgen Gansel* in einem Beitrag für die „Deutsche Stimme“, in der er die Möglichkeiten lokaler Facebook-Mobilisierung analysiert:

„Neben einem anschlussfähigen Thema ist die Wahrnehmbarkeit der NPD durch Verteilaktionen, Veranstaltungen, aktive Pressearbeit und Facebook-Aktivitäten unerlässlich, um als berechenbarer politischer Faktor empfunden zu werden. Politik wird in erster Linie durch Personen vermittelt. Deshalb sind alle vernünftig auftretenden Nationalisten aufgefordert, sich in Sportvereinen, Elternvertretungen, Mietervereinen und Feuerwehren zu engagieren und sich darüber hinaus in Kneipen, Diskotheken und auf Stadtfesten zu zeigen.“ **Beleg 54 (Kategorie 1)**

Als spezielle Veranstaltungsformen in dieser Hinsicht können beobachtet werden:

- Kinderfeste: „Unsere Kinderfeste bringen die Herrschenden ins Schwitzen und die Kinder und Eltern zum Lachen.“

**Beleg 154 (Kategorie 1); Belege 155, 156 (Kategorie 2); Belege 157, 158, 159 (Kategorie 1)**.

- Infiltration der örtlichen Vereinsszene:

**Belege 160, 161 (Kategorie 1), 162 (Kategorie 2), 163 (Kategorie 1); Belege 164, 165, 166, 167 (Kategorie 2)**.



- gezielte Übernahme öffentlicher Ämter und Aufgaben: am Beispiel v.a. des Schöffenamtes (**Beleg 168 (Kategorie 1); Beleg 169 (Kategorie 2)**; drei NPD-Schöffen in Sachsen, **Beleg 170 (Kategorie 1)**), um politische Positionen auch in der Rechtsprechung einzubringen bzw. durchzusetzen, und als freiwilliger Interviewer beim „Zensus 2011“ (**Beleg 171 (Kategorie 2); Belege 172, 173 (Kategorie 1)**), um Informationen für die „nationaldemokratische ‚Marktforschung‘“ zwecks idealer „Wähleransprache“ zu erhalten.
- Teilweise wird die Bildung von „Bürgerwehren“ angestrebt: In Brandenburg und Bayern sollen sog. Bürgerwehren fremdenfeindliche Agitationsmuster mit der Intention den Bürgern gegenüber als hilfsbereite, aber auch entschlossene Alternative zu erscheinen, während der Staat in Untätigkeit verharre, verknüpft werden. Zwei Beispiele für derartige Versuche seien herausgegriffen:

Im Oktober 2010 berichtet der NPD-Kreisverband Märkisch-Oderland:

„Wie in der Gemeinde bereits am Vorabend per Flugblatt angekündigt, ging eine Gruppe Nationaler Aktivisten in der Nacht von vergangenem Sonnabend zu Sonntag in Prötzel durch den Ort, um dort nach dem Rechten zu sehen. [...] Der NPD-Kreisverband Märkisch-Oderland hat mit praktischer Hilfe reagiert. Anders als die Möchtegernpolitiker der etablierten Parteien. [...] Künftig werden wir weiterhin in verschiedenen Nächten patrouillieren und so weiterhin für die Sicherheit der Prötzeler sorgen.“ **Beleg 174 (Kategorie 2)**.

Im Sommer 2009 wurden Aktivitäten der „Nationalen Sicherheitswacht Nürnberg“ bekannt:

„Am Freitag, den 12.06.2009 gab es eine erneute Begehung der Nationalen Sicherheitswacht Nürnberg, die regelmäßig in Park- und Wohnanlagen Streife läuft und dabei selbstverständlich auch den direkten Kontakt zur Bevölkerung sucht. So kann den Nürnberger Bürgern endlich wieder ein stärkeres Sicherheitsgefühl in ihrer Gegend gegeben werden, wofür vor allem ältere Mitbürger sehr dankbar sind. Die Nationale Sicherheitswacht Nürnberg setzt sich aus Mitgliedern der NPD Nürnberg, der Bürgerinitiative Ausländerstopp und der Freien Nationalisten Nürnberg zusammen.“ **Beleg 175 (Kategorie 2)**.

An anderer Stelle wird unter Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols zur Bildung von Bürgerwehren aufgerufen.

*Benjamin Hennes* auf einer NPD-Kundgebung in Kirchhardt, Baden-Württemberg am 20. Oktober 2012; **Beleg 100 (Kategorie 1)**.

Zudem zielt die NPD darauf ab, mit eigenen kostenlosen Zeitungen die bisherigen Regionalzeitungen zu ersetzen. So bemerkt etwa der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern im Juli 2010 auf seiner Homepage, dass „viele Zeitgenossen [...] die Tageszeitung auch aus wirtschaftlich-sozialen Gründen“ abbestellen. Da die meisten Menschen an Informationen dennoch interessiert seien, tue sich für den „Nationalen Widerstand“ eine „gar nicht hoch genug einzuschätzende Möglichkeit“ auf, in die offensichtlich vorhandenen Lücken mit eigenen kostenlos verfügbaren Regionalblättern vorzustoßen.

**Beleg 176 (Kategorie 2):** „Mit Zeitungsprojekten rein in die Lücken“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 8. Juli 2010.

Dementsprechend verteilt die rechtsextremistische Szene des Landes Mecklenburg-Vorpommern die ursprünglich aus dem neonazistischen Kameradschaftsspektrum stammenden „Boten“ großflächig. Die vorhandenen „Boten“ (Meckelbörger für Ludwigslust-Parchim, für Schwerin, für Wismar und Nordwestmecklenburg, Anklamer, Demminer, Greifswalder, Insel, Lassaner, Rostocker, Stralsunder, Strelitzer, Uecker-Randow, Müritzer) werden presserechtlich häufig von NPD-Funktionären verantwortet und enthalten dementsprechend Berichte über Aktivitäten der Partei. Über diese Boten hinaus vertreibt die NPD gerade in Mecklenburg-Vorpommern weitere Publikationen, wie etwa „Der Ordnungsruf“ der NPD-Landtagsfraktion, „Weiterdenken“ des NPD-Landesverbandes sowie mehrere Publikationen mit dem Titel „Kurz & Knapp“, die „Nachrichten“ der NPD aus Gemeindevertretungen enthalten.

Vgl. dazu die Übersicht **Anlage 10**.

Dies alles kann – wie sozialwissenschaftlich nachgewiesen ist – zu einer Marginalisierung der Gegner des Rechtsextremismus vor Ort führen. Insbesondere, wenn sich „angesehene“ Bürger vor Ort für die NPD zur Verfügung stellen und einsetzen, kann es für deren Gegner in kleinräumigen sozialen Beziehungsgeflechten schwierig werden, sich kritisch zu äußern.

*Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 42 ff., **Anlage 3** (Entstehung von „Angstkulturen“).



### 3. Aktivitäten „auf der Straße“ – rechtsextremistische „Raumordnung“

Eine spezifische Strategie des politischen Handelns von NPD-Kadern besteht etwa in Mecklenburg-Vorpommern darin, rechtsextremistische Enklaven durch Aufkauf benachbarter Immobilien und Zuzug von Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Milieu, d.h. durch eine bewusste Verzahnung von partei- und bewegungsförmigem Extremismus zu bilden. Für die Räume Lübbow und Anklam ist dies sozialwissenschaftlich analysiert worden. Die beschriebenen Entwicklungen finden in den westlichen Bundesländern – soweit ersichtlich – keine Parallelen.

Näher *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 18 ff., **Anlage 3**.

Das steigert sich zur sog. rechtsextremistischen Raumordnungsbewegung. Der Sozialwissenschaftler *Wilhelm Heitmeyer* (1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld) hat dies als „sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus“ bezeichnet.

*Wilhelm Heitmeyer*, Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Kalb/Sitte/Petry (Hrsg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? 1999, S. 47 ff.

Es geht um die Erringung kultureller Hegemonie in abgegrenzten Sozialräumen als Basis für spätere politische Erfolge:

„In ihnen soll einerseits die Idee des Rechtsextremismus als Alltags- und Gesellschaftsform vorgelebt werden. Andererseits richtet sich die Idee auch explizit gegen all jene Gruppen, die sich wahlweise gegen Rechtsextremismus engagieren oder per se im Sinne der völkischen Ideologie in Deutschland nicht bleiben dürfen. Es ist somit ein ambivalentes System aus Maßnahmen der Integration nach innen und der Ausgrenzung vermeintlicher Feinde bzw. all jener Gruppen, wie z.B. Migranten, Obdachlose oder Behinderte, denen die Rechtsextremisten ein Recht auf Leben in Deutschland absprechen. Ein zentraler Aspekt der Raumordnungsbewegung ist der Erwerb privater und damit verbotsfester Immobilien als gesicherte Ausgangsbasis einer nachhaltigen Raumordnungsbewegung.“ *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 28. Ebd., S. 29 Beispiele der Ausführung dieses Konzepts, **Anlage 3**.



Damit trifft sich das *Konzept „national befreiter Zonen“* aus der nationalrevolutionären Studentenszene der 1990er Jahre:

„Die Strategie sieht dabei eine Konzentration des nationalrevolutionären Engagements auf das unmittelbare soziale Umfeld der rechtsextremen Gruppe vor. Systematisch sollten soziale Orte im Alltag dominiert und so ‚erobert‘ werden. Der Staat sollte über eine nationalrevolutionäre Graswurzelrevolution von unten unterhöhlt und später erobert werden.“ *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 30, **Anlage 3**.

*Enrico Hamisch*, der zusammen mit *Alexander Wendt* 2007 in Anklam eine Immobilie zum Aufbau eines nationalen Begegnungszentrums erwarb und zum rechtsextremistischen Treffpunkt ausbaute, erläutert das Konzept in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ so:

„National befreite Zonen und Gebiete müssen daher in ihrer bereits bestehenden Infrastruktur fortwährend ausgebaut, gestärkt und gefestigt werden. [...] Die im Aufbau befindliche öffentliche Volksbücherei steht in der Tradition mit den erklärten Zielen der ‚Initiative für Volksaufklärung e.V.‘ (damaliger Name: ‚Der Insel Bote‘) und wird auch von dem Verein getragen und geleitet. Die Verbreitung und Veröffentlichung unabhängiger, freier Nachrichten und Informationen ist die Kernaufgabe des Vereins. Um die Arbeit im Bereich Volksaufklärung weiter auszubauen und dem Lügenkartell der BRD-Meinungsindustrie entgegenzuwirken, ist es zwingend notwendig, neue Wege zu nutzen und zu beschreiten.“ **Beleg 177 (Kategorie 1)**.

Die NPD zielt darauf ab und hat in einigen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns bereits das Ziel erreicht, durch Engagement in Kultur, Sport, Politik und im sozialen Bereich „aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken“ zu sein. So schreibt etwa der rechtsextremistische Internetauftritt MUPINFO des NPD-Landtagsabgeordneten *David Petereit* über Lübtheen, den Wohnort von *Udo Pastörs*:

„In der griesen Gegend sind NPD und volkstreu Bewegung aus dem öffentlichen Leben längst nicht mehr wegzudenken. Kultur und Sport, Politik und soziales Engagement sind die Felder, auf denen sich die Nationalisten engagieren. Die Gegend rund um Lübtheen besitzt längst Modellcharakter. Hier befinden sich mehrere Objekte in deutscher Hand, wo u.a. Udo Pastörs sein Bürgerbüro betreibt. Es wurde bereits vorgeschlagen, den Ernst-Thälmann-Platz in Adolf-Hitler-Platz umzubenennen – wohlgemerkt vom ewig nörgelnden, politischen Gegner!“

**Beleg 178 (Kategorie 2):** „Auf den Punkt getroffen“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) 9. März 2013, abgerufen am 11. März 2013.



Veranstaltungszentren, die als kultureller und politischer Mittelpunkt unter anderem für Versammlungen dienen sollen, finden sich auch im „Thinghaus“ in Grevesmühlen sowie im bereits erwähnten „nationalen Begegnungszentrum“ Anklam. Im „Thinghaus“ wurde nicht nur der NPD-Kreisverband Nordwestmecklenburg am 17. März 2012 gegründet, sondern dort fand auch eine Veranstaltung zum „Tag der Deutschen Zukunft 2012“ statt, der ein „Zeichen gegen die Überfremdung unserer Heimat“ setzen sollte.

**Beleg 179 (Kategorie 2):** Internetseite MUPINFO: „Zellenteilung im Thinghaus“ vom 18. März 2012, abgerufen am 19. März 2012;

**Beleg 180 (Kategorie 2):** „Solidaritätsveranstaltung zum Tag der deutschen Zukunft“ vom 20. Mai 2012, abgerufen am 21. Mai 2012.

Auf die kommunale „Graswurzelarbeit“ und das Bestreben der NPD, sich ein „Kümmerer-Image“ zuzulegen, wurde oben bei den kommunalpolitischen Aktivitäten bereits hingewiesen.

Unter A IV 2 b; vgl. zu dem Konzept der „Bürgerbüros“ auch **Belege 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188 (Kategorie 1)**.

Auf die besonders auf Jugendliche ausgerichtete Parteiarbeit (Schulhof-CDs, Internet, etc.) wurde ebenfalls bereits hingewiesen.

Vgl. oben A II. Es erfolgen auch direkte Ansprachen von Jugendlichen durch führende NPD-Funktionäre in Mecklenburg-Vorpommern, wie etwa durch *Udo Pastörs*. **Beleg 189 (Kategorie 1):** Videobeitrag.

Für bestimmte Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern kann durch die Raumordnungsstrategie und das Konzept national befreiter Zonen eine Akzeptanzsteigerung für die NPD vor Ort nachgewiesen werden.

*Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 31, **Anlage 3**.

*Dierk Borstel* kann zudem Parallelfälle für Sachsen aufzeigen.

Ebd., S. 36 f.

Das in **Anlage 3** beigegefügte sozialwissenschaftliche Gutachten von *Borstel* beschreibt Situationen, in denen Rechtsextremisten vorübergehend den öffentlichen Raum kontrollieren, das

Vertrauen der Bevölkerung in den Staat relativiert wird und eine Atmosphäre der Angst für die Gegner von NPD und Rechtsextremismus erzeugt wird. *Borstel* stellt fest, dass hierdurch „erkennbare Einschränkungen demokratischen Handelns nachweisbar“ sind. Die NPD stellt dabei die organisierte Seite eines politischen Komplexes, in dem sich mitgliedschaftlich organisierte Rechtsextremisten in der NPD und unorganisierte Rechtsextremisten in der Verfolgung ihrer gemeinsamen politischen Ziele wechselseitig unterstützen und verstärken:

„Hinweise auf solche und ähnliche Angstkulturen finden sich wie oben genannt an zahlreichen Orten, wurden bisher aber leider nicht systematisch erfasst und wissenschaftlich analysiert. Deutlich wird jedoch, dass erkennbare Einschränkungen demokratischen Handelns nachweisbar sind. Demokratie lebt von Öffentlichkeit und Angst lähmt öffentliche Positionierung. Aus Angst vor rechtsextremer öffentlicher Gewalt wird auf ein öffentliches demokratisches Handeln verzichtet. Dadurch ist ein Kreislauf entstanden: schon der bloße Eindruck jederzeit möglicher Gewalt führt zu einer Reduktion demokratischen Handelns und demokratischer Handlungsspielräume, so dass strategisch eingesetzte, rechtsextrem motivierte Gewalt gegen die vermeintlichen Feinde gar nicht mehr nötig ist. Die NPD profitiert wiederum von diesen Freiräumen, ohne selber gewalttätig sein zu müssen.“; *Dierk Borstel*, *Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD*, 2013, S. 31, **Anlage 3**.

Dies wird deutlich in einem Aufkleber, der über den JN-Materialversand „Frontdienst“ bezogen werden kann: „Unser Kiez. Unsere Stadt und unsere Regeln“.



**Beleg 190 (Kategorie 2);** V.i.S.d.P. *Andy Knape*, in: [www.frontdienst.de](http://www.frontdienst.de).



*Borstel* resümiert in seinem Gutachten:

„Sowohl in Sachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern finden sich wissenschaftliche Hinweise auf Geländegewinne im örtlichen Raumordnungskampf.“ Ebd., S. 37.

„Die sozialräumlichen Machtgewinne der rechtsextremen Bewegung in Teilen Mecklenburg und Vorpommerns sind jedoch so weit vorangeschritten, dass eine Lösung der Probleme mit den örtlichen Ressourcen vor Ort kaum mehr möglich erscheint.“ Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, S. 45.

Jenseits dieser Strategien werden Immobilien erworben, um ungestört Veranstaltungen, v.a. Schulungen, durchführen zu können. Bundesweit verfügt die rechtsextremistische Szene als Eigentümer, Mieter, Pächter oder sonstiger Nutzer über mehr als 200 Immobilien. Von diesen Objekten werden ungefähr 100 durch die NPD selbst für rechtsextremistische Zwecke genutzt, in rund einem Fünftel der Fälle gemeinsam mit sonstigen, nicht parteiorientierten Rechtsextremisten.

Als Beispiel diene das „Thing-Haus“ in Grevesmühlen, Mecklenburg-Vorpommern; **Beleg 191, 192 (Kategorie 2); Beleg 193 (Kategorie 1)**.

#### **4. Verbindungen zur Neonazi-Szene**

Die intensive Verflechtung mit der Neonazi-Szene, die Teil der Strategie der Partei als „rechte Volksfront“ ist,

vgl. oben IV.,

ist sowohl inhaltlicher als auch personeller Art.

Inhaltlich erfolgen etwa gegenseitige Unterstützungen bei Wahlkämpfen durch Aktionen und Unterschriftensammlungen,

vgl. beispielhaft die Unterstützung der NPD durch die „Freien Kräfte“ aus dem Vogtland, **Beleg 194 (Kategorie 2)**: Artikel auf vogtland.freies-netz.com vom 14. Juli 2008, sowie die nach Aussage des damaligen NPD-Landesvorsitzenden *Matthias Heyder* herausragende Zusammenarbeit der 'nationale(n) Bewegung' bei der Beschaffung der notwendigen Unterstützungsunterschriften für die Kommunalwahlen 2009 in Sachsen-Anhalt. (**Beleg 195 (Kategorie 1)**,

sowie durch gemeinsame Demonstrationen.

Vgl. etwa die Demonstration „Recht auf Zukunft“ am 17. Oktober 2009, **Beleg 196 (Kategorie 1); Belege 197, 198 (Kategorie 2); Beleg 199 (Kategorie 1); Beleg 200 (Kategorie 2); Belege 201, 202 (Kategorie 1); Beleg 203 (Kategorie 2); Beleg 204 (Kategorie 1)**, sowie den Aufruf zum gemeinsamen „Fackelmarsch gegen Asylmissbrauch“ von NPD, JN sowie der „Nationalen Sozialisten Mecklenburg und Pommern“ am 9. November 2012, **Beleg 205 (Kategorie 2)**: Plakat „9. November 2012 / Wolgast – Fackelmarsch gegen Asylmißbrauch“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de), abgerufen am 1. November 2012.

Bei Demonstrationen können – etwa in Mecklenburg-Vorpommern – die Parteistrukturen der NPD für die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen sorgen, während die Freien Kameradschaften der Neonazi-Szene die Mobilisierung vor Ort organisieren. So machten etwa die „Nationalen Sozialisten Rostock“ mit Blick auf Demonstrationen im Jahr 2011 folgende bemerkenswerte Feststellungen über die Kooperation:

„Hat man jedoch einen Partner wie die NPD-MV an seiner Seite, die das komplette Demo-Know-How, von Lautsprecherwagen, Ordnerdienst bis zum Informationsmaterial mitbringt, sieht die Welt schon wieder ganz anders aus. [...] Während die Parteistrukturen also für landesweite Mobilisierung und das nötige drumherum am Demotag sorgten, konnten wir für ständige Präsenz in unserer Heimatstadt sorgen. Im Stadtgebiet wurden Plakate verklebt, Flugblattverteilungen fanden an belebten Orten statt und die flächendeckende Verteilung von Infomaterial wurde gewährleistet.“

**Beleg 206 (Kategorie 2)**: Beitrag zur Diskussion „Demonstrationen – Nützliches politisches Kampfmittel oder Verschwendung der eigenen Kraft? vom 6. Oktober 2011, veröffentlicht auf <http://info-rostock.org>.

*Udo Pastörs*, NPD-Fraktionsvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern, schreibt den „Aufschwung“ des NPD-Landesverbandes in den letzten 10 Jahren insbesondere der erfolgreichen Kooperation mit Kameradschaften zu, die ein Agieren „in der Fläche“ ermöglichte:

„Grundlage hierfür war, über viele Jahre hinweg in enger Zusammenarbeit mit den Kameradschaft vor Ort zunächst einmal Strukturen zu schaffen, um daraus dann eine Verankerung in der Fläche überhaupt praktisch umsetzen zu können. Dies ist auch in erster Linie der Verdienst unseres Landesvorsitzenden, aller Kreisvorsitzenden und der Aktivisten vor Ort mit oder ohne Parteibuch.“

**Beleg 207 (Kategorie 1)**: *Udo Pastörs*, in: „Ein Paukenschlag ist drin!“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 4. Juli 2011.

Neben gemeinsamen Konzertveranstaltungen,

vgl. etwa den „JN-Sachsentag: Jugend will Zukunft“, bei der neben Reden auch Auftritte von rechtsextremistischen Skindheadmusikgruppen geplant wa-



ren, **Beleg 208 (Kategorie 1); Beleg 209 (Kategorie 2); Beleg 64 (Kategorie 1); Belege 210, 211 (Kategorie 2); Beleg 212 (Kategorie 1),**

und gemeinsam genutzten Immobilien äußert sich die Zusammenarbeit auch in umfangreichen personellen Überschneidungen. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die Jungen Nationaldemokraten als Bindeglied zu Neonationalsozialisten eingesetzt werden. Wie die NPD selbst sagt, stehen „viele parteilose Aktivisten [...] heute in den Reihen der Jugendorganisation“ der Partei.

**Beleg 80 (Kategorie 2):** Broschüre „Heimat bewahren, Freiheit erkämpfen“, Landesverband Sachsen, S. 11.

Die JN etablierten im Landkreis Nordsachsen und im Landkreis Leipzig Land im Jahr 2009 vier Stützpunkte, deren Bindegliedfunktion zur Neonazi-Szene in einer Internetmeldung vom November 2009 wie folgt beschrieben wurde:

„Die vier Stützpunktleiter bündeln nun nationale Kräfte, die bisher als Kameradschaften oder Einzelpersonen eher nebeneinander als miteinander politisch gearbeitet haben, und formen sie zu einer jugendlichen Gesinnungs- und Tatgemeinschaft unter dem Dach der NPD.“

**Beleg 213 (Kategorie 2):** Homepage NPD Nordsachsen vom 24. November 2009

Die zahlreichen personellen Überschneidungen zwischen ehemaligen oder bestehenden rechtsextremen Kameradschaften und anderen Neonazi-Organisationen ergibt sich daraus, dass die NPD – und insbesondere ihre Jugendorganisation JN – ein Sammelbecken darstellt, in dem sich die neonationalsozialistischen Akteure vor eventuellen Vereinsverboten in Sicherheit wähen, da diese durch die Rechtsform Partei geschützt ist. Diesen Mechanismus erklärte der JN-Bundesvorsitzende *Andy Knape* im Oktober 2012 wie folgt:

„Also, dadurch, dass wir ja ursprünglich auch aus der regionalen, freien Struktur kommen und wir uns lange dort auch organisiert haben bis 2006 unter der Kameradschaft [...] Magdeburg, die es damals gegeben hat. Dann sind wir irgendwann zu den JN gegangen. Das war sicherlich aus dem Grund heraus, dass wir der Meinung waren, dass wir unter Umständen verboten hätten werden können. [...] Und wir dort einfach auch eine Basis gesucht haben, in der wir rechtlichen Schutz haben.“

**Beleg 214 (Kategorie 1):** *Andy Knape*, Videomitschnitt „Sendung 11 vom 28.10.2012“, in: [www.fsn-tv.de](http://www.fsn-tv.de) vom 28. Oktober 2012.



Diesem Mechanismus entsprechend lassen sich zahlreiche personelle Übereinstimmungen zwischen NPD/JN und ehemaligen neonationalsozialistischen Vereinen darlegen, die von Bund und Ländern auf der Grundlage von Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 VereinsG verboten wurden, da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten: Seit 2008 haben Bund und Länder 14 solcher rechtsextremistischer Organisationen verboten.

**Anlage 14:** Übersicht über Verbote rechtsextremistischer Vereine.

Diese Verbote erfolgten nicht rein punktuell, sondern sie sind Teil einer kontinuierlichen Verbotspraxis in den vergangenen zwanzig Jahren: So wurden in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (1992-1995) von Bund und Ländern elf rechtsextremistische Gruppierungen mit neonationalsozialistischem Profil verboten. Von 1996 bis 2006 sprachen die Länder dreizehn Vereinsverbote im rechtsextremistischen Spektrum aus.

Vgl. die Übersicht bei *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 567 sowie die Analyse S. 194.

In den vergangenen fünf Jahren wurde neben den Ländern (zehn Verbote) wiederum der Bundesinnenminister mit insgesamt vier Verboten rechtsextremistischer Vereine tätig, von denen drei durch das Bundesverwaltungsgericht überprüft wurden. Das Gericht erachtete alle drei Verbote für rechtmäßig.

Vgl. zum Verbot des „Collegium Humanum“ einschließlich seiner Teilorganisation „Bauernhilfe e.V.“: BVerwG, NVwZ 2010, 446 sowie BVerwG, NVwZ 2010, 455 (zur Teilorganisation „Bauernhilfe e.v.“); zum Verbot des Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“: BVerwG, NVwZ-RR 2011, 14 sowie BVerwG, NVwZ-RR 2009, 803 (einstweiliger Rechtsschutz); zum Verbot der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“: BVerwG, NVwZ 2013, 870.

Gerade durch ihre Öffnung gegenüber dem Neonationalsozialismus ab Mitte der neunziger Jahre gelang es der NPD, Mitglieder zu rekrutieren, die nach den Verboten rechtsextremer Vereine „auf der Suche nach einem neuen Betätigungsfeld“ waren und nun teilweise in führenden Funktionen bei der Antragsgegnerin tätig sind. Die Anziehungskraft für diese Personengruppen mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen resultiert nicht nur aus dem Selbstverständnis der Antragsgegnerin als „Sammelbecken im rechtsextremen Spektrum“, das auch „Neonationalsozialisten offen steht“, sondern – wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen – auch aus der Rechtsform als politische Partei, die im Gegensatz zum Verein „einen relativ niedrigen staatlichen Verfolgungsdruck“ suggeriert.



*Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 339 sowie S. 342 f.; *Brandtstetter*, Die „neue“ NPD zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Konrad-Adenauer-Stiftung, Parteimonitor aktuell, 2013, S. 9.

Beispielhaft für die umfangreichen personellen Übereinstimmungen zwischen verbotenen Vereinen und der Antragstellerin lässt sich der im November 2010 gewählte NPD-Bundesvorstand nennen, in dem fünf ehemalige führende Aktivisten verbotener Zusammenschlüsse vertreten waren:

Wie *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 352 ff., zeigt waren die NPD-Vorstandsmitglieder (Vorstandswahl November 2010) [REDACTED] im verbotenen Verein „Deutsche Alternative“, [REDACTED] in der „Nationalistischen Front“, [REDACTED] in der „Wiking-Jugend“, [REDACTED] in der „Nationalen Liste“ und [REDACTED] in der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ an teilweise führenden Positionen tätig.

Das in der Wissenschaft belegte Fazit, dass sich die Funktionärslisten der NPD „auch im Jahre 2012 wie ein who is who einstiger neonationalsozialistischer Vereinsgrößen“ lesen,

so *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 352,

soll hier exemplarisch durch die Darstellung einiger personeller Überschneidungen dargelegt werden:

Die im Jahr 1995 verbotene „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) verstand sich selbst als nationalsozialistische Organisation. Ihr gehörten mehrere Personen in teils führenden Positionen an, die später ebenfalls an hochrangigen Stellen in der NPD tätig waren: So fungierte [REDACTED] bis zum Verbot der FAP als deren Bundesvorsitzender und wurde später Mitglied der NPD.

**Beleg 215 (Kategorie 1):** Bundes- und Landesvorstände der FAP, Stand: 1. Februar 1993; **Beleg 216 (Kategorie 1):** *Udo Voigt*: „[REDACTED]“, in: „Deutsche Stimme“, [REDACTED].

Ehemalige FAP-Funktionäre waren auch der spätere Beisitzer im NPD-Bundesvorstand [REDACTED] [REDACTED], das spätere NPD-Bundesvorstandsmitglied [REDACTED] (ehemaliger FAP-Landesvorsitzender Niedersachsen) sowie das spätere NPD-Bundesvorstandsmitglied [REDACTED] (ehemaliger FAP-Landesvorsitzender Hamburg).

**Beleg 71 (Kategorie 1); Beleg 217 (Kategorie 2); Beleg 218 (Kategorie 1).**

Die am 31. März 2009 verbotene „Heimattreue deutsche Jugend“ (HDJ) erhielt nach ihrem Verbot nicht nur Solidaritätsbekundungen von hochrangigen NPD-Funktionären,

vgl. die Ausführungen von *Udo Pastörs*, der in der Zeitschrift „Deutsche Stimme“ Nr. 11/2008, S.9 mit den Worten zitiert wurde: „Was hier passiert, das ist einer Diktatur würdig.“ **Beleg 219 (Kategorie 1)**,

sondern wies auch zahlreiche personelle Überschneidungen auf Funktionärsebene auf: Dazu gehörten [REDACTED] ([REDACTED] ehemaliger HDJ-Einheitsführer Einheit Preußen), [REDACTED] ([REDACTED] ehemaliger HDJ Einheitsführer Einheit Widukind), [REDACTED] ([REDACTED] Lagerverantwortlicher bzw. Organisator einer HDJ-Schulung), [REDACTED] ([REDACTED] ehemaliger Spendenbeauftragter der HDJ).

**Beleg 72:** HDJ-Funktionärsliste des BKA, Stand: 2.Oktober 2008.

Hinzu kommen eine Reihe von Personen, die Mitglieder in der HDJ waren und in Landes- oder Kreisvorständen der NPD tätig sind oder waren: z.B. [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED].

**Beleg 220:** Aus Asservatenfunden im Rahmen exekutiver Maßnahmen zusammengestellte Mitgliederübersicht.

Auch zwischen dem am 21. September 2011 verbotenen Verein „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) und der NPD bestehen umfangreiche personelle Verflechtungen. So kann eine Vielzahl von Führungsfunktionären auf Bundes- und Landesebene von NPD, JN oder RNF als ehemalige HNG-Mitglieder identifiziert werden, zum Beispiel:

[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED] oder [REDACTED].

**Beleg 67:** Aus Asservatenfunden im Rahmen exekutiver Maßnahmen zusammengestellte Mitgliederübersicht.



Die damalige Vorsitzende der verbotenen HNG, [REDACTED], trat zur Bundestagswahl 2009 für die NPD als Direktkandidatin [REDACTED] an.

**Beleg 221:** Liste des Bundeswahlleiters.

Die Vermischung von NPD und Neonazi-Szene, darunter Mitglieder verbotener Vereine, wurde exemplarisch beim Pressefest des NPD-eigenen Verlages „Deutsche Stimme“ am 11. August 2012 in Viereck deutlich: Neben NPD-Funktionären wie dem NPD-Bundesvorsitzenden *Holger Apfel* und dem NPD-Fraktionsvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern *Udo Pastörs* waren der ehemalige Funktionär der verbotenen Wiking-Jugend [REDACTED] sowie [REDACTED] auf der Rednerliste.

**Beleg 222 (Kategorie 2):** Aufruf „Sommer, Pommern, Pressefest“, in: Deutsche Stimme Juli 2012, S. 15

## **5. Rechtswidriges Handeln, einschließlich Straftaten**

Die NPD und ihr Führungspersonal erweisen sich in allen Bereichen der Rechtsordnung als wenig rechtstreu. Dies zeigt ein Überblick über rechtskräftige Gerichtsentscheidungen, welche die Antragsgegnerin betreffen. In einem ersten Schritt werden exemplarisch Entscheidungen namentlich der Verwaltungs- und der Strafgerichtsbarkeit herausgegriffen, um das Rechtsverletzungspotenzial der Partei und ihres Führungspersonals zu plausibilisieren (a-c); anschließend wird die Kriminalstatistik die weit überproportionale, szenetypische Kriminalität von Rechtsextremismus allgemein und NPD-Funktionären im Besonderen aufzeigen (d). Schließlich zeigt sich die mangelnde Rechtstreue auch darin, dass sich die NPD mit verurteilten Straftätern solidarisch zeigt und über umfangreiche Kontakte zur kriminellen neonationalsozialistischen Szene verfügt. Ein führendes NPD-Mitglied ist zudem Mitangeklagter im NSU-Prozess (e).

#### **a) Von der NPD vertretene politische Inhalte in der fachgerichtlichen Judikatur**

- **OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschl. v. 19. September 2009 – 3 M 155/09**  
sowie **BVerfG, Beschl. v. 24.9.2009 – 2 BvR 2179/09:**

In der Sache ging es um das Verbot eines volksverhetzenden anti-polnischen Plakats der NPD, durch das Polen als Krähen dargestellt wurden, deren „Invasion“ gestoppt werden müsse. Das Bundesverfassungsgericht hat die OVG-Entscheidung bestätigt, da es sich um einen Angriff auf die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Polen handele. Es ging um ein Verhalten der Partei selbst.

- **OVG Lüneburg, Beschl. v. 26. April 2012 – 11 ME 113/12:**

In dieser Entscheidung ging es um eine Veranstaltung einer NPD-Jugendorganisation unter dem Motto „Ein junges Volk steht auf“; die Veranstaltung wurde verboten, da das Singen dieses Liedes nach § 86a StGB strafbar sei. Die Identifikation mit nationalsozialistischem Gedankengut wird deutlich, denn das inkriminierte Stück stellte ein Identifikationslied der Hitlerjugend dar.

- **OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 31. August 2011 – OVG 3 S 112.11:**

Das OVG lehnte einen Anspruch auf die Ausstrahlung eines NPD-Wahlwerbespots ab, da der Tatbestand des § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB erfüllt war. In dem Spot wurden Ausländer pauschal als Kriminelle und damit als Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt.

- **VG Neustadt (Weinstraße), Beschl. v. 25. März 2011 – 5 L 266/11.NW:**

Das VG bestätigte ein Versammlungsverbot wegen zu erwartender Volksverhetzung aufgrund des Veranstaltungsmottos „Weiß ist nicht nur eine Trikotfarbe – für eine echte deutsche Nationalmannschaft“. Dadurch werde die Menschenwürde anderer angetastet.

#### **b) Mittel politischen Handelns der NPD in der fachgerichtlichen Judikatur**

- **VG Braunschweig, Beschl. v. 7. Juni 2007 – 6 B 163/07:**

Keine Sondernutzungserlaubnis für NPD-Informationsstand wegen zu befürchtender



Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten. Der NPD-Kandidat hatte sich im Vorfeld mit folgenden Worten geäußert: „Kampf um die Straße“, „selber zu schützen wissen“, „notfalls wehren“.

- **SächsOVG, Urt. v. 28. Juli 2009 – 3 B 60/06:**

Neben unrechtmäßigen versammlungsrechtlichen Auflagen rechtmäßige Auflagen für eine Versammlung: Verbot von Springerstiefeln, Bomberjacken und militärischen Kopfbedeckungen wegen § 3 Abs. 1 VersG [Uniformverbot]; Verbot der Parolen „wir kriegen euch alle“ wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung.

### **c) Rechtswidriges Verhalten führender Parteimitglieder**

Die Verurteilungen erfolgten vor oder während der Funktionärstätigkeit für die NPD.

- [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]:

VerfGH Sachsen, 3. Dezember 2010, Vf.16-I-10: Bestätigung eines Ordnungsrufes im Sächsischen Landtag wg. der Verwendung des Begriffs „Anti-Mensch“.

VerfGH Sachsen, 3. Dezember 2010, Vf. 77-1-10: Bestätigung von Ordnungsmaßnahmen im Sächsischen Landtag wegen der Verwendung der Worte „Holocaust-Industrie“ im Zusammenhang mit Israel und der Weigerung, das Rednerpult zu verlassen.

- [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]:

LG Saarbrücken, 22. Februar 2013 (nicht rechtskräftig): Verurteilung wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe. [REDACTED] hatte auf einer Kundgebung unter

anderem vom „Finanzgebäude dieser Judenrepublik“ gesprochen und im Zusammenhang mit türkischstämmigen Bürgern den Ausdruck „Samenkanonen“ verwendet.

AG Schwerin, 16. August 2012, bestätigt durch LG Schwerin, Urteil vom 25. März 2012 sowie durch OLG Rostock, Beschluss vom 16. August 2013: Verurteilung wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in Tateinheit mit Verleumdung zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Das Landgericht stellt unter anderem fest: „Der Angeklagte hat damit die in Auschwitz während des Dritten Reiches vorgenommene systematische, rasenbezogene und massenweise Judenvernichtung qualifiziert geleugnet.“ [REDACTED] hatte unter anderem das Wort „Auschwitzprojektion“ verwendet und dies in eine Kette mit den Begriffen „Propagandalügen“, „verlogen“, „Lüge“ gesetzt.

- [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]:

Amtsgericht Heilbad Heiligenstadt vom 30. Juli 2010, Az. 101 Js 56773/09 21 Ds: Verurteilung als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts wegen rassistischer Beleidigung;

- [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]:

Amtsgericht München: Verurteilung wegen Zeigen des Hitlergrußes bei der Vereidigung als Stadtrat in München;

Urteil vom 21. August 2008, Az. 844 Ds 112 Js 10817/08; rechtskräftig seit 02. Juli 2009.

- [REDACTED]  
[REDACTED]:

2008 Verurteilung wegen der Billigung von Straftaten, weil [REDACTED] bei einer Bezirksvertretungssitzung, die sich auf Antrag der NPD mit der Umbenennung einer Berliner Straße auf den Namen eines Freikorpsoffiziers befasste, die Ermordung *Rosa Luxemburgs* und *Karl Liebknechts* als „politisch geboten“ bezeichnet hatte;



Amtsgericht Berlin-Tiergarten, Urteil vom 24. Oktober 2008; Az. (251b Cs) 81 Js 237/08 (95/08), rechtskräftig seit 9. Februar 2010

- [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]:

Landgericht Trier Urt. v. 22. Dezember 2010 Az. 8033 Js 11972/09.5 Kls: Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung (Zusammenschlagen von politischen Gegnern).

- [REDACTED]:

Amtsgericht Berlin-Tiergarten Urt. v. 14. August 2007 Az. (216) 81 Js 2057/07 (26/07): Verurteilung wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung (Angriff auf Gegendemonstranten bei einer NPD-Veranstaltung gegen einen Moscheeneubau in Berlin).

- [REDACTED]  
[REDACTED]:

Amtsgericht Heilbronn vom 5. Mai 1999, Az. 42 Ds 30 Js 19881/98 Ak 858/98: Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung wegen schwerer Angriffe auf am Boden liegende Personen nach politischen Auseinandersetzungen mit Besuchern einer Gaststätte.

- [REDACTED]  
[REDACTED]:

Amtsgericht Neuburg a.d. Donau vom 19. Januar 2000 Az. 2 Ls 32 Js 11997/99: Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu einer Bewährungsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten; nachdem abfällige Äußerungen gegenüber der Gruppe des Angeklagten auf einem Schulfest gefallen waren, versetzte [REDACTED] einer Person der anderen Gruppe einen Stoß ins Gesicht. Der Angegriffene wehrte sich und warf eine Bierflasche in Richtung von [REDACTED], traf ihn jedoch nicht. Im Verlauf der daraufhin eskalierenden Auseinandersetzung schlug [REDACTED] der anderen Person mit der Bierflasche auf den Kopf und rief ihm sinngemäß zu „Verreck du scheiß Nigger“. Der Geschädigte erlitt eine ca. 10 cm lange Schnitttrisswunde an der

Schläfe, zahlreiche weitere Glassplitterverletzungen im Gesicht und am Ohr und verlor ca. zwei Liter Blut. Wenig später kam es in einer Diskothek zu neuen Auseinandersetzungen. Als bei einer tätlichen Auseinandersetzung mit [REDACTED] sein Gegner zu Boden ging, trat [REDACTED], ohne dass eine Notwehrsituation bestand, mit Stiefeln auf ihn ein.

- [REDACTED]:

Amtsgericht Rathenow vom 2. April 2002 Az. 3 Ls 4116 Js 8322/01 (48/01): Verfolgungsjagd und Zusammenschlagen einer Gruppe Pakistaner in der Silvesternacht 1999/2000 u.a.

- [REDACTED]  
[REDACTED]

Amtsgericht Berlin vom 14. Mai 2008 Az. (274 Cs) 81 Js 1937/07 (343/07): Verurteilung wegen Beleidigung wegen Tragens eines schwarzen T-Shirts mit der Aufschrift „All Jews are Bastards“.

- [REDACTED]:

BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, 2 BvR 2202/08: Bestätigung einer Verurteilung gem. § 86a StGB wegen Tragen eines T-Shirts mit der Aufschrift „Die Fahnen hoch“ (Ähnlichkeit zum Beginn des Horst-Wessel-Liedes).

Exemplarisch lässt sich weiterhin die gewalttätige Auseinandersetzung des [REDACTED] am 11. Januar 2013 mit Gegendemonstranten aufführen.

### **Belege 223, 224 (Kategorie 1).**

Der exemplarische Einblick in die fachgerichtliche Rechtsprechung zeigt, dass rechtswidriges Verhalten der Partei und ihrer Anhänger keine Einzelfälle, keine Ausnahme darstellen.



#### **d) Statistiken zu rechtsextremistischen Straftaten sowie Straftaten des Führungspersonals der NPD**

Auch wenn aus statistischen Gründen die nachfolgend herangezogenen Zahlen nicht mit der zeitlichen Begrenzung des sonst in diesem Antragsschriftsatz verwendeten Materials übereinstimmt und sich notgedrungen Unschärfen nicht vermeiden lassen, sollen die Zahlen der Kriminalstatistik in das Verfahren eingeführt werden.

Im Bereich des gesamten Rechtsextremismus, d.h. über die NPD hinausgreifend, hat sich die politisch motivierte Kriminalität bei Schwankungen auf hohem Niveau stabilisiert.

#### **Anlage 5.**

Dabei sind neben Propagandadelikten, Störungen der Totenruhe (oftmals Schändung jüdischer Friedhöfe), Nötigung und Bedrohung insbesondere auch Gewalttaten gegen Personen von 2011 bis 2012 von 755 auf 802 nachgewiesene Delikte angestiegen, darunter sechs versuchte Tötungsdelikte, 690 Körperverletzungen, 21 Brandstiftungen (jeweils für 2012).

#### **Anlage 5.**

Die NPD befindet sich hier in einem Gesamtmilieu, das – wie die Statistik zeigt – überdurchschnittliche Kriminalitätswerte aufweist. Auch Gewalt gegen Personen gehört zum Handlungsmodus dieser Kreise. Dadurch wird eine Atmosphäre des Hasses und der Feindschaft dokumentiert, die auch in konkrete körperliche Gewalt umschlagen kann.

Eine anonymisierte statistische Untersuchung der Vorstandsmitglieder der NPD und ihrer Teilorganisationen „Junge Nationaldemokraten“, „Ring Nationaler Frauen“ und „Kommunalpolitische Vereinigung“ auf Bundes- wie auf Landesebene hat, bezogen auf rechtsextremistisch motivierte Delikte (sog. Szenedelikte: Propagandadelikte (§§ 86, 86a, 90a, 130 StGB), Bildung krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen (§§ 129, 129a StGB), Beleidigungsdelikte (§§ 185 ff. StGB), vorsätzliche Körperverletzung, Nötigung (§§ 223 ff., 240 StGB), Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB), Sachbeschädigung (§ 303 StGB), Hausfriedensbruch (§ 123 StGB), Landfriedensbruch (§ 125 StGB) sowie strafrechtlich relevante Verstöße gegen das Waffen-, Versammlungs- und Vereinsrecht) und unter Herausnahme allgemeinkrimineller Straftaten (etwa Verletzung der Unterhaltspflicht oder unerlaubtes Entfer-

nen vom Unfallort) ergeben, dass 25 % dieses Personenkreises rechtskräftig strafrechtlich verurteilt ist. Über 11 % der Vorstandsmitglieder wurden dabei mehrfach verurteilt.

**Anlage 5;** dort auch genauere Aufschlüsselung und weitere Statistiken.

#### **e) Solidarisierung mit Straftätern / NSU-Verfahren**

Darüber hinaus solidarisieren sich führende NPD-Funktionäre mit verurteilten Straftätern. So besuchten etwa die NPD-Landtagsabgeordneten *David Petereit* und *Michael Andrejewski* den als Betreiber von Altermedia Deutschland verurteilten [REDACTED] im Gefängnis. [REDACTED] war im Oktober 2011 unter anderem wegen Volksverhetzung, der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole verurteilt worden. Auch die vom Landtagsabgeordneten *Petereit* verantwortete Website stellt sich hinter [REDACTED].

**Beleg 225 (Kategorie 1):** „[REDACTED]“, [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de) vom [REDACTED], eingesehen am 24. April 2012;  
**Beleg 226 (Kategorie 1):** „Zu Gast bei Freunden – NPD-Fraktion zu Besuch im Knast“, [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 26. März 2012.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende *Udo Pastörs* empfing [REDACTED] [REDACTED], einen der Brandstifter der pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992, im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. [REDACTED] war 2002 wegen Mordversuchs und Brandstiftung verurteilt worden.

**Beleg 227 (Kategorie 1):** „Zu Besuch bei Freunden – Brandstifter von Lichtenhagen in der NPD-Fraktion“, [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 27. Juli 2011, eingesehen am 29. Juli 2011.

Auch die dargestellten personellen Verbindungen zur verbotenen HNG,

oben A IV 4,

exemplifizieren die Solidarisierung von NPD-Funktionären mit verurteilten Straftätern.

Über die beschriebene Kooperation mit „freien“ Neonationalsozialisten verfügt die NPD über Kontakte zur gewaltbereiten Neonazi-Szene.



Wie bereits erwähnt,

A II.,

bestehen personelle Zusammenhänge zwischen der NPD und Beschuldigten im laufenden NSU-Verfahren.

Zwar distanziert sich die Parteiführung offiziell von dieser Form des Rechtsterrorismus; bei verschiedenen Anhängern der NPD bleibt diese Distanzierung gleichwohl ambivalent. Auf der Homepage des Anhängers der Partei, ehemaligen Landtagskandidaten und Ortsbürgermeisters *Hans Püschel* aus Sachsen-Anhalt findet sich der Beitrag „Sind die ‚Dönermörder‘ verfassungsgemäße Widerständler?“:

„... jedoch besteht nach Meinung einiger Staatsrechtler das Recht, Anschläge und Morde zu begehen! – (zum Beispiel Tyrannenmord), um die grundgesetzliche Ordnung wiederherzustellen. Natürlich müssen die Aktionen verhältnismäßig sein, also für den legitimen Zweck geeignet, erforderlich und angemessen. Entscheidend ist nun wohl, wer dies beurteilen soll. Der jeweilige Deutsche allein für sich? Wen sollte er denn fragen? Staatliche Instanzen fallen dafür logischerweise aus. Der oder die Deutschen müssen es also für sich in ihrer Gruppe entscheiden. Genauso wie damals die Männer des 20. Juli oder z. Bsp. die Atomkraftgegner ihren Widerstand ja auch weit über alle legalen Mittel hinaus entscheiden, organisieren und durchführen. Wir sind also in einem Dilemma, welches die Beschließer des Grundgesetzes – es war ja nicht das Volk – uns hier hinterlassen haben. Haben die beiden Uwes bzw. ihre Gruppe in ihrer Not kein anderes Mittel mehr gewußt als den Mord? Ein Fazit aus Geschichte und Gegenwart läßt sich auf jeden Fall ziehen: Verfassungsbruch und Terror von oben werden immer Terror von unten provozieren!“ auf: [www.hans-pueschel.de](http://www.hans-pueschel.de) vom 23. November 2011. **Beleg 228 (Kategorie 1).**

## **B. Zulässigkeit des Antrags**

Der Antrag ist zulässig.

### **I. Antragsberechtigung**

Der Bundesrat ist gem. § 43 Abs. 1 BVerfGG antragsberechtigt. Die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 BVerfGG sind erfüllt. Der Bundesrat hat ohne Gegenstimmen mit der Mehrheit seiner Stimmen (Art. 52 Abs. 3 Satz 1 GG) am 14. Dezember 2012 beschlossen, einen Verbotsantrag zu stellen.

BR Drucksache 770/12.

Die Antragsberechtigung des Bundesrates gilt unabhängig davon, ob auch der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung einen Antrag stellen.

BVerfGE 40, 287 (291). Zur Logik dieser Unabhängigkeit der Antragsberechtigten *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 157.

Eine Landesregierung könnte einen Verbotsantrag nur stellen, wenn sich die Organisation der zu verbotenden Partei auf das Gebiet dieses Landes beschränkt (§ 43 Abs. 2 BVerfGG; anders bei der Grundrechtsverwirkung gem. § 36 BVerfGG).

Die daran geübte Kritik ist rechtspolitischer, nicht verfassungsrechtsdogmatischer Natur, vgl. nur *Pestalozza*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 1991, § 4 Rn. 10; *Stern*, Verfahrensrechtliche Probleme der Grundrechtsverwirkung und des Parteiverbots, in: FG 25 Jahre Bundesverfassungsgericht, Bd. 1, 1976, S. 194 (201 mit Fn. 24).

Wie einleitend dargelegt, handelt es sich vorliegend um ein „asymmetrisches“ Phänomen, da die NPD in einigen Ländern durch ihre Präsenz im Landtag und ihr aggressiv-kämpferisches Verhalten in der Öffentlichkeit die freiheitliche demokratische Grundordnung sehr konkret und nachhaltig bedroht, während in anderen Ländern ihre Präsenz geringer ist. Da die Partei jedoch bundesweit und damit länderübergreifend organisiert und tätig ist, scheidet die An-



tragsberechtigung einzelner Landesregierungen, auch in Bezug auf Organisationsteile der Partei auf Landesebene, aus.

*Thiel*, Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG), in: ders. (Hrsg.), *Wehrhafte Demokratie*, 2003, S. 173 (190).

Der Bundesrat ist legitimerweise dasjenige Verfassungsorgan, das eine solche föderale Asymmetrie des Problems durch seinen Antrag auffängt, da sich in ihm als Bundesorgan die föderale Vielfalt auch insoweit niederschlägt und er bei asymmetrischen föderalen Problemen eine besondere Wächterfunktion besitzt, sofern die Gefahr nicht auf ein Land beschränkt lösbar ist.

Vgl. ähnlich *Lechner/Zuck*, Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, vor § 43 Rn. 14, die zudem darauf hinweisen, dass Verbote nach Landes-(verfassungs-)recht durch Art. 21 Abs. 2 GG generell nicht möglich wären; *Thiel*, Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG), in: ders. (Hrsg.), *Wehrhafte Demokratie*, 2003, S. 173 (190); ferner *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 41 f., und *Morlok*, Fragen des Rechts und der politischen Klugheit – Zur aktuellen NPD-Parteiverbotsdebatte, ZRP 2013, 69 (71) welche die jeweils möglichen unterschiedlichen Verantwortungen der zur Antragstellung befugten Staatsorgane betonen.

## **II. Antragsgegnerin**

Zulässige Antragsgegnerin ist hier die NPD als die zu verbietende Partei, deren prozessuale Vertretung sich nach § 44 BVerfGG richtet.

*Pestalozza*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 1991, § 4 Rn. 11 f.; *Hillgruber/Goos*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 2011, Rn. 711.

Die Parteieigenschaft der NPD ist unbestritten.

Zur Notwendigkeit der Eigenschaft des Antragsgegners als politische Partei BVerfGE 91, 262 und 276; *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 221.

Das zeigt aktuell auch die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013.

Eine authentische Konkretisierung des Begriffs der politischen Partei i.S.v. Art. 21 GG, auch seines Abs. 2, kann § 2 Abs. 1 Satz 1 PartG entnommen werden.

Vgl. nur BVerfGE 89, 266 (269 f.); 91, 262 (266); 91, 276 (284); *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 157; *Kunig*, in: von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 6. Aufl. 2012, Art. 21 Rn. 73; *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 189 ff.

Die dort statuierten Voraussetzungen

*Henke*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 21 Rn. 5 ff. (63. Lieferung September 1991),

treffen auf die NPD zu: Sie beteiligt sich an Wahlen auf Bundes- und Landesebene sowie bei den Wahlen zum Europaparlament. Zwischen den Wahlen entfaltet sie ernsthaft und nachhaltig umfangreiche politische Aktivitäten, um den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bevölkerung zu beeinflussen. Ihr politisches Programm ergibt sich u.a. aus dem Parteiprogramm. Die NPD bezeichnet sich

etwa in ihrer Satzung, **Anlage 7**,

auch selbst als „politische Partei“. Angesichts ihrer Mitgliederbasis von rund 6.000 Personen, angesichts der Wahlergebnisse, angesichts einer straffen Parteiorganisation und der objektiven Erscheinung in der Öffentlichkeit, insbesondere ihrer Öffentlichkeitsarbeit und ihrer öffentlichen Wirkung, bestehen keine Zweifel an der Qualifikation als Partei i.S.v. Art. 21 GG.

*Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 253 f.



## **C. Begründetheit des Antrags**

Der Antrag ist begründet. Der im Verfahren anzuwendende Maßstab (I.) führt in Anwendung auf die Antragsgegnerin (II.) zum Resultat ihrer Verfassungswidrigkeit.

### **I. Prüfungsmaßstab**

Der vorliegende Antrag beschränkt sich hinsichtlich der politischen Zielsetzung der Antragsgegnerin auf die erste Alternative des Verbotstatbestandes, also auf den Fall einer beabsichtigten Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dies legt es nahe, nach einer Vorüberlegung zur Kontrolldichte (1.), die Konkretisierung des Tatbestandes in zwei Tatbestandsmerkmale vorzunehmen: zunächst das Vorliegen einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung der Antragsgegnerin, also die materielle Unvereinbarkeit ihrer politischen Überzeugungen mit dem unveränderlichen politischen Kernbestand der grundgesetzlichen Ordnung (2.), anschließend der hinreichende Grad ihrer politischen Aktivität zur Beeinträchtigung dieser Ordnung (3.). Das sich dabei ergebende Prüfungsprogramm ist dann hilfsweise mit dem Maßstab der Verhältnismäßigkeit (4.) und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (5.) abzugleichen.

#### **1. Kontrolldichte**

Die Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG steht vor besonderen Problemen.

Die beiden einzigen Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht in der Sache zu Art. 21 Abs. 2 GG getroffen hat, liegen zum Zeitpunkt der Antragstellung 61 und 57 Jahre zurück,

BVerfGE 2, 1; 5, 85; zu beiden Verfahren ausführlich *Meier*, Parteiverbote und demokratische Republik, 1993, S. 22 ff., 47 ff., 116 ff.; zur Interpretations- und Rezeptionsgeschichte ebd., S. 171 ff.

Wiewohl diese Entscheidungen zur Auslegung der Norm unverzichtbar bleiben und bis in die aktuelle Kommentarliteratur ausgiebig analysiert werden, erscheint es schwer möglich, die damals entwickelten Maßstäbe ohne weiteres auf den vorliegenden Fall anzuwenden, standen beide Entscheidungen doch unter dem Eindruck der politischen Bedingungen der Nachkriegs-

zeit: Die Entscheidungen ergingen vor dem Hintergrund der erst wenige Jahre zurückliegenden NS-Herrschaft,

BVerfGE 2, 1, zum zeitgeschichtlichen Kontext knapp *Herbert*, Best. Biographische Studien zu Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, 3. Aufl. 1996, S. 461 f.; *Schwarz*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1947-1957 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), 1981, S. 130-135; *Ipsen*, Der Staat der Mitte. Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 2009, S. 158 ff.; *Steinbeis/Detjen/Detjen*, Die Deutschen und das Grundgesetz, 2009, S. 157 ff.

und des im Kalten Krieg dominanten politischen Anti-Kommunismus.

*Becker*, Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 7, 1. Aufl. 1992, § 167 Rn. 33 f.; *Meier*, Parteiverbote und demokratische Republik, 1993, S. 47 ff.

Die beiden Entscheidungen sind damit von geringerem Erkenntniswert für die Entwicklung eines verfassungsrechtlichen Maßstabs, als dies bei Rechtsproblemen der Fall ist, zu denen eine reichere und jüngere Rechtsprechung zur Verfügung steht. Bei der Entwicklung der Maßstäbe erscheint daher eine neue systematische Erwägung des Tatbestandes des Art. 21 Abs. 2 GG notwendig.

Vor der Konkretisierung der beiden zentralen Tatbestandsmerkmale in den beiden folgenden Abschnitten,

unten C I 2 und 3,

soll daher eine systematische Vorüberlegung die Bedeutung des Verbotstatbestands einleitend eingrenzen. Dabei ist nachzuweisen, dass das Verfahren systematisch als Instrument der *Prävention* vor politischen Gefahren zu bestimmen ist (a) und deswegen im Laufe der Konsolidierung der grundgesetzlichen Demokratie seine Funktion nicht verloren hat (b). Ein ebenfalls einleitend zu behandelndes Problem stellt die Frage der Zurechenbarkeit von Handlungen dar (c).



**a) Funktion des Verfahrens: politische Gefahrenprävention, nicht polizeiliche Gefahrenabwehr**

Art. 21 Abs. 2 GG dient der Prävention vor politischen Gefahren. Dies ergibt sich aus der systematischen Stellung der Norm (aa) im Zusammenhang des grundgesetzlichen Systems der Parteiendemokratie (bb). Eine sich aus dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes ergebende restriktive Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG ist dagegen nicht geboten (cc).

***aa) Präventive Funktion des Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG***

Das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG gestattet nach seinem Wortlaut das Verbot jeglicher aktiv verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Partei, welche die grundgesetzliche Ordnung abzuschaffen oder zu beeinträchtigen sucht. Aus dieser Anlage der Norm lassen sich bereits erste Kriterien für eine systematische Einordnung des Verfahrens gewinnen.

*Zum Ersten* stellt die Formulierung der hier einschlägigen ersten Normalalternative ausdrücklich nur auf die *Intention* einer politischen Partei ab: „nach ihren Zielen darauf ausgehen“. Zwar setzt sie für ein Verbot voraus, dass die in Frage stehende politische Partei mit ihren politischen Intentionen nach außen tritt. Bloße Überzeugungen begründen ein Verbotsverfahren nicht.

*Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 487 (64. Lieferung Januar 2012); *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 227; eingehender zum Problem unten C I 3.

Doch schränkt der Wortlaut der Norm an keiner Stelle die Anwendbarkeit des Verbotstatbestandes dahingehend ein, dass sie ein bestimmtes auch nur marginales Maß an konkreter Gefährdung eines der beiden Schutzgüter durch eine verfassungsfeindliche Partei zur Voraussetzung macht.

So im Ergebnis auch die ganz überwiegende Literatur *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 159; *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 233; *Klein*, Ein neues NPD-Verbotsverfahren? 2012, S. 18; im Ergebnis auch *Kunig*, Parteien, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 40 Rn. 50-54.

Dies ist weder Zufall noch Versehen: Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes stand der allmähliche und – ihrer Ansicht nach – legale Aufstieg der NSDAP bei der Kodifizierung des Art. 21 Abs. 2 GG vor Augen.

Dies ist auch der Hintergrund der Unterscheidung zwischen „Beeinträchtigung“ und „Beseitigung“ in Art. 21 Abs. 2 GG, zutreffend *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 531 (64. Lieferung Januar 2012); überspitzte Konstruktion eines „Redaktionsversehens“ insoweit bei *Meier*, Parteiverbote und demokratische Republik, 1993, S. 139 ff.

Anders gewendet: Die Mütter und Väter handelten und formulierten angesichts von „historischen Erfahrungen, die die Aporie eines an polizeirechtlichen Maßstäben orientierten Verfassungsschutzes bewirkt hatten“.

*Schmidt*, Die Freiheit verfassungswidriger Parteien und Vereinigungen, 1983, S. 173.

Die Autoren des Grundgesetzes gingen konkreter davon aus, dass der Moment, an dem eine zunächst reversible politische Bedrohung nicht mehr umkehrbar ist, sich im Vorhinein, letztlich noch nicht einmal im Nachhinein mit hinreichender Genauigkeit festmachen ließe.

Die nur teilweise ergiebige Entstehungsgeschichte ist kurz dokumentiert bei von Doemming/Füsslein/Matz, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, JöR 1 (1951), S. 207 – 210.

Aus diesem Grund ist das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG als ein solches der Prävention zu verstehen.

So ausdrücklich *Denninger*, „Streitbare Demokratie“ und Schutz der Verfassung, in: Benda/Meihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl. 1994, § 16 Rn. 61 ff., 63, in Entgegensetzung zur „Abwehr konkreter Gefahren für die Schutzgüter des Verfassungsschutzes“; *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 515 (64. Lieferung Januar 2012); *Volkmann*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 21 Rn. 93 (3. Lieferung Dezember 2001); *Seifert*, Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, 1975, S. 456.

Diese Einsicht erscheint auch deswegen zutreffend, weil die *politische* Gefahrenprognose, um die es in diesem Verfahren jedenfalls in der Phase vor der Antragserhebung für die Antragsteller geht, in aller Regel ihrerseits Gegenstand einer *politischen* Debatte ist: Die Frage, wie mit Gegnern der Demokratie in einer Demokratie umzugehen ist und ab welchem Punkt die politische Auseinandersetzung im demokratischen Meinungskampf durch eine Begrenzung



des politischen Prozesses mit Mitteln des Rechts zu ergänzen ist, bleibt eine unter Demokraten stets sehr umstrittene Frage, für die es keine einfache und allgemein-gültige Lösung gibt. Für das Grundgesetz konkretisiert sich dieses Problem in der Frage, wann ein dazu berechtigtes Verfassungsorgan einen Antrag stellen sollte,

vgl. etwa aus der theoretischen Diskussion die Beiträge in *Leggewie/Meier* (Hrsg.), *Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben?*, 2002,

oder ob es, wenn die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei manifest geworden ist, sogar dazu verpflichtet sein könnte, einen solchen Antrag zu stellen.

So etwa *Ipsen*, in: *Sachs* (Hrsg.), *Grundgesetz. Kommentar*, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 178.

Insoweit lässt sich die Debatte um die Einleitung eines Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG innerhalb und zwischen den antragsberechtigten Verfassungsorganen, die auch den vorliegenden Antrag begleitet hat, nicht als Schwäche verstehen, sondern als dem Verfahrenstyp angemessenes öffentliches *politisches Vorverfahren*, das dem Antrag – nicht der Entscheidung – seine Legitimation gibt.

Vgl. zu den politischen Abwägungen hinsichtlich einer Antragstellung auch BVerfGE 40, 287 (291 f.).

Diese im Verfahren selbst angelegten Umstände schließen es im Ergebnis aus, das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG als Mittel zur Abwehr konkreter Gefahren zu verstehen. Denn die Abwehr konkreter Gefahren geschieht unter der Bedingung der Unsicherheit über Tatsachen, nicht aber auch unter der Bedingung der Ungewissheit über normative Bewertungen. Zudem bezweckt die Norm anders als bei der polizeilichen Gefahrenabwehr nicht allein die Abwehr von Gefahren, sondern bereits die Verhinderung einer gefährlichen Lage.

*Klein*, in: *Maunz/Dürig*, *Grundgesetz. Kommentar*, Art. 21 Rn. 527 (64. Lieferung Januar 2012).

Hierin liegt gegenüber der polizeilichen Gefahrenabwehr eine im Verfahren angelegte „Vorverlagerung des Staatsschutzes“.

Zutreffend *Klein*, in: *Maunz/Dürig*, *Grundgesetz. Kommentar*, Art. 21 Rn. 533 (64. Lieferung Januar 2012).

In den Worten des Bundesverfassungsgerichts dient Art. 21 Abs. 2 GG folgerichtig dazu, „das Aufkommen [sic!] von Parteien mit antidemokratischer Zielsetzung (zu) verhindern“.

BVerfGE 5, 85 (142), Hervorhebung hier.

Die Verwirklichung der verfassungsfeindlichen Ziele muss dagegen auch nicht in absehbarer Nähe bevorstehen.

BVerfGE 5, 85 (143, 144, 208); *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 527 (64. Lieferung Januar 2012); *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 233.

Will man Art. 21 Abs. 2 GG systematisch einordnen, so handelt es sich also um ein Instrument der Prävention vor einer existenziellen politischen Bedrohung.

Dieser Schluss ergibt sich, *zum Zweiten*, auch daraus, dass Art. 21 Abs. 2 GG ein *gerichtliches* Verfahren vorsieht, in welchem das Bundesverfassungsgericht nicht die Entscheidung eines staatlichen Organs bestätigt oder für verfassungswidrig erklärt, sondern – für ein Verfassungsgericht höchst ungewöhnlich – diese Entscheidung selbst zu treffen hat, also maßnahmekonstitutiv tätig wird. Mit dieser Verfahrensform ist auf der einen Seite das Gewicht der Entscheidung angezeigt, die von der höchsten gerichtlichen Instanz innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung zu treffen ist, um deren Schutz es geht. Zugleich ist damit systematisch klargestellt, dass diese Entscheidung nicht angesichts einer akuten Bedrohung der Ordnung ergehen soll, für deren Abwehr ein verfassungsgerichtliches Verfahren überfordert wäre. Im präventiven Bereich erfüllt die gerichtliche Kontrolle eine zentrale, aber auch spezifische Funktion, die im Fall der Abwehr konkreter Gefahren in aller Regel durch eine Kontrolle ex post erfüllt wird.

Weiter typisierte Beispiele bei *Vofßkuhle*, Präventive Richtervorbehalte, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. V, 2013, § 131, Rn. 47-64.

Dieser etablierte prozedurale Zusammenhang gestattet einen Umkehrschluss: Dient ein gerichtliches Verfahren der unabhängigen, aber auch nur beschränkt unter Zeitdruck stehenden Überprüfung einer Rechtsfrage, kann eine solche Entscheidung nicht als Instrument der Abwehr konkreter Gefahren verstanden werden. Formuliert man diese Einsichten positiv, so



handelt es sich beim Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG also um ein solches der *justiziellen Prävention vor politischen Gefahren*.

### ***bb) Kontext der grundgesetzlichen Parteiendemokratie***

Die Norm des Art. 21 Abs. 2 GG ist im Kontext der grundgesetzlich ausgestalteten Stellung der politischen Parteien zu verstehen, die maßgeblich durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entwickelt worden ist. Grundgesetz und verfassungsgerichtliche Rechtsprechung haben den politischen Parteien mehr und andere verfassungsrechtliche Verpflichtungen auferlegt als anderen grundrechtlich oder grundrechtsähnlich geschützten Rechtssubjekten.

Aus der Rechtsprechung nur BVerfGE 20, 56 (101); 85, 264 (287); 91, 276 (285 f.). Zum Überblick *Grimm*, Politische Parteien in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl. 1994, § 14 Rn. 18 ff.; grundlegend schon *Hesse*, Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, VVDStRL 17 (1959), S. 11.

Entsprechend der systematischen Stellung des Art. 21 GG im Übergang von den grundrechtlichen zu den staatsorganisatorischen Regelungsgegenständen des Grundgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht den Status der politischen Parteien definiert. Politische Parteien genießen grundrechtsähnliche Freiheits- und Gleichheitsrechte in ihrer Gründung und Betätigung. Zugleich unterliegen sie Verpflichtungen, die für staatliches Handeln typisch sind, wie die Pflicht zu einer demokratischen Binnenorganisation, Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG, und zu einer transparenten Finanzierung, Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG.

Dazu nur *Morlok*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 21 Rn. 109 ff.

Als Vermittler zwischen einem staatsfreien politischen Prozess und der Staatsorganisation, in die ihre Mitglieder als demokratische Repräsentanten gewählt werden können, unterliegen politische Parteien unter dem Grundgesetz deutlich mehr und normhierarchisch höher stehenden, nämlich verfassungsunmittelbaren, Pflichten als normale Grundrechtsträger.

Diese Pflichten weisen politischen Parteien eine grundlegend andere Rolle zu als in konsequent liberalen politischen Ordnungen, in denen Parteien im Prinzip als private Vereine behandelt werden.

Für die USA *Issacharoff/Karlan/Pildes*, The Law of Democracy, 3. Aufl. 2007, Kap. 4, S. 202 ff.

Für die Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG hat dies systematische Konsequenzen. Die Entwicklung eines Maßstabs für die Begründetheit eines Parteiverbotsverfahrens muss sich an dem verfassungsrechtlichen Pflichtenkanon ebenso orientieren wie an der vom Grundgesetz gewollten und vom Bundesverfassungsgericht in einer reichen Rechtsprechung weiter entwickelten relativen Nähebeziehung zwischen dem Staat und den politischen Parteien. Gehen nämlich mit den Rechten auf staatliche Unterstützung auch die genannten spezifischen Pflichten einher, dann folgt der Maßstab, an dem ein Parteiverbotsverfahren zu messen ist, jedenfalls nicht allgemeinen grundrechtlichen Kriterien. Vielmehr ergibt sich das Anliegen des Verfassungsgebers, ein solches Verfahren bereits im Vorfeld einer konkreten Gefährdung zu ermöglichen, eben aus dieser Sonderstellung politischer Parteien. Dies wäre für normale Grundrechtsträger nicht einsichtig. Im Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG geht es nicht um die Überprüfung der Reichweite von Grundrechten zugunsten politischer Parteien, sondern um die Bedingungen der Anwendung solcher Grundrechte.

**b) Status des Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG: kein Funktionsverlust der Norm – keine Verschärfung der Kriterien**

Wie sich aus der so vorgenommenen systematischen Funktionsbestimmung ergibt, hat das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG durch die Etablierung und Sicherung der grundgesetzlichen Demokratie seine Funktion nicht verloren.

So auch eingehend *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 494 (64. Lieferung Januar 2012); ferner *Henke*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 21 Rn. 345 a.E. (64. Lieferung November 1991); *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2. Aufl. 1984, S. 207.

Weder die Autoren des Grundgesetzes noch die ihnen folgenden Akteure des bundesdeutschen Verfassungslebens verstanden das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG als bloß transitorisches Instrument, das allein die Probleme des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie nach 1945 begleiten sollte. Vielmehr ist die Norm im allgemeinen Verständnis der Verfassungsschöpfer wie der die Verfassung ausführenden Praktiker als ein besonderer Teil dieser Ordnung verstanden worden, der durchgehend für die grundgesetzliche Ordnung bereitsteht.



Vgl. auch BVerfGE 30, 1 (19 f.); auch in BVerfGE 2, 1; 5, 85 werden die Normen nicht anders behandelt; *Seifert*, Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, 1975, S. 450: „Art. 21 II GG ist eine der für den Gesamtcharakter der Verfassung wichtigsten Normen des Grundgesetzes, eine ‚Grundentscheidung‘ der Verfassung.“

Zudem können geschriebene Normen des Grundgesetzes durch Nichtanwendung nicht aus der „Übung“ geraten und ihre Geltung verlieren.

So ausdrücklich für das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 494 (64. Lieferung Januar 2012).

Auch wirkliche oder vermeintliche Veränderungen in der Stellung der Parteien in der Gesellschaft und im politischen Prozess führen nicht zur Nichtanwendbarkeit von Art. 21 Abs. 2 GG. Dagegen hat *Ulrich K. Preuß* im Vorfeld des Verbotsverfahrens von 2001 betont, dass der Verbotstatbestand vor dem Hintergrund „massendemokratischer Herausforderungen“ konzipiert worden sei, also festgefügt Partiestrukturen wie sie sowohl für die NSDAP als auch für die KPD bekannt waren. Verfassungswidrige Parteien seien daher als „massendemokratische Herausforderungen“ des liberalen Rechtsstaats gesehen worden, das Verbot sollte einen organisatorischen Kern der Verfassungsgefährdung treffen. Da nun – so *Preuß* – sich die politische Willensbildung wie auch die gesellschaftliche Grundorientierung der Bürgerinnen und Bürger von politischen Parteien zu zivilgesellschaftlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen wie Bürgerinitiativen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen u.ä. verlagert hätten, greife ein Parteiverbot quasi ins Leere.

*Preuß*, Die empfindsame Demokratie, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. August 2000, S. 51.

Selbst wenn die Diagnose eines Bedeutungsverlustes politischer Parteien richtig wäre, erweise sich die Schlussfolgerung jedoch nicht als zwingend. Sie berücksichtigt nicht, dass gerade im extremistischen Bereich der organisatorische Anker einer intakten Partei oftmals unverzichtbar für die politische Tätigkeit ist und bleibt.

So auch der Kritiker von Verbotsverfahren *Eckart Klein*, Ein neues NPD-Verbotsverfahren?, 2012, S. 15: „Nun können wir tatsächlich eine Abschwächung der Anziehungskraft und integrierenden Wirkung politischer Parteien im Allgemeinen konstatieren. [...] Dennoch ist die Annahme schwerlich richtig, dass die Bindewirkung des Parteiapparates gerade bei extremistischen Gruppen nachgelassen hat, deren Mitglieder meist erst aus diesem organisatorischen Zusammenhang ihre Stärke, ihr Selbstbewusstsein und ihre Zielrichtung beziehen. Aber auch darüber hinaus sind politische Parteien entgegen der Analyse von



Preuß auch heute noch mächtige Apparate. Der gesellschaftliche Wandel vermag daher das Verbot politischer Parteien nicht aus faktisch-soziologischen Gründen zu diskreditieren.“

Spätere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die zwar nicht in der Sache ergingen, hatten jedoch prozessual Gelegenheit gehabt, sich entsprechend zu äußern, taten dies aber nicht.

BVerfGE 91, 276; 107, 339; indirekt auch BVerfGE 40, 287 (291 f.).

Hat die Norm des Art. 21 Abs. 2 GG durch Zeitablauf nichts von ihrer Geltungskraft verloren, so hat die historische Entwicklung auch nicht dazu geführt, dass sich die Kriterien ihrer Anwendung verschärft hätten. Dies ergibt sich bereits aus der soeben entwickelten systematischen Funktion des Verfahrens.

Soeben oben C I 1 a.

Denn selbst wenn man die historische Situation der frühen 1950er Jahre als politisch besonders gefährdete Situation für eine junge Demokratie verstehen will, ist das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG eben gerade nicht auf eine konkrete Gefährdungslage ausgerichtet, sondern dient der internen Stabilisierung des immer wieder neu gefährdeten offenen politischen Prozesses in einer Demokratie.

Dabei ist auch zu bedenken, dass die interne Gefährdung der bundesrepublikanischen Demokratie der 1950er Jahre durch die völkerrechtlich abgesicherten alliierten Reservatrechte bis zu einem gewissen Grad kompensiert werden konnten, die nach 1989 durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag abgelöst wurden.

Vgl. etwa zur Intervention der britischen Besatzungsmacht bei der nordrhein-westfälischen FDP wegen rechtsradikaler Umtriebe nochmals *Herbert*, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 3. Aufl. 1996, S. 467 ff.

In dem bis zur Wiedervereinigung ohnehin einem besonderen Rechtsstatus unterliegenden West-Berlin hatten die westalliierten Siegermächte durch über 40 „Berlin-Kommandantura-Orders“ mit Gesetzeskraft seit 1969 und bis 1990 ein weitgehendes Verbot öffentlicher Auftritte der NPD verhängt, vgl. *Kopietz*, Die NPD durfte unter den Alliierten nicht öffentlich auftreten, *Berliner Zeitung* vom 20. Oktober 2010; *Laue*, Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins, 1993, S. 65 ff.

Aus dieser Sicht ist mit der Stabilisierung und Konsolidierung der grundgesetzlichen Demokratie, die nicht in Abrede zu stellen ist, eine Umstellung von kombiniert externer und inter-



ner auf eine rein interne Prävention verbunden, die das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG für die gegenwärtige Situation nicht weniger geeignet werden lässt.

Dieser Eindruck findet seine Bestätigung schließlich in der Beobachtung, dass die Etablierung eines verfassungsgerichtlichen Parteiverbotsverfahrens durch das Grundgesetz kein unübliches Verfahren darstellt.

Vgl. jetzt European Commission for Democracy through the Law (Venice Commission), *Compilation of Venice Commission and Reports concerning Political Parties*, CDL(2013)045, Strasbourg, 16 October 2013, p. 38 ff.; ferner *Henke*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*, Art. 21 Rn. 345: „historisch und international kein Sonderfall“ (64. Lieferung November 1991). Zur relativen Wertigkeit des Rechtsvergleichs in diesem Bereich allerdings *Klein*, in: Maunz/Dürig, *Grundgesetz. Kommentar*, Art. 21 Rn. 506 f. (64. Lieferung Januar 2012).

Damit erscheint die Regel des Art. 21 Abs. 2 GG nicht als ein absonderliches Instrument, geboren aus der Not einer spezifischen historischen Situation, sondern vielmehr als Ausdruck einer verbreiteten und weiterhin funktionalen Form des internen gerichtsförmigen Verfassungsschutzes.

### **c) Adressat der Norm: das Problem der Zurechnung**

Die Zurechnung verfassungsfeindlichen Handelns zu einer politischen Partei bedarf einer angemessenen Regel. Im Normalfall handeln Individuen im Rahmen eines Rechtsverhältnisses in einer der Partei zurechenbaren Art und Weise. Zurechnungsregeln ergeben sich aus dem Zusammenwirken von Normen des öffentlichen und des Privatrechts mit internen Regeln der Partei: Wenn ein Funktionsträger, etwa ein Vorstandsmitglied, für eine Partei spricht, bestehen keine Zweifel an dieser Zurechenbarkeit. Eine Partei als juristische Person oder nicht-rechtsfähiger Verein handelt durch ihre satzungsmäßig berufenen Organe. Die Zurechnung des Handelns der Organwalter erfolgt zivil- und parteienrechtlich. Private Handlungen können der Partei nicht zugerechnet werden. Für rechtswidriges und strafbares Verhalten muss das freilich näher konkretisiert werden, denn die zivil- oder parteienrechtliche Ermächtigung von Funktionsträgern einer Partei umfasst kein rechtswidriges oder gar strafbares Handeln.

Für die Zurechnung von Handlungen für ein Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG ergeben sich sowohl aus dem Wortlaut der Norm (aa) als auch der systematischen Stellung (bb) Besonder-

heiten, die zu einer Re-Formulierung der Zurechnungsgrundsätze führen müssen (cc).

**aa) Wortlaut: „Anhänger“**

Art. 21 Abs. 2 GG stellt mit seiner Formulierung klar, dass die Zurechnung verfassungsfeindlichen Verhaltens zu einer politischen Partei nicht durch ein Mitgliedschaftsverhältnis vermittelt sein muss. Diese Formulierung ist so gewählt worden, um eine naheliegende Umgehung des Tatbestandes durch informelle Zugehörigkeitsformen auszuschließen.

*Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 537 (64. Lieferung Januar 2012); *Kunig*, in: v. Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 6. Aufl. 2012, Art. 21 Rn. 77.

Damit bedarf es modifizierter Zurechnungskriterien, die ein in Frage stehendes Verhalten in einen örtlichen und zeitlichen Nähezusammenhang zu der Partei stellen können und die mit einer bestimmten Nachhaltigkeit oder Dauer zu beobachten sind. Konkret bedeutet dies, dass Handlungen und Äußerungen, die im Zusammenhang von Veranstaltungen der politischen Partei stattfinden – und die sich bei ganzheitlicher Betrachtung nicht nur als atypische Einzelereignisse darstellen – der politischen Partei auch dann zugerechnet werden müssen, wenn ihre konkreten Verursacher nicht Mitglieder der Partei sind.

So schon BVerfGE 2, 1 (22).

**bb) Systematik und Zurechnung von Rechtsbrüchen**

Erweitert diese Regel den Kreis der zuzurechnenden Handlungen, so bleibt es trotzdem dabei, dass sich die Zurechnung zur Partei im Ganzen auch an der formalisierten Binnenorganisation der Partei zu orientieren hat. Handlungen von Funktionären sind – je nach ihrem Rang in der Organisation – für die Partei repräsentativer als Handlungen eines einfachen Mitglieds oder eines Anhängers. Gemeinsame Eigenschaften der Führungsebene einer Partei erlauben eine Beurteilung der Partei im Ganzen.

Für die Zurechnung von rechtswidrigem Handeln oder strafbaren Handlungen ist zudem Folgendes zu beachten: Unmittelbar der Parteiorganisation zurechenbare Handlungen können problemlos in das Verfahren einbezogen werden. Daraus folgt jedoch nicht, dass alles rechtswidrige oder strafbare Verhalten von Funktionären, Mitgliedern oder Anhängern per se einer



Partei nicht zurechenbar wäre. Vielmehr muss bei der Zurechnung solcher Handlungen geprüft werden, inwieweit sie einen politischen Hintergrund zeigen, der sich mit den legalen politischen Aktivitäten der Partei in einen Zusammenhang bringen lässt. Das strafbare Verbreiten volksverhetzender Inhalte während einer Parteiveranstaltung durch einen Funktionär, ein Mitglied oder einen Anhänger etwa kann unter bestimmten Bedingungen auch dann der Partei zugerechnet werden, wenn eine interne Regel solches Verhalten verbietet. Eine Zurechnung erscheint nämlich dann geboten, wenn das fragliche Verhalten keine besondere Ausnahme, sich also nicht als völlig atypisch für solche Veranstaltungen darstellt, und wenn es – unter Umständen durch die erste Voraussetzung indiziert – Anzeichen dafür gibt, dass solche Regelbrüche in einer Art und Weise von der Parteiorganisation geduldet werden, die zeigt, dass entgegenstehende Regeln allein der Täuschung über ihre wirklichen politischen Absichten dienen.

Bei der Maßstabsbildung zur Zurechnung kann zudem auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu Verboten rechtsextremistischer Vereine zurückgegriffen werden. Laut Bundesverwaltungsgericht versuchen Vereinigungen – wie auch die Antragsgegnerin –

dazu oben A I 1,

„erfahrungsgemäß“, „etwaige verfassungsfeindliche Bestrebungen [...] zu verheimlichen“. Hieraus schließt das Gericht, dass sich der Verbotstatbestand nur aus einem „Gesamtbild“ ergeben kann, das „sich aus einzelnen Äußerungen und Verhaltensweisen zusammenfügt“.

St. Rspr. Vgl. nur BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871, Rn. 17; BVerwG, NVwZ-RR 2011, 14, 15 Rn. 14.

Dabei werde die Aussagekraft einer Äußerung – gerade wegen der Verdeckungsabsicht – nicht dadurch gemindert, dass sie „einer mehr oder weniger großen Zahl unverfänglicher Sachverhalte scheinbar untergeordnet“ ist.

St. Rspr. Vgl. nur BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871, Rn. 17; NVwZ-RR 2011, 14, 15 Rn. 14.

Soweit hierbei Äußerungen von Funktionsträgern verwertet werden, komme es „nicht darauf an, ob diese Äußerungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeit für die Vereinigung stehen“. Denn verfassungsfeindliche Bestrebungen einer Vereinigung könnten auch „aus einer entsprechenden Grundeinstellung ihrer Funktionsträger geschlossen werden“, weshalb es keine „trennscharfe Unterscheidung zwischen einer rein privaten und einer der Vereinigung zuzurechnenden Sphäre“ gebe.

BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871, Rn. 18. Vgl. auch BVerwG, NVwZ-RR 2011, 14, 17 Rn. 30.

Daraus zieht das Bundesverwaltungsgericht folgende Konsequenz für die Zurechnung: „Stammen Texte und Äußerungen von leitenden Mitgliedern einer Vereinigung *oder* [Hervorhebung nur hier] wird ihr Inhalt von ihnen erkennbar befürwortet, sind diese Äußerungen und Texte der Vereinigung auch dann zuzurechnen, wenn sie als solche nicht für die Vereinstätigkeit erstellt oder in ihr verwandt worden sind, jedoch den ideologischen Hintergrund kennzeichnen, vor dem die Verantwortlichen der Vereinigung handeln.“

BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871, Rn. 18. Vgl. auch BVerwG, NVwZ-RR 2011, 14, 17, Rn. 30.

### ***cc) Insbesondere: strafbares und gewaltsames Handeln***

Darüber hinaus kann gewaltsames und anderes strafbares Handeln, auch wenn es außerhalb einer im engeren Sinne parteipolitischen Sphäre bei Anhängern oder Mitgliedern vorkommt, unter bestimmten Umständen als der Partei zurechenbar bewertet werden. Dies ist jedenfalls dann der Fall, wenn es von einer relevanten Zahl an Personen, namentlich wenn es bei Funktionären der Partei in einer herausgehobenen Stellung zu beobachten ist. Unter diesen Bedingungen kommt in der gehäuften Zahl solcher Handlungen durch Repräsentanten eben auch eine besondere Haltung zur Rechtsordnung zum Ausdruck, die zugleich beide Tatbestände des Art. 21 Abs. 2 GG erfüllen kann: in der Sache eine feindliche Einstellung gegenüber dem durch Art. 79 Abs. 3 GG geschützten staatlichen Gewaltmonopol,

dazu sogleich C I 2,

in der Form aber die aktiv kämpferische, aggressive Haltung, die grundsätzlich noch nicht einmal rechtswidriges, geschweige denn gewalttätiges Verhalten verlangt.

dazu sogleich unten C I 3.

### ***dd) Zwischenfazit***

Die Zurechnung von verfassungsfeindlichen Handlungen zu einer politischen Partei erfolgt im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG nach sich aus dieser Norm ergebenden spezifischen Maßstäben. Sie beschränkt sich nicht auf das Handeln von Mitgliedern. Sie ist nicht an parteieige-



ne Regeln gebunden, wenn ein Verstoß gegen solche Regeln von der Partei geduldet wird. Sie kann, insbesondere mit Blick auf die Haltung zum Gewaltmonopol des Staates, auch Handlungen außerhalb der im engeren Sinne politischen Sphäre einbeziehen.

## **2. Inhaltliche Zielsetzung: Freiheitliche demokratische Grundordnung**

Der vorliegende Antrag wird sich hinsichtlich der politischen Zielsetzung der Antragsgegnerin, wie gesagt, auf die erste Alternative des Verbotstatbestandes beschränken, also auf den Fall einer beabsichtigten Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Konkretisierung dieses Schutzgutes als dem materiellen Kriterium für ein Parteiverbotsverfahren ergibt sich in einem ersten Schritt aus der Normenhierarchie des Grundgesetzes. Nur solche Inhalte können ein Verbot rechtfertigen, die der Änderung des Grundgesetzes entzogen sind, sonst wäre dieser im Grundgesetz ausdrücklich vorgesehene Mechanismus nicht in demokratisch offener Weise zu bedienen.

*Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 160; *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 224.

Darüber hinaus ist anerkannt, dass sich das Parteiverbotsverfahren nicht auf alle Anforderungen des Art. 79 Abs. 3 GG, sondern nur auf dessen *politischen Kern* bezieht, der die Organisation des demokratischen Rechtsstaates und die Achtung vor dem normativen Status des Einzelnen betrifft, der aber nicht notwendig alle Garantien des Art. 79 Abs. 3 GG umfasst. Zum politischen Kern des Art. 79 Abs. 3 GG zählt zumindest eine normative Ordnung, die, von der unantastbaren Würde jedes Menschen ausgehend, die konstitutive Gleichheit aller politischen Subjekte und den Schutz ihrer Rechte in einem unabhängigen Verfahren garantiert. Dies sind in der Systematik des Grundgesetzes die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat auf der Grundlage der Garantie der Menschenwürde.

Zur Anerkennung eines solchen Zusammenhangs in der Rechtsprechung BVerfGE 123, 267 (413).

Das bedeutet umgekehrt: Zwar sind weder der politische Kampf für die Einführung einer konstitutionellen Monarchie noch derjenige für die Abschaffung des Bundesstaates mit Art. 79 Abs. 3 GG vereinbar. Trotzdem genügen beide nicht den materiellen Maßstäben des Partei-

verbotsverfahrens, weil sie die politische Identität des demokratischen Rechtsstaates in seinem Kern unberührt lassen.

Der vorliegende Antrag kann sich aus diesem Grund auf die Konkretisierung von einzelnen Schutzgehalten des Art. 79 Abs. 3 GG beschränken, deren Zugehörigkeit zum Programm des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG unbestritten ist. Dies sind für die Anliegen des vorliegenden Verfahrens spezifische konkrete Ausformungen der Garantie der Menschenwürde (a), des Demokratieprinzips (b) und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit (c). Aufmerksamkeit ist schließlich auf den verfassungsrechtlich umhegten Umgang mit der Geschichte des deutschen Nationalsozialismus zu legen (d).

#### **a) Menschenwürde als allgemeines Recht auf Grundrechte: Verbot eines ethnischen Personenbegriffs und Gebot des normativen Individualismus**

Aus seinem Bezug auf den Grundsatz der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG verbietet es Art. 21 Abs. 2 GG politischen Parteien, ein gegen die Garantie der Menschenwürde verstoßendes politisches Programm zu verfolgen.

Reichweite und Bedeutung der ein „tragendes Konstitutionsprinzip und obersten Verfassungswert“ darstellenden

BVerfGE 109, 279 (211); 72, 105 (115); 45, 187 (227); 6, 32 (36),

grundgesetzlichen Menschenwürdegarantie sind freilich durchaus umstritten. Für das vorliegende Verfahren lässt sich die Garantie jedoch auf einen in der Sache konsentierten Aspekt konkretisieren. Die Würde des Menschen ist ein allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Ethnie oder Staatsangehörigkeit zustehendes Menschenrecht.

Vgl. zuletzt BVerfG Urt. v. 18. 7. 2012, 1 BvL 10/10 - 1 BvL 2/11 -, Tz. 89. Auch vergleichend *Damm*, Menschenwürde, Freiheit, komplexe Gleichheit: Dimensionen grundrechtlichen Gleichheitsschutzes, 2006, S. 379 ff., 384 ff. Ferner *Hofmann*, Die versprochene Menschenwürde, AöR 118 (1993), S. 353 (376); *Dreier*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 3. Aufl. 2013, Art. 1 Rn. 58; *Schaefer*, Das Individuum als Grund und Grenze deutscher Staatlichkeit, AöR 135 (2010), S. 404 ff.; *Enders*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 7-17 (13. Lieferung Juli 2005); *Podlech*, in: Denninger u.a. (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), 3. Aufl. 2001 ff., Art. 1 Abs. 1 Rn. 30: rassistische Diskriminierung als klarer Menschenwürde-



verstoß; *Höfling*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 1 Rn. 33: „Zur Würde des Menschen in einem Gemeinwesen gehört, dass ihm nicht ein rechtlich abgewerteter Status zugewiesen wird. Verboten sind danach nicht nur Sklaverei und rassistische Diskriminierungen, sondern auch andere, ähnlich demütigende Ungleichbehandlungen.“; *Kirchhof*, Allgemeiner Gleichheitssatz, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 8, 3. Aufl. 2010, § 181 Rn. 51 ff., insbes. 54: „Zur Statusgleichheit des Menschen gehören insbesondere sein Willkommen als Mensch, Person und Persönlichkeit in dieser Rechtsordnung, seine Anerkennung in dieser Rechtsgemeinschaft, weil er Mensch ist. Aus der Garantie der Menschenwürde und der Freiheit der Person gewinnt jeder Mensch einen Anspruch auf existenzielle Zugehörigkeit des Inländers zur Sozialgemeinschaft des Staates, die ihm die Befriedigung seines existenznotwendigen Bedarfs sichert.“ Rn. 55: „Auch darf der Mensch nicht aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, einen rechtlich abgewerteten Status erleiden.“ *Herdegen*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 1 Abs. 1 Rn. 52, 120 (55. Lieferung Mai 2009).

„Würde ist egalitär.“

*Isensee*, Würde des Menschen, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. 4, 2011, § 87 Rn. 168.

Sie ist zugleich der Ausgangspunkt nicht nur aller weiteren Grundrechte, sondern auch des Legitimationsanspruchs aller durch das Grundgesetz zu legitimierenden Herrschaft. Die politische Herrschaft des Grundgesetzes fußt auf der individuellen Würde der Bürgerinnen und Bürger, nicht umgekehrt.

*Dreier*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 3. Aufl. 2013, Art. 1 II, Rn. 13; Hofmann, JZ 1992, 165 (168 ff.).

Mit einem solchen Recht verbindet sich zwar nicht die Erstreckung des Schutzbereichs aller anderen Grundrechte des Grundgesetzes auf alle Menschen. Die Menschenwürdegarantie, wie auch immer sie zu verstehen ist, erweist sich im Ergebnis in jedem Fall als sachlich enger und sie löst auch die vom Grundgesetz gezogene Unterscheidung zwischen allgemeinen Grundrechten und Deutschengrundrechten nicht auf. Doch garantiert Art. 1 Abs. 1 GG die Anerkennung einer fundamentalen Rechtsfähigkeit aller Menschen, in der Formulierung *Hannah Arendts* eines „Rechts auf Rechte“.

*Hannah Arendt*, Es gibt nur ein einziges Menschenrecht, Die Wandlung IV 1949, S. 754-770. Die Rezeption dieses Grundsatzes für Art. 1 Abs. 1 GG ist bei *Enders*, Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung, 1997, S. 442 ff., entwickelt.

Damit sind vier Gehalte der Menschenwürdegarantie bezeichnet:

*Zum Ersten* garantiert die Menschenwürdegarantie jedem Menschen ein basales Minimum an Rechten.

Damit ist, *zum Zweiten*, auch ein Gleichheitsgehalt umfasst. Die Menschenwürdegarantie funktioniert als ein Recht, nicht als ein Privileg und das bedeutet, dass sie jedem Menschen den *gleichen* minimalen Rechtsstatus zuerkennt.

*Zum Dritten* spricht die Menschenwürde allen Menschen ein *Potenzial* zu mehr Rechten als diesem Minimalstandard zu, indem sie durch Wechsel der Staatsangehörigkeit,

dazu sogleich C I 2 b aa,

oder durch die Vermittlung supra- oder internationaler Normen einen über den Stand der Menschenwürdegarantie hinausgehenden Rechtebestand zugewiesen bekommen können. Nicht nur bekommen alle Menschen durch die Garantie der Menschenwürde also einen basalen Rechtsanspruch zugesprochen. Sie werden durch die Garantie vielmehr auch in diejenige Klasse von Rechtssubjekten aufgenommen, der auch weitere subjektive Rechte zugesprochen werden kann. Die Menschenwürde garantiert einen solchen Rechtebestand nicht selbst, aber sie garantiert, dass alle Menschen an solchen Entwicklungen des Rechtsbestands teilnehmen können.

*Zum vierten* stellt die systematische Stellung der Menschenwürde zu Beginn des Grundgesetzes klar, dass jede Art von politischer Vergemeinschaftung sich aus der Berechtigung des Individuums herleiten muss, und nicht umgekehrt, individuelle Würde als bloß abgeleitetes Phänomen einer politischen Gemeinschaft verstanden werden darf.

Im Umkehrschluss verbietet Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG auch dem verfassungsändernden Gesetzgeber, zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen eine Unterscheidung einzuziehen, die einige von dieser Entwicklungsperspektive ausschließt, die es also verbieten würde, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen nicht in den Bereich der Berechtigten aufgenommen werden dürfte, die unter dem Grundgesetz Staatsbürger werden könnten. Die Menschenwürdegarantie statuiert in dieser Hinsicht ein *menschenrechtliches Exklusionsverbot*. Zugleich verbietet es die Menschenwürdegarantie, den Einzelnen zur bloßen Funktion eines bestimmten Politikverständnisses zu machen. Sie gebietet vielmehr einen normativen



Individualismus. Als ein Element von Art. 1 Abs. 1 GG ist diese Garantie auch von Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG umfasst, der damit eine entsprechende politische Zielsetzung einer politischen Partei als verfassungswidrig ausschließt.

## **b) Demokratieprinzip**

Das Demokratieprinzip des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG ist ein entwicklungsoffener Grundsatz, der es dem einfachen Gesetzgeber und dem verfassungsändernden Gesetzgeber ermöglicht, das demokratische Repräsentationsverfahren auf vielfältig verschiedene Art und Weise auszugestalten.

Art. 79 Abs. 3 i.V.m. Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG zwingt allerdings zur Bestimmung eines Kerns des Demokratieprinzips, der der Änderung entzogen ist. Dieser Kern ist sicherlich enger zu ziehen als die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den aus Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG folgenden Grenzen der Verwaltungsorganisation oder des Wahlrechts. Er hat sich auf ein basales Verständnis von Demokratie als einer Herrschaft politischer Gleichheit zu beschränken, die von der Ausgestaltung demokratischer Repräsentation absieht. Für den vorliegenden Fall ergeben sich aus Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG die folgenden Maßgaben für die Auslegung von Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG.

### ***aa) Offener, gesetzlich ausgestalteter Volksbegriff***

Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG verbietet eine ethnische Konzeption des deutschen Volkes, die es dem Gesetzgeber verwehren würde, die Staatsangehörigkeit offen auszugestalten.

Wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer ausdrücklich festgestellt hat, steht die Ausgestaltung der deutschen Staatsangehörigkeit und das mit dieser verbundene Wahlrecht dem demokratischen Bundesgesetzgeber offen.

Ausdrücklich BVerfGE 83, 37 (52).

Schließt das Grundgesetz die Verteilung politischer Beteiligungsrechte durch den ausdrücklichen Bezug von Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG auf das deutsche Staatsvolk zunächst ab, so öffnet es diese Schließung wiederum durch die Möglichkeit, für eben dieses Staatsvolk im Wege der Gesetzgebung die Bedingungen der eigenen Zugehörigkeit anders zu gestalten.

Vgl. insbesondere *Gärditz*, Der Bürgerstatus im Licht von Migration und europäischer Integration, VVDStRL 71 (2013), S. 49 (118 ff.); *Walter*, Der Bürgerstatus im Licht von Migration und europäischer Integration, VVDStRL 71 (2013), S. 7 (33 ff.).

Die Bestimmung der Kriterien der Staatsangehörigkeit obliegt also dem demokratischen Gesetzgeber. Sie stellt klar, dass das Grundgesetz einem *politischen*, keinem traditionellen oder historischen Volksbegriff folgt.

Historisch *Gosewinkel*, Einbürgern und ausschließen, 2. Aufl. 2003, S. 109 ff.; 278 ff.; zur Entwicklung auch *Brubaker*, Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich, 1994.

Dieser Volksbegriff kann zwar an Herkunftskriterien wie namentlich die Staatsangehörigkeit der Eltern anschließen. Eine solche Anknüpfung bezieht ihre Geltung aber aus der politischen Entscheidung des demokratischen Gesetzgebers in der rechtsstaatlichen Form des Gesetzes. Die Zugehörigkeit zum deutschen Volk wird vom Grundgesetz weder als etwas Naturwüchsiges noch als unvermeidliche Konsequenz einer historischen Entwicklung bewertet, sondern vielmehr als Ergebnis einer demokratischen Entscheidung. Die Zugehörigkeitskriterien lassen sich durch den demokratischen Prozess ändern – und auch so gestalten, dass biologische Kriterien ihre Relevanz verlieren. Sind sie einmal auf eine bestimmte Art und Weise ausgestaltet, können gegen deutsche Staatsangehörige keine anderen Zugehörigkeitskriterien mehr ins Feld geführt werden.

Diese Zuweisung folgt ihrerseits aus dem Demokratieprinzip des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG und hat am Kernbestand des Art. 79 Abs. 3 GG teil. Denn wenn Art. 79 Abs. 3 GG die notwendigen Bedingungen demokratischer Herrschaft unter seinen Schutz stellt, dann gehört zu diesen neben einer Minimalbestimmung des demokratischen Verfahrens auch eine grundsätzliche Garantie ihrer Reichweite.

Eine entscheidende Frage, die der politischen Gestaltung durch den demokratischen Prozess unterworfen werden muss, ist aber eben diejenige, wer dem demokratischen Subjekt angehört. Wäre diese dem demokratischen Prozess entzogen, würde der demokratische Prozess ein wesentliches Element des Anspruchs, Selbstbestimmung unter Gleichen zum Ausdruck zu bringen, verlieren – denn damit wäre die Mitgliedschaft zum demokratischen Subjekt selbst nicht mehr Ergebnis einer – aktuellen oder möglichen – demokratischen Gestaltung.

Im Umkehrschluss verbietet Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG damit jedwede Konzeption von „Volksherrschaft“, die an Stelle eines politischen Volksbegriffs einen ande-



ren, namentlich einen ethnischen Volksbegriff zur Anwendung bringen will. Denn ein solcher Volksbegriff würde die Frage, wer dem deutschen Volk zugehörig ist, biologistisch naturalisieren, damit dem offenen und rechtsförmlichen demokratischen Willensbildungsprozess entziehen und innerhalb des bestehenden Staatsvolkes verschiedene Klassen von Staatsangehörigen schaffen.

Eine gleiche Konsequenz ergibt sich auch aus den oben angestellten Überlegungen zur Bedeutung der Menschenwürde als einer Garantie eines „Rechts auf Rechte“.

Oben C I 2 a.; zum Zusammenhang zwischen Menschenwürde und Demokratie auch Häberle, Die Menschenwürde als Grundlage der staatlichen Gemeinschaft, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, 3. Aufl. 2004, § 22 Rn. 61 ff.

Ein solches Recht garantiert, wie dargestellt, zwar nicht die vollständige Gleichstellung aller Menschen mit Blick auf den Bestand subjektiver Rechte des Verfassungsrechts im Grundgesetz. Sehr wohl garantiert die Menschenwürde aber die Behandlung aller Menschen als mögliche Träger aller vorhandenen Rechte – damit aber auch als mögliche Subjekte einer Einbürgerung. Alle Menschen müssen eingebürgert werden *können*. Ein ethnischer Volksbegriff würde diese Möglichkeit ausschließen – und einem bestimmten rassistisch definierten Teil der Menschheit die Möglichkeit der Einbürgerung vorenthalten. Dies würde aus den genannten Gründen gegen Art. 1 Abs. 1 GG verstoßen. Schließlich würde ein ethnischer Volksbegriff eingebürgerte Deutsche, die nicht den ethnischen Vorstellungen der Antragsgegnerin entsprechen, zu zweitklassigen Staatsbürgern degradieren. Dies würde ihren Bürgerstatus bedrohen und ihr Recht auf demokratische Gleichheit verletzen.

Menschenwürdegarantie und Demokratieprinzip führen zum gleichen Ergebnis des von Art. 79 Abs. 3 GG geforderten Verbots eines ethnischen Personen- und Volksbegriffs für die Demokratie des Grundgesetzes.

### ***bb) Regierungssystem***

Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG i. V. m. Art. 79 Abs. 3 GG verbietet die Einführung eines Regierungssystems, das nicht auf der Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition aufbaut. Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes gestattet auch auf dem Gebiet der Staatsorganisation im engeren Sinne eine große Gestaltungsfreiheit für Verfassung- und Gesetzgeber. Weder



das Wahlsystem noch das Regierungssystem sind vom Grundgesetz zwingend vorgegeben. Durch Verfassungsänderung erscheint nach wohl herrschender Ansicht sowohl die Einführung eines Mehrheitswahlrechts als auch die Umstellung von einem parlamentarischen Regierungssystem zu einem Präsidialsystem denkbar. Auch andere Modifikationen beispielsweise der Wahl des Bundespräsidenten, der Beteiligung des Bundesrates an der Gesetzgebung oder der Einführung plebiszitärer Elemente auf der Ebene des Bundes verstoßen nach allgemeiner Ansicht nicht gegen Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG.

Ihre Grenze findet diese Gestaltungsmöglichkeit allerdings dort, wo das Organisationsrecht unmittelbarer Ausdruck des unabänderlichen Prinzips demokratischer Gleichheit der Staatsangehörigen darstellt. Dies ist namentlich dort der Fall, wo durch die Rechtsordnung sicher gestellt wird, dass die in einem demokratischen Akt unterlegene Minderheit die Möglichkeit behält, sich in dem an die Wahl anschließenden politischen Prozess als Opposition oder als außerparlamentarische Minderheit so zu profilieren, dass sie bei der nächsten Wahl ins Parlament oder sogar in die Regierung gelangen kann.

So bereits BVerfGE 2, 1 (13); 5, 85 (198 f.).

Entsprechende Mechanismen des Schutzes der Opposition finden sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Normen des Verfassungs- und Gesetzesrechts: namentlich im Recht der parlamentarischen Kontrolle der Regierung, im Recht der Parteienfinanzierung, im allgemeinen Parteienrecht sowie im Versammlungs-, Rundfunk- und Presserecht. Diese Normen sind auf Gesetzebene in vielen Fällen nicht unmittelbar verfassungsrechtlich geboten und sie unterfallen als Normen des Grundgesetzes nicht notwendig dem unabänderlichen Kern des Art. 79 Abs. 3 GG. Doch bleibt der Grundgedanke für die Beurteilung der Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei nach Art. 21 Abs. 2 GG dennoch von Bedeutung: Aus ihm ergibt sich, dass es einer politischen Partei von Verfassungs wegen verwehrt sein muss, auf die, wenn auch langfristig angelegte, wenn auch zunächst informell betriebene Erschwerung der politischen Tätigkeit anderer politischen Parteien abzielen. Insbesondere ist es ihnen verboten, auf eine Ausgestaltung der politischen Ordnung hinzuwirken, die den Schutz der Opposition als Bedingung der Möglichkeit eines demokratischen Prozesses nicht wirksam anerkennt.

### ***cc) Territorial lückenloser Schutz des demokratischen Lebens***

Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. Art. 79 Abs. 3 GG verbietet schließlich auch Bestrebungen, die Bedingungen demokratischer Beteiligung im Geltungsbereich des Grundgesetzes territorial zu



beschränken, also Inseln zu schaffen, in denen ein offener politischer Prozess im Sinne des grundgesetzlichen Demokratieprinzips nicht mehr stattfinden kann.

Demokratische Legitimation kann nur dort entstehen, wo alle Mitglieder des demokratischen Subjekts die gleiche normative Möglichkeit haben, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Diese demokratische Gleichheit ist von Art. 79 Abs. 3 GG geschützt, stellt sie doch keine Ausgestaltung der demokratischen Ordnung dar, sondern ihr Definiens.

*Dreier*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 20 (Demokratie) Rn. 67; *Grimm*, Bedingungen demokratischer Rechtsetzung, in: Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit, FS Habermas, 2001, S. 489 (490); *Volkman*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 20 (4. Teil: Demokratieprinzip) Rn. 14 (2. Lieferung Februar 2001).

Größere Zurückhaltung ist dagegen bei der Beantwortung der Frage angezeigt, inwieweit der unabänderliche Kern des Demokratieprinzips auch die *tatsächlichen* Voraussetzungen für eine effektive Teilnahme an der politischen Selbstbestimmung garantiert. Dass aus der Verpflichtung des Staates unmittelbar aus Art. 20 GG zur Einhaltung der dort niedergelegten Staatsstrukturbestimmungen auch abgeschwächte staatliche Schutzpflichten folgen, die tatsächlichen Bedingungen zu ihrer Wahrnehmung zu garantieren, kann jedenfalls nicht völlig ausgeschlossen werden. Dies gilt anerkanntermaßen insbesondere für einen freiheitlichen Diskurs auch zwischen Privaten.

BVerfGE 25, 256 (264 ff.); 44, 125 (139); *Dreier*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 20 (Demokratie) Rn. 83.

Diese Frage kann jedoch insoweit offengehalten werden, wie es um die Bestimmung von aus Art. 20 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Art. 79 Abs. 3 GG folgenden inhaltlichen Verboten politischer Betätigung geht. Von diesen Verboten dürften insoweit unstreitig auch solche politische Aktivitäten umfasst sein, die darauf ausgehen, die unabänderliche Garantie demokratischer Gleichheit für bestimmte Gebiete faktisch einzuschränken, um im Ergebnis für ausgewählte kommunale und regionale Untergliederungen des demokratischen Rechtsstaates die tatsächlichen Bedingungen der Möglichkeit gleicher politischer Selbstbestimmung in Frage zu stellen. Die normativ-personale Garantie demokratischer Gleichheit hat insoweit auch eine faktisch-territoriale Seite. Nur wenn sich die Angehörigen des Legitimationssubjekts in allen Teilen des Staates sicher fühlen, an der politischen Willensbildung frei teilnehmen zu können, kann der Legitimationsprozess dem Standard demokratischer Gleichheit genügen.



Dabei sind für die Anwendung dieses Grundsatzes zwei Zusammenhänge zu beachten:

- *Zum Ersten* betrifft eine potenzielle Störung des demokratischen Willensbildungsprozesses auf lokaler oder regionaler Ebene nicht allein die Mitglieder der unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaft, sondern *alle* Mitglieder des demokratischen Legitimationssubjekts auch auf der Ebene des Bundes, also alle Angehörigen des deutschen Volkes im Sinne des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG. Denn eine Verzerrung auf lokaler Ebene schafft mit der Störung der Gleichheit des Willensbildungsprozesses einen Verlust an Gleichheit, der den gesamten Prozess betrifft. Dies gilt unmittelbar für die auch in Wahlkreisen radizierten Bundestagswahlen. Es gilt aber auch für andere Wahlen: Angesichts der ebenenübergreifenden Vertretung von Gebietskörperschaften im Bundesrat oder in Gemeindeverbänden hat die Wahl einer demokratischen Repräsentation auch Rückwirkungen auf die Repräsentation auf anderen politischen Ebenen. Jede Verletzung jedes demokratischen Prozesses in der Demokratie stiftet letztlich eine Störung der Beteiligungsrechte *aller* Bürger.

*Habermas*, Faktizität und Geltung, 1992, S. 349 ff., 600 ff. und durchgehend.

- *Zum Zweiten* wird die Integrität des formalen demokratischen Legitimationakts, einer Wahl oder einer Abstimmung, nicht nur durch die Einhaltung der formalen im Wahlrecht niedergelegten Regeln gesichert, sondern maßgeblich durch die Offenheit des demokratischen Willensbildungsprozesses vor der Wahl. Das hat das Bundesverfassungsgericht in vielen Entscheidungen ausdrücklich anerkannt.

Statt aller nur BVerfGE 5, 85 (205); 7, 198 (208); 20, 56 (97); 44, 125 (139).

Dazu gehört eine Atmosphäre offenen Austauschs divergierender Ansichten, der sich ohne Furcht vor politischen oder anderen Konsequenzen abspielen muss.

Jede politische Zielsetzung, die der flächendeckenden Garantie einer offenen politischen Auseinandersetzung entgegentritt, indem sie das Ziel formuliert, territoriale Einheiten in der Bundesrepublik nach politischen oder anderen Kriterien zu homogenisieren, verstößt damit im Ergebnis gegen den unabänderlichen Kern des Demokratieprinzips und erfüllt entsprechend die inhaltlichen Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG.



### c) Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Respekt des staatlichen Gewaltmonopols

Auch das Rechtsstaatsprinzip gehört nach allgemeiner Ansicht zu den durch von Art. 21 Abs. 2 GG umfassten normativen Feldern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

So auch in der klassischen Definition in BVerfGE 2, 1 (12 f.), und einhellig die Literatur, *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 160 f.; *Morlok*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 21 Rn. 146; *Dürig/Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 18 Rn. 55 (58. Lieferung April 2010).

Zu den zahlreichen Einzelgarantien, die das Rechtsstaatsprinzip umfasst, gehört nach einer weit verbreiteten Ansicht das Gewaltmonopol des Staates.

*Schmidt-Aßmann*, Der Rechtsstaat, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, 3. Aufl. 2004, § 26 Rn. 11, 71; *Isensee*, Staat und Verfassung, ebd., § 15 Rn. 86 ff.; *Klein*, Staatliches Gewaltmonopol, in: Depenheuer/Grabenwarter (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 19 Rn. 14.

Die Zuordnung des Gewaltmonopols zum politischen Kern der Rechtsstaatlichkeit wurde auch von der Rechtsprechung anerkannt.

BVerfGE 49, 89 (125 f.); bereits BVerfGE 2, 1 (12): „unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft“.

Das rechtsstaatliche Gewaltmonopol ordnet an, dass die Ausübung von physischer Gewalt im demokratischen Rechtsstaat in der Regel durch den Staat ausgeübt werden muss. Selbst die Delegation der Gewaltausübung an private Personen ist eng begrenzt und unterliegt der Rechtsform.

*Gramm*, Schranken der Personalprivatisierung bei der inneren Sicherheit, VerwArch. 90 (1999), S. 329; *Waldhoff*, Staat und Zwang, 2008, S. 40 ff.

Auch wenn faktisch nicht jedwede Zwangsgewalt durch den Staat ausgeübt werden kann, obliegt es doch allein der staatlichen Rechtsordnung, gewalttätiges Handeln zu sanktionieren und in spezifischen Fällen zu legalisieren.

*Waldhoff*, Vollstreckung und Sanktionen, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. 3, 2. Aufl. 2013, § 46 Rn. 15 ff.; *ders.*, Urteilsanmerkung zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Januar 2012 – 2 BvR 133/10 – Privatisierung des Maßregelvollzugs in Hessen, JZ 2012, 683.

Politische Parteien gehören nicht zur Staatsorganisation und sind damit nicht Primäradressaten des Rechtsstaatsprinzips. Im systematischen Zusammenhang mit Art. 21 Abs. 2 GG nimmt das Prinzip rechtsstaatlicher Gewaltmonopolisierung daher eine charakteristisch modifizierte Form an: Politische Parteien verfolgen auch dann verfassungsfeindliche Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG, wenn sie sich nicht eindeutig dazu bekennen, physische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und des politischen Wandels auszuschließen.

Die Anerkennung eines Gebots, das besagt, dass sich die politische Auseinandersetzung allein in den Formen des offenen gewaltfreien Meinungs Austausches halten muss und dass politischer Wandel nur in den grundgesetzlich vorgesehen Formen des Rechts ausgestaltet sein darf, gehört damit zu den zentralen Inhalten des Art. 21 Abs. 2 GG. Die Anerkennung der rechtsstaatlichen Rechtsformen enthält notwendigerweise auch das *Verbot*, einen *revolutionären Umsturz* anzustreben. Art. 79 Abs. 3 i.V.m. Art. 21 Abs. 2 GG stipulieren mit dem staatlichen Gewaltmonopol auch eine Verpflichtung auf einen rechtlich formalisierten politischen Wandel der Ordnung des Grundgesetzes, der durch eine gewaltfreie öffentliche Auseinandersetzung angeleitet in rechtsförmlichen – und dadurch gerichtlich kontrollierbaren – Entscheidungen der Verfassungsorgane münden soll.

Umgekehrt bewegt sich eine politische Partei in den Bereich der Verfassungswidrigkeit, wenn sie in ihrer Programmatik diese Formen zugunsten revolutionärer Konzeptionen ablehnt, die sich zwingend außerhalb des rechtsstaatlichen Formenkanons demokratischer Politik bewegen und eine gewalttätige politische Auseinandersetzung zumindest in Kauf nehmen.

#### **d) Besondere verfassungsrechtliche Bedeutung der Relativierung nationalsozialistischen Unrechts**

Der verfassungsrechtliche Prüfungsmaßstab kann nicht ohne die gerade in der jüngeren Judikatur des Bundesverfassungsgerichts wieder stärker hervorgehobene Antwort des Grundgesetzes auf die Katastrophe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entwickelt werden. „[D]ie entschiedene Absage an den Nationalsozialismus [gehört] zum Gründungskonsens der Bundesrepublik und [macht] ihn vielleicht sogar aus ...“

*Volkmann*, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, JZ 2010, 209.



Das kommt, anders als etwa in der italienischen Verfassung von 1947, nur an eher versteckter Stelle – Art. 139 GG – explizit zum Ausdruck,

zur eher eingeschränkten juristischen Bedeutung *Lübbe-Wolff*, Zur Bedeutung des Art. 139 GG für die Auseinandersetzung mit neonazistischen Gruppen, NVwZ 1988, 1289; *Meier*, Parteiverbote und demokratische Republik, 1993, S. 245 ff.,

liegt freilich implizit der gesamten Konzeption der durch das Grundgesetz errichteten verfassungsrechtlichen Ordnung zu Grunde.

*Höfling/Augsberg*, Grundrechtsdogmatik im Schatten der Vergangenheit, JZ 2010, 1088 (1088, 1094); vgl. auch *Degenhart*, Entscheidungsanmerkung, JZ 2010, 306 (310): „Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bestimmt das Staats- und Grundrechtsverständnis auch des 21. Jahrhunderts – es gibt keinen Schlussstrich.“

Der Nationalsozialismus in seiner „gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung“, die Verfassung als Antwort auf die Katastrophe mit einem darauf fußenden „innere[n] Gerüst“, zu dem auch Art. 21 Abs. 2 GG zählt, ist für die Maßstababildung im Parteiverbotsverfahren von zentraler Bedeutung.

Zitate BVerfGE 124, 300 (328).

Das hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts explizit auf Art. 21 Abs. 2 GG bezogen:

„Die Vorstellungen des Verfassungsgebers haben für die Auslegung des Art. 21 GG umso stärkeres Gewicht, als sich aus ihnen im Zusammenhang mit dem objektiven Inhalt der Verfassungsnorm ergibt, dass der Verfassungsgeber unter dem Eindruck geschichtlicher Erfahrungen Vorkehrungen getroffen hat, um die Wiederholung einer verhängnisvollen Entwicklung zu verhindern. Art. 21 GG muss nach seiner Entstehungsgeschichte verstanden werden als Reaktion auf die Entwicklung des Parteienwesens in der Endphase der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime.“ BVerfGE 107, 339 (361 f.).

#### ***aa) Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus***

Im sog. Wunsiedel-Beschluss hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die Entstehung und Auslegung zahlreicher Normen des Grundgesetzes prägende, kaum zu überschät-



zende Abwehr der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowohl 1948/49 als auch in der Gegenwart mit der gebotenen Deutlichkeit hervorgehoben:

„Das menschenverachtende Regime dieser Zeit [1933 bis 1945; hier], das über Europa und die Welt in unermesslichem Ausmaß Leid, Tod und Unterdrückung gebracht hat, hat für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist und allein auf der Grundlage allgemeiner gesetzlicher Bestimmungen nicht eingefangen werden kann. Das bewusste Absetzen von der Unrechts-herrschaft des Nationalsozialismus war historisch zentrales Anliegen aller an der Entstehung wie Inkraftsetzung des Grundgesetzes beteiligten Kräfte (vgl. Verfassungsausschuss der Ministerpräsidentenkonferenz der Westlichen Besatzungszonen, Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948, S. 18, 20, 22, 56), insbesondere auch des Parlamentarischen Rates (vgl. Parlamentarischer Rat, Schriftlicher Bericht zum Entwurf des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Anlage zum stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 6. Mai 1949, S. 5, 6, 9) und bildet ein inneres Gerüst der grundgesetzlichen Ordnung (vgl. nur Art. 1, Art. 20 und Art. 79 Abs. 3 GG). Das Grundgesetz kann weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden und ist von seinem Aufbau bis in viele Details hin darauf ausgerichtet, aus den geschichtlichen Erfahrungen zu lernen und eine Wiederholung solchen Unrechts ein für alle Mal auszuschließen. Die endgültige Überwindung der nationalsozialistischen Strukturen und die Verhinderung des Wiedererstarkens eines totalitär nationalistischen Deutschlands war schon für die Wiedererrichtung deutscher Staatlichkeit durch die Alliierten ein maßgeblicher Beweggrund und bildete – wie etwa die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 und das Kontrollratsgesetz Nr. 2 zur Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen vom 10. Oktober 1945 zeigen – eine wesentliche gedankliche Grundlage für die Frankfurter Dokumente vom 1. Juli 1948, in denen die Militärgouverneure die Ministerpräsidenten aus ihren Besatzungszonen mit der Schaffung einer neuen Verfassung beauftragten. Auch für die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften sowie zahlreicher internationaler Vertragswerke wie insbesondere auch die europäische Menschenrechtskonvention ging von den Erfahrungen der Zerstörung aller zivilisatorischen Errungenschaften durch den Nationalsozialismus ein entscheidender Impuls aus. Sie prägen die gesamte Nachkriegsordnung und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Völkergemeinschaft bis heute nachhaltig.“ BVerfGE 124, 300 (328 f.).

Zwar kenne das Grundgesetz, anders als im Schrifttum und in der Rechtsprechung teilweise vertreten,

*Battis/Grigoleit*, Neue Herausforderungen für das Versammlungsrecht?, NVwZ 2001, 121; OVG Münster, NJW 2001, 2111



„kein allgemeines antinationalsozialistisches Grundprinzip“; der negative Bezug auf den Nationalsozialismus bestimme jedoch die „geschichtsgeprägte Identität der Bundesrepublik Deutschland“ und sei insofern unvergleichbar, einzigartig.

BVerfGE 124, 300 (329).

Wird der skizzierte Argumentationstopos im Schrifttum im Hinblick auf den durch die Hervorhebung des „allgemeinen Gesetzes“ als Schranke womöglich in der Tat weniger geeigneten Art. 5 Abs. 2 GG kritisiert,

zur Kritik differenziert etwa *Volkmann*, Die Geistesfreiheit und der Ungeist – Der Wunsiedel-Beschluss des BVerfG, NJW 2010, 417,

gilt dies für Normen, die eine derartige Differenzierung gerade nicht enthalten und entstehungsgeschichtlich wie funktional *unmittelbar* als verfassungsrechtliche Antwort auf den Nationalsozialismus erscheinen, nicht. Neben Art. 9 Abs. 2 und Art. 18 GG ist hier vor allem Art. 21 Abs. 2 GG hervorzuheben.

Ähnlich *Höfling/Augsberg*, Grundrechtsdogmatik im Schatten der Vergangenheit, JZ 2010, 1088 (1095).

Auch ein Verfasser, der der Norm des Art. 21 Abs. 2 GG sehr kritisch gegenübersteht und ihre Abschaffung fordert, macht für die Propagierung einer Fortsetzung des nationalsozialistischen Unrechts durch politische Parteien eine bemerkenswerte und deutliche Ausnahme:

„Es hieße, jegliche historische Erfahrung buchstäblich in den Wind zu schreiben, wollte man die Freiheit der politischen Betätigung in letzter Konsequenz auch der NSDAP beziehungsweise ihren heute allein noch in Betracht kommenden Nachfolgeorganisationen zubilligen. Nach dem ‚tausendjährigen Reich‘ [...] kann formale Parteienlegalität auf heute unabsehbare Zeit nicht ausnahmslos garantiert werden. Die in das Grundgesetz eingelassenen Elemente abstrakter Streitbarkeit müssen zwar beseitigt werden, doch sollte dies nicht auf eben dieselbe abstrakte und geschichtsblinde Weise erfolgen, wie jene einst positiviert wurden. Die Streichung des Art. 21 Abs. 2 bleibt daher die Forderung des Tages – wenn sie mit der ebenso rigorosen Forderung nach Illegalisierung nationalsozialistischer Parteipolitik einhergeht. Ein, wenn nicht das wesentliche Merkmal dieser Politik ist der in die Vernichtung des europäischen Judentums gesteigerte Antisemitismus. [...] Allein hierin, in der Theorie und Praxis des nationalsozialistischen Judenmordes, kann daher die historische Legitimität einer antinazistischen Durchbrechung des Prinzips formaler Parteienlegalität liegen. [...] Die Erfahrung mit dem zur Untat gewordenen Nationalso-

zialismus rechtfertigt es jedoch, bei Propaganda, die direkt an diese Ideen anknüpft, nicht erst auf den Beginn der entsprechenden Totschlägerpraxis zu warten. Auch wenn dies mit regulären demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren ist und die Bedenken schwer wiegen: Formale Rechtsgleichheit für nationalsozialistische Organisationen und ihre Propaganda darf es in der Bundesrepublik bis auf weiteres nicht geben.“ *Meier, Parteiverbote und demokratische Republik*, 1993, S. 396.

Das geht über das hinaus, was vorliegend vom Antragsteller vertreten wird, verdeutlicht jedoch die Einzigartigkeit des Gegenstands entsprechender Äußerungen. Eine Relativierung der Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus durch eine Partei setzt diese somit in Widerspruch zur normativen „Identität der Bundesrepublik Deutschland“ und damit zu den Prämissen, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zugrunde liegen.

Dieser Zusammenhang gilt auch für das Vereinsrecht und wurde hier ausdrücklich vom EGMR bestätigt.

Zuletzt EGMR, Urt. v. 8. November 2012, Individualbeschwerde Nr. 43481/09 – P. ./ Deutschland, Rn. 49.

### ***bb) Antisemitismus***

Antisemitismus und Holocaust werden vom Bundesverfassungsgericht bereits früh in die dogmatische Argumentation seiner Entscheidungen einbezogen. Das für die Entwicklung der Grundrechtsdogmatik kaum zu überschätzende Lüth-Urteil von 1958 ordnet den Sachverhalt dadurch nicht nur in den zeitgeschichtlichen Kontext ein, sondern gewinnt aus der Bezugnahme auch – hier nicht näher relevante – dogmatische Argumente, wenn der Erste Senat seinerzeit ausführte:

„Dem deutschen Ansehen hat nichts so geschadet wie die grausame Verfolgung der Juden durch den Nationalsozialismus. Es besteht also ein entscheidendes Interesse daran, daß die Welt gewiß sein kann, das deutsche Volk habe sich von dieser Geisteshaltung abgewandt und verurteile sie nicht nur aus politischen Opportunitätsgründen, sondern aus der durch die eigene innere Umkehr gewonnenen Einsicht in die Vergangenheit.“ BVerfGE 7, 198 (216).

Im Unterschied zu anderen geschichtspolitisch zweifelhaften Meinungsäußerungen, wie etwa zur sog. Kriegsschuldfrage, ist vor diesem Hintergrund die sog. Auschwitzlüge, d.h. die Leugnung der Ermordung großer Teile der europäischen Juden, mit besonderer Sensibilität zu



behandeln. Auch angesichts der in Deutschland wie im Ausland lebenden Nachkommen der Verfolgungsmaßnahmen hat das Gericht die Bekämpfung derartiger Äußerungen zu einem Proprium bundesrepublikanischen Selbstverständnisses erhoben:

„Die historische Tatsache selbst, daß Menschen nach den Abstammungskriterien der sog. Nürnberger Gesetze ausgesondert und mit dem Ziel der Ausrottung ihrer Individualität beraubt wurden, weist den in der Bundesrepublik lebenden Juden ein besonderes personales Verhältnis zu ihren Mitbürgern zu; in diesem Verhältnis ist das Geschehene auch heute gegenwärtig. Es gehört zu ihrem personalen Selbstverständnis, als zugehörig zu einer durch das Schicksal herausgehobenen Personengruppe begriffen zu werden, der gegenüber eine besondere moralische Verantwortung aller anderen besteht, und das Teil ihrer Würde ist. Die Achtung dieses Selbstverständnisses ist für jeden von ihnen geradezu eine der Garantien gegen eine Wiederholung solcher Diskriminierung und eine Grundbedingung für ihr Leben in der Bundesrepublik. Wer jene Vorgänge zu leugnen versucht, spricht jedem einzelnen von ihnen diese persönliche Geltung ab, auf die sie Anspruch haben. Für den Betroffenen bedeutet das die Fortsetzung der Diskriminierung der Menschengruppe, der er zugehört und mit ihr seiner eigenen Person.“ BVerfGE 90, 241 (251 f.), wörtliche Übernahme aus BGHZ 75, 160 (162 f.).

#### ***cc) „Wesensverwandtschaft“ in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts***

Bei der Auslegung des Verbotstatbestands des Art. 21 Abs. 2 GG kann zur Maßstabsbildung zudem die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu Vereinsverboten herangezogen werden. Das Bundesverwaltungsgericht lehnt in ständiger Rechtsprechung seine Auslegung des Art. 9 Abs. 2 GG stark an das SRP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 21 Abs. 2 GG an. So definiert es etwa die „verfassungsmäßige Ordnung“ des Art. 9 Abs. 2 GG mit den im SRP-Urteil genannten Elementen der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ und verlangt ebenfalls eine „aggressiv-kämpferische Grundhaltung“.

BVerwG, NVwZ 2010, 446, 451: „Zu der durch den Verbotstatbestand geschützten verfassungsmäßigen Ordnung gehören nach der Rechtsprechung des BVerwG vor allem die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten sowie das demokratische Prinzip mit der Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (std. Rspr; ebenso zuletzt auch: BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871). Vgl. zur parallelen Auslegung von Art. 9 Abs. 2 GG und Art. 21 Abs. 2 GG: *Richter*, Vereinsverbot im rechtsextremistischen Bereich, RdJB 2002, 172, 179 f.; *Planker*, Das Vereinsverbot in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung, NVwZ 1998, 113, 116; *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 84.



Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass das Bundesverwaltungsgericht es zur Erfüllung des Verbotstatbestandes in ständiger Rechtsprechung genügen lässt, dass die Vereinigung eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ aufweist, womit es einen vom Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil geprägten Begriff aufnimmt.

Vgl. nur BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871 unter Hinweis auf die ständige Rechtsprechung. Siehe auch: *Richter*, Vereinsverbot im rechtsextremistischen Bereich, RdJB 2002, 172, 180 f.

Die „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ ist keine notwendige, jedoch eine hinreichende Bedingung für ein Vereinsverbot. Ist eine solche Wesensverwandtschaft nachweisbar, genügt für die Erfüllung des Verbotstatbestandes allein der Wille, die verfassungsmäßige Ordnung „fortlaufend [zu] untergraben“. Weder der Nachweis von Gewaltanwendung noch sonstiger Rechtsverletzungen ist in diesem Fall erforderlich.

BVerwG, NVwZ 2013, 870, 871 m.w.N.

Indizwirkung haben das Bundesverwaltungsgericht sowie andere Verwaltungsgerichte dabei einer Art. 3 GG widersprechenden Rassenlehre, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit sowie dem Primat der „Volksgemeinschaft“ zugewiesen.

Vgl. *Richter*, Vereinsverbot im rechtsextremistischen Bereich, RdJB 2002, 172, 181 f.

#### **e) Gegenprobe**

Eine Gefahr des Verfahrens nach Art. 21 Abs. 2 GG besteht darin, dass ein Parteiverbot die Grenzen des zulässigen demokratischen Diskurses, dessen maßgebliches Ideal die Offenheit ist, zu eng definiert. Dieser Gefahr soll abschließend dadurch begegnet werden, in einer kurzen Gegenprobe zu prüfen, wie weit ein offener demokratischer Diskurs möglich ist, sollte sich der Antrag als begründet erweisen.

Was unterscheidet, so lässt sich fragen, die Antragsgegnerin von einer deutsch-nationalen kapitalismuskritischen Partei, die etwa für einen Austritt Deutschlands aus EU und NATO eintritt, eine marktkritische isolationistische Wirtschaftspolitik anstrebt und mit einem starken Konzept von deutscher Nation gegen den Zuzug von Migranten eintritt?



Es sind eben die oben aus Art. 79 Abs. 3 GG i. V. m. Art. 21 Abs. 2 GG entwickelten Kriterien, die diesen Unterschied bezeichnen: Eine nationalistische politische Ausrichtung ist nicht auf einen biologisch-rassistischen Personen- und Volksbegriff festgelegt. Sie hat sich nicht gegen die Rechte der Opposition oder das staatliche Gewaltmonopol zu wenden. Insbesondere muss sie sich nicht offen oder verdeckt mit dem historischen Nationalsozialismus identifizieren. Ein Verbot der Antragsgegnerin würde eine solche deutsch-nationale politische Ausrichtung nicht unter verfassungsrechtlichen Verdacht stellen.

### **3. „Darauf ausgehen“**

Die erste Tatbestandsalternative des Art. 21 Abs. 2 GG verlangt neben einer verfassungsfeindlichen Ideologie, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, auch bestimmte nach außen tretende Handlungen einer Partei, um ein Parteiverbotsverfahren zu begründen. Die Partei muss dem Wortlaut der ersten Alternative der Norm nach „darauf ausgehen“, diese „zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“.

Die Bedeutung dieses Tatbestandsmerkmals ist deutlich umstrittener und schwerer fassbar als die Konkretisierung der materiellen Gehalte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Art. 21 Abs. 2 GG. Zu ihrer überzeugenden Konkretisierung bedarf es einer systematischen Vorüberlegung (a), die es gestattet, die Anforderungen an die politische Aktivität einer zu verbotenden Partei näher zu konkretisieren: Dies betrifft die Frage des Verhältnisses von Zwecken und Mitteln der politischen Aktivität (b) und die Indizwirkung rechtswidrigen und insbesondere strafbaren Handelns der Partei (c).

#### **a) Vorüberlegung: systematische Spannung in der Maßstababbildung**

Politische Parteien, die die Abschaffung der Ordnung des Grundgesetzes anstreben, dürfen wegen dieser politischen Orientierung allein nicht verboten werden. Vielmehr verlangt das Grundgesetz entsprechende nach außen tretende Handlungen. Diese wurden vom Bundesverfassungsgericht in seiner frühen Rechtsprechung als „aktiv kämpferische, aggressive Haltung“ bezeichnet.

BVerfGE 5, 85 (141), diese Formulierung blieb in der Literatur teilweise um-



stritten, eine überzeugende Rechtfertigung bei *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 525, 534 (64. Lieferung Januar 2012).

Dieses zusätzliche Tatbestandsmerkmal erscheint deswegen zwingend erforderlich, weil eine politische Gruppierung, die nicht nach außen tritt, keinerlei auch nur potenzielle Bedrohung für die Ordnung darstellen, also schon aus der Vorsorgenotwendigkeit herausfallen würde und damit auch nicht die Notwendigkeit eines Verbots begründen könnte. Allerdings ergibt sich bei der weiteren Konkretisierung dieses Tatbestandsmerkmals eine systematische Spannung. Sie folgt aus dem Umstand, dass das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG *allein* auf politische Parteien im Sinne von Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG bezogen ist. Denn es ist von der Rechtsprechung wie auch vom Gesetzgeber, § 2 Abs. 1 PartG, ausdrücklich anerkannt, dass nur Gruppierungen, die eine nicht nur marginale politische Aktivität entfalten, überhaupt als Parteien im Sinne des Grundgesetzes verstanden werden dürfen.

Ausdrücklich BVerfGE 91, 276 (284 f.). Zur verfassungskonformen Auslegung des § 2 Abs. 1 PartG: *Wißmann*, in: Kersten/Rixen (Hrsg.), Parteiengesetz und europäisches Parteienrecht, 2009, § 2 Rn. 10 ff.

Gruppierungen, die unter den Begriff der politischen Partei fallen, treten also *immer* nach außen in politische Aktion. Dies ist, damit sie als politische Partei anerkannt werden, nicht nur legal möglich, sondern sogar von der Rechtsordnung gefordert, wollen sie ihren Status als Partei bewahren. Damit handeln sie aber in aller Regel in eben der Art und Weise, die den Müttern und Vätern des Grundgesetzes aus ihrer historischen Erfahrung des Endes der Weimarer Republik vor Augen stand, in dem das parlamentarische System durch legales politisches Handeln mit seinen eigenen Mitteln geschlagen wurde.

Vgl. von *Doemming/Füsslein/Matz*, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, JöR 1 (1951), S. 202 f., 207 ff.; *Fromme*, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, 2. Aufl. 1962, S. 174 f.; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2. Aufl. 1984, S. 206; *Kersten*, Parteiverbote in der Weimarer, der Bonner und in der Berliner Republik, NJ 2001, 1 ff.; *ders.*, in: *ders./Rixen* (Hrsg.), Parteiengesetz und europäisches Parteienrecht, 2009, § 1 PartG Rn. 84 ff.; zur historischen Relativierung dieses Befundes, der hier jedoch systematisch unerheblich ist, *Gusy*, Weimar – Die wehrlose Republik, 1991, zusammenfassend S. 367 ff.; *Stein*, Parteiverbote in der Weimarer Republik, 1999, zusammenfassend S. 200 ff.; *Klein*, Ein neues NPD-Verbotsverfahren? 2012, S. 10 f.; *Winkler*, Weimar, 2. Aufl. 1994, S. 557 ff., 595 ff.

Diese Einsicht könnte allerdings im Ergebnis dazu führen, das Tatbestandserfordernis des „darauf Ausgehens“ in Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG leer laufen zu lassen. Es würde in dieser



Auslegung ausreichen, dass eine politische Partei verfassungsfeindliche Überzeugungen vertritt, weil das aktive Handeln bereits im Begriff der politischen Partei enthalten ist.

Erscheint dieses Ergebnis als nicht überzeugend, so wird man vom Handeln einer Antragsbetroffenen mehr verlangen müssen als die bloße Eigenschaft als politische Partei, obwohl der Fall der legalen Ablösung einer parlamentarischen Ordnung derjenige war, der den Vätern und Müttern des Grundgesetzes für Art. 21 Abs. 2 GG als negative Folie diente.

Zu weitgehend erscheint es umgekehrt, aus Art. 21 Abs. 2 GG das Erfordernis rechtswidrigen oder gar strafbaren Handelns herzuleiten.

Ausdrücklich *Morlok*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 21 Rn. 150; implizit die gesamte Literatur *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 156, 159; *Streinz*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl. 2010, Art. 21 Abs. 2 Rn. 227 f.

Dies würde den Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG zum einen deswegen zu eng verstehen, weil solche Handlungen ohnehin nicht nur nicht unter dem Schutz der Rechtsordnung stehen, sondern mit den Instrumenten der rechtsstaatlichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung aktiv verhindert und verfolgt werden können – zu ihrer Bekämpfung bedarf es des Parteiverbotsverfahrens nicht – und weil umgekehrt der dem Grundgesetz vor Augen stehenden Gefahr einer Selbstabschaffung der Ordnung durch legales Handeln nicht begegnet werden könnte.

Jenseits der systematischen Frage einer richtigen Auslegung des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG bildet sich dieses Problem auch in der *politischen* Diskussion um die Angemessenheit eines Verbotsverfahrens ab: Auf der einen Seite erscheint eine kleine und marginale politische Gruppierung, von der keinerlei Gefahr für die politische Ordnung des Grundgesetzes im Ganzen ausgeht, als ungeeigneter Adressat eines solchen Verfahrens, weil der entsprechende Aufwand sich nicht lohnt und weil der demokratische Rechtsstaat Störungen an der Bagatellgrenze ertragen können muss. Auf der anderen Seite erscheint es schwer zu rechtfertigen, eine parlamentarisch erfolgreiche aufstrebende politische Partei mit einem Verbotsverfahren zu überziehen, weil in ihrem politischen Erfolg eine genuine aus den Verfahren des Grundgesetzes hervorgehende demokratische Legitimation zum Ausdruck kommt.

Im Ergebnis ist daher eine tatbestandserhaltende Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG geboten, die einen Mittelweg zwischen einem zu weiten Verständnis des Tatbestandes als nur normales politisches Handeln fordernd und einem zu engen Verständnis, das das Handeln einer gewalt-

tätigen oder gar kriminellen Organisation voraussetzt, wählt. Für ein Verbot ist damit weniger zu verlangen als ein durchgehendes rechtswidriges oder gar strafbares und gewalttätiges Verhalten, aber mehr als das bloß typische Verhalten einer politischen Partei, die sich der üblichen Mittel politischer Kommunikation bedient, um bei Wahlen erfolgreich zu sein.

Bei der Konkretisierung des Maßstabs ist zudem der Charakter der Parteiverbotshnorm als Präventionsregel in die systematische Überlegung einzubeziehen.

Dazu oben C I 1 a.

Die Auslegung des Tatbestandsmerkmals bleibt auf eine Norm bezogen, die gerade nicht die Abwehr konkreter Gefahren bezweckt, sondern bereits das Entstehen solcher Gefahren durch verfassungsfeindliche Ziele politischer Parteien zu verhindern sucht. Aus diesen systematischen Erwägungen ergeben sich für die Auslegung des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG die folgenden Konsequenzen:

#### **b) Relevanz legaler politischer Betätigung**

Jedwede legale politische Betätigung wie das Antreten bei Wahlen und die politische Arbeit in demokratischen Repräsentationskörperschaften ist als solche ein – notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes – Indiz für ein Aktivwerden im Sinne von Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG. Die Norm privilegiert diese – vom Grundgesetz geschützten – Betätigungen nicht in der Weise, dass diese nicht als wichtiger Hinweis auf verfassungsfeindliche Bestrebungen einer politischen Partei gewertet werden könnten. Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG ist insoweit als eine prozedurale Ausnahme vom verfassungsrechtlichen Schutz politischer Betätigung zu verstehen. Dies bedeutet, dass Art. 21 Abs. 2 GG nichts daran ändert, dass grundsätzlich jedwede politische Betätigung, auch diejenige einer materiell verfassungsfeindlichen, aber nicht verbotenen politischen Partei verfassungsrechtlich geschützt ist.

*Morlok*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 21 Rn. 154; *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 572 (64. Lieferung Januar 2012).

Dies bedeutet aber auch, dass Art. 21 Abs. 2 GG es gestattet, auch legale politische Aktivitäten als Anhaltspunkt für ein verfassungsgerichtliches Verbot zu verstehen und in das Verfahren einzuführen.



*Maurer*, Das Verbot politischer Parteien, AöR 96 (1971), S. 203 (220 f.), erwägt sogar, ob es geboten ist, für verfassungsfeindliche Parteien, die in einem Parlament vertreten sind, geringere Verbotsmaßstäbe anzulegen.

Dies ist insbesondere deswegen von Bedeutung, weil das Parteienrecht zwar, wie gesehen, von den Parteien eine solche politische Betätigung verlangt, um den Status als Partei zu erhalten, weil es aber im Maß dieser Aktivität zwischen verschiedenen Parteien durchaus relevante Unterschiede geben kann.

### **c) Ziele und Mittel: Finalität, nicht Illegalität der Aktivität**

Der Wortlaut des Art. 21 Abs. 2 GG orientiert sich an den entäußerten *Zielen* politischer Parteien, also weder an den bloßen internen Überzeugungen, der Programmatik, noch an den tatsächlichen politischen oder gesellschaftlichen Folgen oder Erfolgen ihres Handelns, sondern an den nach außen getretenen Absichten, die nicht die nähere Zukunft betreffen, aber „intensiv“ verfolgt werden müssen.

*Morlok*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2, 2. Aufl. 2006, Art. 21 Rn. 148 f.; *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 158 f.; *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 526 (64. Lieferung Januar 2012).

Verbotsrelevante Handlungen sind ausweislich des Wortlauts und der Systematik von Art. 21 Abs. 2 GG, wie soeben gezeigt, nicht zwingend rechtswidrig. Freilich macht die Formulierung des Art. 21 Abs. 2 GG deutlich, dass das legale Handeln einer politischen Partei zusätzlichen Kriterien genügen muss. Aus dem vom Bundesverfassungsgericht geprägten Begriff der aktiv kämpferischen, aggressiven *Haltung* lässt sich schließen, dass die Partei mit ihren politischen Aktivitäten nicht nur ihre *Ablehnung* der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ausdruck bringen, sondern dass sie auch ihre *Abschaffung* bezwecken muss. Der Wortlaut der Norm bestätigt den systematischen Eindruck, dass ein Verbot verfassungsaufhebende Zwecke, nicht aber rechtswidrige Mittel verlangt.

#### **d) Bedeutung qualifiziert rechtswidrigen und strafbaren Handelns**

Auch wenn es nicht notwendig ist, dass die antragsgegenständliche Partei rechtswidrig oder sogar strafbar handelt, können rechtswidrige und insbesondere strafbare Handlungen als ein wichtiges Indiz für die aktiv kämpferische, aggressive Haltung der Partei dienen.

Ausdrücklich wie hier *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 534 (64. Lieferung Januar 2012).

Obwohl sich das Tatbestandsmerkmal der aktiv kämpferischen, aggressiven Haltung nur auf Zwecke, nicht auf Mittel bezieht,

soeben C I 3 c,

lassen sich umgekehrt aus den Mitteln auch Rückschlüsse auf die Zwecke und damit auf die Grundhaltung der Partei ziehen. Rechtstreue und Anerkennung des Gewaltmonopols haben insoweit eine *doppelte Indizfunktion*. Sie indizieren materiell das Verhältnis der Partei zum Rechtsstaatsprinzip als dem verfassungsrechtlichen Grund rechtstreuer Gewaltfreiheit.

Dazu oben C I 2 c.

Zugleich indizieren solche Handlungen unter bestimmten qualifizierenden Bedingungen auch eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung der Partei, die eben nicht dazu bereit ist, ihre politischen Ziele im Rahmen des geltenden Rechts zu verfolgen.

Damit ein solcher Zusammenhang zwischen Rechtsbruch und aktiv kämpferischer, aggressiver Haltung etabliert werden kann, müssen allerdings verschiedene Bedingungen erfüllt werden:

- Die rechtswidrigen oder strafbaren Handlungen müssen *inhaltlich* einen Bezug zur politischen Arbeit der Partei haben, also nicht nur durch ein Parteimitglied oder einen Anhänger ohne jeden politischen Bezug zu dieser vorgenommen worden sein. Eine ansonsten friedliebende Partei antidemokratischer Taschendiebe dürfte nicht verboten werden.
- Die rechtswidrigen oder strafbaren Handlungen müssen auch formell dem politischen Handeln der Partei zurechenbar sein, also nicht nur bei Gelegenheit, sondern mit Politikbezug geschehen sein.
- Die Rechtswidrigkeit oder Strafbarkeit von in Frage stehenden Handlungen darf sich nicht allein aus dem ideologischen Bestand der Partei ergeben. Andernfalls ließe sich



aus einer politischen Überzeugung per Straftatbestand auch eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung herbeikonstruieren, ohne dass zusätzliche faktische Bedingungen erfüllt sein müssten. Ein inhaltlich identisches Verbot würde der Partei zugleich verwaltungs- oder strafrechtlich als auch im Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG zur Last gelegt werden können. Beispielhaft: Die strafbare Verbreitung verbotener politischer Symbole durch ihre Mitglieder allein kann aus einer Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen nicht auch eine Partei mit einer aktiv kämpferischen, aggressiven Haltung machen.

Sind diese drei Bedingungen jedoch erfüllt, dann besitzt rechtswidriges, insbesondere aber strafbares Handeln eine wichtige Funktion für eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung der Partei. Diese stellt mit solchen Handlungen unter Beweis, dass sie bereit ist, ihre politischen Ziele außerhalb des dafür vorgegebenen demokratischen Rechtsrahmens, unter Umständen sogar unter Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols zu verfolgen.

#### **4. Verhältnismäßigkeit**

##### **a) Fragliche Anwendbarkeit im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG**

Die politischen Parteien und damit auch das Parteiverbot sind im Grundgesetz als Elemente des demokratischen Systems bewusst nicht im Grundrechtsabschnitt, sondern im staatsorganisationsrechtlichen Teil geregelt.

*von Doemming/Füsslein/Matz*, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, JöR 1 (1951), S. 202 f.: Schon der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee hat einen Parteienartikel als „eine der Sicherungen gegen die Gefahr, die ein arbeitsunfähiges Parlament bedeutet“ und damit staatsorganisationsrechtlich verortet.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – das Übermaßverbot – bezieht seine argumentative Logik jedoch aus der asymmetrischen Freiheitsverteilung zwischen Grundrechtsträgern und Staat. Seine Anwendbarkeit im Staatsorganisationsrecht wird dagegen regelmäßig bezweifelt.

*Voßkuhle*, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, JuS 2007, 429 (430); *Ossenbühl*, Maßhalten mit dem Übermaßverbot, in: FS Lerche, 1993, S. 151 (160 ff.); a.A. etwa *Sachs*, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl.

2011, Art. 20 Rn. 147; differenziert von *Arnauld*, Die normtheoretische Begründung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, JZ 2000, 276; *Heusch*, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Staatsorganisationsrecht, 2003.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Unanwendbarkeit für Fragen der Kompetenzabgrenzung ausdrücklich festgestellt.

BVerfGE 81, 310 (338) unter Bezugnahme auf BVerfGE 79, 311 (341).

Die genaue verfassungsrechtliche Verortung der politischen Parteien in dieser Unterscheidung ist freilich weder unstrittig noch abgeschlossen. Als gesellschaftliche Gründungen sind sie doch durch Art. 21 GG in die institutionalisierte Staatlichkeit einbezogen: „Von Herkunft zweifellos gesellschaftlich, haben sie als Ziel doch den Staat. Der Organisationszweck besteht in der Übernahme der Staatsleitung.“

*Grimm*, Politische Parteien, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl. 1994, § 14 Rdnr. 18 ff.

Die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts hat hier, namentlich in Auseinandersetzung mit der Leibholzschen Parteienstaatsdoktrin, geschwankt.

BVerfGE 1, 208 (255 ff.): Parteien als „integrierende Bestandteile des Verfassungsaufbaus“ im „inneren Bereich“ des Staatslebens, die nicht auf die Verfassungsbeschwerde verwiesen werden könnten; BVerfGE 4, 27 (30): Parteien zwar nicht als „Staatsorgane“, wohl aber als „Verfassungsorgane“; BVerfGE 20, 56 (98 ff.): Parteien als Elemente des Volkswillensbildungsprozesses, die nur über den Wahlakt in die Staatswillensbildung einbezogen sind; BVerfGE 44, 125 (145): Parteien gleichsam als Funktionsvoraussetzung für die Staatsorgane; vgl. näher *Kunig*, Parteien, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 40 Rn. 123 ff.; *Grimm*, Politische Parteien, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl. 1994, § 14 Rn. 6 ff.

In jedem Fall können die politischen Parteien in der Ordnung des Grundgesetzes nur vom demokratischen Verfassungsprinzip aus verortet werden: „Die Parteien als Element grundgesetzlicher Demokratie“.

*Kunig*, Parteien, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 40 Rn. 74 und öfter.



Sie entziehen sich aufgrund ihrer Scharnierfunktion der idealtypischen Dichotomie von Staat und Gesellschaft. Durch Inhalt und Stellung von Art. 21 GG sind sie zumindest *auch* dem staatsorganschaftlichen Bereich verbunden, vor allem dann, wenn Mandatsträger in ihnen organisiert sind und über sie ihre Mandate erlangt haben.

*Maurer, Das Verbot politischer Parteien, AöR 96 (1971), S. 203 (219).*

Zudem erscheint zweifelhaft, inwieweit sich die Antragsgegnerin in einem Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG auf Grundrechte berufen kann. Zwar genießt die Antragsgegnerin als solche ebenso wie ihre Mitglieder selbstverständlich Grundrechtsschutz. Doch geht es im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG ja, wie gesehen, gerade darum festzustellen, ob die grundrechtlich geschützte Tätigkeit der Antragsgegnerin durch eine Feststellung des Bundesverfassungsgericht diesen Schutz verlieren und ihre Betätigung im Ganzen verboten werden soll. Anders als in einer echten grundrechtlichen Konstellation hat das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG nicht die Reichweite der Grundrechte in einem konkreten Einzelfall zu überprüfen, sondern die verfassungsrechtlichen Mindestbedingungen der Berechtigung zu grundrechtlichem Schutz.

Wenn sich in Entscheidungskonstellationen, die nicht das reine Staat-Bürger-Verhältnis betreffen, gleichwohl Abwägungen in der Judikatur finden, sind diese nicht mit dem Verhältnismäßigkeitsprinzip zu verwechseln. Abwägung im Sinne der Herstellung praktischer Konkordanz ist im Verfassungsrecht stets erforderlich, wenn *im Prinzip gleichberechtigte* konfligierende Rechtspositionen in einen Ausgleich gebracht werden müssen.

Allgemein *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Aufl. 1995, Rn. 72; auf Parteiverbotsverfahren bezogen so wohl auch *Sichert*, Das Parteiverbot in der wehrhaften Demokratie, DÖV 2001, 671 (679).

In der Sache geht es um die Abwägung prinzipiell gleichwertiger widerstreitender verfassungsrechtlicher Wertungen.

Die Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsprinzips kann auch mit Blick darauf bezweifelt werden, dass es in der Konstellation des Art. 21 Abs. 2 GG nicht um einfachgesetzliches Polizeirecht, sondern um im Grundgesetz selbst geregelten Verfassungsschutz geht:

„Den Hintergrund für die geschaffenen Möglichkeiten der Existenzvernichtung verfassungswidriger Parteien [...] bildet der Gedanke des Verfassungsschutzes.



Damit wurde ein Interesse instrumentalisiert, das sich dem Vergleich polizeirechtlich relevanter Störungen, dem klassischen Ort des Übermaßverbots entzieht. Die Gefährdung der Schutzgüter de[s] [...] Art. 21 Abs. 2 bildet für das Einschreiten gegen Störer im Rahmen des Polizeirechts die Ausnahme, ihr Schutz ist nicht Grund, sondern Anwendungsfall der polizeilichen Maßnahme und des in ihr stattfindenden Grundrechtseingriffs. [...] Hinter Art. [...] 21 Abs. 2 steht der Gedanke des Schutzes der normativen Verfassungsgrundsätze. Stellt man seine Ausgestaltung unter die Geltung eines gerade den Staat in der Möglichkeit von Freiheitseingriffen beschränkenden Grundsatzes, wird die Substanz der Verfassungsschutznormen betroffen. Das Paradox der Freiheit hat das Grundgesetz nicht dadurch vermieden, daß es auch die Verfassungsschutznormen der wehrhaften Verfassung den Freiheitssicherungen des einzelnen unterworfen hat. Der Besonderheit des Schutzgutes entspricht vielmehr die Eigenständigkeit dieser Bestimmungen. ... Damit ist es unvereinbar, zusätzliche – ungeschriebene – Voraussetzungen als notwendig anzusehen, die die praktische und faktische Handhabung der Verfassungsschutzbestimmungen in [...] Art. 21 Abs. 2 auf ein Minimum beschränken.“ *Schmidt*, Die Freiheit verfassungswidriger Parteien und Vereinigungen, 1983, S. 171 f., 173 f.

Anders gewendet: Bei Beeinträchtigungen des „Wie“ des Handelns politischer Parteien sind Verhältnismäßigkeitserwägungen am Platz, für die Frage nach dem „Ob“ ihrer Existenz stellt Art. 21 Abs. 2 GG eine abschließende *lex specialis* dar, welche die Voraussetzungen eines Verbots exklusiv normiert. Die Regelung des Art. 21 Abs. 2 GG selbst kennt keinen ausdrücklichen Maßstab der Verhältnismäßigkeit. Der Verfassungsgeber hat selbst entschieden, dass das Verbot „verhältnismäßig“ ist, wenn die hohen tatbestandlichen Voraussetzungen der Vorschrift erfüllt sind.

*Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 172.

Darin liegt auch die Abgrenzung zu der Verhältnismäßigkeitsprüfung, die der Zweite Senat in seinem Beschluss zur Beobachtung des Abgeordneten *Bodo Ramelow* durch Verfassungsschutzbehörden durchgeführt hat.

BVerfG, Beschluss v. 17. September 2013 – 2 BvR2436/10, 2 BvE 6/08, Rz. 118 ff.

Während sich aus der Sicht des Grundsatzes des freien Mandats in Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG die nachrichtendienstliche Beobachtung als Eingriff darstellt, bei dem die Aufgaben und Befugnisse der Behörden des Verfassungsschutzes einfachgesetzlich definiert sind, während die Schutzposition versubjektiviert im Grundgesetz selbst gewährleistet wurde, tritt in der Kons-



tellation des Parteiverbots mit Art. 21 Abs. 2 GG im Grundgesetz selbst ein andere gesetzliche Gewährleistungen überspielendes und anderen Verfassungsnormen gleichberechtigtes Verfahren auf den Plan. Die durch den Beschluss vom 17. September 2013 geklärte Konstellation ist also sowohl in der Sache als auch in der Rechtsschutzsituation anders als die vorliegende grundrechtsähnlich ausgestaltet.

Darüber hinaus fehlt es insbesondere an einschränkenden, auf Abwägung hindeutenden Formulierungen wie in anderen staatsorganisationsrechtlichen Normen („notwendig“ in Art. 37 GG; „erforderlich“ in Art. 72 Abs. 2 GG; „dringender Bedarf“ in Art. 87 Abs. 3 Satz 2 GG). In den beiden (Sach-)Entscheidungen des Gerichts zu Art. 21 Abs. 2 GG spielte dieser Maßstab ohnehin keine Rolle. Sofern Verhältnismäßigkeitserwägungen bei der Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG relevant werden,

*Dürig/Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 18 Rn. 52 m.w.N. (58. Lieferung April 2010),

liegt der entscheidende Unterschied zum Parteiverbotsverfahren wiederum darin, dass es sich um eine Vorschrift im Grundrechtsabschnitt mit ausschließlichem Grundrechtsbezug handelt, die zudem gestufte Rechtsfolgen nicht nur ausdrücklich vorsieht, sondern zwingend benötigt.

Auch die wissenschaftliche Literatur verwendet bis in die Gegenwart den Maßstab der Verhältnismäßigkeit mehrheitlich nicht bei der Anwendung der Norm.

Ausdrücklich ablehnend *Klein*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz. Kommentar, Art. 21 Rn. 527 mit Fn. 113 a.E. (64. Lieferung Januar 2012); *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 172; *Kunig*, in: von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 6. Aufl. 2012, Art. 21 Rn. 72; *Schmidt*, Die Freiheit verfassungswidriger Parteien und Vereinigungen, 1983, S. 163 ff.; *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 157 a.E.; *Koch*, Parteiverbote, Verhältnismäßigkeitsprinzip und EMRK, DVBl. 2002, 1388 (1390); *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 209; a.A. etwa *Scherb*, Feststellung der Verfassungswidrigkeit ohne Parteiverbot! RuP 2002, 175 (178).

Insofern kann von einer herrschenden Meinung gesprochen werden.

## **b) Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu Vereinsverboten**

Ist der Verbotstatbestand erfüllt, verlangt auch das Bundesverwaltungsgericht grundsätzlich keine Verhältnismäßigkeitsprüfung für das Vereinsverbot nach § 3 Abs. 1 VereinsG i.V.m. Art. 9 Abs. 2 GG, der systematisch dem Art. 21 Abs. 2 GG entspricht.

Vgl. BVerwG, NVwZ 2010, 446, 455; BVerwG, NVwZ 2013, 870, 875. Im erstgenannten Urteil lässt das BVerwG noch offen, ob „im Einzelfall ausnahmsweise“ Verhältnismäßigkeitserwägungen auf der Rechtsfolgenseite angestellt werden könnten. Im letztgenannten Urteil wird dies nicht mehr erwähnt, sondern allein festgestellt, dass der Bundesinnenminister auf der Rechtsfolgenseite keine Verhältnismäßigkeitserwägungen anstellen musste.

Die dafür geltende, auf Art. 21 Abs. 2 GG vollständig übertragbare Begründung sieht das Bundesverwaltungsgericht in einer unmittelbaren Entscheidung des Verfassungsgebers, dass im Falle der Erfüllung des Tatbestandes das Verbot eine verhältnismäßige Folge darstellt: „Richtet sich eine Vereinigung gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder laufen ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider und ist sie deswegen gemäß Art. 9 Abs. 2 GG verboten, ergibt sich unmittelbar aus der Verfassung, dass die dahin gehende Feststellung der Verbotsbehörde und die mit dieser nach § 3 VereinsG verknüpften weiteren Entscheidungen nicht unverhältnismäßig sind.“

BVerwG, NVwZ 2013, 870, 875. Zur anderen Ansicht in der früheren Rechtsprechung vgl. *Richter*, Möglichkeiten und Grenzen des Vereinsverbots im rechtsextremistischen Bereich, RdJB 2002, 172, 186 f.

Dieser vom BVerwG entwickelte Maßstab lässt sich für das Parteiverbot nutzbar machen, da – wie in Art. 9 Abs. 2 GG („sind verboten“) – das Grundgesetz auch in Art. 21 Abs. 2 GG die Folge unmittelbar anordnet („sind verfassungswidrig“), und dem jeweiligen Entscheidungsträger (Behörde im Fall des Vereinsverbots, Bundesverfassungsgericht im Fall des Parteiverbots) nach diesem Wortlaut nur die Feststellung der abschließend normierten Tatbestandsvoraussetzungen überantwortet.

Zum „inneren Zusammenhang“ von Art. 9 Abs. 2 GG und Art. 21 Abs. 2 GG auch: *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 83.



Dass diese Auslegung auch mit der EMRK vereinbar ist, hat das Bundesverwaltungsgericht ebenfalls zu Recht festgestellt.

Vgl. BVerwG, NVwZ 2013, 870, 875 f. Hierzu ausführlich unten C I 5 a bb (3) (a).

Dabei kann es sich auch auf aktuelle Rechtsprechung des EGMR stützen, die gemäß Art. 17 EMRK die Berufung auf die Vereinigungsfreiheit verwehrt, wenn der Verein diese „zu Zwecken nutzt, die den Werten der Konvention, insbesondere dem Eintreten für eine friedliche Lösung internationaler Konflikte und die Unverletzlichkeit menschlichen Lebens, klar entgegenstehen“. Als solche Zwecke hat der EGMR unter anderem Antisemitismus und Islamophobie, die Leugnung des Holocaust sowie den Aufruf zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Israel gewertet.

Vgl. EGMR, Urteil vom 12. Juni 2012, Beschwerde-Nr. 31098/08, Hizb Ut-Tahrir ./, Deutschland, Rn. 72 ff.

Von besonderer Bedeutung für vorliegendes Verfahren ist, dass der EGMR in ständiger Rechtsprechung die Unvereinbarkeit rassistischer, antisemitischer, totalitärer und nationalsozialistischer Ideologien mit der EMRK festgestellt hat.

EGMR, Entscheidung vom 02. September 2004, Beschwerde-Nr. 42264/98, WP u.a. ./, Polen; Entscheidung vom 24. Juni 2003, Beschwerde-Nr. 65831/01, Roger Garaudy ./, Frankreich; Entscheidung vom 20. Februar 2007, Beschwerde-Nr. 35222/04, Pavel Ivanov ./, Russland; Entscheidung vom 16. November 2004, Beschwerde-Nr. 23131/03, Norwood ./, UK; Entscheidung vom 11. Oktober 1979, Beschwerde-Nr. 8348/78 und 8406/78, Glimmerveen und Hagenbeek ./, Niederlande; Entscheidung vom 11. April 1986, Beschwerde-Nr. , 12194/86, Kühnen ./, Deutschland.

### **c) Hilfsweise: Eingeschränkte Anwendbarkeit**

Im Hinblick auf eine etwaige Überprüfung eines vom Bundesverfassungsgerichts ausgesprochenen Parteiverbots durch den EGMR, der – wie noch gezeigt werden wird –

dazu näher unten C I 5 a bb (3) (a),

freilich keine der deutschen Verfassungsrechtsdogmatik entsprechende vierstufige Prüfung durchführt, sondern punktuell Abwägungselemente in sein Prüfprogramm integriert, soll im Folgenden gleichwohl – hilfsweise – eine solche Prüfung durchgeführt werden. Es wird sich zeigen, dass sich daraus keine über den Wortlaut des Art. 21 Abs. 2 GG hinausreichenden

Anforderungen ergeben und dass die Anforderungen einer solchen Abwägung bei einem Verbot der NPD vorliegend erfüllt wären.

Anwendung des Maßstabs unten C II 3.

Das Verbot einer politischen Partei unterliegt damit – wenn überhaupt – einem spezifisch modifizierten Prinzip der Verhältnismäßigkeit.

Die Anwendung bedarf der Modifikation sowohl mit Blick auf die Voraussetzung als auch die Rechtsfolge des Verfahrens des Art. 21 Abs. 2 GG (a). Diese Einschränkungen führen zu einer Re-Formulierung für den vorliegenden Fall (b).

#### ***aa) Eingeschränkte Anwendbarkeit durch Tatbestand und Rechtsfolge***

Die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips wird sowohl durch den Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG als auch durch seine Rechtsfolge beschränkt.

##### ***(1) Tatbestand***

Wie oben dargestellt, setzt Art. 21 Abs. 2 GG keine konkrete Gefahr für den Bestand der politischen Ordnung des Grundgesetzes voraus. Vielmehr handelt es sich um eine Norm der *verfassungsrechtlichen Prävention*.

Oben C I 1 a.

Für die Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsmaßstabs hat dies Konsequenzen, die aus anderen Rechtsgebieten, die mit präventiven Maßstäben operieren, bekannt sind.

Vgl. etwa *Neumann*, Vorsorge und Verhältnismäßigkeit, 1994, S. 95 ff.

Solche Maßnahmen unterliegen spezifisch modifizierten Verhältnismäßigkeitsanforderungen. Dies kann in vielen Fällen auch damit begründet werden, dass solche Maßnahmen relativ wenig eingriffsintensiv sind. Allerdings sind aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch eingriffsintensivere Vorsorgemaßnahmen bekannt und verfassungsrechtlich gebilligt worden.

BVerfGE 120, 274 (326).



Hier stellte der Erste Senat fest, dass auch intensivere Eingriffe in die Grundrechte im Zusammenhang einer Präventionsregelung nicht wie ansonsten nur im Fall des Vorliegens einer konkreten Gefahr angemessen sein können.

Diese Modifikation hängt damit zusammen, dass die Entscheidung zugunsten einer präventiven Maßnahme stets eine solche unter besonders großer Ungewissheit und in Hinsicht auf diese Ungewissheit darstellt. Maßstäbe der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit müssen diese Ungewissheit zur Kenntnis nehmen und können die Präventionsmaßnahme nicht einfach durch eine Ausgestaltung ersetzen, die mehr, etwa eine konkrete Gefahr, verlangt. Dies gilt umso mehr, wenn das Präventionserfordernis wie im vorliegenden Fall verfassungsunmittelbar geregelt ist.

## ***(2) Rechtsfolge***

Das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG kennt zudem nur eine Rechtsfolge: Das Verbot einer politischen Partei. Auch diese Rechtsfolge bleibt für die Art der Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips nicht ohne Folgen. Denn die Prüfung der Verhältnismäßigkeit setzt auf der Stufe der Erforderlichkeit ein Kontinuum von Rechtsfolgen mit unterschiedlichen Eingriffsintensitäten voraus. Auch die Abwägung in der Angemessenheitsprüfung kommt letztlich nicht ohne einen zumindest gedanklichen Vergleich zwischen der geprüften Maßnahme und anderen Maßnahmen aus. Ein solches Kontinuum ist bei der nicht modifizierbaren Rechtsfolge des Art. 21 Abs. 2 GG aber nicht gegeben. Anders gewendet: Führt man eine normale Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen von Art. 21 Abs. 2 GG durch, würde sich der Tatbestand unweigerlich und gegen Wortlaut und Intention des Verfassungsgebers in einen solchen zur Abwehr einer konkreten Gefahr verwandeln. Diese Zusammenhänge müssen, wie nun zu zeigen ist, Rückwirkungen auf die Geeignetheits- und die Erforderlichkeitsprüfung haben.

## ***bb) Anwendung auf das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG***

### ***(1) Legitimer Zweck***

Der Zweck einer staatlichen Maßnahme kann nicht in der Maßnahme selbst liegen, also vorliegend im Unterbinden der Aktivität einer verfassungsfeindlichen Partei. Er kann aber auch nicht aus einem von dieser Maßnahme weit entfernt liegenden politischen Fernziel folgen. Vielmehr muss er sich aus dem einschlägigen Normprogramm selbst ergeben. Die Maßnahme

des Parteiverbots dient, wie bei der systematischen Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG gezeigt werden konnte,

oben C I 1 a aa,

der Prävention vor einer politischen Bedrohung der grundgesetzlichen Ordnung. Dieser Zweck ist verfassungsrechtlich unproblematisch.

*Volkman*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 21 Rn. 92 (3. Lieferung Dezember 2001).

Zweck der Maßnahme ist zugleich eine negative Vergewisserung hinsichtlich des identitären Kerns des Grundgesetzes. Jenseits der Frage der politischen und sozialen Nützlichkeit eines Parteiverbots dient die begehrte gerichtliche Entscheidung dazu, den politischen Akteuren zu verdeutlichen, an welchem Punkt die demokratische Auseinandersetzung die weiten vom Grundgesetz gezogenen Grenzen legitimer Politik verlassen hat.

Zweifel an diesen Zwecksetzungen könnten sich nur ergeben, wenn Indizien den Eindruck rechtfertigten, dass der Antrag in Wirklichkeit nicht dem Schutz des Grundgesetzes dienen soll, sondern als ein verdeckter Angriff auf einen politischen Wettbewerber verstanden werden muss.

Zu diesem Problem wiederum *Volkman*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 21 Rn. 92 (3. Lieferung Dezember 2001).

Für eine solche versteckt diskriminierende Intention des Antrags liegen keine Anzeichen vor. Insbesondere ist im Rahmen der Antragstellung keinerlei parteipolitische Asymmetrie zu erkennen, denn der Bundesrat hat den Antrag ohne Gegenstimmen beschlossen. Durch die im Bundesrat vertretene Gesamtheit der Landesregierungen ist auf Seite der Antragstellung das Parteienspektrum denkbar weit abgebildet.

## **(2) Geeignetheit**

Eine verhältnismäßige Maßnahme muss dazu geeignet sein, den mit ihr verbundenen Zweck zu erreichen. Der Nachweis der Geeignetheit erfordert allerdings keinen echten Beweis der zukünftigen Wirkung einer Maßnahme. Ein solcher wäre aus Gründen der Erkenntnisunsicherheit auch nicht seriös anzutreten. Vielmehr versteht das Bundesverfassungsgericht die



Geeignetheit als eine Plausibilitätsprüfung, in der zwischen Maßnahme und Zweck ein rational nachvollziehbarer Zusammenhang bestehen muss.

BVerfGE 96, 10 (23); 100, 313 (373); 117, 163 (168 f.).

Für das vorliegende Verfahren wird dieser Maßstab dadurch modifiziert, dass der Zweck der Maßnahme präventiver Natur ist. Diese dient der Prävention vor einer politischen Bedrohung der Ordnung des Grundgesetzes. Aus diesem Grund erscheint es kaum möglich, dass ein Antrag gegen eine ihren politischen Zielen nach verfassungsfeindliche Partei, an der Geeignetheit scheitern kann, wenn sich hinter ihm keinerlei erkennbaren anderen Zwecke verbergen, die mit der Präventionsfunktion des Art. 21 Abs. 2 GG nichts zu tun haben, etwa dazu dienen sollen, einen politischen Gegner zu schädigen.

Dazu bereits soeben unter (1).

In jedem Fall würde es dem formell definierten Zweck der Norm nicht entsprechen, wollte man mit dem Verbotsantrag zwingend weitergehende gesellschaftspolitische Intentionen verbinden und das Schicksal der Geeignetheitsprüfung von der Erreichbarkeit solcher Ziele abhängig machen. Natürlich lässt sich ein Verbotsantrag auch in einen solchen weiteren politischen Kontext der Bekämpfung radikalisierten politischer Einstellungen einfügen, im vorliegenden Fall in das gesellschaftspolitische Anliegen der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ein solcher weiterer politischer Zusammenhang des Verbotsantrags könnte zudem unter Umständen für die Erforderlichkeitsprüfung normativ von Bedeutung sein.

Dazu sogleich unter (b).

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass der Antrag selbst nicht dem Zweck dienen soll, solche gesellschaftspolitischen Anliegen zu erreichen, namentlich das Problem einer unzureichenden Verbreitung demokratischer Überzeugungen in Teilen der Bevölkerung zu lösen und damit im vorliegenden Fall die allgemeine – vom Handeln der Antragsgegnerin zu trennende und über dieses weit hinausgehende – Verbreitung rechtsradikaler Ansichten zu bekämpfen.

Wiewohl der Antragsteller der Überzeugung ist, dass ein Verbot der Antragsgegnerin Rückwirkungen auch auf dieses gesellschaftspolitische Anliegen hat, und darzulegen sein wird, welche Konsequenzen das Handeln der Antragsgegnerin für das demokratische Leben in manchen Teilen der Bundesrepublik nimmt,

unten C II 2 b,

bezweckt dieser Antrag primär, durch die Beendigung der politischen Aktivitäten der Antragsgegnerin Vorsorge vor einer politischen Gefährdung des Grundgesetzes zu treffen.

### ***(3) Erforderlichkeit***

Neben einer eingriffsbezogenen Erforderlichkeitsprüfung (a) könnte nach dem soeben Gesagten eine zu modifizierende Verhältnismäßigkeitskontrolle auch eine weitergehende Prüfung der Erforderlichkeit eines Verbots im Kontext anderer staatlicher Maßnahmen gebieten (b).

#### ***(a) Eingriffsbezogene Erforderlichkeitsprüfung***

Eine verhältnismäßige Maßnahme muss erforderlich sein. Das bedeutet, dass es keine andere Maßnahme geben darf, die bei gleicher Wirksamkeit weniger intensiv in die Rechte des Adressaten eingreift.

Für das vorliegende Verfahren besteht allerdings schon aus der Rechtsfolge keine Grundlage für vergleichbare Eingriffe. Dies ergibt sich aus zweierlei Eigenschaften des Verfahrens des Art. 21 Abs. 2 GG: Zum Ersten kennt dieses keine andere Rechtsfolge als ein Verbot. Die einzige Nuancierung, die die Rechtslage zulässt, besteht bei der Frage des Einzugs des Vermögens, § 46 Abs. 3 Satz 2 BVerfGG. Damit sieht das Grundgesetz aber ausdrücklich keinen milderen Eingriff vor.

Zum Zweiten wären solche Eingriffe unterhalb der Verbotsschwelle ihrerseits verfassungsrechtlich hoch problematisch. Sie würden die von ihr betroffene Partei einerseits im demokratischen Wettbewerb belassen; andererseits würde eine solche Partei mit rechtsförmigen Nachteilen belastet werden, die ihren Anspruch auf Chancengleichheit aus Art. 21 Abs. 1 GG in Frage stellen könnten. Dadurch wäre nicht nur diese Partei benachteiligt, sondern auch der *gesamte* demokratische Wettbewerb verzerrt. Darum es ist anerkannt, dass eine verfassungsfeindliche, aber nicht durch das Bundesverfassungsgericht verbotene Partei exakt dieselben verfassungsmäßigen Rechte hat wie jede andere Partei. Aus diesem Grund ist die Entscheidung des Grundgesetzes, so weit wie möglich, nur die Alternative zwischen einer Teilnahme am politischen Prozess unter den Bedingungen formaler Chancengleichheit und einem Ausschluss von diesem Prozess durch ein Verbot nach Art. 21 Abs. 2 GG unter strengen Bedin-



gungen zu lassen, von der Logik des demokratischen Prozesses, insbesondere der Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb, geboten.

*Epping*, Eine Alternative zum Parteiverbot. Der Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung, 2013, dessen Vorschläge nur rechtspolitischer Natur sind, der unter dem geltenden Recht jedoch zu eindeutigen Ergebnissen kommt; zusammenfassend, S. 82: „Die Parteienfreiheit und die Parteiengleichheit sind verfassungsrechtlich verankert und bauen vor jeder staatlichen Beeinträchtigung hohe Hürden auf. Aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung darf eine Partei grundsätzlich weder gegenüber anderen Parteien benachteiligt, noch darf deshalb ihre Betätigungsfreiheit eingeschränkt werden. Hier wirkt sich das Parteienprivileg aus. Nur wenn das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit festgestellt hat, verliert eine Partei ihren besonderen Status. Ein Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung durch bloße Änderung des einfachen Rechts kommt daher nicht in Betracht.“ Ebenso *Volkmann*, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, JZ 2010, 209 (211 ff.); *Kluth*, in: *Epping/Hillgruber* (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar GG, Art. 21 Rn. 202 (Stand: 1. Januar 2012); *Klein*, Ein neues NPD-Verbotsverfahren? 2012, S. 7; und wohl auch *van Ooyen*, Kein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD. Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung als „flexible Response“, RuP 2013, 84; zu nutz- und fruchtlosen Versuchen in diese Richtung etwa *Petschke*, Sowohl rechtlich aussichtsreich als auch politisch zweckmäßig? Ein Beitrag zur Debatte um ein Verbot der NPD, RuP 2011, 11 (12); nur an (mehr oder minder) formale Kriterien, wie die innerparteiliche Demokratie, anknüpfend, ausdrücklich jedoch nicht an Inhalt und Gesinnung *Morlok*, Parteienfinanzierung im demokratischen Rechtsstaat, 2009, S. 39 ff. Tz. 102, 110-112; im Übrigen wird auch hier auf die Verfassungsänderung verwiesen, Tz. 219 ff.; ebenfalls nur de lege ferenda für eine flexiblere Lösung *Maurer*, Das Verbot politischer Parteien, AöR 96 (1971), S. 203 (224); wenig überzeugend und verfassungsrechtlich bedenklich die Vorschläge von *Kriele*, Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit von Parteien ohne Verbot, ZRP 1975, S. 201; *Scherb*, Feststellung der Verfassungswidrigkeit ohne Parteiverbot! RuP 2002, 175 (178 f.).

Es sei nur darauf hingewiesen, dass die Landesverfassungsrechtsprechung es aus den gleichen verfassungsrechtlichen Gründen folgerichtig untersagt hat, dass Abgeordnete der NPD von Auslandskontakten des Parlaments ausgeschlossen werden.

SächsVerfGH, Urt. v. 21. März 2013 – Vf. 95-I-12 für eine Reise einer Delegation des Sächsischen Landtags auf Einladung des Grossen Rates des Kantons Bern.

Die dargelegte Logik schließt eine eingriffsbezogene Erforderlichkeitsprüfung aus.



### ***(b) Erweiterte Erforderlichkeitsprüfung***

In einer erweiterten Erforderlichkeitsprüfung könnte sich allerdings die Frage stellen, ob der vorgesehene und als solcher von der Verfassung ohne mildere Alternativen ausgestattete Eingriff des Parteiverbots durch andere Maßnahmen flankiert sein müsste, die seine Intensität rechtfertigen. Damit die Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht an der Ausgestaltung des Eingriffs abgeleitet, so ließe sich argumentieren, kann eine Parteiverbotsentscheidung nur dann verfassungsrechtlicher Rechtfertigung zugänglich sein, wenn die Antragsteller zugleich andere Versuche unternommen haben, die sich aus der Aktivität der in Frage stehenden politischen Partei ergebenden Gefahren einer verfassungsfeindlichen Radikalisierung des politischen Lebens zu bekämpfen. Ein isolierter Verbotsantrag, der nicht in den Versuch anderer nicht-prohibitiver Maßnahmen eingebettet ist, könnte aus diesem Grund in einem weiteren Sinne nicht erforderlich und damit unverhältnismäßig sein.

Daraus würde umgekehrt folgen, dass der Antrag, um erforderlich zu sein, von anderen Maßnahmen begleitet sein muss, die dazu dienen sollen, die politischen und gesellschaftlichen Folgen des Handelns der in Frage stehenden Partei zu bekämpfen. Wie zu zeigen ist, wurde und wird auf der Ebene der Länder, einschließlich der Gemeinden, wie auch des Bundes eine Fülle solcher Initiativen ergriffen.

Unten C II 3.

### ***(4) Angemessenheit***

Hilfsweise ist schließlich auch die Angemessenheit des Parteiverbots zu prüfen. Das bedeutet, dass die Intensität des Eingriffs in das Recht in einem rechtfertigungsfähigen Verhältnis zu dem mit dem Eingriff zu erlangenden normativen Ertrag stehen muss. Die Angemessenheit der Maßnahme ergibt sich aus einer Abwägung zwischen diesen beiden Faktoren.

Für das Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG ist dabei Folgendes zu beachten. Die Prüfung der Angemessenheit ist überhaupt nur einschlägig, wenn die Maßnahme nicht bereits an den positivierten Tatbestandsvoraussetzungen eines Verbots scheitert, also nur dann, wenn klar gestellt ist, dass die Programmatik der Partei gegen den politischen Kern des Art. 79 Abs. 3 GG



verstößt, den Art. 21 Abs. 2 GG als die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ bezeichnet.

Zu dieser Bestimmung oben C I 2.

Der normative Gehalt, dessen Schutz eine Verbotsentscheidung dient, ist, wenn dieser Test bestanden ist, normhierarchisch höchstrangig; somit ist ein anderer verfassungsrechtlicher Wert, der gegen diesen ins Feld geführt werden könnte, nur in atypischen Fällen denkbar. Eine Abwägung erscheint mit Blick auf dieses Tatbestandsmerkmal für ein vom Grundgesetz ausdrücklich ausgestaltetes und mit einer Rechtsfolge versehenes Verfahren schwerlich denkbar. Anders formuliert: Das Grundgesetz hat für den Fall des Art. 21 Abs. 2 GG bereits dadurch eine Abwägung vorgenommen, dass es diesen Tatbestand nicht allein an die verfassungsfeindliche Ideologie der in Frage stehenden Partei geknüpft hat, sondern auch an das weitere Erfordernis einer über die Meinungsbildung hinausgehenden aggressiven Haltung. Der Eingriff in den demokratischen Meinungsbildungsprozess, der durch Art. 21 Abs. 2 GG vorgenommen wird, rechtfertigt sich aus dieser Sicht durch die politischen Methoden, mit denen eine verfassungsfeindliche Partei vorgeht,

*Maurer*, Das Verbot politischer Parteien, AöR 96 (1971), S. 203 (216).

Damit kann sich die Prüfung der Angemessenheit allein auf den *Grad der Bedrohung* beziehen, die eine Partei für die grundgesetzliche Ordnung darstellt. Freilich lassen sich beide Elemente in der Angemessenheitsprüfung nicht völlig voneinander trennen. Vergleichbar der Abwägung im Recht der polizeilichen Gefahrenprävention, stehen der Wert des Schutzgutes, um dessen Willen eine eingreifende Maßnahme ergeht, und die Anforderungen an die Gefahrenprognose, um die es geht, in einem komplementären Verhältnis zueinander. Das Bundesverfassungsgericht hat beispielsweise in seiner Entscheidung zum Schutz der Integrität datenverarbeitender Systeme dazu ausgeführt:

„Der Grundrechtseingriff, der in dem heimlichen Zugriff auf ein informationstechnisches System liegt, entspricht im Rahmen einer präventiven Zielsetzung angesichts seiner Intensität nur dann dem Gebot der Angemessenheit, wenn bestimmte Tatsachen auf eine im Einzelfall drohende Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut hinweisen, selbst wenn sich noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststellen lässt, dass die Gefahr schon in näherer Zukunft eintritt.“, BVerfGE 120, 274 (328).



Im gleichen Zusammenhang hat das Gericht weiterhin festgestellt:

„Das Erfordernis tatsächlicher Anhaltspunkte führt dazu, dass Vermutungen oder allgemeine Erfahrungssätze allein nicht ausreichen, um den Zugriff zu rechtfertigen. Vielmehr müssen bestimmte Tatsachen festgestellt sein, die eine Gefahrenprognose tragen (vgl. BVerfGE 110, 33 [61]; 113, 348 [387]). Diese Prognose muss auf die Entstehung einer konkreten Gefahr bezogen sein. Dies ist eine Sachlage, bei der im Einzelfall die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ohne Eingreifen des Staates ein Schaden für die Schutzgüter der Norm durch bestimmte Personen verursacht wird. Die konkrete Gefahr wird durch drei Kriterien bestimmt: den Einzelfall, die zeitliche Nähe des Umschlagens einer Gefahr in einen Schaden und den Bezug auf individuelle Personen als Verursacher. Der hier zu beurteilende Zugriff auf das informationstechnische System kann allerdings schon gerechtfertigt sein, wenn sich noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststellen lässt, dass die Gefahr schon in näherer Zukunft eintritt, sofern bestimmte Tatsachen auf eine im Einzelfall drohende Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut hinweisen. Die Tatsachen müssen zum einen den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, zum anderen darauf, dass bestimmte Personen beteiligt sein werden, über deren Identität zumindest so viel bekannt ist, dass die Überwachungsmaßnahme gezielt gegen sie eingesetzt und weitgehend auf sie beschränkt werden kann.“ BVerfGE 120, 274 (329 f.).

Das Gericht unterscheidet hier zwischen einer konkreten Gefahr und Tatsachenerkenntnissen, die auf eine konkrete Gefahr bezogen sind, ohne damit bereits in den Bereich einer bloß abstrakten Gefahr zu geraten. Diese Zwischenstufe wird als Eingriffsmaßstab an die Ermittlungstatbestände der Straftatenverhütung angelegt.

Für eine Maßnahme, die einerseits dem Schutz der höchstrangigen Verfassungsgüter des Art. 79 Abs. 3 GG dient, die aber andererseits den intensivst-möglichen Eingriff in die Parteigründungsfreiheit des Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG darstellt und die Folgen eines solchen Eingriffs in den demokratischen Prozess ernst nehmen muss, könnte man aus diesen Vorgaben entnehmen, dass sich der Eingriff nur gegen eine Partei richten darf, der *konkrete Handlungen* mit dem *Ziel* der Abschaffung oder Beeinträchtigung der grundgesetzlichen Ordnung nachgewiesen werden kann. Der Eingriff bedarf dann einer Tatsachengrundlage, die Angriffe einer Partei auf die Ordnung des Grundgesetzes dokumentieren kann. Er wird einer im dokumentierten Handeln der Partei nachzuvollziehenden Vorstellung der Partei davon bedürfen, wie der Prozess der Ablösung der grundgesetzlichen Ordnung auszusehen hat.



Angesichts des hohen Wertes der in Frage stehenden Schutzgüter kann für die Angemessenheit der Maßnahme nicht der Maßstab einer konkreten Gefahr für die Gesamtordnung hergeleitet werden. Wie bereits dargestellt, war ein solcher Maßstab von den Autoren des Grundgesetzes nicht verlangt worden, er wäre auch mit dem Charakter des Art. 21 Abs. 2 GG als Präventionsmaßnahme nicht vereinbar.

#### Oben C I 1 a.

Wie sich aus den soeben angestellten Erwägungen ergibt, folgt er gleichfalls nicht aus dem Angemessenheitserfordernis. Vielmehr senkt die Qualifikation der in Frage stehenden Rechtsgüter die Anforderungen an einen Eingriff von der konkreten Gefahren- zur Präventionsschwelle. Diese Schwelle muss angesichts der Intensität des Eingriffs oberhalb bloß abstrakter Erwägungen bleiben und Handlungen der betroffenen Partei dokumentieren, so wie es von Art. 21 Abs. 2 GG ohnehin verlangt wird. Sie verlangt aber gerade nicht eine konkrete Gefahr des Untergangs der Ordnung des Grundgesetzes.

#### *cc) Zwischenergebnis und Gesamtabwägung*

Für eine – nur hilfsweise vorzunehmende – Prüfung der Verhältnismäßigkeit bleibt aufgrund der Besonderheiten von Tatbestand und Rechtsfolge des Art. 21 Abs. 2 GG ein modifizierter Erforderlichkeits- und Angemessenheitsmaßstab anzuwenden. Dieser Maßstab kann die Spezifika der Norm nicht unterlaufen, die ihrem Zweck nach zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine einzige Maßnahme ohne mildere Mittel vorsieht. Modifikationen ergeben sich daraus, dass die vergleichsweise schwache Direktivkraft, die der Verhältnismäßigkeitsmaßstab für Art. 21 Abs. 2 GG entwickeln kann, angesichts der Intensität des Eingriffs in zweierlei Hinsicht der Anpassung zugunsten der Partei bedürfen könnte: Diese Modifikationen könnten, zum Ersten, eine Pflicht des Staates begründen, aus Gründen der Erforderlichkeit des Verbots begleitende Maßnahmen zu treffen, die die gesellschaftlichen Folgen des Handelns der zu verbietenden Partei adressieren. Sie könnten es, zum Zweiten, aus Gründen der Angemessenheit gebieten, Aktivitäten der Partei nachzuweisen, die auf eine Bedrohung oder Behinderung der demokratischen Ordnung abzielen.

## 5. Europäische Menschenrechtskonvention

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist kein unmittelbar anwendbarer Prüfungsmaßstab im vorliegenden Verfahren.

*Grabenwarter*, Wen man ausschließen darf, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 291 vom 13. Dezember 2012, S. 8; *Klein*, Parteiverbotsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ZRP 2001, 397 (399).

Das gilt erst Recht für das Unionsrecht (Art. 224 AEUV; Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 vom 29. September 2003, Abl. 2003 Nr. L 297, S. 1), denn für das Verbot von Parteien, die nicht ausschließlich bei Europawahlen antreten, sind allein die Mitgliedstaaten zuständig; BVerfGE 104, 214 (218 f.); *Hatje*, Parteiverbote und Europarecht, DVBl. 2005, 261; *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 154 mit Fn. 1192; *Kluth*, in: Calliess/Ruffert (Hrsg.), EUV/AEUV, 4. Aufl. 2011, Art. 224 AEUV Rn. 9; i.E. auch *Klein*, Ein neues NPD-Verbotsverfahren? 2012, S. 21.

Zu prüfen bleibt lediglich, ob bzw. welche Rückwirkungen die Menschenrechtsverbürgung der EMRK für das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG besitzt.

Dazu sind zunächst die Maßstäbe des EGMR für die Kontrolle von Parteiverboten in Erinnerung zu rufen (a), bevor die verfassungsrechtsdogmatische Relevanz dieser Maßstäbe für vorliegendes Verfahren zu konturieren sein werden (b).

Für die Heranziehung des europäischen Menschenrechtsschutzes ist von zentraler Bedeutung, dass die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in noch weitaus größerem Maße kontextgebunden sind, als dies bei nationalen verfassungsgerichtlichen Judikaten der Fall ist. Der EGMR sieht sich 48 Mitgliedstaaten mit gravierenden Unterschieden in deren Verfassungsstruktur, rechtsstaatlichen Tradition und Niveau des Individualschutzes gegenüber. Gerade der im Zusammenhang mit hiesigen Parteiverboten am häufigsten vor dem EGMR betroffene Mitgliedstaat Türkei hatte diese Verbote in einem grundlegend anderen historischen und politischen Kontext erlassen. In der Türkei dienten Parteiverbotsverfahren als Mittel der Auseinandersetzung in den Bereichen der Religions- und der Minderheitenpolitik.

Vgl. etwa *Volkmann*, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, JZ 2010, 209 (217).

Es ging dagegen in keinem einzigen der türkischen Verfahren um das Verbot einer nationalsozialistischen, menschenverachtenden und rassistischen Partei. Der EGMR hatte bisher noch



nie über das Verbot einer solchen Partei zu entscheiden. An dieser Stelle soll mithin darauf hingewiesen werden, dass maßstäbliche Ausführungen des EGMR kaum in der Weise verallgemeinerbar sind, wie dies hinsichtlich maßstäblicher Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts oftmals geschieht, sondern jeweils im Kontext des spezifischen Sachverhalts ausgelegt werden müssen. Es wird sich zudem zeigen, dass das im Grundgesetz nicht zufällig in staatsorganisationsrechtlichem Kontext angesiedelte Parteiverbotsverfahren durch zentrale nationale Besonderheiten charakterisiert ist, die bei einer am Maßstab der EMRK ausschließlich denkbaren menschenrechtlichen Kontrolle entscheidende Bedeutung gewinnen. Ein Verbot der NPD verstieße weder gegen die EMRK, noch wirkt dieser Kontrollmaßstab derart auf die Anwendung nationalen Verfassungsrechts ein, dass sich der zuvor entwickelte Prüfungsmaßstab des Grundgesetzes veränderte.

Auch hier kann ein Blick auf das Verbot rechtsextremistischer Vereine – bei allen Unterschieden – hilfreich sein.

Vgl. oben C I 4 b; EGMR, Entscheidung vom 12. Juni 2012, Beschwerde Nr. 31098/08 H. u.a. ./.. Deutschland, v.a. Rn. 74; BVerwG, NVwZ 2013, 870 v.a. Rn. 64 f.

#### **a) Maßstäbe für Parteiverbote nach der EMRK**

##### ***aa) Einschlüßige Normen***

Mangels eines expliziten Tatbestandes zu Parteiverboten entnimmt der EGMR die Maßstäbe in erster Linie der Vereinigungsfreiheit des Art. 11 EMRK. Die heute für Parteiverbote geltenden Prinzipien wurden insbesondere in einem Urteil zum Verbot der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei aus dem Jahr 1998 entwickelt und in einer Reihe von Urteilen fortentwickelt, die – abgesehen von wenigen Ausnahmen in jüngerer Zeit (Bulgarien, Spanien, Russland) – durchgehend die Türkei betrafen.

EGMR, Entscheidung vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./.. Türkei; vgl. zur Bedeutung dieses Urteils *Bernhardt*, Europäische Verbote nationaler Parteiverbote, in: FS Häberle, 2004, S. 381 (384). Zu der Reihe von Verboten kurdischer Parteien in der Türkei *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, ZaöRV 63 (2003), 921.

Der in erster Linie geprüfte Art. 11 EMRK ist nach dieser Rechtsprechung im Lichte der Meinungsäußerungsfreiheit des Art. 10 EMRK auszulegen; daneben ist bei der Auslegung die fundamentale Rolle der Demokratie für das Konventionssystem zu beachten, die unter anderem in der Präambel der EMRK zum Ausdruck kommt.

EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./ Türkei, Rn. 42 ff.

Eine eigenständige Prüfung anderer Rechte – insbesondere von Art. 9, 10, und 14 EMRK – führt der EGMR selbst dann nicht durch, wenn eine Verletzung von Art. 11 EMRK verneint wurde, da nach Ansicht des Gerichts alle Argumente bereits in der Prüfung von Art. 11 EMRK Berücksichtigung finden.

Vgl. exemplarisch etwa EGMR, Entscheidung vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkei, Rn. 137.

Das in Art. 17 EMRK normierte Verbot des Missbrauchs der Rechte diente in der Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission (EKMR) zum KPD-Verbot im Jahr 1957 als Hauptargument für die Vereinbarkeit des KPD-Verbots mit der EMRK. Gemäß Art. 17 EMRK könne sich die KPD aufgrund der von ihr verfolgten Ziele nicht auf die Rechte aus Art. 11 EMRK u.a. berufen. Die EKMR betonte in ihrer Entscheidung insbesondere, dass Art. 17 EMRK und Art. 21 GG aus demselben Beweggrund entstanden seien: Es solle verhindert werden, dass totalitäre Strömungen die Prinzipien der Konvention ausnutzen, um Menschenrechte zu unterdrücken.

EKMR, Entscheidung vom 20. Juni 1957, Yearbook 1, 1959, S. 224; vgl. auch: *Golsong*, Die Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission über die Beschwerde der KPD, NJW 1957, 1349 (1350); vgl. zur Parallele von Art. 17 EMRK und Art. 21 GG auch: *Frowein*, in: Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention. Kommentar, 3. Aufl. 2009, Art. 17 Rn. 3.

Nach der Rechtsprechung des EGMR war Art. 17 EMRK zwar nicht mehr alleiniger Hauptmaßstab; dies ist jedoch in den Sachverhalten begründet, die dem EGMR zur Entscheidung vorgelegt wurden. Art. 17 EMRK hat weiterhin grundsätzliche Bedeutung in der Rechtsprechung des Gerichtshofes soweit es um die Unvereinbarkeit rassistischer, antisemitischer, totalitärer und insbesondere nationalsozialistischer Ideologie mit der EMRK geht. Gruppen oder Einzelpersonen, die solche Ideologien vertreten, versagt der EGMR bis heute regelmäßig die Berufung auf die EMRK (insbesondere auch auf Art. 10 und 11 EMRK).



Ständige Rechtsprechung: EGMR, Entscheidung vom 19. Juni 2012, Beschwerde-Nr. 31098/08, Hizb-ut-Tahrir ./ Deutschland; EGMR, Entscheidung vom 2. September 2004, Beschwerde-Nr. 42264/98, WP u.a. ./ Polen vom 2. September 2004; Entscheidung vom 24. Juni 2003, Beschwerde-Nr. 65831/01, Roger Garaudy ./ Frankreich; Entscheidung vom 20. Februar 2007, Beschwerde-Nr. 35222/04, Pavel Ivanov ./ Russland; Entscheidung vom 16. November 2004, Beschwerde-Nr. 23131/03, Norwood ./ UK; Entscheidung vom 11. Oktober 1979, Beschwerde-Nr. 8348/78 und 8406/78, Glimmerveen und Hagenbeek ./ Niederlande; Entscheidung vom 11. April 1986, Beschwerde-Nr. , 12194/86, Kühnen ./ Deutschland.

Daher finden die in der KPD-Entscheidung verwendeten Grundgedanken bis heute Eingang in die Rechtsprechung.

Vgl. etwa EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkei, Rn. 99; vgl. auch: *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl. 2012, § 18 Rn. 24; für die Kontrolle von Vereinsverboten EGMR, Entscheidung v. 12. Juni 2012, Individualbeschwerde Nr. 31098/08 U. u.a. ./ Deutschland, Rn. 72 ff. (74); BVerwG, NVwZ 2013, 879 (876), Rn. 65.

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Urteil zum Verbot des rechtsextremistischen Vereins HNG vom 19. Dezember 2012 das Verbot sowohl gemäß Art. 11 EMRK als gerechtfertigt angesehen als auch festgestellt, dass der Verein gemäß Art. 17 EMRK daran gehindert sein dürfte, „sich auf den Schutz der Konvention zu berufen“.

BVerwG, NVwZ 2013, 870, 876: „Propagiert eine Vereinigung – wie dies auf den Kl. zutrifft – unter anderem eine Rassenlehre, die mit dem Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK unvereinbar ist, weist sie insbesondere eine mit dem Nationalsozialismus wesensverwandte antisemitische Grundhaltung auf, hindert Art. 17 EMRK die Vereinigung daran, sich auf das Recht der Vereinigungsfreiheit aus Art. 11 EMRK zu berufen, um das Verbot der Vereinigung anzufechten, das wegen eben dieser Bestrebungen ausgesprochen worden ist (EGMR, Entsch. v. 12. Juni 2012 – EGMR Aktenzeichen 3109808 31098/08 Rdnr. 72 – H. u. a./Deutschland).

Eine eigenständige Rolle spielt neben Art. 11 EMRK bisher nur das in Art. 3 des 1. Zusatzprotokolls garantierte Recht auf freie Wahlen, das einem automatischen Mandatsverlust als Folge eines Parteiverbotes entgegensteht.

Vgl. EGMR, Urteil vom 11. Juni 2002, Beschwerde-Nr. 25144/94, Sadak ./ Türkei, Rn. 33; siehe auch: *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, ZaöRV 63 (2003), 921 (940).

## ***bb) Anforderungen an die Rechtfertigung eines Parteiverbots***

Ein Parteiverbot ist nach Art. 11 Abs. 2 EMRK gerechtfertigt, wenn es (1) gesetzlich vorgeschrieben ist, (2) einen der in Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten legitimen Zwecke verfolgt und (3) in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist.

Ständige Rspr. des EGMR; vgl. nur: EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./.. Türkei, Rn. 37.

### ***(1) Gesetzlich vorgeschrieben***

Diese Voraussetzung verlangt nicht nur eine Rechtsgrundlage, sondern stellt auch Anforderungen an die Qualität der Rechtsnorm: Sie muss dem Betroffenen zugänglich sein und so bestimmt sein, dass die Maßnahme für den konkret Betroffenen vorhersehbar ist. Dabei kann die entsprechende Norm auch der Verfassung des Mitgliedstaates entstammen.

Vgl. EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 57 ff.; vgl. auch: *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, ZaöRV 63 (2003), 921 (938, 940).

Ermessensspielräume bei der Anwendung der Norm sind mit der EMRK vereinbar, soweit diese begrenzt sind und ein Schutz gegen Willkür besteht. Eine falsche Subsumtion durch das nationale Gericht führt nur dann zu einem Verstoß gegen die Voraussetzung „gesetzlich vorgesehen“, wenn die Subsumtion als solche willkürlich ist.

Vgl. EGMR, Urteil vom 20. Oktober 2005, Beschwerde-Nr. 59489/00, Ilinden-Pirin ./.. Bulgarien, Rn. 52 ff.; EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 57 ff.

### ***(2) Legitimer Zweck***

Das Parteiverbot muss eines der in Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten Ziele verfolgen. Bei der Beurteilung dieser Frage geht der EGMR äußerst großzügig vor und lässt die Zulässigkeit eines Grundrechtseingriffs nur in Ausnahmefällen auf dieser Stufe scheitern.



Vgl. *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl. 2012, § 18 Rn. 13.

So wurde etwa der Schutz des Grundsatzes des Laizismus in der Türkei als Verfolgung gleich mehrerer Ziele i.S.d. Art. 11 Abs. 2 EMRK angesehen: der Aufrechterhaltung der nationalen und öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Verhütung von Straftaten und der Schutz der Rechte anderer. Zur Begründung weist der EGMR auf die Bedeutung des Laizismus „für die Demokratie in der Türkei“ hin. Dies zeigt, dass sich der Schutz der demokratischen Ordnung ohne weiteres unter die in Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten Ziele subsumieren lässt.

Vgl. EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./.* Türkei, Rn. 67; vgl. *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, *ZaöRV* 63 (2003), 921 (929).

Gerade der Zweck „Schutz der nationalen Sicherheit“ wird häufig als verfolgt angesehen; so etwa im Fall einer Parteiauflösung wegen zu geringer Mitgliedschaft und regionaler Repräsentation oder im Fall einer Partei, die für die Selbstbestimmung der kurdischen Minderheit in der Türkei eintrat.

EGMR, Urteil vom 12. April 2011, Beschwerde-Nr. 12976/07, *Republikanische Partei Russlands ./.* Russland, Rn. 101; EGMR, Urteil vom 9. April 2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., *Yazar ./.* Türkei, Rn. 39.

### ***(3) Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft***

Die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Parteiverbotes fällt daher in nahezu allen Fällen bei der Frage, ob das Verbot in einer demokratischen Gesellschaft notwendig war.

#### ***(a) Kontrolldichte und Struktur der Prüfung***

Angesichts der essentiellen Bedeutung politischer Parteien für das Funktionieren einer Demokratie legt der EGMR diese Anforderung an die Rechtfertigung eng aus: Nur überzeugende und zwingende Gründe können ein Verbot rechtfertigen. Parteiverbote dürfen nur in besonders schwerwiegenden Fällen ergriffen werden. Dabei haben die Mitgliedstaaten nur einen begrenzten Beurteilungsspielraum. Allerdings setzt sich der EGMR nicht an die Stelle der mitgliedstaatlichen Organe, sondern überprüft – dies jedoch strikt – das nationale Recht sowie

dessen Anwendung einschließlich der Frage, ob die Ergebnisse auf einer angemessenen Beurteilung der Tatsachen beruhen.

Ständige Rspr. seit EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./ Turkey, Rn. 46 f.; vgl. auch: EGMR, Urteil vom 25. Mai 1998, Beschwerde-Nr. 20/1997/804/1007, Sozialistische Partei ./ Turkey, Rn. 50 ff.; EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Turkey, Rn. 100.

Diesen Maßstäben entsprechend prüft der EGMR in der Regel zweistufig, ob (1) für das Parteiverbot ein dringendes soziales Bedürfnis besteht und (2) ob das Verbot zum verfolgten Zweck verhältnismäßig ist.

So erstmals deutlich in: EGMR, Urteil vom 25. Mai 1998, Beschwerde-Nr. 20/1997/804/1007, Sozialistische Partei ./ Turkey, Rn. 49.

Dabei wird allerdings unter (2) keine Verhältnismäßigkeitsprüfung i.S.d. Grundgesetzes durchgeführt. Insbesondere erfolgt bei den Parteiverbotsurteilen keine Prüfung der Geeignetheit und der Erforderlichkeit der Maßnahme. Vielmehr wird bei der Frage des „dringenden sozialen Bedürfnisses“ zunächst genau evaluiert, welche Gründe für das Parteiverbot sprechen können und dürfen – also ob sie „zwingende Gründe“ sind. Bei dem mit „Verhältnismäßigkeit“ überschriebenen Punkt nimmt der EGMR lediglich auf diese Erkenntnisse Bezug, ergänzt sie durch die Feststellung, dass ein Parteiverbot eine gravierende Maßnahme sei und betrachtet den Umfang etwaiger Folgewirkungen wie Mandats- oder Vermögensverlust der Partei und ihrer Mitglieder.

Nach deutscher Verfassungsrechtsdogmatik kann daher allenfalls von einer Abwägung zwischen dem Eingriff und dem verfolgten Zweck gesprochen werden. Mit anderen Worten: Es geht auch hier nicht um die Anwendung eines festgefügtten Übermaßverbots als Rechtsinstitut im Staat-Bürger-Verhältnis, sondern lediglich um die Herstellung praktischer Konkordanz.

Vgl. zum Vorgehen des EGMR anschaulich: EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Turkey, Rn. 133 ff. In einigen Urteilen ist der Prüfungspunkt „Verhältnismäßigkeit“ sogar nichts anderes als die Ergebniszusammenfassung der Prüfung des „dringenden sozialen Bedürfnisses“: vgl. etwa EGMR, Urteil vom 30. Juni 2009, Beschwerde-Nr. 25803/04 u.a., Batasuna ./ Spain, Rn. 92 f. Zum Fehlen einer Geeignetheits- und Erforderlichkeitsprüfung und zur Qualifizierung als „Abwägung“ auch: *Eiffler*, Die „wehrhafte Demokratie“ in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, KJ 2003, 218 (224).



## ***(b) Inhalt der Prüfung***

Angesichts der damit geringen Bedeutung des Prüfungspunktes „Verhältnismäßigkeit“ liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf der Frage, ob ein „dringendes soziales Bedürfnis“ vorliegt. Hier hat der EGMR unter Einbeziehung der Wertungen von Art. 10 EMRK sowie der Bedeutung der Demokratie in der Präambel ein abstraktes Prüfprogramm geschaffen, das an einen Parteiverbotstatbestand erinnert.

Vgl. *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, ZaöRV 63 (2003), 921 (930).

Entscheidender Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, dass die Demokratie das einzige von der Konvention in Erwägung gezogene politische Modell sei und dass rechtfertigend nur eine solche Notwendigkeit wirken kann, die sich auf die „demokratische Gesellschaft“ berufen kann.

EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./.. Türkei, Rn. 45; EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partis ./.. Türkei, Rn. 86.

Für das Funktionieren einer Demokratie sei die Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 10 EMRK), die auch unliebsame Meinungen umfasse, und der Pluralismus, für den Parteien wesentlich seien, von fundamentaler Bedeutung.

EGMR, Urteil vom 25. Mai 1998, Beschwerde-Nr. 20/1997/804/1007, Sozialistische Partei ./.. Türkei, Rn. 41; EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./.. Türkei, Rn. 43, 45.

Daher müsse es einer Partei erlaubt sein, auch die aktuelle Organisation, Strukturen und Prinzipien eines Staates in Frage zu stellen sowie die Verfassung zu kritisieren, solange die Demokratie als solche nicht in Frage gestellt werde und solange die Lösung der Probleme durch kommunikative Mittel – und ohne Gewalt – angestrebt werde.

EGMR, Urteil vom 3. Februar 2005, Beschwerde-Nr. 46626/99, Partidul Comunistilor ./.. Rumänien, Rn. 55; EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./.. Türkei, Rn. 57; EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 98.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich der – deutliche Parallelen zu Art. 21 Abs. 2 GG aufweisende – Prüfungsmaßstab des EGMR für die Frage, ob ein dringendes soziales Bedürfnis wegen der Gefahr eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Demokratie vorliegt:

Zur Parallelität der Voraussetzungen von Art. 21 Abs. 2 GG und Art. 11 EMRK: vgl. *Koch*, Parteiverbote, Verhältnismäßigkeit und EMRK, DVBl. 2002, 1388 (1392); *Klein*, Parteiverbotsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ZRP 2001, 397 (401), *Kontopodi*, Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum Verbot politischer Parteien, 2007, S. 113. Zum Prüfprogramm auch *Meyer-Ladewig*, EMRK, 3. Aufl. 2011, Art. 11 Rn. 32.

*Erstens* ist laut EGMR zu prüfen, ob die Partei rechtmäßige und demokratische Mittel einsetzen möchte. Dies ist nicht der Fall, wenn die Partei zu Gewalt aufruft.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi* ./ . Türkei, Rn. 98, 129; EGMR, Urteil vom 9. April 2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., *Yazar* ./ . Türkei, Rn. 49, EGMR, Urteil vom 25. Mai 1998, Beschwerde-Nr. 20/1997/804/1007, *Sozialistische Partei* ./ . Türkei, Rn. 46.

Falls die Partei rechtmäßige und demokratische Mittel einsetzt, ist *zweitens* zu prüfen, ob das von der Partei verfolgte politische *Ziel* mit einer „demokratischen Gesellschaft“, also mit den grundlegenden demokratischen Prinzipien, vereinbar ist.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi* ./ . Türkei, Rn. 98, 104.

Bezüglich dieses Punktes bezieht sich der EGMR noch heute explizit auf die KPD-Entscheidung, die eine Parallelität der EMRK-Intentionen zu Art. 21 Abs. 2 GG anerkannt hatte, sowie auf die historischen Erfahrungen des Missbrauchs demokratischer Einrichtungen durch totalitäre Ideologien.

Vgl. EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi* ./ . Türkei, Rn. 99; vgl. auch: EKMR, Entscheidung vom 20. Juni 1957, Yearbook 1, 1959, S. 224; *Golsong*, Die Europäische Menschenrechtskommission über die Beschwerde der KPD, NJW 1957, 1349 (1350)

Wegen der klaren Verbindung zwischen Konvention und Demokratie dürfe es dementsprechend niemandem erlaubt sein, sich auf die Konvention zu berufen, um die Ideale und Werte einer demokratischen Gesellschaft zu schwächen und zu zerstören. Daher dürfe sich eine politische Partei, deren Führung eine Politik verfolgt, die nicht die Demokratie achtet oder deren



Abschaffung sowie die Missachtung der in ihr anerkannten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat, nicht auf den Schutz der Konvention berufen.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 98; EGMR, Urteil vom 9. April 2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., Yazar ./.. Türkei, Rn. 49. Vgl. zur Konstituierung der EMRK als System „streitbarer Demokratie“ ähnlich dem Art. 21 Abs. 2 GG: *Kugelman*, Die streitbare Demokratie nach der EMRK, EuGRZ 2003, 533 (544).

Eingriffe in die Rechte der Konvention hat der EGMR in seiner Rechtsprechung zu Art. 10 EMRK regelmäßig als in einer demokratischen Gesellschaft notwendig erachtet, wenn die Äußerungen als rassistisch oder nationalsozialistisch eingestuft wurden, soweit der EGMR in solchen Fällen nicht bereits die Berufung auf die Konvention gem. Art. 17 EMRK untersagt hat.

Siehe die oben bereits angegebene ständige Rechtsprechung sowie Urteil vom 16. Juli 2009, Beschwerde-Nr. 15615/07, Féret ./.. Belgien; Urteil vom 18. Oktober 1995, Beschwerde-Nr. 25062/94, Honsik ./.. Österreich.

Nach diesen Grundsätzen hat der EGMR auch festgestellt, dass etwa die beabsichtigte Ungleichbehandlung von Bürgern wegen ihrer Religion sowie der angestrebte Aufbau paralleler rechtlicher Systeme (Scharia) mit einer „demokratischen Gesellschaft“ unvereinbar sei.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 70 ff., 132 ff.

Andererseits genügt allein der Aufruf zur Sezession nicht, solange kein Aufruf zu Gewalt erfolgt und dieses Ziel durch demokratische Mittel erreicht werden soll.

EGMR, Urteil vom 20. Oktober 2005, Beschwerde-Nr. 59489/00, Ilinden-Pirin ./.. Bulgarien, Rn. 58, 61.

Bemerkenswert ist, dass der EGMR bei der Frage, welche Ziele mit der „demokratischen Gesellschaft“ vereinbar sind, in besonderem Maße auf die historischen und kulturellen Besonderheiten des jeweiligen Landes abstellt. So betont er bezüglich der Türkei, dass der Laizismus „für den Fortbestand der demokratischen Ordnung von besondere Bedeutung“ und dass deshalb die Einführung der Scharia mit der Demokratie unvereinbar sei.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./.. Türkei, Rn. 125.

*Drittens* müssen die Tatsachen, auf denen die Beurteilung zu Mitteln und/oder Zielen der Partei beruht, der Partei auch zurechenbar sein.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ . Türkei, Rn. 101

Dabei berücksichtigt der EGMR, dass Parteien in Programmen und Satzungen oft ihre wahren Absichten verschleiern, weshalb auf das *Gesamtbild* einschließlich der Stellungnahmen von Mitgliedern und Verantwortlichen abzustellen sei.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ . Türkei, Rn. 101; EGMR, Urteil vom 9. April 2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., Yazar ./ . Türkei, Rn. 50.

Hierbei sind laut EGMR die Äußerungen des Vorsitzenden und von stellvertretenden Vorsitzenden der Partei ohne weiteres zuzurechnen, es sei denn, sie erklären ausdrücklich, dass sie ausnahmsweise eine persönliche Meinung vertreten. Handlungen oder Reden anderer Parteimitglieder – insbesondere von Abgeordneten und führenden Kommunalpolitikern – sind in der Gesamtschau zu beachten, es sei denn, dass sich die Partei von ihnen distanziert.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ . Türkei, Rn. 113 ff.

In spezifischen Situationen kann sogar die Weigerung einer Partei, Gewalt als Mittel zu verurteilen, dieser Partei als Unterstützung von Gewalt zugerechnet werden.

EGMR, Urteil vom 30. Juni 2009, Beschwerde-Nr. 25803/04 u.a., Batasuna ./ . Spanien, Rn. 88.

*Viertens* stellt sich schließlich die Frage, wann bei Vorliegen der dargelegten Voraussetzungen der richtige Zeitpunkt für die Auflösung besteht.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ . Türkei, Rn. 102 f.

Teilweise wird in der Literatur aus einer Äußerung des EGMR in einem Urteil aus dem Jahr 2003 geschlossen, dass eine Auflösung erst möglich sei, wenn eine „konkrete Gefahr für die demokratische Ordnung“ durch eine „antizipierte gefährliche Wirkung der Partei“ vorliege.



*Emek*, Parteiverbote und Europäische Menschenrechtskonvention, 2006, S. 226 schließt dies aus Äußerungen in EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./. Türkei* zur geforderten Unmittelbarkeit der Gefahr für die demokratische Ordnung; vgl. auch *dies./Meier*, Über die Zukunft des Parteienverbots. Europäische Standards und deutsches Grundgesetz, RuP 2013, S. 74 (77 f.).

Eine solche Auslegung der Rechtsprechung des EGMR widerspricht jedoch nicht nur der herrschenden Meinung in der Literatur,

vgl. *Pabel*, Parteiverbote auf dem europäischen Prüfstand, ZaöRV 63 (2003), 921 (932); *Koch*, Parteiverbote, Verhältnismäßigkeit und EMRK, DVBl. 2002, 1388 (1393); *Kumpf*, Verbot politischer Parteien und Europäische Menschenrechtskonvention, DVBl. 2012, 1344 (1345); *Sarx*, Das Parteiverbotsverfahren der NPD vor dem BVerfG im Lichte der Rechtsprechung des EGMR, in: Esser u.a. (Hrsg.), Die Bedeutung der EMRK für die nationale Rechtsordnung, 2004, S. 177 (188 f.); *Theuerkauf*, Parteiverbote und die Europäische Menschenrechtskonvention, 2006, S. 258 f. Für einen im Vergleich zum deutschen Recht weiten Gefährdungsmaßstab auch *Eiffler*, Die „wehrhafte Demokratie“ in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, KJ 2003, 218 (224),

und der Rechtsprechung zur Kontrolle der mitgliedstaatlichen Vereinsverbotspraxis.

EGMR, Urt. v. 12. Juni 2012, Individualbeschwerde Nr. 31098/08 H. u.a. ./. Deutschland, Rn. 72 ff. unter Bezugnahme auf Art. 17 EMRK; deutlich auch in BVerwG, NVwZ 2013, 870 (876), Rn. 64, freilich in expliziter Abgrenzung zum Parteiverbot: „Sind die Bestrebungen einer Vereinigung gegen die Grundlagen der demokratischen Ordnung sowie die durch diese Ordnung garantierten Rechte Anderer gerichtet und verfolgt sie diese Bestrebungen, wie dies für ein Vereinsverbot erforderlich ist, in einer aggressiv-kämpferischen Weise, ist der Staat nicht gehalten, erst dann gegen die Vereinigung vorzugehen, wenn sich Erfolge dieser Bestrebungen einstellen oder solche Erfolge unmittelbar bevorstehen. Vielmehr muss der Staat vernünftigerweise in der Lage sein, solchen Bestrebungen entgegenzutreten, bevor der Frieden in der Gemeinschaft und die Demokratie im Land konkret gestört sind.“

Sie widerspricht auch den Äußerungen des EGMR in dem erwähnten Urteil sowie in seiner gesamten Parteiverbotsrechtsprechung: So räumt der EGMR dem Mitgliedstaat explizit einen Beurteilungsspielraum bei der Wahl des Zeitpunktes für das Parteiverbot ein und betont den präventiven Charakter des Parteiverbotes. Eine solche Prävention könne auch aufgrund von Schutzpflichten der Vertragsstaaten gegenüber seinen Bürgern aus Art. 1 EMRK geboten sein.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./. Türkei*, Rn. 110 a.E., 103



Eine konkrete Gefahr der Machtübernahme durch die Partei ist gerade *nicht* notwendige Bedingung für ein Parteiverbot. Zwar bestand diese im konkreten Fall bei der Refah-Partei in der Türkei. Der EGMR spricht jedoch an den entscheidenden Stellen nur von der Notwendigkeit einer unmittelbaren Gefahr „dieser Politik“ (im verbindlichen englischen Wortlaut: „policy“, nicht „politics“) – und damit der *politischen Inhalte*, nicht der tatsächlichen Machtverhältnisse – für die Demokratie.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 102; i.E. auch *Koch*, Parteiverbote, Verhältnismäßigkeit und EMRK, DVBl. 2002, 1388 (1393).

Tatsächliche Aussichten dieser Partei, ihr Programm umzusetzen, machen die Gefahr laut EGMR nur „greifbarer und unmittelbarer“. Damit sind diese tatsächlichen Aussichten auf Realisierung vielleicht ein zusätzliches Argument für ein Eingreifen, aber keine notwendige Bedingung.

Vgl. EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 110; vgl. auch *Kumpf*, Verbot politischer Parteien und Europäische Menschenrechtskonvention, DVBl. 2012, 1344 (1345 f.), der davon ausgeht, dass bei Fehlen einer realen Chance zur Realisierung der Politik ein Parteiverbot nach der Rechtsprechung des EGMR möglich sei, jedoch höhere Anforderungen an die inhaltliche Begründung zu stellen seien.

Der EGMR betont sogar explizit, dass ein Parteiverbot schon erfolgen darf, bevor ein politisches Programm durch konkrete Handlungen in die Praxis umgesetzt wird, „die den Frieden in der Gemeinschaft und die Demokratie im Land gefährden“. Der Staat dürfe nicht gezwungen werden zu warten. Nur die Gefahr der politischen Inhalte (policy) für die Demokratie als solche muss feststehen – unabhängig von der Gefahr ihrer Realisierung.

Vgl. EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 102. S. auch EGMR, Urteil vom 30.06.2009, Beschwerde-Nr. 25803/04 u.a., Batasuna ./ Spanien, Rn. 81, wonach der Staat schon „vor dem Versuch der Implementierung“ eingegriffen werden dürfe. Auf das „Programm“ der Partei abstellend auch: *Meyer-Ladewig*, EMRK, 3. Aufl. 2011, Art. 11 Rn. 33.

Eine Auslegung, die eine konkrete Realisierungsgefahr voraussetzt, würde zudem missachten, dass der EGMR mehrfach Verbote von Parteien geprüft hat, die keine Chance hatten, ihre Vorstellungen auf nationaler Ebene zu realisieren. Wäre eine solche Realisierungsgefahr Voraussetzung, hätte das Gericht alleine mit Hinweis auf deren Fehlen den Fall lösen können.



Dies ist jedoch nicht geschehen. Vielmehr wurde intensiv untersucht, inwieweit die Inhalte und Handlungen der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Vgl. EGMR, Urteil vom 9. April 2002, Beschwerde-Nr. 22723 u.a., Yazar ./ Türkiye, Rn. 52 ff.; EGMR, Urteil vom 30. Januar 1998, Beschwerde-Nr. 133/1996/752/951, Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei ./ Türkiye, Rn. 53 ff.; EGMR, Urteil vom 20.10.2005, Beschwerde-Nr. 59489/00, Ilinden-Pirin ./ Bulgarien, Rn. 58 ff. (Die fehlende Realisierungsgefahr fungiert nur als Zusatzargument [„moreover“, Rn. 61]);

Letztlich widerspräche das Erfordernis einer konkreten Gefährdung für die Demokratie im Sinne einer Realisierungsmöglichkeit auch der deutlichen Anlehnung des EGMR an die KPD-Entscheidung, die in demselben Urteil aus dem Jahr 2003 zum Ausdruck gebracht wurde: Das Gericht blickt alleine auf die Ziele der Partei, wenn es sagt, dass eine Partei, die die Abschaffung der Freiheiten der Konvention beabsichtigt, sich nicht auf den Schutz der Konvention berufen kann.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 98 ff.

Der an der relevanten Stelle mahnende Bezug auf die europäische Vergangenheit, in der totalitäre Bewegungen „unter einem demokratischen Regime groß geworden sind“, wäre sinnlos, wenn Parteiverbote erst ab einer gewissen Größe von Parteien überhaupt möglich wären.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 99.

Daher greift die Aussage des EGMR, dass die nationalen Gerichte bei der Wahl des Zeitpunktes einen Beurteilungsspielraum haben.

### ***(c) Berücksichtigung nationaler Besonderheiten***

Von zentraler Bedeutung für die Beurteilung der menschenrechtlichen Lage ist, dass der EGMR bei der Prüfung der Voraussetzungen des „dringenden sozialen Bedürfnisses“ in einem ganz erheblichen, ja entscheidenden Maß Rücksicht auf historische und kulturelle Besonderheiten des jeweiligen Landes nimmt. Dies postuliert er nicht nur explizit.

EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., Refah Partisi ./ Türkiye, Rn. 104.



Vielmehr hat dies auch Einfluss auf den jeweils konkreten Fall. So berücksichtigt der EGMR etwa die erwähnte Bedeutung des Laizismus für die Türkei, die kommunistische Vergangenheit in Rumänien, aber auch die Geschichte der Konflikte im zu Spanien gehörenden Baskenland.

So ausdrücklich EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./. Türkei*, Rn. 125; EGMR, Urteil vom 3. Februar 2005, Beschwerde-Nr. 46626/99, *Partidul Comunistilor ./. Rumänien*, Rn. 48; EGMR, Urteil vom 30. Juni 2009, Beschwerde-Nr. 25803/04 u.a., *Batasuna ./. Spanien*, Rn. 88.

Die Funktion des deutschen Grundgesetzes in seiner Ausprägung als „wehrhafte Demokratie“ als Antwort auf die Katastrophe des Nationalsozialismus

*Becker*, Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 7, 1. Aufl. 1992, § 167 Rn. 1: wehrhaft Demokratie „gibt dem demokratischen Prinzip unserer Verfassung ein spezifisch deutsches Gepräge“; in Bezug auf Parteiverbote von Parteien mit NS-Ideologie mit aller Deutlichkeit *Meier*, Parteiverbote und demokratische Republik, 1993, S. 396 f.; BVerwG, NVwZ 2013, 870 (876) Rn. 64 für die Kontrolle von Vereinsverboten am Maßstab der EMRK: „... Er [der verbotene rechtsextremistische Verein; C.M. und C.W.] untergräbt vielmehr durch seine Aktivitäten bereits jetzt ständig die Grundlagen der demokratischen Ordnung und stellt dadurch schon gegenwärtig eine unmittelbare Gefahr für diese Ordnung dar. Haben derartige Bestrebungen Erfolg, kann es für eine wirksame Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu spät sein, zumal der Erfolg von Aktivitäten, mit denen die demokratische Ordnung untergraben werden soll, nicht in einer Weise messbar ist, aus der sich eine Schwelle für das Einschreiten konkret bestimmen lässt. Dies haben die Erfahrungen mit dem Dritten Reich gezeigt. Sie haben den Verfassungsgeber deshalb bewogen, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auf den Grundsatz der wehrhaften Demokratie zu gründen [...] Ihr Ausdruck ist auch Art. 9 II GG. Mit den Mitteln des vorbeugenden Verfassungsschutzes soll danach Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung rechtzeitig entgegengetreten werden können.“,

ist hier einzuordnen, zumal sich dieses Konzept in die vom Gerichtshof etablierte Konzeption eines „ordre public européen“ einfügt. Das wurde vom EGMR auch in anderen Zusammenhängen wiederholt bekräftigt.

EGMR, Urt. v. 26. September 1995, Serie A Bd. 323, Rn. 51 – *Vogt ./. Deutschland*; Urt. v. 24. November 2005 Individualbeschwerde Nr. 27574/02 – *Otto ./. Deutschland*; Urt. v. 13. Februar 2007, Individualbeschwerde Nr. 30067/04, *E.E. ./. Deutschland*, Rn. 33. Hinsichtlich der Relativierung nationalsozialistischen Unrechts gegenüber Juden in Deutschland im Rahmen eines Vereinsverbots zuletzt EGMR, Urt. v. 8. November 2012, Individualbeschwer-



de Nr. 43481/09 – P. ./ Deutschland, Rn. 49: „Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass der vorliegende Sachverhalt nicht vom historischen und sozialen Zusammenhang, in dem die Äußerung getätigt wurde, losgelöst werden kann. [...] Er merkt an, dass ein Verweis auf den Holocaust auch im speziellen Zusammenhang der deutschen Vergangenheit betrachtet werden muss ... und akzeptiert die Haltung der Regierung, die sich gegenüber den in Deutschland lebenden Juden in einer besonderen Verantwortung sieht [...] Dies wird nicht dadurch in Frage gestellt, dass Gerichte anderer Länder ähnliche Fragen anders behandeln könnten ...“

Weil die Traditionen, die historischen und gesellschaftlichen Hintergründe und die politischen Kontexte in den Mitgliedstaaten der EMRK in der Frage eines Parteiverbots so unterschiedlich sind, ist die *margin of appreciation* hier besonders groß.

*Grabenwarter*, Wen man ausschließen darf, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 291 vom 13. Dezember 2012, S. 8; a.A – jedoch auf der Grundlage veralteter Rechtsprechung und einer Fehldeutung des Problems – *Klein*, Parteiverbotsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ZRP 2001, 397 (400).

### ***cc) Besonderheiten bei dem Verlust von Mandaten***

Den Verlust von Mandaten berücksichtigt der EGMR nicht nur bei der Abwägung im Rahmen des Art. 11 EMRK zur Beurteilung der Schwere der Maßnahme.

Vgl. hierzu: EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./ Türkei*, Rn. 133.

Der Verlust von Mandaten kann vielmehr auch am Maßstab des Art. 3 des 1. Zusatzprotokolls gemessen werden, durch den u.a. das passive Wahlrecht sowie das Mandat eines gewählten Abgeordneten geschützt wird.

EGMR, Urteil vom 11. Juni 2002, Beschwerde-Nr. 25144/94 u.a., *Sadak ./ Türkei*, Rn. 31, 33.

Aus Sicht des EGMR ist es in der Regel unverhältnismäßig, wenn ein Parteiverbot *automatisch* zum Verlust eines Mandats führt, ohne dass die persönlichen politischen Aktivitäten des Mandatsträgers betrachtet werden.

EGMR, Urteil vom 11. Juni 2002, Beschwerde-Nr. 25144/94 u.a., *Sadak ./ Türkei*, Rn. 37 ff.; *Richter*, in: Grote/Marauhn (Hrsg.), EMRK/GG. Konkordanzkommentar, 2006, Kapitel 25 Rn. 71, die § 46 Abs. 1 Nr. 5 BWahlG gleichwohl für konventionskonform hält.

Umgekehrt bedeutet dies, dass die praktische Konkordanz bei einem nicht automatisch eintretendem Mandatsverlust im Falle eines Verbots sehr viel leichter herzustellen ist. Der Mandatsverlust im Fall eines Parteiverbots ist im deutschen Recht für verschiedene Körperschaften unterschiedlich geregelt. Grundsätzlich folgt ein im vorliegenden Verfahren nicht beantragter Mandatsverlust nicht aus dem Verfassungstext, sondern wurde vom Bundesverfassungsgericht zuerst in der SRP-Entscheidung angeordnet.

## **b) Bedeutung der EMRK bei der Auslegung von Art. 21 Abs. 2 GG**

Die dargelegten Anforderungen der EMRK an Parteiverbote dienen im vorliegenden Verfahren – wie dargelegt – nur als ein mittelbarer Prüfungsmaßstab. Ihre Berücksichtigung bei der Entfaltung des grundgesetzlichen Prüfungsmaßstabs führt nicht zu einer Änderung desselben.

Im Ergebnis ebenso *Kunig*, in: von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, 6. Aufl. 2012, Art. 21 Rn. 72; *Löwer*, Zuständigkeiten und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 3. Aufl. 2005, § 70 Rn. 154 mit Fn. 1194; *Ipsen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 21 Rn. 210; *Bröhmer*, in: Grote/Marauhn (Hrsg.), EMRK/GG. Konkordanzkommentar, 2006, Kapitel 19 Rn. 98 (bei restriktiver Auslegung von Art. 21 Abs. 2 GG); *Gelberg*, Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG am Beispiel des NPD-Verbotsverfahrens, 2009, S. 212, spricht in Bezug auf Verbotsverfahren von „Orientierungswirkung“, verneint im Ergebnis jedoch dann jegliche Modifikation des deutschen Prüfungsmaßstabs durch EMRK und die Judikatur des EGMR, ebd., S. 218.

Die Grundsätze zur Bedeutung der EMRK sowie der Rechtsprechung des EGMR für die Auslegung des Grundgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht zuletzt in seinem Urteil zur Sicherungsverwahrung dargelegt.

BVerfGE 128, 326 (366 ff.).

Demnach ist die EMRK wegen der „Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes“ als „Auslegungshilfe bei der Auslegung der Grundrechte und rechtsstaatlichen Grundsätze des Grundgesetzes“ heranzuziehen. Dies gelte auch für die Auslegung der EMRK durch den EGMR.

BVerfGE 128, 326 (366); zuvor BVerfGE 111, 307; allgemein zu diesen „weichen“ normativen Wirkungen der Konvention *Grabenwarter*, Nationale Grundrechte und Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention, in: Mer-



ten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. 6/II, 2009, § 169 Rn. 12 ff., 53 f.; *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl. 2012, § 3 Rn. 6 ff.

Dabei müsse jedoch keine „schematische Parallelisierung“ der Aussagen und Begrifflichkeiten von GG und EMRK erfolgen und Wertungen der EMRK nur übernommen werden, soweit dies methodisch vertretbar und im Übrigen mit den Vorgaben des Grundgesetzes vereinbar sei.

BVerfGE 128, 326 (366 f.)

Dass das Bundesverfassungsgericht die Bedeutung der EMRK auf „Grundrechte und rechtsstaatliche Grundsätze“ beschränkt, ist für die Prüfung von Art. 21 Abs. 2 GG zu berücksichtigen: Diese Beschränkung reflektiert das notwendigerweise nur sehr eingeschränkte staatsorganisationsrechtliche Konzept der EMRK.

Vgl. *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl. 2012, § 23 Rn. 100; *Kugelman*, Parteiverbote und EMRK, in: Grewe/Gusy (Hrsg.), Menschenrechte in der Bewährung, 2005, S. 244 (254).

Folgerichtig spielt die EMRK im Staatsorganisationsrecht eine geringe Rolle.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass im Bereich der „wehrhaften Demokratie“ die EMRK – auch ausweislich der Materialien – von vornherein dasselbe Konzept wie das Grundgesetz verfolgte. Frühe Entscheidungen der EKMR erinnerten sogar explizit an die Übereinstimmung der Zwecke von Art. 17 EMRK und Art. 21 GG.

EKMR, Entscheidung vom 20. Juni 1957, Yearbook 1, 1959, S. 224; vgl. auch: *Golsong*, Die Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission über die Beschwerde der KPD, NJW 1957, 1349 (1350).

Vor diesem Hintergrund kann von einer „Grundgesetzfreundlichkeit“ der EMRK jedenfalls im Hinblick auf das gemeinsame Motiv gesprochen werden, totalitären Vereinigungen keine Möglichkeit mehr zu geben, die demokratischen Institutionen zum Zwecke ihrer Zerstörung auszunutzen.

EKMR, Entscheidung vom 20. Juni 1957, Yearbook 1, 1959, S. 224; vgl. auch: EGMR, Urteil vom 13. Februar 2003, Beschwerde-Nr. 41340/98 u.a., *Refah Partisi ./.* Türkei, Rn. 98 ff.

Die Frage der Verhältnismäßigkeit eines Parteiverbots ist für den EGMR damit im Fall rechtsextremistischer und rassistischer Parteien durch deren antidemokratische Ideologie, die sich gerade gegen die demokratische Ordnung richtet, abgegolten. Anders als vielfach behauptet operiert der EGMR in dieser spezifischen Konstellation mit einer Schutzausnahme, die sich ihrerseits nicht mehr in einer Abwägung zu rechtfertigen hat.



## **II. Anwendung**

Der oben unter A dargelegte Sachverhalt hinsichtlich Bestand und Struktur der Partei (A. II.), ihrer Ideologie (A. III.) und ihrer politischen Aktivität (A. IV.) erfüllt die Voraussetzungen des unter C. I. entwickelten Prüfungsmaßstabs: Die NPD geht sowohl nach ihren Zielen als auch nach dem ihr zurechenbaren Verhalten ihrer Anhänger darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und zu beseitigen und ist damit verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat die NPD zu verbieten, aufzulösen, das Verbot, Ersatzorganisationen zu gründen, auszusprechen und ihr Vermögen für gemeinnützige Zwecke einzuziehen.

Im Subsumtionsteil der Antragsschrift wird zur Belegung des Vorliegens der Voraussetzungen für das Verbot der NPD über das in der Sachverhaltsdarstellung Ausgeführte hinaus auf ihr sich im Parteiprogramm, in weiteren programmatischen Schriften sowie in Äußerungen ihres Führungspersonals und in Artikeln in der Partei zuzurechnenden Medien zurückgegriffen. Wie oben angekündigt und bereits bei der Sachverhaltsdarstellung praktiziert, wird zudem auf Erkenntnisse der Geschichts- und der Sozialwissenschaften zurückgegriffen. Zur Quellenfreiheit des verwendeten Materials und zur hinreichenden Staatsfreiheit des gesamten Verfahrens kann auf die oben gemachten Erläuterungen verwiesen werden.

Unter A I 3 mit **Anlage 4**.

### **1. Verfassungswidrige Ideologie der NPD**

Der ethnische Personenbegriff als Basis für die völkische Welt- und Rechtsanschauung der NPD stellt als Verstoß gegen die Menschenwürde zugleich eine Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar – ebenso wie die Ablehnung des auf dem Demokratieprinzip beruhenden parlamentarischen Regierungssystems, die Relativierung nationalsozialistischen Unrechts und die Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols.

## **a) Ethnischer Personenbegriff als Verstoß gegen die Menschenwürde und als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Oben

unter C I 2 a,

wurde herausgearbeitet, dass die Menschenwürdegarantie als Teilelement der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG ihrerseits drei Teilelemente umfasst:

- ein jedem Menschen zugewiesenes basales Minimum an Rechten;
- eine gleichheitsgerechte Zuweisung dieses Minimums;
- ein gleiches Potenzial zu mehr Rechten als dem Minimalstandard. Anders ausgedrückt: ein menschenrechtliches Exklusionsverbot, Menschenwürde als „Recht auf Rechte“.

Belege für einen Verstoß gegen dieses menschenrechtliche Exklusionsverbot wurden bereits oben in der Sachverhaltsdarstellung ausführlich dargelegt.

Unter A III 1 und 2.

Darüber hinaus sollen im Folgenden – wiederum exemplarisch – weitere Belege vorgelegt werden:

Der langjährige NPD-Bundesvorsitzende *Udo Voigt* fasst das geschlossene Konzept der „Volksgemeinschaft“ 2009 wie folgt zusammen:

„Wir wollen, daß jeder Deutsche in seiner Heimat Arbeit findet und diese Arbeit als etwas Wichtiges und Höheres begreift, welches den Fortbestand und die Weiterentwicklung seiner Familie, seines Volkes und seiner Nation durch seinen persönlichen Einsatz in einer Volksgemeinschaft garantiert. Solidarprinzip, soziale Gerechtigkeit, gemeinsame ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft sind untrennbar mit den Vorstellungen einer Volksgemeinschaft verbunden. Wir stehen für Arbeit – Familie – Heimat! Wir machen keine haltlosen Versprechen, wollen keine Statistiken beschönigen, sondern Politik für unser Volk machen.“

**Beleg 229 (Kategorie 1):** *Udo Voigt*, „Von Deutschen. Für Deutsche. NPD“; in: „Deutsche Stimme“, Ausgabe 09/2009, S. 2



*Karl Richter* und *Eckart Bräuniger* sehen in der Zeit des Nationalsozialismus die sozialpolitische Umsetzung der Volksgemeinschaftsidee, nicht zuletzt auch als Bollwerk gegen das Fremde, als vollendet an:

„Gerade auch der Blick auf den selbst öffentlich nicht länger wegzuleugnenden, sich stärker und schneller vollziehenden Austausch unseres angestammten Volkes gegen Angehörige fremder Kulturen und Religionen auf deutschem Territorium beweist, wie sehr die Souveränität eines Reichskörpers als Bollwerk und Schild von Nöten wäre. [...] Es blieb dem 20. Jahrhundert und der ‚Volksgemeinschaft‘ der dreißiger und vierziger Jahre vorbehalten, sozialpolitisch zu vollenden, wofür Bismarck den Weg gebahnt hatte. [...] Integrieren wir die Reichsidee in die gegenwärtigen Themen und Herausforderungen, um den Fortbestand unseres verbliebenen Volkskörpers in kultureller Identität, sozialer Sicherheit und nationaler Souveränität zu sichern. Ja zu Deutschland – ja zum Reich!“

**Beleg 95 (Kategorie 1):** *Karl Richter/ Eckart Bräuniger*, Ja zu Deutschland – Ja zum Reich!, in: Deutsche Stimme, Aug. 02/2011, S. 22.

Der sächsische Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* hebt in einem Beitrag für die „Deutsche Stimme“ aus dem Jahr 2011 die „Volksgemeinschaft“ als attraktives Konzept hervor, um diejenigen für eine Opposition gegen das System zu gewinnen, die noch etwas zu verlieren hätten. Die bereits „sozial abgehängten Landesleute“ seien hingegen schwerer zu mobilisieren. Wörtlich heißt es:

„Die NPD ist die Schutzmacht aller Deutschen, die für ihren Lebensunterhalt hart gearbeitet haben, hart arbeiten müssen – oder hart arbeiten wollen und trotzdem vom sozialen Abstieg bedroht sind. Eine fundamentaloppositionelle Kraft wie die NPD muß eine Ahnung davon haben, in welchen Kreisen der kleinen Leute nationaler ‚Widerstandsgeist‘ zuerst entfacht werden kann, um dann auch die Mutlosen und Passiven mitzureißen. [...] Weil das Gros unserer sozial abgehängten Landesleute für eine aktive Opposition gegen das ‚System‘ (noch) nicht zu mobilisieren ist, muß die NPD das Augenmerk zuerst auf diejenigen richten, die wirtschaftlich noch etwas zu verlieren haben. Entwickelt die Masse statusbedrohter kleiner Selbständiger, Angestellter und Arbeiter erst einmal ein systemkritisches Bewußtsein und wählt folgerichtig national, dann folgen diesen Eisbrechern auch jene, die schon alles verloren haben und bisher noch in Resignation und Apathie verharren. Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, daß die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.“

**Beleg 230 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*: Wo bleiben die ‚kleinen Leute‘? Paradox: Ausgerechnet jene Deutschen sind politisch am passivsten, die sich am ehesten auflehnen müssten, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/2011, S. 8; „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, Internetmeldung der NPD Sachsen vom 3.



Februar 2011.

*Pierre Dornbrach*, JN-Bundesschulungsleiter seit Oktober 2012, beschwört Anfang 2012 die „Volksgemeinschaft“ als Kampf- und Schicksalsgemeinschaft:

„Am Rande dieses Schauspiels, in dem sich das deutsche Volk selbst vernichtet, steht jedoch auch eine Gruppe von zumeist noch Jugendlichen. Sie haben die Schnauze voll und wollen sich nicht länger wie Sklaven behandeln lassen. Ihre Würde und Ehre ist ihnen heiliges Gut und so verschwören sie sich lieber dem Kampf, als sich hinzugeben und auf den schleichenden Volkstod zu warten. In ihren Reihen bildet sich eine ‚Parallelgesellschaft‘, eine in sich geschlossene Gemeinschaft von Menschen gleicher Art. [...] Doch in den Kreisen des jungen rebellischen Widerstandes, der sich im Umfeld der JN, dem Jugendverband der NPD, seinen Weg bricht, soll dieses Freiheitsgefühl wieder auferstehen.

Die Gemeinschaft steht hier an oberster Stelle. Das gemeinsame Verlangen nach einer Volksgemeinschaft bindet diese jungen Nationalisten an eine Organisation. Und dieses gemeinschaftliche Gefühl ist das Fundament, auf dem wir unseren Staat aufbauen müssen. Unsere Weltanschauung stellt das Volk in den Mittelpunkt allen Seins. Dieses Volk wird durch den Nationalstaat geschützt und begründet seine Kraft durch das Zusammenleben der darin lebenden Persönlichkeiten. Streben wir also nach einer Volksgemeinschaft, müssen wir zunächst eine eigene Kampfgemeinschaft gründen. Eine Gesellschaft ist lediglich ein Zweckverband, aus dem man ein- oder austreten kann. Das Volk dagegen ist eine Schicksalsgemeinschaft, da wir schicksalhaft in dieses hineingeboren werden. Wir haben jedoch soweit Entscheidungsmacht über unser Schicksal, daß wir wählen können, ob wir Dienst an unserer Schicksalsgemeinschaft tun oder nicht.“

**Beleg 231 (Kategorie 1):** *Pierre Dornbrach*, Von der Gesellschaft zur Gemeinschaft, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), 13. Januar 2012.

Deutlich kommt der strikt exkludierende Charakter der „Volksgemeinschaft“ in den Ausführungen einer im April 2012 herausgegebenen Argumentationsbroschüre für Mandats- und Funktionsträger zum Ausdruck:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigenen Eltern – Volkszugehörigkeit ist Schicksal. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. [...] Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (der BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. [...] Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie



mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen. [...] Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat, also wer deutscher Abstammung ist. Deutsch ist eine ethnische Herkunftsbezeichnung und keine Bezeichnung des zufälligen Geburtsortes, momentanen Wohnortes oder des Passes. [...] Deutscher ist man von Geburt oder eben nicht; aber man wird es nicht durch Annahme der Staatsbürgerschaft. Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes 2000 dürfen aber Millionen Fremde in unserem Land Staatsbürger-, 'Glückrad' spielen, nach dem Motto: Ich nehme das Auto, den Fernseher und den deutschen Paß. Das darf nicht sein – die Staatsbürgerschaft muß an die Volkszugehörigkeit gebunden sein. Wie sagt auch der Volksmund: Blut ist dicker als Tinte.“

**Beleg 78 (Kategorie 1):** NPD-Parteivorstand (Herausgeber; V.i.S.d.P.: *Jens Pühse*; Verfasser: *Jürgen Gansel*), Wortgewandt: Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin 2012, S. 18 f.

Im April 2013 veröffentlichten die JN auf ihrer neu gestalteten Internetseite den Text „Gewissen und Gemeinschaft“, in dem ihr Bekenntnis zum Volksgemeinschaftsideal deutlich zum Ausdruck kommt:

„Allein gestellt sind wir nichts - in der Gemeinschaft jedoch ist jeder alles.' Gemeinschaftsgebunden sind wir bereits durch die Geburt. Wir kommen aus der Gemeinschaft der Familie und fühlen uns durch die Nation unser Leben lang der Gemeinschaft – der Volksgemeinschaft – verbunden. Dieses Verbundenheitsgefühl wird umso stärker sein wenn die Nation nur ein Volk umschließt, denn die Gebundenheit zur eigenen Art ist stärker als die zur Nation – sie ist naturgesetzlich.

Dieses Bewusstsein der naturgesetzlichen Gebundenheit trägt ein jeder in sich. Es findet seinen Ausdruck in dem, was wir als ‚Gewissen' bezeichnen und spielt eine tragende Rolle. Das Gewissen sagt uns, dass wir Glied einer Gemeinschaft sind. Strebt der Einzelne nun Ziele an, die ihn selbst gegenüber der Gemeinschaft bevorzugen – und zwar auf Kosten anderer Glieder der Gemeinschaft – so vergeht er sich auf unnatürliche Weise an seinem Gewissen. [...]

Die vergangene Epoche predigte den Egoismus als Triebfeder vernünftigen Handelns und widerstrebte damit der inneren Verbundenheit der Volksgenossen untereinander. Man kann den Geist nur pflegen durch feinfühliges Horchen auf die Stimme des Gewissens. Die Familie und das Volk können nur so als elementare Gemeinschaftsformen zu ihrer alten Bedeutung und Stärke zurückfinden. Nur derart Verbundenes kann nach außen wehrhaft sein.

Diese unermessliche Bedeutung der Kraft eines reinen Gewissens, also eines unbescholtenen Handelns gegenüber der Gemeinschaft – in welcher Form sie auch auftreten möge – lässt das Verständnis für den kompromisslosen Widerstand gegen mutwillige Zerstörer des sinnstiftenden Gemeinschaftsgefühls entstehen. Zeigt ein Volksgenosse durch sein Handeln, dass er kein Gewissen hat, ihm demzufolge das Wohl der Volksgemeinschaft gleichgültig ist, so ist seine Handlungsweise gegen die innere Bindung und die Schaffenskraft seines Volkes gerichtet. Er verwirkt damit das Recht, Schutz durch die Gemeinschaft einzufordern.“



**Beleg 232 (Kategorie 2):** Unbekannter Verfasser: „Gewissen und Gemeinschaft“, in: [www.aktion-widerstand.de](http://www.aktion-widerstand.de) vom 4. April 2013.

Der Erhalt der völkischen, über den Einzelnen hinausweisenden „Identität“ ist für die JN ausdrücklich das entscheidende Merkmal ihres politischen Kampfes:

„Europa ist zunächst einmal der Lebensraum und Ursprung der über Jahrtausende gewordenen Völker der europäisch-germanischen Rasse. [...] Immer wenn die freien Völker europäischen Blutes sich zusammenrafften, kam es zu einer übermächtigen Allianz, die in der Lage war, jeglichen Imperialismus von Außen abzuwehren und den Frieden, sowie Freiheit der Europäer zu sichern. [...] Es ist in Zukunft ein Europa der Nationalstaaten, der Vaterländer anzustreben. Dieses soll die Freiheit unserer Eigenart als weiße Europäer und kulturelle Erben eines ideellen Schatzes voller Kunst, Architektur, Handwerk, Bildung und Wissenschaft anstreben. Gerade in Zeiten, in denen die asiatische, mongolide Rasse immer mehr am Aufstreben ist, wird eine solche Allianz notwendig. [...] Auf der anderen Seite steht der amerikanische Imperialismus der börsianischen Hochfinanz. Diese hat Europa spätestens seit 1945 zu einem Vasallen und Stiefellecker der so genannten ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ degradiert. [...] Merksatz: Europa ist der rechtmäßige Lebensraum und Ursprung aller europäisch-germanischen Völker. Um diesen zu erhalten verfolgt der deutsche Nationalismus eine Politik nach dem Leitbild eines ‚Europas der Vaterländer‘ statt einer europäischen Union der Völkerzersetzung. (S. 21 ff.) [...] Dadurch ergibt sich, dass die Identität auch einen Abgrenzungsfaktor mit sich bringt. Die individuellen Identitäten der einzelnen Genossen eines Volkes ähneln sich mehr als zu den Identitäten anderer, fremder Volksgruppen. [...] Die individuellen Identitäten bilden also zusammen eine kollektive Identität. Diese wiederum unterscheidet sich von der anderer kollektiver Identitäten. Dabei muss man festhalten, dass auch wir als Europäer eine eigene solche aufweisen. Zwar unterscheiden sich die Mentalitäten der einzelnen europäischen Völker voneinander, doch sind sich diese untereinander wiederum ähnlicher als das identitäre Bewusstsein der negroiden (afrikanischstämmigen) oder mongoliden (asiatischen) Menschen im Vergleich zum europäischen Menschenschlag. [...] Dies ist ein entscheidender Faktor für die Integration in soziale Großgruppen wie bspw. ein Volk. [...] Eine Integration ist demnach nicht möglich, wenn der zu integrierende Mensch eine andere Identität aufweist. [...] So stellen wir fest, dass Identität das entscheidende Merkmal unseres gesamten Lebens im Sinne der völkischen Gemeinschaft ist. Wir sind gekennzeichnet durch eine genetische als auch eine kulturelle Identität.“ (S. 24 f.).

Aus dem völkischen Kollektivismus der JN resultiert zudem ein dem Grundgesetz diametral entgegengesetztes, dezidiert antiindividuelles Freiheitsverständnis. „Freiheit“ besteht aus Sicht der JN für den Einzelnen darin, Teil einer „Volksgemeinschaft“ zu sein sowie die ihm dort zustehende Position und Funktion zum Wohle des Ganzen ein- bzw. wahrnehmen zu dürfen bzw. zu müssen:



„Nun ist das Streben nach Freiheit, also dieser Selbstbestimmung und Souveränität untrennbar mit unserem deutschen Nationalismus verbunden. [...] Der Kulturphilosoph Paul de Lagarde lässt dazu wissen: ‚Frei ist nicht, wer tun kann, was er will, sondern wer werden kann, was er soll.‘ Das bedeutet bezogen auf das Individuum, dass ein jeder seine eigene Identität wahren und entfalten können soll. Mit dem JN-Leitsatz ‚Werde wer Du bist‘ haben wir bereits die Forderung des nationalistischen Freiheitsgedankens auf individueller Ebene benannt. [...] Die Politik hat hierbei also zu sorgen, dass ein jeder Volksgenosse seinen Fähigkeiten entsprechend seinen Platz erhält, wo er sich im Sinne der Gemeinschaft frei entfalten kann. [...] Freiheit ist, den Sinn des Lebens zu verfolgen. Dies ist die Arterhaltung. Ist diese gefährdet, ist die Freiheit in Gefahr. [...] Mit der Treue zu einem Volk, Reich, Land oder Herrscher fühlen wir uns frei. Gleichzeitig handeln wir jedoch im Gegensatz zur Freiheit anderer, die nicht dieser Treue unterstellt sind. So bindet uns die Treue an das Kollektiv der Gemeinschaft. Freiheit und Gebundenheit stellen dabei Pole dar, die sich einander bedingen. [...] Merksatz: Freiheit bedeutet nicht, dass man tun und lassen kann, was man will, sondern dass man werden kann, was man soll. Sie bedeutet, dass jeder Einzelnen seine Persönlichkeit im Sinne der Gemeinschaft entfalten kann.“ (S. 37 ff)

**Beleg 233 (Kategorie 2),** Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten (Herausgeber; verantwortlich: *Andy Knape*): Leitfaden. Politische Grundbegriffe, Teil 2.

*Karl Richter*, seit April 2009 stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und seit November 2012 Landesvorsitzender der bayerischen NPD, sieht in der Toleranz der „weißen Menschheit“ den wesentlichen Grund für ihren möglichen Untergang:

„Toleranz, das Aussitzen und ‚Ertragen‘ des Fremdartigen, ist bestenfalls als vorübergehender Ausnahmezustand vorgesehen. Der Normalzustand ist die Homogenität, alles andere schafft Streß, und zwar im buchstäblichen Sinne. [...] Toleranz wird eingefordert für Fremde, Homosexuelle, Aidskranke, Drogenabhängige, Kriminelle, Psychopathen mit schwerer Kindheit und so weiter, und so fort. [...] Es ist eine Milchmädchenrechnung: wo die Toleranz gegenüber Abweichendem, Lebens-Unrichtigem überhand nimmt auf Kosten der normalgebliebenen Mitglieder des Gemeinwesens, nimmt die Überlebensfähigkeit des Ganzen Schaden. Die Geschichte wird zeigen, ob für die weißen Gesellschaften des Abendlandes noch Heilungschancen bestehen oder ob der Bazillus der Toleranz, die Droge Liberalismus schon das Mark angegriffen hat. [...] Toleranz ist nicht angebracht. Schon gar nicht den ‚Toleranten‘ gegenüber, denen es nicht um Toleranz, sondern um schleichende Zerstörung geht. Ihnen und allen anderen Zersetzern des Lebendigen, Gewachsenen gegenüber muß es vielmehr heißen: ‚Null Toleranz‘. Weil jedes weitere Nachgeben ein Schritt hin zum Abgrund ist. Weil es zwischen Überleben und Nicht-Überleben nichts zu diskutieren gibt. Und weil der Patient, die weiße Menschheit, vor dem Exitus steht.“

**Beleg 234 (Kategorie 1):** *Karl Richter*, „Der Toleranz-Schwindel. Eine Abrechnung mit der geistigen Immunschwäche unserer Zeit“, in: *Deutsche Stimme*, Ausg. 06/2008, S. 22.



Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* kommentierte die Wahl *Barack Obamas* 2008 zum amerikanischen Präsidenten mit grob rassistischen und antisemitischen Beleidigungen:

„Ja, Amerika ist mittlerweile sehr weit. Es ist soweit, mit Barack Obama das Produkt eines waschechten Kenianers mit einer weißen Amerikanerin ins Präsidentenamt zu wählen. [...] Jemanden, dessen jüdischer Chefstrategie David Axelrod in der Denktradition des deutsch-japanischen Mischlings Coudenhove-Kalergi und dessen Ideal eines identitätskastierte[n] Welteinheitsmenschen steht. [...] In dem Beitrag ‚Der Obama-Macher‘ – gemeint ist der Jude David Axelrod – wird daran erinnert, daß Juden und Neger in den sechziger Jahren eine revolutionäre Koalition gegen das Establishment schmiedeten. Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitsrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika. [...] Insbesondere in der Bunten Bundesrepublik sind viele Menschen von einem Obarack-Fieber gepackt, das an eine amerikanische Tropenkrankheit erinnert. Als der zur Promenadenmischung aus John F. Kennedy und Martin Luther King stilisierte Barack Obama im Hochsommer 2008 nach Berlin kam, jubelten ihm bei einer vorgezogenen Krönungsmesse mehr als 200.000 Multikulti-Deppen zu.“

**Beleg 235 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*: Afrika erobert das Weiße Haus, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 6. November 2008

Dass der ethnische Volksbegriff auf einem menschenverachtenden Rassismus basiert, wird unter anderem durch Äußerungen des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD *Jürgen Rieger* deutlich:

„Neger haben einen Intelligenzquotienten, der liegt vom schwachsinnigen Deutschen bis zum Normaldeutschen [...] ich stehe zu dieser Aussage.“ **Beleg 236 (Kategorie 1).**

*Jürgen Gansel* sieht im Islam ein agitationstaugliches Thema, um die darüber hinausgehenden – rassistisch motivierten – ausländerpolitischen Ziele der NPD umzusetzen:

„Für die Studie ‚Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010‘ der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wurden mehr als 2.400 Menschen im Alter von 14 bis 90 Jahren befragt. [...] Besonders interessant für die NPD als nationale Wahlpartei sind die demoskopischen Befunde zur breiten Ablehnung der Islamisierung im Volk. [...] Nationale Parteien könnten an diesen ‚modernen Rassismus‘ anknüpfen, warnen die Forscher. Keine hiesige Ausländergruppe erzeugt bei den Deutschen so viel Unbehagen wie die fremdartigen Moslems. Der Kampf gegen die Islamisierung ist deshalb der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationa-



len Opposition. [...] Um die Forderung nach Ausländerrückführung zu popularisieren, sollte in Wahlkämpfen genau die Ausländergruppe in den Fokus gerückt werden, die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen. Die NPD ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden. Salopp formuliert: Man hat propagandistisch die Moslems zu schlagen, um noch ganz andere Ausländergruppen politisch zu treffen. [...] In Mitteleuropa aber ist der Islam eine fremdkörperhafte Aggressionsreligion, der mit keiner Toleranz begegnet werden darf. Die Siege über die Türken vor Wien 1529 und 1683 dürfen nicht umsonst gewesen sein.“ **Beleg 237 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*, Mit Islamkritik zum Erfolg! Gut so: Eine Studie belegt, daß mit der Fundamentalkritik an der Islamisierung Wahlen zu gewinnen sind, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/2010, S. 9.

Die aus dem ethnischen Volksbegriff resultierenden Folgen für die Ausländerpolitik werden auch aus dem Wahlprogramm der Berliner NPD deutlich:

„Berlin soll eine Stadt der Deutschen bleiben und in allen Bezirken und Orten wieder werden. Das Heimatrecht der Deutschen ist bedingungslos wiederherzustellen. Die sogenannte ‚Integration‘ ist ein Schwindel sondergleichen.“

**Beleg 79 (Kategorie 2):** „Wir sagen, was Sie denken! Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin“, [www.npd-berlin.de](http://www.npd-berlin.de), aufgerufen am 15. August 2011, S. 13.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, *Udo Pastörs*, lässt in einer Rede auf dem „Schwabentag“ der NPD am 19. März 2011 in Günzburg seiner Verachtung für ethnisch nicht homogene Gesellschaften freien Lauf:

„Die Türme [des World Trade Centers] brannten noch, da zogen Tausende aus, um zu plündern und zu rauben in unserem Vorbildlande Vereinigte Staaten von Nordamerika. Da konnte man so richtig mal beobachten, das Ergebnis dieser multikulturellen Jauche an der Ostküste der Vereinigten Staaten von Nordamerika. [...] In New York, da braucht nur einmal das Licht des Nachts für drei Stunden auszufallen und wie die multikulturellen Ratten, fällt dann dieses sog. amerikanische Volk über sich selbst her, liebe Freunde. [...] Wir Nationalisten haben immer vertreten, dass die Grenzen nach ethnografischen Gesichtspunkten gezogen gehören, d. h. also, nach kulturell-rassischen Gesichtspunkten, weil nur das ganz natürlich das höchste Maß an sozialer Verantwortung für den Nächsten mit sich bringt und das jede kulturelle wie rassische Entfernung voneinander in Extremfällen zu unglaublichen Auswüchsen und asozialem Verhalten innerhalb der Gesellschaft führen muss und deswegen war und ist es richtig, dass wir sagen, wir wollen in Deutschland Deutsche bleiben, weil wir be-



halten wollen, was uns gehört, Deutschland, liebe Freunde.

[...] Das Menschenrecht besteht aber auch aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und wenn wir selbstbestimmt sagen, Europa ist das Land der weißen Rasse und es soll es auch bleiben, dann haben wir auch ein Recht darauf, dass notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen. Das ist meine Überzeugung. [...] Wichtig ist, dass wir einen Glauben haben, etwas Metaphysisches, denn daraus ziehen z. B. die Muselmanen unglaubliche Kraft. Sie sind so irrational, so irrational vergeistigt, dass sie mit Freuden in den Tod gehen, weil sie glauben, sie tun ganz genau das Richtige und deswegen sind sie auch ohne moderne Waffen so gefährlich. Am gefährlichsten und jetzt muss ich aufpassen, weil ich das schon einmal strafrechtlich in Erscheinung getreten bin und verurteilt bin, sie sind deswegen so gefährlich, wenn sie ohne Waffen kommen. Ihre Waffe ist ihre Fruchtbarkeit und die tragen sie uns wie damals die feindliche Infanterie mitten ins Herz unseres Volkes hinein. Und dann springt die Geburtsmaschine an und dann werden wir überfüllt von innen heraus und können uns nicht zur Wehr setzen.“

**Beleg 82 (Kategorie 1):** *Udo Pastörs*, Rede auf dem „Schwabentag“ der NPD am 19. März 2011 in Günzburg, Videobeitrag.

*Holger Apfel*, seit November 2011 NPD-Bundesvorsitzender, bringt gegenüber der rechtsextremistischen Publikation „ZUERST. Deutsches Nachrichtenmagazin“ seine strikt biologisch-rassistische Auslegung des Volksbegriffs zum Ausdruck:

„Natürlich ist der Islam heute die deutlichste Erscheinungsform der Überfremdung, deshalb wenden wir uns auch entschieden gegen den Bau von Moscheen. Aber wir wollen die Muslime nicht missionieren. Auch wenn sich die Türken in Deutschland morgen taufen lassen, bleiben sie Türken und bleiben hier ethnisch-kulturelle Fremdkörper.“

**Beleg 238 (Kategorie 1):** *Holger Apfel*, Interview mit „ZUERST. Deutsches Nachrichtenmagazin“, Ausgabe 10/2011, Oktober 2011, S. 40.

In der vom NPD-Parteivorstand im April 2012 herausgegebenen Schriftenreihe „Wortgewandt / Argumente für Mandats- und Funktionsträger“ wird gegen die multikulturelle Gesellschaft unter Rückgriff auf eine fremdenfeindliche Rhetorik vehement polemisiert. Einwanderern außereuropäischer Herkunft werden pauschal Negativeigenschaften zugeordnet und das Aufenthaltsrecht in Deutschland wird generell negiert. Besonders kategorisch lehnt die NPD den Aufenthalt von Muslimen in Deutschland ab. Dieser Bevölkerungsgruppe, die pauschal und verunglimpfend als gewalttätig, bildungsschwach und sozial opportunistisch verunglimpft wird, unterstellt die Partei eine „fremdkörperhaften Aggressionspolitik“. Dabei stehen nicht religiöse, sondern ethnisch-biologistische Aspekte im Vordergrund:

„Wo der Islam historisch beheimatet ist und die Lebensordnung der Menschen prägt, hat er sein volles Existenzrecht. Dort haben Moslems selbstverständlich



auch ein Selbstverteidigungsrecht gegen den amerikanischen Kultur- und Wirtschafts imperialismus sowie den israelischen Staatsterrorismus. In Mitteleuropa aber ist der Islam eine fremdkörperhafte Aggressionsreligion, der nicht mit falscher Toleranz begegnet werden darf. Die Siege über die Türken vor Wien 1529 und 1683 dürfen nicht umsonst gewesen sein! [...] In Deutschland aber haben Moslems und ihre Religion nichts verloren! Nach einer Studie des ‚Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge‘ im Auftrag der Islamkonferenz leben schon 4,3 Millionen Moslems in Deutschland. Damit verbunden sind Alltagsgewalt, Ausnutzung des Sozialstaates und religiös motivierte Landnahme. In vielen Großstädten machen eifernde Moslems Deutschen das Leben zur Hölle. Bandenmäßig organisierte Orient-Krawallos beschimpfen Deutsche als ‚Schweinefleischfresser‘ und greifen sie als ‚Ungläubige‘ tätlich an. [...] Die Bildungsdefizite und Sozialschmarotzereien vieler Moslems sind auf religiös-kulturelle Prägungen zurückzuführen. Eine noch größere Rolle spielt der Islam bei der Landnahme. Ihr sichtbarstes Zeichen sind protzige Moscheen, die den Restdeutschen vor die Nase gesetzt werden.“ (S. 8 f.).

Einwanderer außereuropäischer Herkunft sind aus Sicht der NPD, ungeachtet der Frage, ob formal die deutsche Staatsbürgerschaft vorliegt oder nicht, ausnahmslos als Ausländer zu betrachten und zu behandeln. Ausländer sieht die NPD entweder als „Arbeitsplatzkonkurrent“ für einen einheimischen Deutschen oder als „Sozialschmarotzer“, wobei die Partei für beide Konstellationen einen Anspruch auf ein legitimes Aufenthaltsrecht in Deutschland verneint:

„In einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit – die gibt es jenseits der statistisch frisierten Arbeitslosenzahlen immer noch – muß jede weitere Aufnahme von ausländischen Arbeitsplatzkonkurrenten und Lohndrückern unterbunden werden. Eine rechtsstaatlich abgesicherte Ausländerrückführung ist deshalb auch eine wirtschaftspolitische Maßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes. [...] Ein Dauerskandal ist auch die systematische Ausnutzung des deutschen Sozialstaates durch Ausländer, die nie auch nur einen Euro in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt haben.“ (S. 10).

Besonders drastisch stellt die NPD die völlige Unvereinbarkeit zwischen einem dauerhaften Aufenthalt von Migranten ethnisch fremder Herkunft und der Idee der „Volksgemeinschaft“ heraus:

„Multikultur ist kein buntes, harmonisches Straßenfest, sondern endet in Mord und Totschlag, weil hier Völkerschaften auf einem Flecken Erde zusammenkommen, die nicht zusammengehören und nicht zusammengehören wollen. [...] Zahlreiche Bevölkerungsprognosen sehen die alteingesessenen Europäer schon Ende dieses Jahrzehnts als Minderheit in ihren Großstädten. Das ist Völkermord an den Einheimischen und läuft auf den Völkerkrieg hinaus. [...] Gerne spielen sich die Multikulti-Propagandisten als Menschenfreunde auf. Dabei gibt es kaum etwas Völker- und damit Menschenverachtenderes als die multikulturelle Gesellschaft. Sie raubt nämlich allen Menschen ihre Heimat und



Identität. [...] In einem großen Schmelztiegel verkocht dann alles, bis aus Weißen und Schwarzen gesichtslose ‚Graue‘ geworden sind.“ (S. 10 f.)

**Beleg 78 (Kategorie 1):** NPD-Parteivorstand (V.i.S.d.P. Jens Pühse; Verfasser: Jürgen Gansel), Wortgewandt: Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin 2012.

Auf einer vom JN-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern organisierten Demonstration am 20. Oktober 2012 in Wismar unter dem Motto: „Volkstod stoppen – Wir wollen leben – Arbeit und Zukunft in der Heimat“ hielt der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende *Sebastian Richter* eine Rede und erklärte:

„Laut statistischem Bundesamt sind heute von 82 Millionen BRD-Bürgern über 16 Millionen ausländische Zuwanderer sowie deren Nachkommen. Unter den Einjährigen ist der Ausländeranteil jetzt bereits bei 36%. Sehen Sie sich doch einmal nicht nur in Mecklenburg und Pommern um, gehen Sie einen Schritt weiter nach Hamburg, Lüneburg oder auch Berlin, sehen Sie sich doch dort einmal um, wie viele Ihrer Freunde sind denn dorthin abgewandert? Wer von Ihren alten Klassenkameraden wohnt noch hier im Ort? Irgendwann stellt sich dann die Frage, wer sich um die zurückgebliebenen Alten kümmern wird. Ja, nun ist klar, man holt junge ausländische Fachkräfte zur Hilfe. Sie kennen das doch heute schon aus vielen Krankenhäuser, wo gebrochenes Deutsch über die Flure hallt. Die Gemeinde Löcknitz im Uecker-Randow-Kreis gilt als Paradebeispiel für den zukünftigen Umgang mit sterbenden Dörfern. Die Freiräume werden mit Ausländern gefüllt und weil Ausländer sich ein bisschen doof anhört, nennt man das Ganze dann, wir sehen gerade dort welche laufen, *[an dieser Stelle wird eine junge dunkelhäutige Frau außerhalb der Demonstration eingeblendet]* Deutsche mit Migrationshintergrund, dass sind die neuen Deutschen. Doch so möchten wir als deutsche Jugend keinesfalls leben und wir möchten auch nicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder so leben. Wir hingegen wollen es nicht zulassen, dass sich unsere Heimat mehr und mehr in ein Vernichtungslager für unser Volk umwandelt und dieses Vernichtungslager, in dem wir hier zu leben scheinen, wird nicht bewacht von Feinden in Armeeuniformen, das Vernichtungslager, das hier errichtet wird, das wird geprägt und bewacht von Männer und Frauen in weißen Kitteln, die die Abtreibung unterstützen. Doch wir haben keinen Bock auf diese volksfeindliche Politik und wir haben auch keinen Bock auf Gutmenschen und ihre fremden Lieblinge, wir haben keinen Bock auf dieses System, denn wir wollen leben und wir wissen, es gibt nur eine Lösung: Nationaler Sozialismus, Nationaler Sozialismus, Nationaler Sozialismus!“

**Beleg 239 (Kategorie 1):** JN-Demonstration am 20. Oktober 2012 in Wismar (MV) unter dem Motto: „Volkstod stoppen – Wir wollen leben – Arbeit und Zukunft in der Heimat“; Videobeitrag von weiterdenken.tv (NPD-Video-Kanal).



In der 2013 herausgegebenen JN-Broschüre „Leitfaden Politische Grundbegriffe. Teil 1“ legt der Bundesschulungsleiter *Pierre Dornbrach* den Begriff „Volk“ verbindlich in einem strikt biologistischen Sinne aus:

„Bei einem Volk handelt es sich in erster Linie um eine Großgruppe von Menschen, die organisch, d.h. natürlich gewachsen ist. [...] Diese Großgruppe, im Folgenden nur noch als ‚Volk‘ bezeichnet, besitzt jedoch gemeinsame Merkmale, die sie von anderen Völkern unterscheidet. Dabei sind diese Merkmale teils angeboren, teils sozialisiert, also gemeinschaftlich erlernt. Eine Identifikation einzelner Angehöriger eines Volkes wird durch eben diese gemeinsamen Merkmale gewährleistet. Dabei kommen die angeborenen Merkmale zum Tragen, die insbesondere einen visuellen, sowie auch geistigen Erkennungswert verkörpern. [...]

Völker unterscheiden sich jedoch nicht nur wie oftmals fälschlich verbreitet, durch äußere Merkmale, sondern vor allem auf geistiger Ebene. Damit ist nicht gesagt, daß es ein Volk gäbe welches mehr oder minder geistig wäre.

Vielmehr wird hierbei darauf bedacht daß die Völker sich durch ihren sogenannten Volkscharakter, durch Volksgeist oder Volksseele unterscheiden. [...]

Diese zu erkennen und zu achten, ist eine naturgesetzliche Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander unter den Völkern dieser Erde.

Zu den grundlegenden Merkmalen eines Volkes zählt man:

1. Die Abstammung/Genetik
2. Den Lebensraum
3. Die Geschichte
4. Die Kultur

Diese vier Hauptmerkmale unterteilen sich wiederum in...

- Sprache
- Brauchtum
- Kulturkreis
- Rasse/Blutsmischung
- Lebenseinstellung bzw. Alltagskultur
- Schicksalsgemeinschaft bzw. ‚Wir‘-Gefühl, besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl

[...] Sollte eines dieser Merkmale zerstört werden, kann das Volk langfristig nicht mehr bestehen. Momentan versuchen die BRD-Demokraten, unser Volk auf allen vier Ebenen, also alle vier Merkmale, zu zersetzen. Man bedenke allein die Kultur- und Blutsvermischung durch massenhafte Zuwanderung vor allem aus dem nichteuropäischen Raum.

Merksatz: ‚Ein Volk ist eine organisch gewachsene Gemeinschaft gleichen Blutes, gleicher Geschichte, mit gleichem Lebensraum und gleicher Kultur‘,“

**Beleg 240 (Kategorie 1):** *Pierre Dornbrach*: „Leitfaden Politische Grundbegriffe. Teil 1“, Hrsg.: Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten; Verantwortlich lt. Impressum: *Michael Schäfer*, S. 4 ff.

Den völkisch-rassistischen Grundsatz als zentralen weltanschaulichen Leitgedanken betonen die JN auch in Teilen der Schulungsbroschüre „Leitfaden. Politische Grundbegriffe. Teil 2“. Daraus resultiert eine prinzipielle und ausnahmslose Ablehnung aller Migranten nicht-



europäischer Herkunft in Deutschland. Dies wird bei den Ausführungen zu verschiedenen „Grundbegriffen“ deutlich. Die ideologische, an den historischen Nationalsozialismus anknüpfende Obsession, wonach jede ethnische Vermischung unweigerlich zu Identitätsverlust und Dekadenz – beim Volk insgesamt und bei jedem Einzelnen – führe, ist Grund für die Unbedingtheit, mit der die JN die Integrationsmöglichkeit von „rassefremden“ Einwanderern kategorisch verneinen. Aus dieser Perspektive werden zudem klassische Einwanderungsstaaten wie die USA absolut negativ dargestellt. Unter dem Stichwort „Zivilisation“ schreiben die JN:

„Sie [die Zivilisation] ist mehr Erlerntes, nicht Form gewordenes Inneres wie Kultur. Zum Beispiel kann ein Affe zwar erlernen, einen Lichtschalter zu betätigen, jedoch wird er nie verstehen, warum das Licht an und ausgeht. [...] Genauso können sich afrikanische oder asiatische Völker dem europäischen anpassen, indem sie Verhaltensweisen oder Kleidung übernehmen. Dennoch werden sie nie zu Europäern, weil sie eben keine sind. [...] Zum Beispiel werden die USA als eine der führenden Zivilisationen bezeichnet. Diese haben über Jahrhunderte zwar Wissenschaft und Technik erschaffen, doch gehen unmittelbar ihrem eigenen Untergang entgegen. Hier haben sich von Anbeginn verschiedene Kulturen und Völker vermischt, die langfristig gesehen keine Überlebenschancen hatten, da sie alle ihre Kultur aufgegeben haben. [...] Aus der Kulturvielfalt ist nun ein Einheitsbrei geworden. [...] So zeichnet sich jeder dritte Amerikaner durch Dekadenz und Fettleibigkeit aus.“ (S. 13 f).

Die Ursache schlechthin für „Dekadenz“, so die JN unter dem diesbezüglichen „Grundbegriff“, sei die „Völkervermischung“:

„Zum einen können wir beobachten, dass die Vermischung mit andersrassigen Völkern immer mit dem Niedergang einherging. Die Vermischung verschiedener Kulturen hat nie zu einer, heute so oft postulierten multikulturellen Gesellschaft geführt. Immer entstand ein Einheitsbrei, der im Untergang endete. Mit zunehmender Vermischung mit anderen Kulturen verloren die nordisch geprägten Völker (siehe Griechen und Römer) ihre besten und edelsten Tugenden.“ (S. 17).

Zum Begriff „Rasse/Großrasse“ führen die JN aus:

„Nun wollen wir uns dem reizvollsten Begriff dieser Arbeit widmen und zugleich die Missverständnisse ausräumen, die mit diesem einhergehen. Das Wort ‚Rasse‘ ist heute in Deutschland, wenn auch nicht in unseren europäischen Nachbarländern verpönt und wird stetig als unwissenschaftlich verteuelt. Dennoch handelt es sich dabei um einen elementaren Begriff unserer Weltanschauung. Die Naturgesetze verlangen, dass wir uns mit den Menschenrassen beschäftigen. [...] Es hat so lange keinen Sinn, das Wort [=Rasse] in der



Öffentlichkeit zu gebrauchen, so lange der Empfänger unsere Botschaft nicht verstehen kann, da es, ähnlich wie zu dem Begriff ‚Demokratie‘, keine Klarheit gibt. [...] Die Schuld kult-Propaganda der BRD hat dabei ganze Arbeit gelandet. Es ist dennoch wichtig, dass wir uns als Nationalisten über den Rassebegriff im Klaren sind. Er ist ein Bestandteil unseres Weltbildes und unserer Lebenshaltung. [...] Die europide Menschengruppe lässt sich wiederum in sechs Unterkategorien differenzieren: nordische, fälische, dinarische, westische (mediterrane), ostische (alpine), osteuropide (ostbaltische). Das deutsche Volk enthält im Vergleich zu anderen europäischen Völkern noch einen hohen Anteil des nordischen Menschen, der sich einst in den heutigen skandinavischen Ländern in einem Isolat entwickelte, welches von Gletscher- und Eismassen umrandet war. [...] Jede Großgruppe, die natürlich gewachsen ist, hat ihre Berechtigung und ist ein Produkt unserer wunderschönen Mutter Natur. Diese zu erhalten, ihre Stärken und Schwächen zu erkennen, ist Aufgabe einer neuen Zeit. Die Großrassen müssen in ihrem Bestehen gefördert werden. Die Vernichtung dieser wäre eine Absage an das Leben und der Natur.“ (S. 31 ff.)

**Beleg 233 (Kategorie 2):** Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten (Herausgeber; verantwortlich: *Andy Knappe*): Leitfaden. Politische Grundbegriffe, Teil 2.

Die rassistischen Anschauungen gipfeln schließlich darin, dass auf Webseiten, die von einem NPD-Landtagsabgeordneten verantwortet werden, Empfehlungen für eine „artgemäße Partnerwahl“ ausgesprochen werden. Jeder Einzelne müsse sein Bewusstsein dafür schärfen, „daß letztlich auch er, durch die artgemäße Partnerwahl, einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand seines Volkes leistet“. In diesem Zusammenhang wird eine Buchempfehlung für den Titel „Gattenwahl“ des NS-Rasstheoretikers *Hans F.K. Günther* ausgesprochen, dem 1935 auf dem Reichsparteitag der NSDAP der von *Hitler* gestiftete Preis für Wissenschaft verliehen wurde.

**Beleg, 241 (Kategorie 2):** Beitrag „Nationale Weltanschauung durch Studie bestätigt“ vom 16. Februar 2010, veröffentlicht auf <http://freies-pommern.de>;

**Beleg 242 (Kategorie 2):** Beitrag Internetseite „Freies Pommern“ wirbt für rassistische Weltanschauung“ vom 11. März 2010, veröffentlicht auf <http://www.verfassungsschutz-mv.de>.

## **b) Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Die zur Erfüllung des Verbotstatbestandes schon für sich hinreichende Wesensverwandtschaft der Antragsgegnerin zum Nationalsozialismus

vgl. C I 2 d cc,

wurde bereits oben durch das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte belegt, demzufolge das Material zur Antragsgegnerin „den vielfachen Nachweis einer historisch abgeleiteten Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP“ ergibt.

Vgl. A III, insbesondere A III 6 sowie **Anlage 2**.

Das Vorliegen der z.B. vom Bundesverwaltungsgericht herangezogenen Indizien für eine solche Wesensverwandtschaft (u.a. eine Art. 3 GG widersprechenden Rassenlehre, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Primat der „Volksgemeinschaft“)

vgl. C I 2 d cc,

wurde oben

A III sowie soeben C II 1,

bereits belegt und wird im Folgenden

C II d, e, f,

durch weitere Nachweise belegt werden.

Zunächst soll jedoch dargelegt werden, dass – neben diesen ideologischen und strukturellen Übereinstimmungen mit der NSDAP – sich führende Mitglieder der Antragsgegnerin und ihrer Jugendorganisation sowohl des Vokabulars als auch der Symbolik der NSDAP und damit des Gedankengutes der NSDAP bedienen. Dies geschieht teilweise explizit – etwa durch das Zitieren von NS-Publikationen sowie NS-Politikern –, teilweise durch Anspielungen.

Nachdem das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg im April 2012 eine Kundgebung der JN in Braunschweig (Niedersachsen) unter dem Motto „Ein junges Volk steht auf“ untersagt hatte, beschränkten die JN den Rechtsweg, um Rechtssicherheit über die Nutzung des Liedes herbeizuführen. „Ein junges Volk steht auf“ gehörte zum Pflichtliederkanon der Hitlerjugend.



Im August 2012 veröffentlichte der JN-Funktionär *Andy Knape* (seit Oktober 2012 JN-Bundesvorsitzender) auf der Internetseite der Jugendorganisation schließlich eine Stellungnahme, in welcher er im Namen des JN-Bundesvorstands schrieb:

„Sicherlich ist es für uns eine Niederlage, die auch als solche angesehen werden muss. Dennoch haben wir eine Rechtsgrundlage geschaffen, um unsere Kameraden und Aktivisten zukünftig zu schützen. Niemandem ist geholfen, wenn er weiterhin nicht weiß, wie die rechtliche Beurteilung diesbezüglich aussieht und wenn vermehrt Kameraden dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Daher können wir nur eindringlich davor warnen, dass das Lied 'Ein junges Volk steht auf' öffentlich dargeboten wird, da man sonst Gefahr läuft, dass man von diesem System nach seinem Gummiparagraphen 86a verurteilt wird. Lieder können sie verbieten. Die Idee lebt weiter!“

**Beleg 243 (Kategorie 1):** *Andy Knape*: „'Ein junges Volk steht auf' - erlaubt oder verboten? Stellungnahme zu unserem Rechtskampf“, [www.aktion-widerstand.de](http://www.aktion-widerstand.de) vom 29. August 2012.

Der JN-Stützpunkt Muldental (Sachsen) stellte am 9. Dezember 2012 offen zugänglich auf seiner Facebookseite das folgende Gedicht ein, welches im Original unter dem Titel „Weihnachten in der Familie“ in der Schrift „Kriegsweihnacht“ (Hrsg.: Hauptkulturamt der NSDAP) 1944 veröffentlicht wurde:

„Einmal im Jahr,  
in der heiligen Nacht,  
verlassen die toten Soldaten die Wacht,  
die sie für Deutschlands Zukunft stehen.  
Sie kommen nach Haus, nach Art und Ordnung zu sehn,  
schweigend treten sie ein in den festlichen Raum –  
den Tritt der genagelten Stiefel, man hört ihn kaum –  
sie stellen sich still zu Vater und Mutter und Kind,  
aber sie spüren, daß sie erwartete Gäste sind.  
Es brennt für sie eine rote Kerze am Tannenbaum,  
es steht für sie ein Stuhl am gedeckten Tisch,  
es glüht für sie im Glase dunkel der Wein.  
Und in die Weihnachtslieder, gläubig und frisch,  
stimmen sie fröhlichen Herzens mit ein.  
Hinter dem Bild im Stahlhelm dort an der Wand  
steckt ein Tannenzweig mit silbernem Stern.  
Es duftet nach Tannen und Apfel und Mandelkern.  
Und es ist alles wie einst und der Tod ist so fern.  
Wenn dann die Kerzen am Lichtbaum zu Ende gebrannt,  
legt der tote Soldat die erdverkrustete Hand  
jedem der Kinder leise aufs junge Haupt:  
Wir starben für euch, weil wir an Deutschland geglaubt.  
Einmal im Jahr, nach der heiligen Nacht,  
beziehen die toten Soldaten wieder die ewige Wacht.“

**Beleg 244 (Kategorie 2):** Eintrag auf dem Facebookprofil „JN-Muldental“ vom 9. Dezember 2012, eingesehen am 18. Dezember 2012.



In Ausgabe 1/2013 der JN-Publikation „Der Aktivist“ erschien der Artikel „Brandenburg – eine heroische Geschichte“ von *Pierre Dornbrach*. Darin schrieb der JN-Bundesschulungsleiter:

„Das Brandenburger Tor steht für die Standhaftigkeit und den Glauben eines Volkes, einst auch wieder eine Nation zu werden. Auf dem Boden Brandenburgs wurde eine Geschichte geschrieben, die vorbildhaft für das gesamte Reich stehen darf. [...]

Die JN in Brandenburg muss sich dessen bewusst sein, dass ihr große Fußstapfen hinterlassen wurden, die es nur schwer auszufüllen gelingen wird. Es wäre auch eine Anmaßung, sich mit jenen gleich zu stellen, die so einzigartig in der grausamen und immer mehr vereinheitlichten Welt sich hervorgetan haben. Dennoch leidet das Volk unter der Knechtschaft des Zinses und einer Politikerkaste, die es in den sicheren Tod regiert.

Wir leben im Hier und Jetzt und müssen uns bewusst werden, dass wir die einzige Generation sind, die noch einmal für sich beanspruchen kann im Stande zu sein, das Unheil von unserem Volk abzuwenden. Wir als JN Brandenburg wollen von den Taten großer Männer und Frauen zehren, den Kameraden aus anderen Gauen die Hände reichen und einst auch wieder das Schicksal mit einem Fackelmarsch durch das geliebte Brandenburger Tor besiegeln. Hier wird sich auch einst entscheiden müssen, wer bleiben und wer gehen darf. So soll das Brandenburger Tor wieder einmal Symbol für ein Volk sein, das sich nach jahrzehntelanger Unterdrückung aus den Fesseln der Knechtschaft befreit hat.“

Anmerkung: *Dornbrach* dürfte hier auf den Fackelmarsch der Nationalsozialisten durch das Brandenburger Tor anspielen, der am Abend des 30. Januar 1933 anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stattfand.

**Beleg 245 (Kategorie 1):** *Pierre Dornbrach*: „Brandenburg – eine heroische Geschichte“, in: „Der Aktivist“, Ausgabe 1/2013, S. 4 f.

Ebenfalls in Ausgabe 1/2013 der JN-Publikation „Der Aktivist“ greift *Dornbrach* im Artikel „Die Garanten unserer Weltanschauung“ auf NS-Vokabular zurück:

„Blicken wir in die Geschichte der selbsternannten ‘sozialistischen Staaten’ zurück, werden wir feststellen, dass diese immer zu einem Kollektivismus verkam. [...] An die Stelle des Führertums setzte man das Schmarotzertum. Statt Gemeinschaft förderte man Klassenkampf. Aus dem griechischen und zugleich nordischen Grundsatz ‘Jedem das Seine’ wurde die Parole ‘Allen das Gleiche’. [...] Das Volk ist zunächst eine organisch gewachsene Gemeinschaft. Diese sollte – um eine Nation zu werden – dazu bestrebt sein, jedem einzelnen Individuum bewusst werden zu lassen, dass es auch Teil dieser großen Sache ist. Unsere deutsche Weltanschauung erkennt die Dinge als natürlich an und basiert lediglich auf den Gesetzen der Natur. Dies sind die physikalischen, chemischen und biologischen Zusammenhänge der Materie. [...] Die Menschen sind ungleich und wer sie zur Gleichheit zwingen will, versündigt sich an ihrer Eigenart und somit an der Natur. Jeder soll die Möglichkeit haben in einer Gemeinschaft um Anerkennung zu werben. [...] Im Nationalstaat wird der Schaf-



fensreiche gefördert und zur Elite erhoben. Diese zeichnet sich durch die Leistungs- und Opferbereitschaft gegenüber dem Volke aus. Eine gesunde Gemeinschaft besteht aus starken Führungspersonen, die im gemeinschaftlichen Sinne handeln. In ihr vereinen sich geistige Genialität und hart arbeitende, kämpfende Hände.

Ein Nationalismus ohne Sozialismus ist demnach undenkbar. Unser Nationalstaat soll in seiner schönsten Ausprägung die Volksgemeinschaft ausmachen. Der Nationalismus steht also für den Willen, eine Nation zu werden und der Sozialismus für das Gemeinschaftsstreben. Beide ergeben das Wunderbarste, was die Natur herzugeben vermag: Ein gesundes Wechselverhältnis zwischen Volksgenossen und Volksgemeinschaft. [...]

Dieser Idealismus, der das eigentlich Menschliche am Menschen ausmacht, steht im krassen Gegensatz zu der materialistischen Welt der Liberalen und Marxisten.“

**Beleg 246 (Kategorie 1):** *Pierre Dornbrach*: „Die Garanten unserer Weltanschauung“, in: „Der Aktivist“, Ausgabe 1/2013, S. 32 f.

Am 1. Mai 2013 fand in Berlin eine NPD-Demonstration unter dem Motto „Genug gezahlt – Wir sind keine Melkkuh Europas“ statt. Die Leiterin des Berliner RNF-Landesverbands *Maria Fank* äußerte in ihrem Redebeitrag:

„Anstatt unsere Gelder in irgendwelche Glaubensgemeinschaften, Denkmäler, Wiedergutmachung zu stecken oder die Bildung in anderen Ländern zu finanzieren, muss Deutschland zuerst sich selbst helfen und seinen Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung zusichern können. Denn nichts ist so wichtig für unser deutsches Volk, unser geliebtes Land, wie unser deutscher Nachwuchs. Ich möchte meine Rede mit einem Zitat einer weiteren ehrenvollen Person beenden:

‘Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter! Bekränzt eure Häuser und die Straßen der Städte und Dörfer mit frischem Grün. Deutsche aller Stände, Stämme und Berufe, reicht euch die Hände! Geschlossen marschieren wir in die neue Zeit hinein.’“

Anmerkung: *Fank* zitierte hiermit *Joseph Goebbels*, der anlässlich des 1. Mai 1933 entsprechend agitierte. Seine damalige Rede stand im Kontext der Umdeutung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ und ging der Zerschlagung der Gewerkschaften im Zuge der Gleichschaltung voraus.

**Beleg 247 (Kategorie 1):** Video „NPD 1. Mai Berlin“; Redebeitrag *Maria Fank*; Videosequenz 0:00 bis 0:47 Min.

Am 23. April 2013 veröffentlichten die nordrhein-westfälischen JN auf ihrem Facebook-Profil anlässlich der Neuwahl des Parteivorstands einen Text, in dem es hieß:

„Auch die Jungen Nationaldemokraten werden ihre Mutterpartei NPD nach Kräften unterstützen, denn wie heißt es doch so schön:  
Mit unseren Fahnen ist der Sieg!“

Daneben war ein Bild mit wehenden NPD-Flaggen zu sehen. Damit nahm die Jugendorganisation auf eine in Zeiten des Nationalsozialismus genutzte Parole Bezug, die beispielsweise auf Propaganda-Postkarten Verwendung fand:



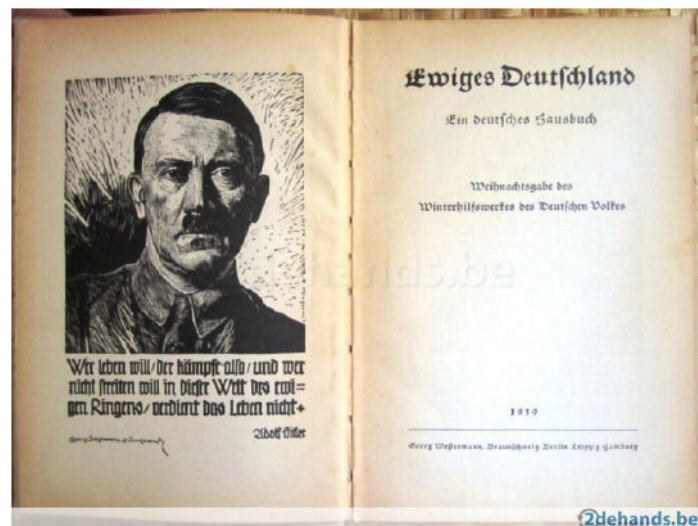
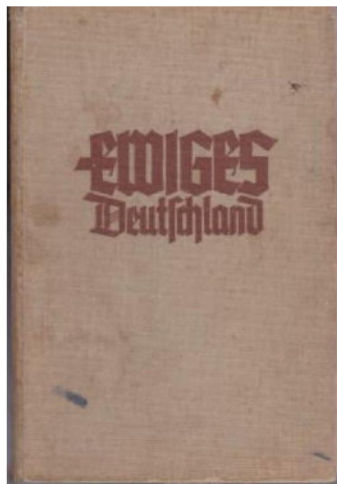
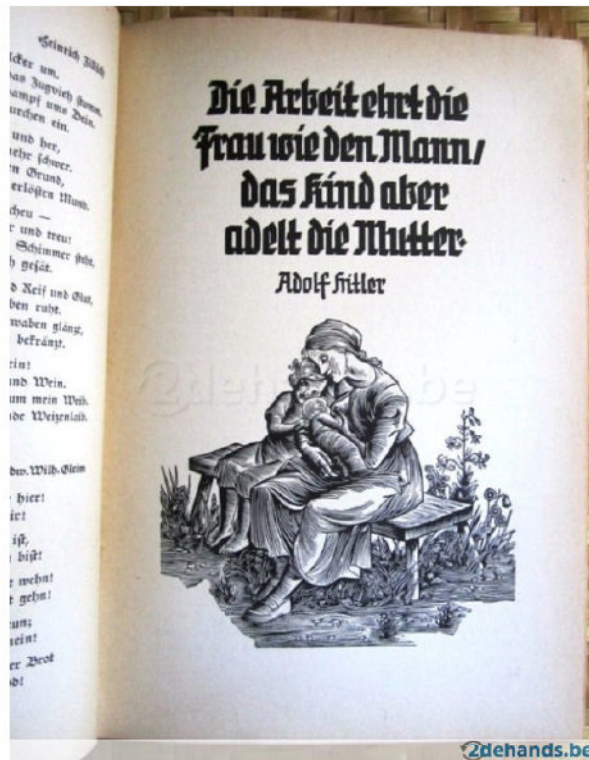
**Beleg 248 (Kategorie 2):** JN Nordrhein und Westfalen: Facebookeintrag vom 23. April 2013, abgerufen am 24. April 2013

Der JN-Stützpunkt Muldental veröffentlichte am 12. Mai 2013 folgendes Bild auf seinem Facebook-Profil:





Im Original entstammt die Abbildung dem Buch „Ewiges Deutschland. Ein deutsches Hausbuch“, herausgegeben vom Winterhilfswerk des Deutschen Volkes im Jahr 1939. Sie ist dort gemeinsam mit einem Leitspruch Adolf Hitlers abgedruckt.



**Beleg 249 (Kategorie 2):** JN Muldental: Facebookeintrag vom 12. Mai 2013, [www.facebook.com/JungeNationaldemokratenMuldental](https://www.facebook.com/JungeNationaldemokratenMuldental), eingesehen am 22. Mai 2013.

In einem Beitrag auf der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Weimar/Weimarer Land zitierte der Verfasser *Jan Morgenroth*, Beisitzer im NPD-Landesvorstand, NPD-Kreisvorsitzender und NPD-Stadtrat, den früheren NSDAP-Funktionär und Reichsjugendführer *Baldur von Schirach*:

„Und würden wider uns verbünden  
sich Himmel, Hölle und die Welt:  
Wir blieben aufrecht stehn und stünden,  
bis auch der letzte niederfällt!“

**Beleg 250 (Kategorie 1):** *Jan Morgenroth*, „Wir bleiben aufrecht“, [www.npd-weimar.de](http://www.npd-weimar.de), vom 31. Dezember 2012

Daneben lassen sich auch nationalsozialistische Symbole bei Veranstaltungen oder Aktionen mit NPD/JN-Beteiligung finden. So war etwa bei einem Infostand der JN am 13. November 2012 in Rostock auf einem Sonnenschirm ein Hakenkreuz erkennbar.

**Beleg 251 (Kategorie 2):** „JN MuP: Anzeige nach Infostand“, namentlich nicht gekennzeichnete Artikel, in: <http://jn-buvo.de> vom 14. November 2012, abgerufen am 21. November 2012.

Der NPD-Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern, *Stefan Köster*, hielt bei der Eröffnung des „Thing-Hauses“ am 16. April 2010 eine Rede vor der Abbildung der „Halle des Volkes“, die in der von Hitler geplanten Hauptstadt „Germania“ errichtet werden sollte.

**Beleg 252 (Kategorie 1):** Video *Stefan Köster* Eröffnungsrede Bürgerbüro im Thing-Haus.

Die Verwendung von nationalsozialistischem Vokabular – und damit der Verweis auf nationalsozialistisches Gedankengut bei der Auseinandersetzung mit politischen Fragen – lässt sich auch beispielhaft anhand der Wirtschaftspolitik darstellen. So wird von NPD-Funktionären das Zitat vom „raffenden Finanzkapital“ verwendet, das u.a. an die Theorie vom „raffenden und schaffenden Kapital“ von NSDAP-Wirtschaftstheoretiker *Gottfried Feder* anknüpft.

„Das raffende Finanzkapital darf sich nicht erlauben was es will“. NPD-Landesvorsitzender NRW *Claus Cremer* in einem Artikel „Opel: Nicht erpressen lassen!“, **Beleg 253 (Kategorie 1)**.



Auch im Bereich der Sozialpolitik erfolgt eine Identifikation mit der NSDAP. So lobte das damalige NPD-Bundesvorstandsmitglied *Jürgen Rieger* bei einer Eröffnung eines Museums in Wolfsburg die Sozialpolitik der NSDAP und will diese auch auf die NPD übertragen:

„Das Dritte Reich wurde deshalb von der großen Mehrheit der Bevölkerung noch 1944 gestützt, weil es national und sozial ausgerichtet war. Die Gründe dafür müssen aufgezeigt werden. Es muss dargestellt werden, dass die NPD ein ehrliches soziales Engagement hat, und dieses Engagement sich nicht unterscheidet von dem sozialen Engagement der früheren 'Nazis'. Die Idee der Volksgemeinschaft, d.h. das Bekämpfen des Klassenhasses von unten, des Ständesdünkels von oben, war früher richtig und ist heute richtig. [...] Durch ein Museum darauf hinzuweisen, warum über 90 % der Deutschen Hitler folgten, ist eine eminent politische Angelegenheit, hat nichts mit 'Nostalgie' oder 'NS-Verklärung' zu tun, sondern beweist, daß das soziale Engagement national denkender Deutschen glaubwürdig ist.“

**Beleg 254 (Kategorie 1):** Rede *Jürgen Riegers* vom 7. Juli 2009.

Die Identifikation mit dem historischen Nationalsozialismus wird schließlich besonders durch das Bekenntnis zu und die Glorifizierung von Repräsentanten des Nationalsozialismus deutlich. Solche Glorifizierungen beziehen sich zum einen – dann aber verklausuliert – auf *Adolf Hitler*: So formulierte etwa *Thomas Wulff*, der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD in Hamburg, in einer Stellungnahme:

„Möge dieser Parteitag am Wochenende des 20. April dem einen oder anderen Delegierten blitzartig ins Gedächtnis rufen, wozu der größte Sohn unseres Volkes – auch ohne Anfangs große Mittel zur Verfügung gehabt zu haben – in der Lage war. Es gelang ihm, weil er, unter Einsatz seiner ganzen Person, vollkommen selbstlos handelnd, unbestechlich und zu jedem persönlichen Opfer bereit, die Verkörperung der Hoffnung von Millionen selbst wurde! – und diese nie verraten hat ...“

**Beleg 255 (Kategorie 1):** *Thomas Wulff*: „NPD am Boden – Eine Partei zerstört sich selbst!“, in: [www.altermedia-deutschland.info](http://www.altermedia-deutschland.info) vom 20. Mai 2013, Beitrag wurde ursprünglich am 19. April 2013 auf [www.ex-k3-berlin.de](http://www.ex-k3-berlin.de) eingestellt.

Darüber hinaus beziehen sich Bekenntnisse auf *Rudolf Heß*, dem in Gedenkveranstaltungen gedacht wird. Bezeichnend hierfür sind Worte des NPD-Landtagsabgeordneten *Tino Müller* über einen Fackelmarsch in der Nacht zum 17. August 2008, dem Todestag von *Rudolf Heß*, in Ueckermünde:

„Obwohl mit aller Härte versucht wird, Gedenkveranstaltungen für *Rudolf Hess* zu unterbinden, ist es nationalen Aktivisten vielerorts gelungen, an den rätselhaften Tod des stellvertretenden Reichskanzlers und Friedensfliegers zu

erinnern.“ **Beleg 256 (Kategorie 1):** *Tino Müller*: „Fackelzug zu Ehren Rudolf Hess in Ueckermünde“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 18. August 2008, abgerufen am 19. August 2008.

Darüber hinaus werden Gedenkminuten für ehemalige SS-Mitglieder abgehalten, wie etwa eine Gedenkfeier für den Offizier der Waffen-SS *Herbert Schweiger* bei der Wahlauftaktveranstaltung des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2011 am 9. Juli 2011 in Karow/ Landkreis Parchim.

**Beleg 257 (Kategorie 2):** „'Unsere Heimat – unser Auftrag' – Saalveranstaltung der NPD in Mecklenburg“, [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 12. Juli 2011.

Nationalsozialistische Literatur wird etwa vom Pommerschen Buchdienst, der von den NPD-Landesvorstandsmitgliedern *Enrico Hamisch* und *Alexander Wendt* betrieben wird, vorgehalten und verbreitet. So waren beispielsweise im September 2013 in der Rubrik „Antiquariat“ die Bücher von *Joseph Goebbels* „Das erwachende Berlin“ und „Michael“ verfügbar.

#### **Beleg 258 (Kategorie 1).**

Ein Ermittlungsverfahren gegen den NPD-Funktionär [REDACTED] bringt schließlich exemplarisch zum Ausdruck, wie weit Bewunderung und Verehrung eines relevanten Parteiführungsaktivisten für den historischen Nationalsozialismus und die ihn prägenden Protagonisten reichen können. Am 5. Oktober 2012 erließ das Amtsgericht Konstanz (Ermittlungsverfahren Az.: 40 Js 8283/12) einen Durchsuchungsbeschluss wegen des Verdachts der Verbrechensverabredung. Es ordnete die Suche nach Waffen, Computern, Speichermedien, Unterlagen und Mobiltelefonen an. Am 10. Oktober 2012 durchsuchten Kräfte der Polizeidirektion Konstanz und des LKA Baden-Württemberg die Wohn- und Nebenräume des NPD-Funktionärs [REDACTED]. [REDACTED]. Dabei wurde festgestellt, dass [REDACTED] im Wandschrank seines Wohnzimmers offen zahlreiche Waffen (vermutlich Deko-Waffen) aufbewahrte. Die Dekoration, die Art der Aufbewahrung und verschiedene NS-Devotionalien lassen den Schluss zu, dass sich [REDACTED] ideologisch dem Nationalsozialismus eng verbunden fühlt.





**Beleg 259 (Kategorie 1):** Bilddokumente aus dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz (Az.: 40 Js 8283/12) gegen [REDACTED]

**c) Ablehnung des auf dem Demokratieprinzip beruhenden parlamentarischen Regierungssystems als Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Oben

unter C I 2 b,

wurde das Demokratieprinzip als Teilelement der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG als insofern entwicklungsoffen erkannt, als dass der Volksbegriff als Bestimmung des demokratischen Legitimationssubjekts durch den demokratisch legitimierten Gesetzgeber gestaltet und fortentwickelt werden können muss. Ähnlich wie nach der Menschenwürdegarantie dürfen ethnische Kriterien nicht von vornherein zu einem irreversiblen Totalausschluss von der Teilhabe am demokratischen Legitimationssubjekt führen.

Nach der Programmatik der NPD ist dies mit dem ethnischen Volksbegriff, wie soeben gezeigt, jedoch der Fall.

Unabänderliche normative Vorgabe für das Regierungssystem des Grundgesetzes ist die prinzipielle Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie mit der grundsätzlichen Unterscheidung von Regierung und Opposition und der Chance der Opposition, die Mehrheit zu erringen.

Programmelemente der NPD, die eine Volkswahl des Bundespräsidenten fordern und ihm mehr Kompetenzen zuweisen wollen oder welche die Stärkung direktdemokratischer Elemente fordern,

**Belege** oben unter A III 2,

verstoßen nicht gegen diesen Maßstab, denn geschützt ist nicht der aktuelle Bestand in den Details, sondern nur der Kerngehalt des demokratisch-parlamentarischen Systems.

Die zahlreichen programmatischen Äußerungen und Bekenntnisse gegen die Demokratie als solche erreichen demgegenüber eine andere Qualität. Durch führende Funktionäre der Partei und in führenden Publikationsorganen der NPD wird die Demokratie in diesem Sinne als solche lächerlich, verächtlich gemacht und kategorial verneint.

**Belege** wiederum oben unter A III 3. sowie A IV.



Schließlich garantiert das demokratische Verfassungsprinzip in seiner Konkretion für ein Parteiverbot auch ein territorial lückenloses demokratisches Leben: Alle Mitglieder des demokratischen Legitimationssubjekts müssen die gleiche Möglichkeit haben, an der politischen Willensbildung teilzunehmen. Daraus wurde maßstäblich hergeleitet:

- eine Störung des demokratischen Willensbildungsprozesses auf lokaler oder regionaler Ebene betrifft nicht nur die Staatsbürger vor Ort, sondern prinzipiell alle Bürger;
- Legitimität erhalten Wahlen nicht nur durch den Mehrheitsentscheid, sondern durch den prinzipiell freien und offenen Willensbildungsprozess in der Gesellschaft, d.h. vor der staatsorganschaftlichen Teilhabe der Bürger; dazu gehört eine angstfreie Atmosphäre, frei von Bedrohung und Einschüchterung; vgl zum Maßstab näher oben unter C I 2 b cc.

Die NPD propagiert eine eigene Raumordnungspolitik und schafft damit vereinzelt auf lokaler und regionaler Ebene ein Angstklima, das vor Ort den demokratischen Prozess behindern kann.

**Belege** oben unter A IV 2 b und 3; *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, v.a. S. 28 ff., **Anlage 3**.

Darin liegt ein weiterer Verstoß der Programmatik der Partei gegen das Demokratieprinzip in seiner Konkretion für ein Parteiverbotsverfahren.

Die Ablehnung der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes kann – über das oben angeführte Material hinaus – durch weitere Belege dokumentiert werden:

Der NPD-Multifunktionär *Karl Richter* erklärte in einem Publikationsbeitrag vom November 2009 das ausschließlich instrumentelle Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus:

„Nota bene: in einem bundesdeutschen Länderparlament mitzuspielen und sich im Papierausstoß mit den Fraktionen der etablierten Parteien zu messen, ist für sich genommen kein Ruhmesblatt; und auch die konkreten politischen Gestaltungsmöglichkeiten halten sich in Grenzen, solange man nicht jenseits der 51 Prozent ist. Aber als Übungsgelände ist eine Parlamentsfraktion von unschätzbarem Wert. Ob jemand diese Einschätzung teilt oder sich die Hände mit der bundesdeutschen Parlamentsrealität lieber nicht schmutzig machen möchte,



sagt viel über seine Politikfähigkeit aus. [...] Denn die Spielregeln des ‚Systems‘ sind, wie sie sind, und um sie zu ändern, braucht man Mehrheiten. Also hilft auch im 21. Jahrhundert nur die alte Einsicht weiter, daß man sich zweckmäßigerweise am Spiel namens ‚Demokratie‘ beteiligen muß, wenn man etwas ändern will.“

**Beleg 260 (Kategorie 1):** Artikel „Erfolg ist machbar – auch in der Politik. Aber: Ohne Disziplin, Ausdauer und Persönlichkeit geht es nicht“, in: „Hier & Jetzt“, Ausg. 14 / November 2009, S. 4-9.

Im Dezember 2009 stellt der sächsische Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* in seinem Internetbeitrag „Das Endstadium des Parlamentarismus“ Vertreter der gegenwärtigen politischen Ordnung durchweg und umfassend mit Negativattributen dar, die wiederum die zwingende Folge des parlamentarischen Systems seien:

„Wer noch glaubte, die Altparteien hätten politische Grundwerte, erlebt nun den ideellen Totalausverkauf. Beim jüngsten Koalitionspoker opferten die schwarzen und roten, gelben und grünen Machttechnokraten die Reste programmatischer Unterscheidbarkeit. Der Koalitionssinest läßt sie endgültig zur Einheitspartei verschmelzen. In der bundesrepublikanischen Konsensdiktatur gibt es mittlerweile alle Koalitionsvarianten, die rechnerisch irgendwie möglich sind – auch solche, die vor 10 Jahren noch undenkbar gewesen wären und zu massenhaften Parteiaustritten geführt hätten. [...] In der Merkel-Republik ist der kompromißlerische, entscheidungsfeige, überzeugungslose und pragmatische Machtverwalter und Krisenmoderator zum bestimmenden Politiker-Typus geworden. Diese Negativauslese der Persönlichkeits- und Charakterlosen, die der Rechtsintellektuelle Edgar Julius Jung 1927 als ‚Herrschaft der Minderwertigen‘ charakterisierte, gehört zum Parlamentarismus wie die Ausbeutung zum Kapitalismus. Arthur Moeller van den Bruck formulierte mit Blick auf das Politik-Personal der Weimarer Republik sehr treffend: ‚Revolution und Republik haben kein Genie hervorgebracht, sondern Kompromißler: Geduldmenschen, nicht Tatmenschen; Gestoßene, nicht Stoßende; Langmut, nicht Wagemut; Geheul, nicht Inangriffnahme – und niemals Schöpfung.‘ Dieser Allparteien-Typus hat dafür gesorgt, daß alle programmatischen Kanten der Systemparteien rückstandslos abgeschliffen und die unterschiedlichen Parteiidentitäten weitgehend erloschen sind. Alles – von der CDU bis zur Linken – verkocht zu einer Einheitssoße, die wie übelriechende Gülle über dem ganzen Land liegt. In der Weimarer Krisenzeit gab es mit der NSDAP und der KPD noch Weltanschauungsparteien, deren Anhänger mit viel Herzblut und Opferbereitschaft um wirkliche Systemalternativen rangen. [...] Nun regiert Merkel als programmverhungerte Kompromiß-Moderatorin eine ‚bürgerliche‘ Koalition, unter deren linksliberaler Dunstglocke in den Bundesländern ein regelrechter Koalitionssinest stattfindet: jeder treibt es mit jedem. [...] Ein Gelber für die Gelben, eine Schwarze für die Schwarzen und alle Buntscheckigen zusammen für die Grünen. Hier wächst zusammen, was in seiner Deutschenfeindlichkeit wirklich zusammengehört. Jede Systempartei koalitiert mit jeder – die BRD ist ein politischer Swinger-Club.“

**Beleg 91 (Kategorie 1):** Internetbeitrag „Das Endstadium des Parlamentarismus“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 17. Dezember 2009



Der NPD-Funktionär und sächsische Fraktionsmitarbeiter *Patrick Kallweit* erklärte in einem im Oktober 2012 veröffentlichten Videobeitrag zum Thema „parlamentarische Erfahrungen“:

„Nun ist die NPD natürlich auch die einzige Kraft, die [...] also niemals bereit wäre, etwa mit einer dieser Volksverräterparteien zu koalieren oder sich sonst wie politisch zu prostituieren. Die NPD lehnt dieses System gänzlich ab, was hier läuft.“

**Beleg 261 (Kategorie 1):** *Patrick Kallweit*: Videobeitrag „Patrick Kallweit - parlamentarische Erfahrungen in Stadt, Kreis und Land“, in: [www.npd-niedersachsen.de](http://www.npd-niedersachsen.de) vom 17. Oktober 2012.

Wie bereits dargestellt,

Vgl. oben A IV

ist das Ziel der Antragsgegnerin die Beseitigung des jetzigen auf dem Demokratieprinzip beruhenden Regierungssystems. Dieses dargelegte Selbstverständnis der NPD, das gerade nicht auf eine Reform, sondern auf eine „Revolution“ zielt, ist bis in die kleinsten Gliederungen der Partei vorhanden, wie exemplarisch ein Beitrag des NPD-Kreisverbandes Berlin-Pankow zeigt:

„Wir wollen keine Partei unter Parteien sein, sondern eine Alternative zu dem abgewirtschafteten System der BRD. [...] Wir sind revolutionär, weil wir das ferngesteuerte System der BRD nicht reformieren, sondern überwinden wollen.“

**Beleg 103 (Kategorie 2):** „Selbstverständnis“, [www.npd-pankow.de](http://www.npd-pankow.de), aufgerufen am 30. März 2009.

#### **d) Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols**

Das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit beim Staat als Kern der Rechtsstaatlichkeit und damit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG fordert die prinzipielle Monopolisierung von Zwangs- und Gewaltanwendung bei den Staatsorganen und der staatlichen Verwaltung bzw. die normative und faktische staatliche Kontrolle bei der Delegation von Gewaltausübung.

Näher oben C I 2 c.

Politische Parteien verfolgen danach verfassungsfeindliche Ziele, wenn sie sich nicht eindeutig dazu bekennen, physische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und des politischen Wandels auszuschließen.

Die NPD verhält sich nach außen, bei oberflächlicher Betrachtung in dieser Frage ambivalent. Sprachliche Militanz steht manchen ausdrücklichen Distanzierungen von Gewalt gegenüber.

Ausdrückliche Distanzierungen von Gewaltanwendung etwa durch *Udo Voigt*, **Beleg 262 (Kategorie 2)**; **Beleg 263 (Kategorie 1)**; *Holger Apfel*, Plenarprotokoll 5/44, 44. Sitzung des Sächsischen Landtags am 23. November 2011, S. 4339.

Insbesondere das Parteiprogramm enthält keine expliziten Äußerungen zum Einsatz von Gewalt als politischem Mittel. Daher seien an dieser Stelle weitere Belege angeführt, welche die wahre Einstellung der NPD und ihres Führungspersonals zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung dokumentieren.

Die Partei bekennt sich in zahlreichen ihr zurechenbaren Äußerungen von Führungskräften zu einem – nicht nur verbal vorgetäuschten – „nationalrevolutionären“, „systemüberwindenden“ Anspruch. Langfristiges Ziel ihrer Politik ist, wie ständig wiederholt wird, die vollständige Systemveränderung.

Vgl. exemplarisch etwa: **Beleg 80 (Kategorie 2)**: *Holger Apfel* in einer Informationsbroschüre; **Belege 264, 101, 102, 121 (Kategorie 1)**; *Daniel Knebel* in einem Redebeitrag auf einer Demonstration am 1. Mai 2010 in Schweinfurt: „Wir sind keine Schwätzer und wir sind auch keine Reformatoren, wir sind ausschließlich und das mit voller Überzeugung, Revolutionäre. Wir wollen diesen Staat nicht ändern, wir wollen ihn abschaffen, wir wollen die Revolution, bringt dieses System endlich zu Fall, danke schön.“ **Beleg 122 (Kategorie 1)**.

Darüber hinaus wird in den der Partei zurechenbaren Medien und Äußerungen der Einsatz von Gewalt teilweise gefordert, zumindest jedoch gebilligt oder in Kauf genommen.

Vgl. exemplarisch etwa: **Beleg 87 (Kategorie 1)**: *Udo Pastörs* in einer Stellungnahme der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern; **Beleg 98 (Kategorie 1)**: *Claus Cremer*; **Beleg 104 (Kategorie 2)**;

Ferner wiederum der stellvertretende Parteivorsitzende *Pastörs* in der Aschermittwochsrede am 25. Februar 2009: „Und wer Respekt hat und Stolz entwickelt hat auf das, was er ist und durch die Ahnenkette geworden ist, der wird



sich wehrhaft dieser muselmanischen Bedrohung entgegenstellen, mit Herz, mit Verstand und wenn nötig auch mit der Hand. [...] Ich stehe für einen neuen NPD-Führungsstil, ich stehe für eine radikale soziale Oppositionspolitik und ich stehe für den Kampf gegen jene Kräfte, ganz gleich, woher sie in Deutschland auftauchen und von welcher Seite sie vorgetragen werden, ich stehe immer auf der Seite unseres deutschen Volkes, und ganz gleich, welchen Repressalien die einzelnen nationalen und nationalistischen Gruppen ausgesetzt sind, stehe ich fest an der Seite der aktiven Kämpfer sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten. [...] Nein, auch wer zu früh kommt, den bestraft das Leben, und deswegen braucht eine so kleine Kampfgruppe wie wir es sind Punktlandungen, und dafür müssen wir arbeiten. Kämpfen, opfern, notfalls bluten – Angriff heißt die Parole, nicht blindes Agieren. [...] Und erst dann, wenn wir das [was wir wollen und was wir können; C.M. und C.W.] definiert haben, schlagen wir politisch eiskalt los, und dann haben wir auch die Selbstsicherheit, dass unser Schlag die richtigen Leute zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu Boden ringt, meine Damen und Herren.“ **Beleg 92 (Kategorie 1)**; *ders.*: Videomitschnitt einer Rede auf dem Schwabentag der NPD am 19. März 2011 in Günzburg: „Das Menschenrecht besteht aber auch aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und wenn wir selbstbestimmt sagen, Europa ist das Land der weißen Rasse und es soll es auch bleiben, dann haben wir auch ein Recht darauf, das notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen. Das ist meine Überzeugung.“ **Beleg 238 (Kategorie 1)**.

Als Reaktion auf einen Polizeieinsatz gegen eine Demonstration äußert *Edda Schmidt* in der „Deutschen Stimme“:

„Aber der Schuß kann auch nach hinten losgehen: wer ständig unterdrückt wird, wird sich eines Tages wehren – sicher nicht so wie die Linken, die Privateigentum zerstören, aber vielleicht gegen die Polizei.“ **Beleg 265 (Kategorie 1)**.

Zu einer Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig veröffentlichten die Jungen Nationaldemokraten Chemnitz am 20. Oktober 2009 auf der rechtsextremistischen Internetplattform „Altermedia“ Folgendes:

„... Wie man sich nun gegen Repressalien seitens des Staates zur Wehr setzen sollte, friedlich oder militant, ist situationsabhängig. Wenn jedoch wie letzten Sonnabend abzusehen ist, dass die Schergen des Systems in keinem Falle bereit sind zu kooperieren, da sie bereits im Vorfeld fest entschlossen sind eine Demonstration unsererseits zu verhindern, drängt sich die Frage auf, ob es angebracht ist sich doppelt Ohrfeigen zu lassen, oder doppelt so hart zurückzuschlagen! Denn nur so viel sei gesagt, auch unsere Geduld hat irgendwann einmal ein Ende. [...] Weiterhin liegt es an uns die wichtigste und entscheidende Frage zu stellen: Warum ist man nicht geschlossen aufgetreten, warum nicht einheitlich friedlich oder einheitlich militant?“ Unbekannter Autor (JN): „Und das sagt die JN-Chemnitz zur Leipzig-Demo“, in: <http://de.altermedia.info> vom



20. Oktober 2009, abgerufen am 21. Oktober 2010; **Beleg 266 (Kategorie 2).**

Und im selben Zusammenhang:

„Wir müssen die Konsequenzen aus der Tyrannei ziehen und ihr Spielfeld verlassen und endlich einen effektiven Kampf fern jeder staatlichen Kontrolle führen. Wir müssen unberechenbar werden und unsere eigene Dynamik entwickeln ohne dass die Machthaber am Hebel sitzen.“ Unbekannter Autor („Nationale Sozialisten aus Leipzig“): „Zum 17. Oktober in Leipzig: Die Konsequenz aus der Tyrannei“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), abgerufen am 21. Oktober 2010; **Beleg 267 (Kategorie 2).**

Da man sich durch die Polizei „verraten“ und „unverstanden“ fühlt, wird auf Selbsthilferechte gesetzt.

*Udo Pastörs*, Wortprotokoll der 90. Sitzung des Innenausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern am 15. April 2010.

Gewaltbejahung und Gewaltbereitschaft kann sich auch in symbolischen Handlungen zeigen. Im August 2010 sollen im Rahmen von polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen beim damaligen NPD-Kreistagsmitglied [REDACTED] nach einem Bericht, der auf der rechtsextremen Internetseite [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) veröffentlicht wurde, Dateien mit Fotos aufgefunden worden sein, „welche verschiedene Personen wie Charlotte Knobloch, Silvia Bretschneider, Lorenz Caffier, Ariel Sharon und Simon Wiesenthal mit einer Zielscheibe zeigen. Auf einigen der Bilder sollen sich Einschußlöcher von Luftdruckpistolen befunden haben. Die passende Luftdruckwaffe wurde auch eingesackt.“

**Beleg 268 (Kategorie 2).**

Die Gewaltanwendung Dritter wird zudem gebilligt:

„In Russland bemächtigten sich meist jüdische Oligarchen des vom Volk geschaffenen Vermögens. Hier möchte ich nur kurz mitteilen, dass ein Oligarch gerade vor drei Monaten erschossen wurde in Moskau, der sich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern die Werften für ein Appel und ein Ei unter den Nagel gerissen hatte, ein gewisser Herr Burlakow, den ich im Landtag sehr stark angegriffen habe. [...] Und so ist es auch gekommen. Die Werft ist zu. Die Arbeiter entlassen. Und Burlakow erschossen, was nicht die schlechteste Lösung war.“ *Udo Pastörs*, Rede beim politischen Aschermittwoch der NPD



im Saarland am 22. Februar 2012 in Völklingen (Videomitschnitt); **Beleg 269 (Kategorie 1)**.

Die aktuelle Zurückhaltung der konkreten Anwendung von Gewalt wird als vorübergehendes Phänomen gedeutet, der Einsatz im strategisch richtigen Zeitpunkt befürwortet:

„Die US-Besatzer jetzt offen bekämpfen zu wollen, wie weiland in den sechziger Jahren der ‚Befreiungsausschuß Südtirol‘ (BAS) durchaus erfolgreich die italienische Besatzungsmacht, wäre ein Fehler, denn der Gegner ist einstweilen übermächtig. [...] Demgegenüber gilt für uns, mit Geduld und List, Verschlagenheit und Tarnung, fallweise auch mit Härte – denn die Zeiten des ewigen Zurückweichens sind vorbei, aber auch die sinnlosen Opfer – und viel Diplomatie vorzugehen. [...] Angesagt ist Gemeinschaftspflege auf allen Ebenen, soziale Netzwerke sind zu knüpfen bzw. bestehende zu vernetzen; [...] Die Zeit zum Widerstand ist reif, wenn der Gegner schwächelt. ...“ *Rigolf Hennig*, 200 Jahre nach Tauroggen: Deutschlands Sendung, in: Volk in Bewegung. Der Reichsbote, Ausgabe 6/2012, S. 14; **Beleg 270 (Kategorie 1)**.

Ganz ähnlich ein Meinungsaustausch zwischen Funktionären der NPD im Internet:

„[REDACTED] [REDACTED]: Flugblätter verteilen? Scheiss auf Flugblätter! Wacht endlich auf, wir sind im Krieg! Hoffe das gibt dem einen oder anderen einen kleinen Denkanstoß ^^ Bewaffnet euch, werdet militant und jagd das Pack zur Hölle!“

[REDACTED] [REDACTED]: Gute Idee Herr H. – wie viele bekommt man bundesweit zusammen die militant bis zum Ende gehen würden? 50 – vielleicht 100 – gegen eine Berufsarmee, den gesamten Polizeiapparat und die Geheimdienste. Denke mal der Aufstand wäre in 10 Minuten erledigt. Mit Pech ohne Feindverlust – da einfach 100 Drohnen losgeschickt werden die kurz die Häuser von den Leuten platt machen.

[REDACTED] [REDACTED]: [REDACTED] du alter Pessimist ^^

[REDACTED] [REDACTED]: Ne- ich hab das schon mal ähnlich mitgemacht. Die besten Leute in Kroatien sind tot – da sie bedingungslos schlecht bewaffnet gekämpft haben – und die Feiglinge von damals sind jetzt an der Regierung – weil sie ‚unsere Leute‘ als Kanonenfutter verbraten haben.

[REDACTED] [REDACTED]: Hast mich facto falsch verstanden, aber möchte per FB nicht weiter darauf eingehen, wir reden beim nächsten Treffen! Besser drauf gehen als mit 80 den Untergang Deutschlands mitangesehen zu haben!“

[REDACTED]

[REDACTED]; Facebook-Auszug [REDACTED]

in: <http://linksunten.indymedia.org>  
vom [REDACTED]; **Beleg 271 (Kategorie 1)**.

In diesem Zusammenhang ist eine aufgeschobene Gewaltandrohung für den Fall, mehr Macht erlangt zu haben, für die Partei typisch:

„Wenn wir dereinst die Regierung stellen, werden wir natürlich Minister, Abgeordnete wie auch Beamte daraufhin überprüfen lassen, ob sie im Rahmen ihres Amtseides zum Wohl des deutschen Volkes gehandelt haben. Die Angst erwischt und eines schönen Tages vielleicht sogar bestraft zu werden ist also begründet und sollte uns schon bald Millionen neue Wähler zutreiben, die mit denen da oben noch eine Rechnung offen haben.“

**Beleg 272 (Kategorie 1):** *Udo Voigt*, Die Etablierten: Ein Leben mit der Angst im Nacken, auf: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 17. Juli 2008.

Wiederum *Udo Voigt*:

„Nahezu alle gesellschaftlichen Kräfte und Parteien haben ein Bündnis gegen die NPD geschmiedet und verbreiten dies über den ‚Schwarzen Kanal‘ und den willigen Systemmedien. Das zeigt, daß sie Angst vor der NPD haben. Und das, liebe Landsleute, ist auch gut so! Sie sollen Angst vor uns haben. [...] Ja, sie haben Angst davor, daß wir mächtiger werden und diese feinen Herrschaften künftig nicht mehr alleine unter sich im Parlament mauscheln können. – Ja, sie haben Angst davor, ihren gut bezahlten Politikerjob zu verlieren. – Ja, sie haben Angst davor, daß das Volk sie eines Tages zur Rechenschaft zieht und sie sich dafür verantworten müssen, was sie uns Deutschen angetan haben. Darum zittern die Etablierten vor dem Wahlsieg am kommenden Sonntag.“ **Beleg 273 (Kategorie 1)**.

Oder *Udo Pastörs*:

„... Die Demokratur der BRD und ihre Apologeten, ihre Führungsschicht, sind ideologisch verblendet und deswegen verdient diese Nomenklatura am Tag der Abrechnung auch keine Gnade, liebe Freunde.“ Bei einer Demonstration der NPD „Gegen kinderfeindliche Bonzen“ in Anklam/Mecklenburg-Vorpommern am 31. Juli 2010; **Beleg 274 (Kategorie 1)**.

Der sächsische Landtagsabgeordnete und Mitglied des NPD-Bundesvorstands *Andreas Storr*:

„Unser Volk wird die historische Schuld, die sich die politische Klasse in diesem Land aufgeladen hat, einmal erkennen und sich ihrer dann auch entledigen – ganz demokratisch! Die Stunde der Wahrheit wird die Stunde der Abrechnung sein.“ Redebeitrag zitiert nach *Thorsten Thomsen*, Stunde der Abrech-



nung: Minarett-Verbot scheitert am verlängerten Arm der Islam-Lobby im Sächsischen Landtag, [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de) vom 28. April 2010, abgerufen am 20. April 2010; **Beleg 275 (Kategorie 1)**.

Ähnlich auch der Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ und hochrangige Parteifunktionär *Karl Richter*:

„Wer mit der Fremdherrschaft ins Bett stieg, gehört weg, ohne viel Federlesens, Kropfzeug, das man ausmisten muß, will man verhindern, daß es wieder hoch kommt – weiß der Mythos.“

**Beleg 276 (Kategorie 1):** Artikel: Wie meinten Sie das, Herr Homer? Ithaka in Bottrop – warum die ‚Odyssee‘ eigentlich verboten gehört, in: Hier & Jetzt, Ausgabe 15/10, S. 4 ff.

An dieser Stelle ist die eingangs dieses Schriftsatzes dargelegte

oben unter A I 1,

Verdeckungsabsicht zu berücksichtigen. Insbesondere der Parteivorsitzende *Apfel* bemüht sich angesichts seines „seriöseren“ Kurses vordergründig um eine Abgrenzung vom Einsatz von Gewalt. Die ganze Ambivalenz derartiger Äußerungen wird dann wieder etwa durch eine JN-Broschüre „Leitfaden Politische Grundbegriffe“ (Teil 2) aus dem Jahr 2013 deutlich, in der „Friedlichkeit“ und physischer Kampf in Beziehung gesetzt werden:

„Natürlich sind wir eine Friedensbewegung und heißen Krieg nicht prinzipiell für gut. Dennoch sind Friedenszeiten, die unter allen Umständen erhalten werden sollen, oft ein wichtiger Faktor für diese Verarmung von Tugenden. Die Not schärft den Verstand und Instinkt für das Wichtige im Leben. Sie formt aus jungen Menschen Erwachsene, die durch sie lernen verantwortungsvoll mit sich und anderen umzugehen. Heute über sechzig Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht ist unsere Jugend zu großen Teilen eine Generation von Weichlingen und Feiglingen geworden. [...] Hier sei noch einmal gesagt: Die JN versteht sich als eine Friedens- und Freiheitsbewegung für Deutschland und Europa. Dennoch besteht die Welt nicht nur aus Freunden und Verbündeten. Sie ist ein ewiger Kriegsschauplatz. [...] Der Kampf lässt die edelsten Tugenden wie Kameradschaft, Ehre, Treue und Gemeinschaftsdenken an die Oberfläche geraten. Durch die Not lernt der Mensch wieder edel zu sein.“

**Beleg 233 (Kategorie 2):** Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten (verantwortlich und Herausgeber *Andy Knape*), S. 18 f.

Dass die im Schulungsprogramm der NPD angebotenen Selbstverteidigungskurse

vgl. oben unter A II,

auf den Einsatz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zielen, wird nicht wirklich dementiert:

„Im hauseigenen Sportraum können seit einiger Zeit Kurse für Kampfsport und Selbstverteidigung belegt werden. In unregelmäßigen Abständen finden besondere Seminare – unter Anleitung fachkundiger Referenten – statt. Im März geht es beispielsweise um Nervendruckpunkte. Darüber echauffiert sich nun wiederum die anti-deutsche Bürgerinitiative ‚Wir für Lübtheen‘, die umgehend Schützenhilfe von der extrem linken taz erhält. Die in die Jahre gekommenen Antifa-Journalisten Andrea Röpke und Andreas Speit meckern munter drauf los und mutmaßen, daß derartige Selbstverteidigungs-Kenntnisse nicht zuletzt auf sie selbst schmerzhaft zurückfallen könnten.“ Veröffentlicht im rechtsextremistischen Internetauftritt MUPINFO des NPD-Landtagsabgeordneten *David Petereit*: „Auf den Punkt getroffen“ von *Axel Heider (Pseudonym)*, [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 9. März 2013, abgerufen am 11. März 2013, **Beleg 178 (Kategorie 2)**; *Andrea Röpke* und *Andreas Speit*, Nazis lernen den „sanften“ Angriff, taz vom 7. März 2013, **Beleg 277 (Kategorie 2)**.

Der gerichtlich bezeugte Gewalteinsatz zahlreicher Anhänger und Funktionäre der NPD – dazu sogleich unter II 2 d – spricht seine eigene Sprache.

Nach ihren Zielen und ihrer Strategie negiert die NPD damit – entgegen gelegentlichen gegenteiligen Äußerungen – auch das staatliche Gewaltmonopol als Konkretion der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG. Durch rechtswidriges und kriminelles Handeln wird die Geringschätzung des Gewaltmonopols ebenfalls deutlich, sofern es sich um Gewaltkriminalität o.ä. handelt – dazu sogleich unter 2 c und d.

#### **e) Relativierung nationalsozialistischen Unrechts**

Zum auch normativ bedeutsamen verfassungsrechtlichen Grundkonsens im Sinne einer „gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung“ gehört die Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Das auch in Art. 21 Abs. 2 GG zum Ausdruck kommende Konzept der wehrhaften Demokratie ist in erster Linie als Antwort auf die Katastrophe der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 zu verstehen. Gerade das Parteiverbotsverfahren richtete sich – nicht nur in seinem ersten Anwendungsfall in BVerfGE 2, 1 gegen die SRP – gegen Parteien mit nationalsozialistischer Ideologie.

Die Partei relativiert schon in ihrem Parteiprogramm nationalsozialistische Verbrechen,



vgl. **die Belege** oben unter A III 4; *Institut für Zeitgeschichte*, Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, 2013, v.a. S. 25 ff.,

Anhänger der Partei gehen bis zur Relativierung und Leugnung der Ermordung der europäischen Juden durch die Gewaltherrschaft des NS.

Vgl. insgesamt **die Belege oben unter A III 4, unter A IV** sowie *Institut für Zeitgeschichte*, Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, 2013, S. 26 f. Exemplarisch etwa **Beleg 108 (Kategorie 1)**.

Die Relativierung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, insbesondere des Holocausts, ist eine Variante im revisionistischen Bestreben der NPD, die historischen Tatsachen im Sinne einer Verharmlosung der Hitler-Diktatur umzudeuten. Dieser revisionistische Gesamtansatz umfasst zudem die Leugnung der deutschen Kriegsschuld, die Überzeichnung der Handlungen des Kriegsgegners und gebietsrevisionistische Postulate.

Der NPD-Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* beschreibt die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland wie folgt:

„Pflichtschuldig will der SPD-Politiker nun die ‚Aufklärungsarbeit‘ über den Nationalsozialismus unter Kindern und Jugendlichen noch verstärken und ins Wahnhafte steigern: [...] Wird für die, die nicht die bundesrepublikanische Staatsmode von Büßerhemd und Narrenkappe tragen wollen, wieder eine Baracke in Buchenwald oder Auschwitz aufgeschlossen? Vielleicht mit jungen ‚Migranten‘ als Aufsehern, die dann als Hövelmanns willige Vollstrecker jungen Deutschen ihre angebliche Erbschuld mit der Auschwitz-Keule einprägen? In der Canossa-Republik ist jedenfalls vieles vorstellbar. Schließlich kommt ja auch die neue Studie zu dem Ergebnis, daß die NS-Vergangenheit für junge Menschen noch immer eine Rolle spielt – im Positiven wie im Negativen. Will heißen: Die geschichtspornographisch eingefärbte Trauer- und Bewältigungsarbeit entscheidet über das Maß an adressiertem nationalen Selbsthaß, den in- und ausländische Mächte zur Durchsetzung ihrer deutschenfeindlichen Interessen ja unbedingt brauchen. [...] Die Vergangenheit soll einfach nicht vergehen, weil man Deutschland nur dann klein halten kann, wenn die Bundesrepublikaner ungehemmt ihrer Schuld lust fröhen und sich selbstanklägerisch erniedrigen. Das widerliche Dogma dieser Schuldreligion heißt: ‚Meine Ehre heißt Reue‘.“

**Beleg 278 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*: „Alle deutschen Schüler ins Konzentrationslager? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung befeuert die Schuld- und Sühne-Pädagogik“, [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 1. Juli 2008.



Die Diffamierung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust wird verbunden mit Aussagen, welche die historische Existenz des Holocaust in Frage stellen:

„Mit Stolpersteinen, gebetsmühlenartig wiederholter Buße, Indoktrination im Schulunterricht und einer beispiellosen und anhaltenden Medienkampagne gegen ein gesundes deutsches Nationalempfinden soll uns Deutschen nicht nur jeder Stolz auf die Leistungen des eigenen Volkes genommen, sondern auch ein mangelndes Selbstbewusstsein eingeimpft werden. [...] Schon gar nicht angesichts uns vorgehaltener Verbrechen, mit der die heutigen Generation, ob wahr, erlogen oder übertrieben dargestellt, rein gar nichts mehr zu tun haben kann.“ NPD-Bundesvorstandsmitglied *Patrick Wieschke*, „Kopf hoch Deutsche!“, Bürgerstimme - Patriotisches Mitteilungsblatt für die Landeshauptstadt Erfurt, Jg. 2, Ausg. 9, März 2010, S. 2, **Beleg 279 (Kategorie 1)**.

Der langjährige NPD-Bundesvorsitzende *Udo Voigt* stellt 2008 das Hitler-Regime als legitime deutsche Regierung dar und verunglimpft den Widerstand des 20. Juli:

„Den Reichstag als ein Symbol des Reiches, als Ausdruck der Macht des Volkes, dem deutschen Volke gewidmet, in Verbindung mit dem hinterhältigen Attentat des 20. Juli zu bringen, blieb den Veranstaltern vorbehalten. Schließlich war es der in freien und geheimen Wahlen gewählte Reichstag, welcher am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler wählte und ihm dann alle Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes übertrug. [...] Für gewisse Kreise war es wohl an der Zeit, die Fronten zu wechseln und sich für die Zeit nach dem Krieg schon einmal in Position zu bringen. In diesen schweren Tagen putschten Soldaten, die man heute als Helden hinzustellen versucht. Daß bei dem Mordversuch auf den Reichskanzler und Oberbefehlshaber dieser nahezu unverletzt blieb, aber Unschuldige ums Leben kamen bzw. schwer verletzt wurden, ist sicher keine Ruhmestat, sondern schlichtweg Mord. In jeder Armee der Welt würden solche ‚Helden‘ als Verräter und Mörder angeklagt und wohl auch hingerichtet, nicht anders als damals in Deutschland. [...] Ein Vorbild für junge Soldaten sind solche ‚Widerstandskämpfer‘ des 20. Juli unserer Überzeugung nach gewiß nicht! Schließlich haben auch die damaligen Widerstandskämpfer einen Treueeid geschworen, wie auch die 500 jungen Rekruten am 20. Juli 2008 vor dem Reichstag ein Treuegelöbnis ablegten.“

**Beleg 280 (Kategorie 1):** *Udo Voigt*, „Der 20. Juli, die Bundeswehr vor dem Reichstag und Helmut Schmidt war ‚dabei‘!“, [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 21. Juli 2008.

*Janus Nowak*, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, weist jüdischen Insassen eines KZ den Status von „Kriegsgefangenen“ zu und insinuiert damit ein gerechtfertigtes Vorgehen des NS-Regimes gegen diese Personengruppe:

„Obwohl man nach dem Krieg immer allen Opfern gedacht hatte, wurde dazu übergegangen, ‚Opfergruppen nicht zu vermischen‘ und quasi eine einseitige – eben selektive – Schuldkultur zu manifestieren. Wörtlich heißt es: ‚Wir weisen



mit Nachdruck darauf hin, daß es den einzelnen Opfergruppen wichtig ist, daß ihr spezielles Leid entsprechend gewürdigt wird.' Die ‚Holocaustindustrie‘ läßt grüßen! Für die zwei deutschen Opfer alliierter Mißhandlungen bekommt man als Verein eben nicht so viele Spendengelder, als für ums Leben gekommene Jüdische Häftlinge. [...] Zuletzt bleibt zu erwähnen, daß die in Hailfingen/Tailfingen untergebrachten Juden selbstverständlich auch genauso als ‚Kriegsgefangene‘ bezeichnet werden können, ebenso wie Hunderttausende deutsche Soldaten und Zivilisten, wie im Falle eines meiner Urgroßväter. Mit dem ‚delikatsten‘ Unterschied, daß unsere Soldaten und etwa 3 Millionen Ostdeutsche Zivilisten NACH dem Krieg auf Todesmärsche geschickt worden sind, oder sich in sowjetisch-polnischen Konzentrationslagern zu Tode gearbeitet haben. (Auch ohne bombardierungs-bedingte Mangelernährung)“

**Beleg 281 (Kategorie 1):** *Janus Nowak:* „Die ‚Holocaustindustrie‘ darf nicht vergessen werden!“, [www.npd-stuttgart.de](http://www.npd-stuttgart.de) vom 28. Mai 2010.

Auch *Karl Richter*, seit April 2009 stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, diffamiert die Widerstandskämpfer des 20. Juli:

„Ein symbolträchtiges Zusammentreffen: während in Berlin zum Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler im Juli 1944 auch dieses Jahr Bundeswehrsoldaten vereidigt wurden, kündigte die Afghanistan-Konferenz in Kabul den Rückzug westlicher Truppen bis 2014 an – das Eingeständnis einer glatten Kapitulation. [...] Und zweitens, weil man natürlich keine siegreichen Feldzüge von einer Armee erwarten darf, die von ihrer politischen Führung systematisch auf die Tradition von Widerstand und Verrat vergattert wird, wie das jüngste Berliner Vereidigungsspektakel am 20. Juli nahe legt. [...] Und die unsägliche Stauffenberg-Romantik kann dann auch gleich auf den Müll der Geschichte.“

**Beleg 282 (Kategorie 1):** *Richter, Karl:* „20. Juli 2010: Stauffenberg am Hindukusch“, [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 21. Juli 2010.

Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete *Jürgen Gansel* sieht die USA – von eigensüchtigen Wirtschaftsinteressen geleitet und aus Neid mit Blick auf das erfolgreiche ökonomische Modell im Dritten Reich – als den alleinigen Verursacher des Zweiten Weltkriegs:

„Die Weltwirtschaftskrise, ausgelöst durch den Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929, bescherte den USA bis zum Frühjahr 1933 eine Zahl von nahezu 15 Millionen Arbeitslosen. Nachdem auch das Wirtschaftsprogramm des ‚New Deal‘ unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt (1933-1945) nicht fruchtete und 1937 eine scharfe Rezession eintrat – in Deutschland herrschte zu dieser Zeit Vollbeschäftigung! –, erschien dem US-Establishment wieder einmal Krieg als probates Mittel der Wirtschaftserholung. Krieg oder Wirtschaftskrise: Roosevelt entschied sich für Krieg, kurbelte die Rüstungsindustrie an und schwor die Westmächte auf eine antideutsche Linie ein. Von Kriegsbeginn an unterstützten die USA insbesondere Großbritannien ideell wie materiell gegen ein Deutschland, das sich erfolgreich von der



Wall-Street-Weltordnung abzukoppeln begonnen hatte. [...] Die US-Bevölkerung wollte sich aber nicht auf dem europäischen Kriegsschauplatz verheizen lassen, und Deutschland unterließ alles, um die Kapitalmacht der Welt zu provozieren. Der kriegsbesessene Roosevelt wählte indes eine Hintertür zum Kriegseintritt durch unerträgliche Druckmaßnahmen auf den deutschen Verbündeten Japan. [...] Mit dem siegreichen Zweiten Weltkrieg hatten die USA ihr Ziel erreicht, große Teile Europas – keinesfalls nur Deutschland – auf einen Vasallen-Status herabzudrücken, und das eigene Wirtschafts- und Politikmodell einem beträchtlichen Teil Europas aufzuzwingen. [...] Die USA waren nie eine Opfer-Nation, sondern eine von kapitalistischen Cliquen beherrschte Täter-Nation.“

**Beleg 283 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*: „Kriegstreiberei führt USA in den Staatsbankrott“, Deutsche Stimme, Ausg. 11/2011, November 2011, S. 23.

Das bayerische NPD-Landesvorstandsmitglied *Manfred Waldukat* fordert eine Revision der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands. Diese Ansprüche seien legitim, weil dem Dritten Reich der Zweite Weltkrieg vom Ausland aufgezwungen worden sei:

„Am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die beiden provisorischen ‚Staatsgebilden‘, die in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und der Niederringung Deutschlands aus den vier Besatzungszonen entstanden waren. Aus Mitteldeutschland wurde im Sprachgebrauch der Medien ‚Ostdeutschland‘. Diese Lüge wird bis heute als sprachliche Verdrehung tagtäglich dem deutschen Volk in den allmächtigen Medien eingehämmert – so, als ob es östlich der Oder-Neiße-Linie keine umfangreichen Gebiete und Provinzen mehr gäbe, die seit Jahrhunderten zu Deutschland gehören. Das, was im Oktober 1990 vereinigt wurde, ist nicht Deutschland, sondern sind nur die Gebiete, die man als West- und Mitteldeutschland bezeichnen kann. Von einer tatsächlichen Wiedervereinigung Deutschlands kann nur gesprochen werden, wenn es in den völkerrechtlich gültigen Grenzen von 1937 wiederhergestellt würde. Am Beginn eines schrecklichen und verheerenden Krieges, der uns von fremden Mächten im Ausland aufgezwungen wurde, von Mächten, die heute noch hier herrschen und die Deutschland bis heute noch nicht freigegeben haben. [...] Ein ungeteiltes, freies und souveränes Deutschland - das Herz Europas - ist diese BRD jedoch noch lange nicht.“

**Beleg 284 (Kategorie 1):** *Manfred Waldukat*: Unser Ziel: das ganze Deutschland, in: Deutsche Stimme Nr. 11/2012, S. 5.

## **f) Insbesondere Antisemitismus**

Antisemitismus wurde oben ebenfalls als Element des Schutzgutes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG identifiziert. Insbesondere das



Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin, hat diesen in Bezug auf die NPD nachweisen können.

### A III 5.

Weitere aktuelle Nachweise sollen diesen Befund im Folgenden abrunden:

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indizierte am 6. März 2008 den Versandkatalog der „Deutsche Stimme Verlags mbH“ (DS-Verlag) in Riesa/Sachsen, „Deutsche Stimme – Der Katalog 2008“ (DS-Katalog 2008) wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus' und des Krieges. Der DS-Verlag klagte gegen die Indizierungsentscheidung vor dem Verwaltungsgericht Köln. Das Gericht wies die Klage mit Urteil vom 12. Januar 2011 (Az.: 22K3151/08) ab. Gegen das Urteil hat die Klägerin Berufung eingelegt, deren Entscheidung noch aussteht. In ihrer Entscheidung verweist die BPjM auch auf antisemitische Positionen und Provokationen im DS-Katalog.

Zu *Norman Finkelsteins* Buch „Holocaust-Industrie“ (S. 49, Rubrik: Israel/ Zionismus/ Judentum) heißt es im Anreißtext des DS-Katalogs 2008:

„Eine grandiose Abrechnung mit den Nutznießern des ‚Shoah-Business‘ und der Instrumentalisierung des Holocausts.“ Die Veröffentlichung „Das Netz – Israels Lobby in Deutschland“ wird im Anreißtext mit der Anmerkung „Einflussreiche Kräfte setzen sich mit aller Energie für das Wohl Israels ein. [...] auch ‚heimlich, still und leise‘ hinter den Kulissen. [...] Das Buch beschäftigt sich mit diesem unheilvollen Netzwerk.“

Dazu erklärt die BPjM, hier werde die Behauptung aufgestellt, dass der Holocaust (hebräisch: Shoah) von Israel als Instrument zur Erreichung bestimmter Ziele nutzbringend eingesetzt werde. Geschichtsunerfahrenen oder in ihrer Meinung noch nicht gefestigten Rezipienten könne eine solche Aussage die Vermutung nahe legen, dass die Existenz des Holocausts damit an sich in Zweifel zu ziehen sei. Mit den „Kräften hinter den Kulissen“, dem „unheilvollen Netzwerk“, werde auf das „Zionist Occupied Government“ angespielt, mit dem Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextreme Verschwörungstheoretiker, ihre Behauptungen von einer weltweiten Verschwörung des Judentums beschrieben. Die Regierungen demokratischer Staaten würden als unterwanderte Marionetten des Weltjudentums bezeichnet. So würden antisemitische Ressentiments geschürt. Zudem erfahre die NS-Rassenlehre durch die Anreißtexte eine Rechtfertigung.

Unter der Rubrik „Gesinnungsknöpfe“ auf Seite 113 des DS-Katalogs 2008 befindet sich der Button „Keine Macht den Nasen“, auf dem eine Comic-Figur mit großer Nase abgebildet ist. Der Kampagne „Keine Macht den Drogen“ nachgestaltet, spielt der Button auf die Rassentheorien der NS-Zeit an, die jüdische Mitmenschen gerne hässlich darstellten und ihnen als besonderes körperliches Merkmal eine große Nase zuschrieben. Nach Auffassung der BPjM wird durch diesen die Gesinnung des Trägers abbildenden Knopf eine antisemitische Haltung deutlich und die Rassenlehre des Nationalsozialismus propagiert. Dies gelte in gleichem Maße für den auf Seite 115 befindlichen Aufkleber „Vorsicht bei Gesprächen! Feind hört mit!“ mit dem Kopfbild eines hässlichen, geifernden, dunkelhaarigen Mannes mit großer Nase, das das im Nationalsozialismus propagierte Feindbild des „Juden“ schürt. Die Ausgrenzung und damit der Hass auf jüdische Mitbürger trete auch durch den T-Shirt-Aufdruck „100 % unkosher“ (S. 116) zu Tage.

**Beleg 285 (Kategorie 2):** Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), Indizierung des DS-Katalogs 2008 vom 6. März 2008, Entscheidung des 12er-Gremiums Nr. 5553, bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 48 vom 28.03.2008; zitiert nach: BPjM Aktuell, Nr. 2/2011, S. 3-16. - Deutsche Stimme Verlag: Verlagsempfehlungen 2008, S. 1, 49, 113, 115, 116.

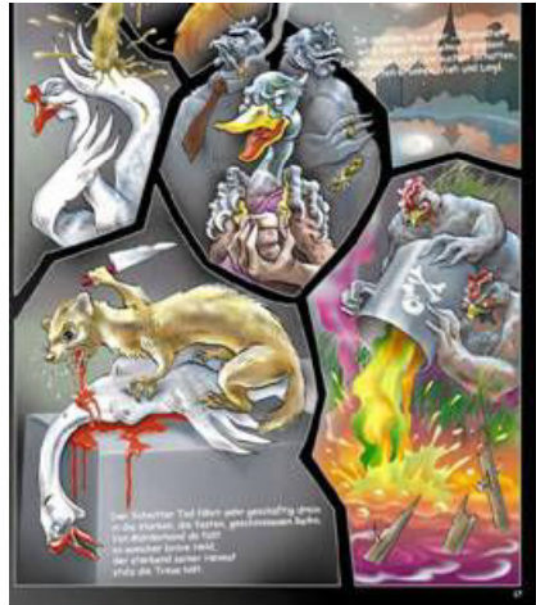
Im Sommer des „Superwahljahrs“ 2009 veröffentlichten die JN im Rahmen ihrer Jugendarbeit einen Comic mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Inhalten, der ab August auf ihrer Internetseite [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) zum Herunterladen bereitstand und in unkonventioneller Form Jugendliche mit dem Gedankengut der NPD vertraut machen sollte.

In dem Heft mit dem Titel „Der große Kampf – Enten gegen Hühner“ (Herausgeber: Junge Nationaldemokraten, V.I.S.d.P.: *Michael Schäfer*) wird in Form einer Tierfabel der Kampf eines Volkes gegen Überfremdung und Fremdbestimmung beschrieben. In den unterschiedlichen Handlungssträngen werden außerdem Themen wie Asyl, „Umerziehung“, Ausländerkriminalität, staatliche Repression, Verrat und Homosexualität in fremdenfeindlicher und antisemitische Verschwörungstheorien nutzender Weise angesprochen:



Die vermeintlich in Not um Obdach bittenden Hühner finden Einlass nach Erpelstadt, der Stadt der Enten. Während die gutmütigen Einheimischen fleißig ihrer Arbeit nachgehen, setzen sich die vom Erzähler im weiteren Verlauf als „Hühnerpest“, „Hühnerpack“ und „fremde Plage“ titulierten Einwanderer „ins gemachte Nest“ und konzentrieren sich ausschließlich auf die Fortpflanzung ihrer Rasse.

Schnell streben die Hühner außerdem nach der Vorherrschaft in Erpelstadt. Zu diesem Zweck verschaffen sie sich die Kontrolle über die Medien, unterwandern das Rechtssystem und „spannen eifrig ihre Netze“, indem sie „mit Tücke und Betrug“ neue Strafgesetze erlassen. Die Einführung einer fortan zur Unterdrückung der Enten eingesetzten „Hühner-Anti-Diskriminierungsklausel“ wird mit der Aussage kommentiert: „Ehe du dich versiehst, bist du ein Faschist.“ Wenig später fallen die Hühner mit Unterstützung des Enten-nachwuchses, der zuvor „angelogen, angefüttert, umerzogen“ und seiner ursprünglichen Identität entfremdet wurde, ins Reich der tapferen weißen Gänse ein. Die Okkupanten wenden dabei hinterhältige und heimtückische Mittel an. Besonders perfide ist in diesem Zusammenhang der Rückgriff auf das antisemitische Stereotyp vom „jüdischen Brunnenvergifter“ (siehe Foto rechts): „Im dunklen Kreis der Illuminaten wird feiger Meuchelmord geplant. Sie scheuen Licht, sie suchen Schatten, vergiften Brunnen, Vieh und Land.“



In Anlehnung an das antisemitische Klischee von der jüdischen Weltverschwörung werden die Hühner als hinterhältige und volkszersetzende Parasiten gezeichnet, die auf Kosten der Gemeinschaft von Zinsen leben und unersättlich nach der Weltherrschaft streben: „Mit Gift und trügerischem Dunst hat das Huhn die Welt verführt“ und „Das fette Huhn kann nur noch grinsen, seine Macht steigt mit den Zinsen“.

Die letzten nicht assimilierten Enten fliehen schließlich aus dem in Schmutz, Homosexualität, Drogenkonsum und Kriminalität untergehenden Erpelstadt und bauen sich andernorts „fleißig mit schaffender Hand“ eine neue Existenz auf.

Der Comic verdeutlicht, in welchem Maße die Ideologie der JN Merkmale des rassistischen Antisemitismus enthält. Bemerkenswert ist auch, dass einzelne Textpassagen unmittelbar historischem NS-Liedgut der so genannten Kampfzeit der NSDAP entnommen sind. So stammt z.B. die Zeile „fleißig mit schaffender Hand“ aus dem Lied „Brüder in Zechen und Gruben“, das Zitat „Enten, seid Brüder, reicht Euch die Hand“ entstammt dem Lied „Heil Deutschland“.

**Beleg 286 (Kategorie 2):** Junge Nationaldemokraten, V.I.S.d.P.: Michael Schäfer, „Der große Kampf – Enten gegen Hühner“, Comic aus dem Jahr 2009.



*Jürgen Gansel*, sächsischer NPD-Landtagsabgeordneter, erklärt Wirtschaftszusammenhänge unter Rekurs auf das antisemitische, den NS-Sprachgebrauch aufgreifende Stereotyp vom „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital:

„Als dem internationalen Finanzsystem im Frühherbst eine regelrechte Kernschmelze drohte, wußten sich die Wirtschaftsnationen nicht anders zu helfen, als einen billionenschweren ‚Rettungsschirm‘ für die Bankenwelt aufzuspannen. In den Vereinigten Staaten als dem Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals nahm das Unheil mit systemimmanenter Logik seinen Lauf: [...] Es ist das alte Krebsübel, das nur mit der Überwindung des Systems selbst überwunden werden kann: Die Gewinne werden privatisiert und die Verluste sozialisiert. [...] Dabei ist die Geldgier der Managerkaste nur eine Krisenursache unter vielen. Aber ihre Schmuse- und Ablenkungskritik verfängt nicht. Jeder in den Parteizentralen spürt, daß es ein neoliberales ‚Weiter so‘ nicht geben darf, wenn die antikapitalistische Sehnsucht der Deutschen nicht wie in den 1930er Jahren in eine nationale und soziale Systemwende münden soll. Seit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 war es nicht mehr so leicht wie heute, den Unterschied zwischen Werte schaffender Wirtschaft und Werte raffendem, oft auch Werte vernichtendem Finanzkapital plausibel zu machen.“

**Beleg 287 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*, Das Finanzkapital reißt Volkswirtschaften in den Abgrund, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/2008, S. 1 u. 4.

*Gansel* konstatiert bei jüdischen Intellektuellen – unter Rekurs auf übliche antisemitische Stereotype im Nationalsozialismus – einen „zersetzenden“, auf die Vernichtung des deutschen Gemeinwesens zielenden Charakterzug:

„Im August 1969 starb Theodor W. Adorno auch an den tiefen Kränkungen und Enttäuschungen, die ihm die linksradikale Studentenbewegung zufügte, obwohl er sie mit den meist jüdischen Köpfen der ‚Frankfurter Schule‘ selbst herangezüchtet hatte. 1903 wurde Theodor Wiesengrund als Kind eines jüdischen Weingroßhändlers und einer Korsin in Frankfurt am Main geboren. Seit 1930 war Adorno Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung, dessen Gründung 1923 der jüdische Millionärssohn Felix Weil finanziert hatte. Zusammen mit Max Horkheimer, Herbert Marcuse und Friedrich Pollock, allesamt Söhne reicher Juden, machte Adorno das Institut schon zu Weimarer Zeiten zu einer neomarxistischen und neofreudianischen Denkschule. Deren ‚Kritische Theorie‘ verband in ihrer Gesellschaftstheorie sozioökonomische Auffassungen des Juden Karl Marx mit der Psychoanalyse des Juden Sigmund Freud. Mit scheinhumanitären Forderungen nach Demokratisierung, Emanzipation und Aufklärung rührten diese Köche eine ganz und gar nicht koschere Speise an: einen Giftfraß, der die inneren Organe und das Gehirn der deutschen Volksgemeinschaft anfressen sollte. Die Kritische Theorie war nichts anderes als eine Theorie der radikalen Verneinung jeder gewachsenen Ordnung in Staat, Volk, Kultur und Erziehung. So stark diese Prophetie auch eine gewisse Verwandtschaft zu ‚rechten‘ Denkfiguren aufweist und so entschieden man die Kritik an der westlichen Konsumgesellschaft aus dem Geist der Kulturkritik teilen muß, bleibt ein Trennungsstrich doch deutlich zu ziehen: die grundfal-



sche Prämisse der Aufklärung vom autonomen Individuum. Das, was Adorno als Medizin gegen die neuerliche Entfremdung und Entmündigung des Menschen verschreiben will, ist das eigentliche Gift. Wer sich wie die Frankfurter Schule die Zerstörung von Volk und Staat aufs Papier geschrieben hat, darf sich doch nicht verwundert die Augen reiben, wenn die entwurzelten Einzelnen plötzlich zum manipulierbaren Spielball anonymer Machtstrukturen und eines Verblödungsregimes werden. Denn wo das Volk zerstört wird, stirbt die Gemeinschaft; wo die Gemeinschaft zerstört wird, stirbt die Kultur, und wo die Kultur zerstört wird, stirbt der Mensch. Rationalistischer Individualismus führt somit zwangsläufig zum Kollektivismus der herunternivellierten Masse. Nicht ein Mehr an Freiheit und Autonomie ist die Lösung für die teilweise richtig diagnostizierte Gesellschaftskrise, sondern die Wiedereinwurzelung der menschlichen Sozialatome in die sinnstiftende Volksgemeinschaft. Durch die Heranzüchtung des ‚demokratischen Menschen‘, der sich vom ‚falschen Bewußtsein‘ freimacht, sollte der Nährboden von Faschismus und Antisemitismus ausgetrocknet werden. Für Deutschland hieß das, einen totalen Bruch mit der nationalen Vergangenheit und die Diffamierung des deutschen Wesens ins Werk zu setzen, denn der demokratische Mensch sollte auch ein antinationaler Neurotiker sein. [...] Mit diesem akademisch aufpolierten Neurotisierungsprogramm musste Adorno zum Säulenheiligen der Umerziehungsrepublik werden. Der giftspritzende Theoretiker starb vor 40 Jahren, sein Gift wirkt aber noch heute.“

**Beleg 288 (Kategorie 1):** *Jürgen Gansel*, Theoretiker der Volks und Staatszerstörung. Jubiläum mit Beigeschmack: Vor 40 Jahren verstarb Theodor Wiesengrund Adorno, in: *Deutsche Stimme* Nr. 9/2009, September 2009, S. 23.

Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende *Karl Richter* wird in einer NPD-Pressemeldung der Bundespartei vom 18. Januar 2010 in Bezug auf gemeinsame israelisch-deutsche Kabinettssitzung im Januar 2010 in Berlin wie folgt zitiert:

„Als ‚unverhohlene Brückierung Deutschlands und deutscher Interessen‘ kritisiert die NPD die gemeinsame deutsch-israelische Regierungssitzung im Berliner Reichstag am 18. Januar. NPD-Parteivize Karl Richter wies auf den ‚unmissverständlichen symbolpolitischen Aspekt‘ der Konsultationen hin, der vor dem Hintergrund wiederholter Solidaritätsbekundungen der Kanzlerin an die Adresse Israels unheilvolle Brisanz entfalte und die Bundesrepublik zum Komplizen der israelische Daueraggression im Nahen Osten mache. [...] ‚Der 18. Januar ist im Bewusstsein der Deutschen untrennbar mit der Reichsgründung des Jahres 1871 verbunden‘, erklärte Richter. ‚Eine Sitzung der israelischen Regierungsspitze an diesem Datum im Reichstag kommt einer symbolischen Aneignung der deutschen Politik gleich, wie sie die Bundeskanzlerin an anderer Stelle bereits mehrfach vorformuliert hat. Das ist ein ungeheuerlicher und in unserer Geschichte beispielloser Vorgang. Die Kanzlerin muß sich fragen lassen, wessen Politik sie eigentlich betreibt – die deutsche oder israelische?‘

Richter erklärte, die nationale Opposition werde der ‚Fremdüberlagerung‘ Deutschlands und seiner Symbole nicht tatenlos zusehen und auch den bevorstehenden 65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz nicht als ‚rituelle Dauerstigmatisierung der Deutschen zum ‚Tätervolk‘ hinnehmen. Denn: der Holo-



caust hat viele Facetten und schließt die Verbrannten und Ermordeten von Dresden und Hiroshima, die Opfer des ukrainischen Hunger-Holocaust der dreißiger Jahre und die Vertreibungsoffer nach 1945 ebenfalls ein. Israel hat keine Exklusivrechte am Holocaust-Gedenken!“

**Beleg 289 (Kategorie 1):** NPD-Pressemeldung vom 18.01.2010, „Ungeheuerlich – israelische Regierungsspitze am 18. Januar im Reichstag“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), eingesehen am 25. Januar 2010.

*Holger Apfel* erklärte in seiner Rede am 17. Juni 2010 in einer von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion beantragten Debatte zum Thema „Keine Zusammenarbeit mit ‚Schurkenstaaten‘ – Sächsisch-israelische Partnerschaft beenden“:

„Fakt ist: Mit dem aktuellen Überfall auf einen Hilfsgüterkonvoi für den Gaza-Streifen hat sich Israel endgültig als Schurkenstaat entlarvt!

[Anm.: APFEL erhält Ordnungsruf] [...]

Für die NPD ist der aktuelle Überfall kein Ausrutscher, Gewalt ist eine historische Konstante des Zionistenstaates. Man könnte auch sagen: Israel hat nicht nur ein Sonderverhältnis zum Geld, sondern auch eine besondere Affinität zum Staatsterror! [...]

Mit Terrororganisationen wie der Irgun und der Haganah zieht sich die Blutspur des Zionismus wie ein roter Faden durch Geschichte Palästinas!

[Anm.: APFEL erhält Ordnungsruf]

Doch bis heute leugnet Israel die blutigen Ursprünge seiner Existenz. Kein Wunder, gebärden sich doch die Juden seit 3.000 Jahren als Opfer der Weltgeschichte, während die eigene Rolle als Tätervolk verschwiegen wird. [...] Müßte ich alle Verbrechen Israels in über 60 Jahren Existenz aufzuzählen, müßte ich ein ganzes Verbrecheralbum aufschlagen. [...]

Und wird Israel doch mal in einem UNO-Gremium kritisiert, ducken sich die Vertreter der Bundesrepublik vor der Israel-Lobby und der blühenden Holocaust-Industrie; stärken sie dem Apartheidstaat demonstrativ Rücken. Die Politiker machen sich damit verantwortlich, daß der jüdische Terrorstaat immer mehr zu einer tickenden Zeitbombe für den ...“

[Anm.: APFEL wird von der Sitzung ausgeschlossen. Sicherheitskräfte zwingen ihn zum Verlassen des Saales. Das Parlamentspräsidium schließt APFEL für 10 Sitzungstage von der Teilnahme aus]; Plenarprotokoll 5/18, 18. Sitzung des Sächsischen Landtags am 17. Juni 2010, S. 1519 ff.

*Sebastian Schmidtke*, seit Februar 2012 NPD-Landesvorsitzender in Berlin, greift in einer Rede anlässlich einer NPD-Mahnwache unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus!“ am 18. Februar 2011 in Berlin-Lichtenberg auf die antisemitische Chiffre der „Hochfinanz“ zurück. Unverhohlen auf den jüdischen Staat Israel anspielend spricht er von den eigentlichen Verantwortlichen aus dem „vorderasiatischen Raum“, die über die Globalisierung die Zerstörung der Völker anstrebten:



„Nicht der kleine eingeführte Ausländer ist der Hauptschuldige. Nein, die Schuld tragen die Wucherkapitalisten, die Globalisierer, die Hochfinanz, ihre Köpfe aus dem vorderasiatischen Raum und all ihre Marionetten, die den freien Völkern der Welt den Untergang bringen, in dem sie die Völker zu hirnlosen, heimatlosen, identitätslosen Arbeitsmaschinen umfunktionieren.“ (5:40)  
**Beleg 290 (Kategorie 1):** *Sebastian Schmidtke*, Internetvideo vom 18. Februar 2011.

In der im April 2012 herausgegebenen Argumentationshilfe für Mandats- und Funktionsträger greift die NPD unter der Frage „Ist die NPD eine ‚antisemitische‘ Partei?“ auch das Thema Antisemitismus auf. Die Partei sieht darin einen Kampfbegriff, mit dem jedwede Kritik an Juden unterbunden werden soll, während das deutsche Volk vielmehr das Ziel der „psychologische[n] Kriegsführung jüdischer Machtgruppen“ sei. In völliger Umkehrung der Täter-Opfer-Relation, unter Ausblendung jedweder historischer Verantwortung sowie unter bewusster Gleichsetzung von Judentum insgesamt und israelischem Staat heißt es wörtlich:

„Was ist mit Antisemitismus gemeint? Die Kritik an jüdischen Interessenverbänden? Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmüligkeit, Arroganz und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren. Juden unterliegen keinem Kritikverbot. Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie – ein Wort des Juden Norman Finkelstein – über 65 Jahre nach Kriegsende moralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht ausnehmen. [...] Die von jüdischer Seite seit mehr als 65 Jahren penetrant betriebene Schuldanklage und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Die psychologische Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk muß ein Ende haben. Es ist zu offensichtlich, dass die Holocaust-Industrie die Deutschen mit moralischen Vorwänden immer wieder finanziell auspressen und politisch gefügig machen will. [...] Wir akzeptieren es nicht, dass mit dem Totschlag-Vorwurf des ‚Antisemitismus‘ jede Kritik am Aggressions- und Apartheidsstaat Israel unterdrückt wird.“

**Beleg 78 (Kategorie 1):** NPD-Parteivorstand (V.i.S.d.P. *Jens Pühse*; Verfasser: *Jürgen Gansel*), Wortgewandt: Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin 2012, S. 16 f.

In einem Kommentar auf der Internetpräsenz des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt nimmt der damalige Landespressesprecher *Michael Grunzel* Stellung zu einer in den Medien verbreiteten Aussage des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland *Dieter Graumann*. Letzterer hatte gefordert, Bundesregierung und Bundestag sollten gemeinsam mit dem Bundesrat ein erneutes NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beantragen. In seiner aggressiven Stellungnahme greift *Grunzel* auf ein Gesamtrepertoire antisemitischer Klischees zurück:



„Einmal mehr erweist sich Dieter Graumann, seines Zeichens Vorsitzender des ‚Zentralrats der Juden in Deutschland‘, als ein echter Vertreter seiner Art: ‚Steuergelder dürfen nicht mehr missbraucht werden, um braunes Gift zu finanzieren. Genug ist genug‘, fordert der freche Chefhebräer am 30. Januar 2013 in der Zeitung ‚Die Welt‘ und ist sich dabei nicht zu schade zu verheimlichen, wofür er denn die - wohl mehrheitlich von Deutschen ohne jüdischen Glauben - erbrachten Beiträge zum deutschen Staatshaushalt stattdessen viel lieber verwenden möchte. Vielleicht für die weitere Finanzierung (s)eines nahöstlichen Schurkenstaates, so wie in den vergangenen 65 Jahren und - wenn möglich - bis zum Sankt Nimmerleinstag? Oder für die Alimentierung raffgieriger Religionskörperschaften, wie beispielsweise der Magdeburger Synagogengemeinde? Dort hat sich vor einigen Jahren der lokale Oberjude mit den staatlichen Zuwendungen, die eigentlich für die Integration mosaischer Einwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bestimmt waren, ein opulentes Leben gegönnt - übrigens mit diversen Luxusreisen in den nahöstlichen Schurkenstaat. Aber auch weit darüber hinaus sind die Finanzmachenschaften der jüdischen Gemeinden beim sachsen-anhaltischen Finanzrechnungshof ein Dauerbrenner. Was auffällt ist, dass es Graumann offensichtlich nicht um ideologische Inhalte geht. Nicht um die Ablehnung, die ihm und Seinesgleichen in immer höheren Wellen bis zu Hals schwappt, und auch nicht um die Angst vor einer etwas anders gestalteten Zukunft in Deutschland, die Menschen wie ihm eher weniger, jedoch ganz bestimmt nicht mehr Rechte einräumt als anderen deutschen Bürgern. Graumann geht’s ums Geld! Aber das kennt man ja. Von ihm – und Seinesgleichen!“

**Beleg 291 (Kategorie 1):** *Michael Grunzel*: „’Genug ist genug’ - gut gesagt, Graumann!“, in: [www.npd-sachsen-anhalt.de](http://www.npd-sachsen-anhalt.de), erstellt am 30. Januar 2013, aufgerufen am 20. Februar 2013.

In dem „Deutsche Stimme“-Artikel „Der Auftrag von Tauroggen“ verwendet der Publizist und NPD-Funktionär *Roland Wuttke* – auch zur Beschreibung aktueller politischer Geschehnisse – übliche antisemitische Sprachmuster des Rechtsextremismus:

„Die Phase des Ost-West-Konflikts hat über die allmähliche Etablierung wirtschaftlicher Mechanismen hinweggetäuscht, die auf eine Besitzergreifung zur vollständigen Ausplünderung des alten Kontinents hinauslaufen. Nach 1989 hat dieser Prozeß eine unumkehrbare Qualität erreicht und ist heute von Begriffen wie EU, Europäischer Stabilitätsmechanismus, Euro-Rettung usw. gekennzeichnet, die tatsächlich die Entsouveränisierung der europäischen Völker zugunsten einer wirtschaftlichen Gewaltherrschaft bedeuten. Dazu hat man sich einer gekauften politischen Klasse bedient, die den Einfluß der internationalen Hochfinanz verschleiern soll. Ziel ist es, alle europäischen Völker unter die Zinsknechtschaft zu bringen. [...] Deutschland hatte in seiner Geschichte über Jahrhunderte keine staatliche Einheit, war in Königreiche und Fürstentümer zerstückelt und wurde Spielball fremder Mächte. Dennoch wirkte der Mythos vom Reich. Da wo das Reich staatliche und wirtschaftliche Einheit erlangte, zog es den tödlichen Haß der Geldmächte auf sich, die den deutschen Idealismus als Gegenpol zu ihrem profitorientierten Wachstumsdenken erkannten. Nachdem 1945 das Reich zunächst militärisch niedergedrückt war, war der Weg frei für den Triumphzug des Globalismus in seiner kapitalistischen und



kommunistischen Variante. [...] Deutschland kann neben seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenz auch seine Rolle als Friedensmacht wiederfinden. Voraussetzung ist ein Milieu der Befreiung in Anknüpfung an die Freiheitskriege von 1813 - auf der Grundlage der nationalen Identität. Dies muß zur vollständigen Ächtung des amerikanischen und zionistischen Imperialismus führen. Es darf keine aktive oder passive Unterstutzung aus Europa für US-zionistische Kriegshandlungen mehr geben. Diese Haltung beinhaltet die konsequente Ablehnung der US-Zivilisation von McDonald's über Coca Cola bis zu deren spezifischen ‚Entartungen‘ in Kunst und Musik. [...]

In dieser Verfassung könnte Europa, statt sich von den Zionisten in einen türkisch-syrischen Krieg ziehen zu lassen, im Nahen Osten für einen echten Frieden sorgen. Deutschland wird in Europa erst wieder Achtung und Anerkennung finden, wenn es das Joch der Fremdherrschaft abschüttelt und zu einer selbstbewußten Nation wird. Gehen wir den Weg der Entkolonialisierung Europas zusammen mit Rußland und Frankreich.“

**Beleg 292 (Kategorie 1):** *Roland Wuttke*: „Der Auftrag von Tauroggen“, Deutsche Stimme, Nr. 03/13, März 2013, S. 8, 9.

## **g) Zwischenergebnis**

Die „Ziele“ der NPD, ihre Programmatik sowie das ihr zurechenbare Verhalten ihrer Anhänger sind auf die Beeinträchtigung und Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG gerichtet.

## **2. Aktiv-kämpferisches und aggressives Handeln der NPD**

Die NPD „geht darauf aus“, ihre Ziele, d.h. die Beeinträchtigung und Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung tatsächlich zu erreichen. Der Senat hat dieses Tatbestandsmerkmal bisher als aktiv-kämpferisches und aggressives Verhalten gedeutet. In den maßstäblichen Ausführungen dieser Antragsschrift konnte gezeigt werden, dass es dem Verfahren des Art. 21 Abs. 2 GG nicht um die Abwehr konkreter Gefahren, sondern um Prävention geht, dass freilich über das „normale“ politische Handeln hinaus Aktivitäten nachgewiesen werden müssen, ohne dass wiederum notwendigerweise die Schwelle rechtswidrigen oder gar kriminellen Handelns überschritten sein müsste.

Oben C I 3.

Ein solches Verhalten der Antragsgegnerin ist im Folgenden unter Aufnahme der bereits in der Sachverhaltsschilderung getroffenen Feststellungen exemplarisch zu dokumentieren.

#### **a) Politisches Handeln**

Die NPD handelt zunächst wie eine Partei i.S.v. Art. 21 GG, d.h. sie nimmt an Wahlen teil, informiert und schult ihre Mitglieder, betreibt Jugendarbeit, wirkt publizistisch und in sonstiger Weise in die Öffentlichkeit in politischer Absicht.

Vgl. die **Belege** oben A II und A IV.

Die in diesem politischen Handeln oben nachgewiesenen

soeben unter C II 1,

verfassungsfeindlichen Inhalte stützen das hier vertretene Verbotsanliegen, da sich der Verbotstatbestand auf die Ziele der zu verbietenden Partei bezieht.

Die aktiv-kämpferische und aggressive Haltung, die über das Handeln „normaler“ Parteien hinausgeht, sich gleichwohl nicht auf die Mittel, sondern auf die Ziele der zu verbietenden Partei bezieht,

oben unter C I 3 a und c,

zeigt sich zunächst darin, dass das Schutzgut des Art. 21 Abs. 2 GG nicht nur abgelehnt wird, sondern dass die NPD sowohl in ihrer „offenen“ Programmatik als auch in dem Bild, welches das Verhalten ihrer Anhänger bietet, auf seine Abschaffung hin arbeitet. Nicht Kritik und Reform, sondern Beendigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihre Ersetzung durch eine völkische Ordnung auf „revolutionärem“ Wege durch Untergrabung des derzeitigen „Systems“ macht den Kern des Handelns der Partei aus.

Vgl. die **Belege** oben unter A III und A IV.

Die Intensität und Aggressivität der Zielverfolgung zeigt sich zum einen in Äußerungen und Handlungen im Vorfeld staatsorganschaftlicher Willensbildung: Dazu gehören die oben nachgewiesenen aktiv-kämpferischen, oftmals aggressiven Aktivitäten im Rahmen des Drei- bzw. Vier-Säulen-Konzeptes der NPD, das u.a. einen „Kampf um die Straße“ enthält, in ein



„Volksfrontkonzept“ mündet und den „nationalrevolutionären“, „systemüberwindenden“ Anspruch der Partei verwirklichen soll.

Vgl. oben A IV. Dort auch die entsprechenden **Belege**.

Unter dieses Konzept fallen insbesondere auch das dargestellte gemeinsame Handeln und die personellen Überschneidungen mit der Neonazi-Szene, die nachgewiesenen umfangreichen Aktivitäten „auf der Straße“ sowie die schleichende Infiltrierung der Gesellschaft.

Vgl. insbesondere A IV 3 und A IV 4 sowie A IV 2 b.

Zum anderen zeigt sich die Intensität der Zielverfolgung auch im parlamentarischen Verhalten der Mandatsträger der Partei. Auch hier konnte ein aktiv-kämpferisches, ja aggressives Verhalten nachgewiesen werden. Abgeordnete der NPD in den beiden Landtagen, in denen die Partei zur Zeit vertreten ist, vereinen die ganz überwiegende Zahl parlamentarischer Ordnungsmaßnahmen auf sich.

Oben IV 1 mit **Belegen** sowie die Statistik in **Anlage 12**.

Dies geht weit über das Übliche hinaus, stellt keine Einzelfälle oder Ausrutscher dar und ist wesentlich mehr als eine Verrohung parlamentarischer Sitten: In der Massierung kalkulierter, parlamentsrechtswidriger und oftmals sogar krimineller Auftritte der Landtagsabgeordneten zeigt sich sehr deutlich ein offensichtlich planvoll-bewusstes Verhalten zur Übermittlung politischer Botschaften. Das Verhalten der Mandatsträger der NPD in den Parlamenten dient der bewussten Delegitimierung des demokratisch-parlamentarischen Systems, da die Partei ihren Anhängern erklären muss, wieso sie in einem zutiefst verachteten System „mitarbeitet“.

#### **Belege 93, 94 (Kategorie 1)**

Die rassistischen Grundpositionen konditionieren das politische Handeln der NPD, etwa bei der Durchführung von Wahlkämpfen. Die Einbindung eines farbigen Parteimitglieds der CDU Thüringens in den dortigen Landtagswahlkampf 2009 nutzte die NPD zu einer aggressiven Kampagne gegen diesen Politiker. In diesem Kontext exponierte sich vor allem der damalige NPD-Landesgeschäftsführer und heutige NPD-Landesvorsitzende *Patrick Wieschke*. U.a. äußerte er:

„Landesweit wird derzeit damit begonnen, das umstrittene Plakat mit dem CDU-Quotenneger Zeca Schall durch andere Plakate zu ersetzen. Die CDU reagiert damit auf die Kampagne der NPD und hat offenbar erkannt, daß Neger trotz jahrelanger Umerziehung im Freistaat noch immer nicht als Dauergäste akzeptiert werden.“ **Beleg 293 (Kategorie 1):** *Patrick Wieschke*, „Kampagne der NPD-Thüringen wirkt – CDU beginnt sich von Zeca Schall zu distanzieren“, Homepage Altermedia vom 13. August 2009.

In einem weiteren Online-Beitrag äußerte *Wieschke*:

„Thüringen muss deutsch bleiben. Wir danken Zeca Schall für seine Hilfe als Gastarbeiter in Thüringen. Heute wird er jedoch nicht mehr benötigt, weshalb wir ihn direkt dazu animieren wollen, in seiner Heimat Angola mit den hier eingezahlten Sozial Versicherungsbeiträgen ein neues Leben zu beginnen. Angola braucht Zeca Schall und hier gibt es mehr als 100.000 Thüringer, die Schalls Arbeitsplatz gut gebrauchen könnten. [...] Wir haben unsere Kreisverbände gezielt angewiesen, neben die Negerplakate der CDU unsere Plakate mit dem Motiv ‚Gute Heimreise‘ zu hängen, damit deutlich wird, wer im Lande wirklich Heimat- und Familienpartei ist.“ **Beleg 294 (Kategorie 1):** *Patrick Wieschke*, „Zeit zu gehen – Gute Heimreise, Zeca Schall“, Homepage der NPD Thüringen vom 11. August 2009.

Im Bundestagswahlkampf 2009 verschickte die NPD Berlin ein als „nichtamtliche Bekanntmachung“ deklariertes Schreiben (V.i.S.d.P.: *Jörg Hähnel*) an 22 Politiker mit Migrationshintergrund. Unter der Überschrift „Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter informiert“ wurden die Adressaten unter Hinweis auf das fünfstufige Rückführungsprogramm der NPD angehalten, Vorkehrungen für ihre jeweilige „Rückreise“ zu treffen:

„Liebe ausländische Mitbürger,  
gemäß dem Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung bin ich als Ausländerrückführungsbeauftragter der NPD angehalten, Sie mit den Einzelheiten Ihrer Heimreise vertraut zu machen,  
1. Personen mit Migrationshintergrund, die straffällig geworden sind, kehren fristlos in ihre Heimat zurück.  
2. Personen ohne Sonderaufenthaltserlaubnis und Personen ohne Arbeitserlaubnis oder den Nachweis eines Arbeitsplatzes verlassen Deutschland nach längstens drei Monaten.  
3. Die übrigen Ausländer werden schrittweise in ihre Heimatländer zurückgeführt.  
4. Ausländer werden aus dem deutschen Sozialversicherungssystem ausgegliedert [...]  
Bitte kümmern Sie sich schon jetzt um Unterkunftsmöglichkeiten und Arbeit in Ihren Heimatländern. [...] Wir danken Ihnen für Ihre geleistete Arbeit und die kulturelle Bereicherung und wünschen Ihnen eine gute Heimreise.  
Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter.“



Dem Schreiben war ein „Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“ beigelegt. Darin heißt es u.a.:

„Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten. [...] Die nachfolgenden fünf Punkte zeigen, dass trotz der gewaltigen Überfremdung gesetzliche Lösungen zur Rückführung der Ausländer in ihre Heimat möglich sind. [...]

Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzschutzsicherungsgesetzes [...]

Sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem [...]

Strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung [...]

Ausländer dürfen kein Eigentum an Grund und Boden in Deutschland erwerben. [...]

Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechtes auf Asyl [...]

Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt, diese Politik wird durch eine menschen- und völkerverachtende Integration fortgesetzt. [...] Darum muß eine nationale Politik dafür Sorgen, daß Deutschland wieder deutsch wird.“ **Beleg 295 (Kategorie 2):** NPD-Landesverband Berlin (Hrsg.): „Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter informiert“ (V.i.S.d.P.: Jörg Hähnel).

In noch aggressiverer Weise forderte die Berliner NPD im Bundestagswahlkampf 2013 per im Internet veröffentlichtem Rundschreiben Kandidaten mit Migrationshintergrund auf, möglichst umgehend Deutschland zu verlassen. In dem tatsächlich an Politiker mit nicht-europäischer Herkunft versandten Schreiben heißt es u.a.:

„Heimwandern statt einwandern

Hallo Migrantin, hallo Migrant,

[...] Das Wort Migrant wie gesagt, kommt von dem lateinischen Begriff migrare. Das heißt auf deutsch: wandern. [...] Zum Glück hat das Wort aber weitere Bedeutungen. Denn es kann auch mit: auswandern, transportieren und übersiedeln übersetzt werden.

Also könnte Ihr Migrationsfall durch die Deutschen im römischen Sinn kritisch gewertet werden. Ihre politische Einflußnahme auf die ethnische Gruppe der Deutschen könnte aus menschenrechtlichen Erwägungen vielleicht sogar strafbar sein, weil es verboten ist den physischen und psychischen Zustand einer ethnischen Gruppe zu manipulieren.

Aber Sie haben eine echte Chance es nicht so weit kommen zu lassen. Erinnern Sie sich? Migrare heißt auch auswandern. Wir sehen darin eine patente Lösung. Denn in keinem Fall sollen Sie in irgendeiner Sie persönlich benachteiligenden Form transportiert werden. Wir bevorzugen Ihre Übersiedelung durch Auswanderung.

Bedenken Sie bitte auch wieviel Sorgen und Nöte Sie den etablierten Politikern ersparen. Die haben nämlich geschworen Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten und seinen Nutzen zu mehren. Durch Ihre Auswanderung wird dieser Eid nicht nur eine hohle Phrase sein, sondern wahr werden.

[...] Durch Ihre Auswanderung wandeln Sie sich vom Migrant zum Phi-



lanthropen und finden so zum wahren Humanismus.“

**Beleg 296 (Kategorie 2):** NPD-Landesverband Berlin: „Rundschreiben an Migranten in Berlin die zur Bundestagswahl kandidieren!“, [www.npd-berlin.de](http://www.npd-berlin.de), eingestellt am 11.09.2013, abgerufen am 12.09.2013.

Anfang September 2013 initiierte die NPD-Jugendorganisation JN unter dem Motto „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“ eine ausländerfeindliche Kampagne, die aggressiv - wenngleich ironisch verbrämt – Migranten und Befürwortern einer multikulturellen Gesellschaft letztlich das Recht auf Kinder bzw. weitere Kinder in Deutschland absprechen will.

*Patrick Kallweit*, Beisitzer im JN-Bundesvorstand, erklärte zu der Aktion:

„Hose runter, Gummi drauf! - mit dieser Botschaft wenden sich die Jungen Nationaldemokraten in dieser Woche an zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklungspolitik hervorgetan haben. Neben der Verschickung per Post stehen die Kondome den NPD- und JN-Verbänden in den verbleibenden zweieinhalb Wahlkampfwochen außerdem für Infotische und kreative Aktionen zur Verfügung.“

**Beleg 297 (Kategorie 1):** *Kallweit, Patrick*: „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“, in: [www.npd-presse.de](http://www.npd-presse.de) vom 03.09.2013.

Auf der Kondomverpackung ist unter anderem zu lesen:

„Sie vermehren sich blitzartig, nerven, kosten unser Geld und haben eigentlich keinen Nutzen – die Politiker der korrupten Altparteien. [...] Sie wollen die multikulturelle Gesellschaft, die unsere Kultur zerstört. Sie lassen zu, dass sich unsere Gesellschaft überfremdet. Die JN hat die Lösung: Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“



**Beleg 298 (Kategorie 2):** Kondom-Werbeartikel der JN: „Für Ausländer und ausgewählte Deutsche“.



Im Rahmen der Kampagne schrieben die JN tatsächlich zahlreiche Politiker verschiedener Parteien an, darunter auch Bundeskanzlerin *Angela Merkel*. In dem durch den JN-Bundesvorsitzenden *Andy Knape* unterzeichneten Schreiben hieß es:

„Hallo Dr. Angela Merkel,  
wir übersenden Ihnen als Funktionär, als Politiker, als Repräsentant und Befürworter einer Politik, die eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland fördert, ein JN-Kondom, um unseren Protest gegen Ihre Politik auszudrücken. Wir protestieren mit unserer Aktion ‚Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche‘ gegen die unkontrollierte Einwanderungspolitik und den damit verbundenen Bevölkerungsaustausch in unserem Land.

Sie sind Entscheidungs- und Gestaltungsträger jener Politik, die es zu verantworten hat, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden Ausländer das Sozialsystem belastet und diese Personen die Kriminalstatistik in vielen Großstädten Deutschlands anführen. [...]

Sie haben jene gravierenden Zustände in Deutschland als Regierungsangehöriger, Minister, Abgeordneter oder Beauftragter eines bestimmten politischen Ressorts zu verantworten Sie handeln schon lange nicht mehr nach der Maxime, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden, sondern Sie sind dafür verantwortlich, dass Deutschland eine exorbitant hohe Verschuldung aufweist und zunehmend weitere Souveränitätsrechte abtritt.

Wir sprechen Ihnen die Interessenvertretung der deutschen Belange ab. [...]

**Beleg 299 (Kategorie 1):** JN-Schreiben vom 02.09.2013, unterzeichnet durch *Andy Knape*.

Besonders aggressiv gestalteten sich die Aktivitäten der NPD im Sommer/Herbst 2013 bei der Debatte um die Aufnahme von Asylbewerbern: Zum einen versuchte die NPD auf verschiedenen kommunikativen Kanälen gegen den Zuzug von Asylbewerbern in einer Weise zu mobilisieren, die die Herabwürdigung der Asylbewerber mit verfassungsfeindlichen Äußerungen verband.

So veröffentlichte etwa der NPD-Landesverband „Mecklenburg und Pommern“ einen Leitfaden „zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“. Darin findet sich unter anderem folgender Ratschlag, der nicht nur die Einstellung der NPD gegenüber deutschen Gerichten als auch die herabwürdigende Behandlung von Ausländern exemplifiziert:

„Vor Gericht wird bei solchen Vorwürfen Ausländern eher geglaubt als Deutschen. Daher: Wenn schon mit Asylanten reden, dann nur mit Zeugen.“

**Beleg 300 (Kategorie 2):** NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in Der Nachbarschaft, V.i.S.d.P.: *Michael Andrejewski*

Die Aktivitäten verblieben jedoch nicht auf rein kommunikativer Ebene, sondern mündeten in zahlreiche organisierte Proteste gegen Asylbewerber, die häufig unter dem Motto „Heute sind

wir tolerant, morgen fremd im eignen Land“ liefen. Beispielhaft für die Aktivitäten ist zudem der Aufruf zu einem „Fackelmarsch gegen Asylmißbrauch“ am 9. November 2012 (der u.a. wegen der Symbolhaftigkeit des Datums allerdings nicht in der von der NPD gewünschten Form zulässig war).

**Beleg 301 (Kategorie 2):** Plakat „9. November 2012 / Wolgast – Fackelmarsch gegen Asylmißbrauch“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de), abgerufen am 1. November 2012; **Beleg 302 (Kategorie 2):** Flugblatt „Kundgebung in Eggesin!“

Anschläge mit Böllern gegen neueröffnete Asylbewerberheime wurden von „MUPINFO“ als „Grüße aus der Nachbarschaft“ positiv konnotiert.

**Beleg 303 (Kategorie 2):** Endstation Rechts vom 28.06.2013, Aufgeheizte Stimmung in M-V: NPD macht weiter Front gegen Flüchtlinge – Anschläge häufen sich.

Exemplarisch für die bereits oben

vgl. die **Belege** unter C II 1 e und f,

umfangreich dargestellten antisemitischen und revisionistischen Äußerungen lässt sich eine Rede des [REDACTED], [REDACTED], im Landtag am [REDACTED] anführen, für die [REDACTED] u.a. wegen Verleumdung verurteilt wurde. Das Landgericht stellte hierzu fest, dass [REDACTED] „die in Auschwitz während des Dritten Reiches vorgenommene systematische, rassenbezogene und massenweise Judenvernichtung qualifiziert geleugnet“ habe.

LG Schwerin, Urteil vom 25.03.2013, Az 42 Ns 27/12 (bestätigt durch das OLG Rostock, Beschluss vom 16.08.2013, Az: 1 Ss 57/13 (62/13)).

## **b) Insbesondere Substitution politischer und sozialer Strukturen**

Von besonderer Qualität ist das aktiv vorangetriebene Bestreben der Partei und ihrer führenden Vertreter in bestimmten regionalen Konstellationen – vorrangig im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen –, das soziale Leben vor Ort mit dem Ziel politischer Instrumentalisierung zu infiltrieren, um im Sinne einer „Graswurzelrevolution“ einerseits Vertrauen



für die politischen Ziele der Partei zu schaffen, andererseits gesellschaftliche Kontrolle in diesen Bereichen zu übernehmen.

Vgl. die **Belege** oben unter A IV 2 b und 3.

Die Steigerung und Verdichtung dieser Handlungsweisen ist das Konzept, sog. befreite Zonen als Enklaven nationalsozialistischen Lebens zu bilden.

Vgl. die **Belege** oben unter A IV 3.

Beides, die Graswurzelpolitik vor Ort bei hinreichender Präsenz und die Schaffung kontrollierter Zonen, führen im Einzelfall zu einem Klima der Angst und Unfreiheit, welches den demokratischen Prozess vor Ort behindert. Ziel ist es auch, das staatliche Gewaltmonopol hier lächerlich zu machen und letztlich zu substituieren.

Sozialwissenschaftliche Analyse durch *Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD, 2013, v.a. S. 28 ff.; **Anlage 3**.

Durch diese Strategie wird – wie gezeigt werden konnte – nicht nur vor Ort eine unbefangene demokratische Willensbildung im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen behindert, sondern das demokratische Verfassungsprinzip, das auch von einer territorialen Integrität und Gleichheit hinsichtlich sämtlicher Mitglieder des Legitimationssubjekts ausgeht, verletzt. Der Gesamtstaat kann trotz seiner vielfältigen territorialen Stufung und Untergliederung mithin auch solche in ihren konkreten Auswirkungen zunächst regionalen Phänomene nicht hinnehmen. Gleichzeitig zeigt sich hier die Logik des Ausschlusses der Antragsberechtigung einzelner Landesregierungen und die Funktion des Bundesrates als Sachwalter der territorial lückenlosen demokratischen Legitimität.

Bereits oben unter B I.

### **c) Rechtswidrige Handlungen**

Rechtswidriges Handeln der Partei und ihres Führungspersonals ist zum Nachweis der aktiv-kämpferischen aggressiven Handlungsweise nicht notwendig. Die Aktivitäten der NPD sind jedoch, wie gezeigt werden konnte,

**Belege oben unter A IV 4,**

durch eine Corona rechtswidriger Handlungen gekennzeichnet, die sowohl die Inhalte der vertretenen Politik als auch konkrete Handlungsweisen der Partei und ihrer Anhänger betreffen.

**d) Strafbare Handlungen**

Wie oben dargestellt, belegen strafbare Handlungen von Anhängern einer zu verbietenden Partei dann deren aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung, wenn diese (1.) inhaltlich einen Bezug zur politischen Arbeit der Partei haben, (2.) nicht nur bei Gelegenheit, sondern mit Politikbezug geschehen sind und (3.) sich nicht in den ideologischen Aussagen der Partei erschöpfen.

Vor diesem Hintergrund konnte aus der Kriminalstatistik eine weit überdurchschnittliche kriminelle Affinität der Vorstandsmitglieder der NPD auf Bundes- wie auf Landesebene nachgewiesen werden, die – ohne Bezug zur Parteiarbeit stehende Delikte herausgerechnet – zu einem Viertel rechtskräftig strafrechtlich verurteilt sind, wobei über 11 % mehrfach strafrechtlich belangt wurden.

Auch wenn man berücksichtigt, dass ein Teil der aufgeführten Taten Propagandadelikte darstellen, bleibt immer noch ein beachtlicher Teil der Verurteilungen, die Gewaltkriminalität darstellen, worin sich wiederum eine Geringschätzung des staatlichen Gewaltmonopols manifestiert und die teilweise zu beobachtende verbale Ablehnung von Gewalt relativiert wird.

Vgl. die **Belege** oben unter A IV 5 sowie **Anlage 5**.

**e) Zwischenergebnis**

Das „normale“ politische Handeln der NPD mit dem Ziel der Beeinträchtigung und Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, das darüber hinausgehende aktiv-kämpferische aggressive Auftreten der Partei in und außerhalb von Parlamenten und anderen Vertretungskörperschaften, insbesondere auch die Versuche, „befreite Zonen“ zu schaffen, die Vielzahl von Rechtsverstößen der Partei selbst und ihrer führenden Vertreter sowie die gravierende Kriminalitätsrate der Mitglieder des Bundes- und der Landesvorstände belegen



zusammen die aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung der Partei durch eine Fülle für Art. 21 Abs. 2 GG verbotsrelevanter Handlungen.

Damit sind die Verbotsvoraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG erfüllt. Hilfsweise soll im Folgenden gezeigt werden, dass auch die Anforderungen eines modifizierten Verhältnismäßigkeitsprinzips sowie der EMRK erfüllt wären, obgleich es sich – wie dargelegt – nicht um Bestandteile des Prüfungsmaßstabs handelt.

### **3. Hilfsweise: Verhältnismäßigkeit des Verbots der NPD**

Oben wurde gezeigt, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als festgefügtes Rechtsinstitut im Staat-Bürger-Verhältnis kein Tatbestandselement von Art. 21 Abs. 2 GG sein kann.

Unter C I 4 a.

Hilfsweise wurde der Verhältnismäßigkeitsmaßstab im Sinne einer Abwägung (praktische Konkordanz) auf die Situation des Parteiverbotsverfahrens modifizierend zugeschnitten. Mit diesem modifizierten Prüfungsmaßstab soll im Folgenden höchst hilfsweise gezeigt werden, dass ein Verbot der NPD nicht „unverhältnismäßig“ ist.

Bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG wird mit dem Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei ein *legitimer Zweck* verfolgt, denn es entspricht gerade der nicht nur entstehungsgeschichtlich belegbaren Intention unserer Verfassung, den politischen Prozess in einem weit verstandenen Rahmen zu halten. Es gibt angesichts des sich beim antragstellenden Bundesrat zeigenden politischen Konsenses hinter dem Verbotsantrag und der überwiegend eher bescheidenen Wahlerfolge der NPD keine Anzeichen dafür, dass mit dem Antrag in diskriminierender Weise ein politischer Konkurrent ausgeschaltet werden soll.

Dass das Verbotsverfahren einen legitimen Zweck verfolgt, ergibt sich auch aus den im Beschluss des Bundesrats vom 14. Dezember 2012 sowie in der vorangehenden Debatte genannten Intentionen: Der Verbotsantrag soll dem Schutz der „obersten Werte unserer Verfas-

sungsordnung insgesamt“ dienen, die die Antragsgegnerin zu beeinträchtigen sucht, und einen „wichtigen Beitrag gegen den parteigebundenen Rechtsextremismus“ leisten.

Vgl. BR-Drs. 770/12, S. 2.

Damit verbunden sind die in der Debatte des Bundesrats ausdrücklich erwähnten Zwecke: Dieser dient dem Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte, dem Schutz der Demokratie, des Rechtsstaates sowie des Respekts vor dem Mitmenschen, dem Kampf gegen – unter dem Schutz des Parteienprivilegs betriebenen – Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung sowie dem Kampf gegen rechtsextreme Gewalt, die die Demokratie auch auf der Straße bekämpft.

Vgl. Bundesrat, Stenographischer Bericht der 904. Sitzung, 14. Dezember 2012, S. 548 ff.

Dabei soll – auch dies zeigt die Debatte des Bundesrats vom 14. Dezember 2012 – das Parteiverbot nicht alleiniges Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sein; es bezweckt vielmehr, dass solche verfassungsfeindlichen Ziele nicht unter dem besonderen Schutz des Parteienprivilegs verfolgt werden können. Ein Verbot soll auch die Effektivität aller anderen gesellschaftlichen und politischen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Verfassungsfeindlichkeit gewährleisten; diese Maßnahmen werden durch die gleichzeitige verfassungsfeindliche Agitation der durch ihren Parteistatus geschützten und dadurch formell legal handelnden Antragsgegnerin untergraben.

Vgl. dazu etwa Bundesrat, Stenographischer Bericht der 904. Sitzung, 14. Dezember 2012, S. 553.

Die vom Antragsteller verfolgten Zwecke entsprechen dem Programm der Verbotsnorm. Gleiches gilt für die ebenfalls in der Debatte wiederholte Intention, Lehren aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu ziehen.

Ein Verbot ist auch *geeignet*, diesen Zweck zu erreichen. Telos des Art. 21 Abs. 2 GG ist die politische Prävention durch das Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei; Sinn und Zweck des Verbotstatbestands kann demgegenüber – wie gezeigt wurde – kein umfassender und alleiniger gesellschaftspolitischer Auftrag zur Bekämpfung von Extremismen oder Fremdenfeindlichkeit sein. Das Verbot einer tatbestandlich verfassungswidrigen Partei erfüllt den Zweck der oben beschriebenen politischen Prävention.



Das Verbot ist auch *erforderlich*. Zum einen ist die Rechtsfolge bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen im Verfassungstext eindeutig festgelegt; die Verfassung wollte gerade kein abgestuftes Instrumentarium zur Bekämpfung derartiger politischer Parteien zur Verfügung stellen. Zum anderen konnte oben begründet werden,

unter C I 4 b bb (3) (a),

dass „mildere“ Mittel – ganz unabhängig davon, ob sie den intendierten Zweck auch gleich sicher erreichen – schon von Verfassungs wegen nicht zulässig sind, da sie die verfassungsrechtlich angeordnete Chancengleichheit der politischen Parteien beeinträchtigen würden.

Das Verbot der NPD würde auch einer *erweiterten Erforderlichkeitsprüfung* standhalten, da die den antragstellenden Bundesrat beschickenden Landesregierungen einschließlich der Kommunen – neben der Bundesregierung – ein umfangreiches, auf verschiedenen Ebenen ansetzendes und mit unterschiedlichsten Mitteln arbeitendes Programm der Bekämpfung des, der Warnung vor und der Aufklärung über Rechtsextremismus forcieren und damit den vorliegenden Antrag flankieren.

Näheres über Art, Struktur und Kosten der Programme könnte auf Verlangen dargelegt werden. Zur Sichtweise des Verbotstatbestands in einem Setting unterschiedlicher, abgestufter Maßnahmen ferner *Volkmann*, Dilemmata des Parteiverbots, DÖV 2007, 577 (584 f.); *ders.*, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, JZ 2010, 209; *Shirvani*, Parteienfreiheit, Parteienöffentlichkeit und die Instrumente des Verfassungsschutzes, AöR 134 (2009), S. 572 (585); *Wassermann*, Aktivierung der wehrhaften Demokratie, NJW 2000, 3760 (3761); *Kersten*, Parteienverbote in der Weimarer, der Bonner und in der Berliner Republik, NJ 2001, 1 (5); *Gusy*, in: Denninger u.a. (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), 3. Aufl. 2001 ff., Art. 21 Rn. 135 (Grundwerk 2001).

Die große Palette von Programmen und Initiativen, die alle Bevölkerungsschichten erreicht, ändert jedoch nichts daran, dass die bisher bestehende Legalität der Antragsgegnerin diese Bemühungen in großem Maße konterkariert, da sie der Antragsgegnerin – aufgrund der Rechte aus Art. 21 Abs. 1 GG – legale, öffentlichkeitswirksame Plattformen eröffnet, um gegen die Ziele dieser Maßnahmen zu arbeiten.

Die von Bund, Ländern und Kommunen initiierten Maßnahmen beziehen sich sowohl auf den präventiven als auch auf den repressiven Bereich.

Bei diesen Maßnahmen spielt insbesondere die Vernetzung eine große Rolle: So besteht seit Dezember 2011 ein Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus, das im November 2012 in das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder integriert wurde. Dies verbessert – unter Wahrung des Trennungsgebots – den Informationsfluss zwischen den zahlreichen Organisationseinheiten, die sich in Bundesbehörden, in Landeskriminalämtern sowie in Landesverfassungsschutzbehörden mit Rechtsextremismus – insbesondere auch mit der Antragsgegnerin – auseinandersetzen. Die Arbeit dieser Stellen wird ergänzt durch die Indizierung von Medien durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sowie eine intensive polizeiliche Begleitung insbesondere gewalttätiger rechtsextremer Veranstaltungen.

Besonders hervorgehoben werden müssen – neben der konventionellen Strafverfolgung sowie den disziplinarrechtlichen Folgen für öffentliche Bedienstete – die Verbote rechtsextremistischer Vereine auf der Grundlage von Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 VereinsG. Seit 2008 haben Bund und Länder allein 14 derartige Organisationen verboten.

**Anlage 14:** Übersicht über Verbote rechtsextremistischer Vereine.

Dies fügt sich ein in die bereits dargestellte Vereinsverbotspraxis.

Vgl. oben A IV 5.

Wie dargestellt,

vgl. oben A IV 5

wurde die Antragsgegnerin durch ihre Öffnung gegenüber dem Neonationalsozialismus ab Mitte der neunziger Jahre zu einem Sammelbecken für ehemalige Funktionäre und Mitglieder verbotener Vereine. Die Anziehungskraft für diese Personengruppen resultierte auch aus der Rechtsform als Partei, die im Gegensatz zum Verein „einen relativ niedrigen staatlichen Verfolgungsdruck“ suggeriert.

Vgl. *Gerlach*, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, 2012, S. 339 sowie S. 342 f. sowie die Belege oben A IV 5.



Dies zeigt, dass Vereinsverbote alleine nicht genügen, solange die Möglichkeit besteht, die verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Parteiform weiter zu verfolgen. Ohne die Möglichkeit des Parteiverbotes sind Vereinsverbote ein vergeblicher „Kampf gegen die Hydra“.

*Volkman, Kampf gegen die Hydra? – Der Staat und der Rechtsextremismus, APuZ 18/19 (Beilage zu „Das Parlament“) 2012, S. 15, 17.*

Die große Palette *präventiver* Maßnahmen, von denen hier nur exemplarisch einige wenige genannt werden können, lässt sich nach den jeweiligen Zielen in fünf Kategorien auffächern: (1) Aufklärung und politische Bildung, (2) Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements, (3) Programme für Aussteiger, (4) Vernetzung, (5) lokale Maßnahmen „vor Ort“.

#### *(1) Aufklärung und politische Bildung*

Der Entstehung und Verfestigung von rechtsextremistischen, verfassungsfeindlichen Einstellungen entgegenwirken sollen an erster Stelle umfangreiche Aufklärungsmaßnahmen der jeweiligen Landeszentralen für politische Bildung, des Bundespresseamtes sowie der Bundeszentrale für politische Bildung, die in den Jahren 2013 bis 2016 zusätzliche Sondermittel, allein für die Bundeszentrale für politische Bildung in Höhe von 2 Millionen Euro jährlich, zur Bekämpfung von Rechtsextremismus erhalten. Zu ihren Maßnahmen gehören nicht nur Printpublikationen in unterschiedlichen Formen (darunter auch innovative Formate wie etwa ein an Jugendliche gerichteter Comic des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen), sondern auch Online-Dossiers und didaktische Materialien für den Einsatz im Schulunterricht. Darüber hinaus führen mehrere Landesbehörden für Verfassungsschutz Vortragsreihen durch, in denen über die Aktivitäten der Antragsgegnerin (z.B. in Thüringen über die Verteilung von „Schulhof-CDs“) informiert wird. Zudem existieren in mehreren Ländern sowie beim Bund entsprechende Wanderausstellungen (in Niedersachsen beispielsweise unter dem Motto „Unsere Demokratie schützen“; beim Bund: „Die braune Falle“), Handreichungen für Kommunen oder „Info-Mobile“ (in Brandenburg mit der Projektbezeichnung „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“), mit denen eine möglichst breite Bevölkerungsschicht in allen Regionen erreicht werden soll.

Zusätzlich zu dieser Breitenwirkung haben die Länder Maßnahmen und Projekte entwickelt, die speziell gegen Rechtsextremismus unter Jugendlichen präventiv wirken sollen: So existieren in mehreren Ländern spezielle Broschüren und Beratungsangebote für Eltern, die verfassungsfeindliche Tendenzen bei Jugendlichen schon durch eine entsprechende Erziehung ver-



meiden sollen (wie z.B. die Elternberatung „Rote Linie – Ausstieg vor dem Einstieg“ in Hessen oder die Elternbroschüre „Rechtsextremismus ohne mein Kind“ in Schleswig-Holstein). Einen ähnlichen Zweck verfolgen Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer in nahezu allen Ländern sowie spezielle Kooperationen, wie etwa die Bildungszusammenarbeit des Freistaats Bayern mit Israel. Dabei legen die Länder Wert auf Langfristigkeit und Kontinuität in der Bildungsarbeit – gerade bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die beispielsweise im Saarland schon seit 1985 durch das Adolf-Bender-Zentrum in Form von Begegnungen mit Zeitzeugen des Nationalsozialismus u.ä. gewährleistet wird. Schließlich haben die Länder auch Projektformen entwickelt, in denen historische und politische Aufklärung Jugendlicher über verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus durch eigene Aktivitäten der Jugendlichen erfolgen: Zu nennen sind hier beispielhaft die „Jugendkongresse gegen Rechtsextremismus“ in Rheinland-Pfalz sowie in Baden-Württemberg bis zu 450 Projekttag an Schulen unter Beteiligung von rund 10.000 Jugendlichen im Rahmen des Projekts „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“. Schließlich erfolgt die aktive Einbeziehung Jugendlicher auch durch bundesweite Wettbewerbe, wie etwa ein Schülerwettbewerb des Bundesjustizministeriums zur Förderung und Auszeichnung von Ideen gegen Rechtsextremismus sowie der vom Bund unterstützte, seit 1990 durchgeführte Wettbewerb „Demokratisch Handeln“.

## *(2) Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements*

Der Bekämpfung der gesellschaftlichen Auswirkungen der verfassungsfeindlichen Aktivitäten der Antragstellerin dienen eine große Anzahl von Initiativen und Programmen, die das zivilgesellschaftliche Engagement gegen verfassungsfeindliche Tendenzen (insbesondere gegen Antisemitismus sowie gegen die menschenwürdevidrige Ausgrenzung ausländischer Mitbürger) finanziell und strukturell fördern. Hierfür dienen in erster Linie hoch dotierte Bundesprogramme, die von den Ländern nicht nur umgesetzt werden, sondern die sie teilweise durch zusätzliche finanzielle Unterstützung noch verstärken: Mit einem Volumen von ca. 24 Millionen Euro pro Jahr hat der Bund das von 2011 bis 2014 laufende Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ dotiert. Es soll vor Ort durch Modellprojekte, lokale Aktionspläne und die Förderung der Arbeit von landesweiten Beratungsnetzwerken ziviles Engagement gegen jegliche Formen von Extremismus (insbesondere Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus) stärken. Die zwei von 2007 bis 2010 laufenden Vorgängerprogramme waren ebenfalls mit insgesamt rund 24 Millionen Euro jährlich ausgestattet. Projekte für demokratische Teilhabe gerade in ländlichen und strukturschwachen Gebieten werden seit 2010



durch das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mit jeweils 6 Millionen Euro jährlich gefördert.

Neben diesen Bundesprogrammen existieren auch auf Landesebene eine Reihe eigenständiger Projekte mit ähnlicher Zielrichtung: So gibt es sowohl Initiativen, die offensiv zu Zivilcourage auffordern, wie etwa die Kampagne „Hingucken und Einmischen“ in Sachsen-Anhalt, als auch Programme, die Projekte zur Stärkung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung finanziell unterstützen, wie beispielsweise das Programm „Weltoffenes Sachsen. Für Demokratie und Toleranz“ (von 2005 bis 2013 mit insgesamt ca. 15,5 Millionen Euro ausgestattet). Zusätzlich zu diesen Programmen mit allgemeiner Ausrichtung sowie zu besonderen Aktionen, die oft auch als Gegenveranstaltung zu Aktionen der rechtsradikalen Szene angelegt sind (wie z.B. die Veranstaltung „Hamburg bekennt Farbe“ am 2. Juni 2012 auf dem Rathausmarkt), bemühen sich die Länder vor allem um eine Motivation von Jugendlichen zum Engagement gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen: So wirken die Schulen mehrerer Länder an dem europaweiten Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit. Daneben besteht eine Reihe weiterer Jugendprogramme wie etwa das Berliner Jugendprogramm „respectABel“, in dem Jugendbeteiligung gegen Ausgrenzung, Gewalt und Rechtsextremismus gefördert wird. In Kombination mit der Bundeskampagne „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ wirken mehrere Länder verfassungswidrigen Bestrebungen auch im Sportbereich aktiv entgegen (wie etwa durch den Einsatz von „Demokratietrainern“ in Sachsen oder durch ein Fan-Projekt in Bremen).

### *(3) Programme für Aussteiger*

Das Ziel, Mitgliedern der rechtsextremen Szene den Ausstieg durch Beratung, arbeitsmarktbezogene Maßnahmen und Schutzangebote zu erleichtern, wird zum einen durch Bundesprogramme verfolgt (Xenos „Ausstieg zum Einstieg – 7,5 Millionen Euro; Sonderprojekt „EXIT“), die existierende Aussteigerinitiativen fördern. Zum anderen bestehen auf Bundesebene beim Bundesamt für Verfassungsschutz sowie in den meisten Ländern umfangreiche Aussteigerprogramme, die der Staat selbst mit eigenem Personaleinsatz durchführt.

### *(4) Vernetzung und Beratung*

Schließlich wirken die Länder – gemeinsam mit dem Bund (z.B. durch das Programm „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“) – auf die Bildung von

Netzwerken für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus hin, in denen staatliche und private Akteure (Vereine, Verbände und Initiativen) zusammenarbeiten, Prioritäten setzen, Informationen austauschen, beraten und neue Ideen entwickeln. So bestehen Landespräventionsräte, Beratungsnetzwerke auf Landes- und regionaler Ebene (in Mecklenburg-Vorpommern etwa „Regionalzentren für demokratische Kultur“) sowie regionale Beratungsteams, die nicht nur lokale Akteure miteinander vernetzen, sondern auch Opferberatung leisten. Die so entstandenen Netzwerke dienen nicht zuletzt dazu, die Präventionsmaßnahmen so zu koordinieren, dass sie in ihrer Gesamtheit ein ganzheitliches Konzept zur Bekämpfung der gesellschaftlichen Gefahren verfassungsfeindlicher Aktivitäten darstellen.

*(5) Insbesondere: lokale Maßnahmen „vor Ort“*

Als Reaktion auf den beschriebenen „Graswurzelsatz“ der Antragsgegnerin

vgl. oben A IV 2 b,

bezwecken die dargestellten präventiven Maßnahmen in allen Ländern eine lokale Wirkung. Das gilt zum einen für die Maßnahmen zur Aufklärung und politischen Bildung, die durch Wanderausstellungen (z.B. in Sachsen mit dem Titel „In guter Verfassung“, in Niedersachsen „Unsere Demokratie schützen“ sowie durch den Bund „Die braune Falle“), Handreichungen der Landesverfassungsschutzbehörden für Kommunen sowie durch „Info-Mobile“ (z.B. in Brandenburg unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“) die Menschen in der Fläche gerade auch in ländlichen Gebieten erreichen sollen. Zum anderen verfolgen auch die Programme zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements einen lokalen Ansatz: So unterstützt das Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ insbesondere lokale Aktionspläne sowie Modellprojekte zur Bekämpfung von Extremismus vor Ort. In dessen Folge haben sich bundesweit derartige Projekte entwickelt.

Angesichts der durch die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre reflektierten Stärke der Antragsgegnerin in bestimmten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens

vgl. zu den Wahlergebnissen: **Anlage 15**,

bestehen dort besonders intensive Bemühungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auf lokaler und regionaler Ebene. So werden in Sachsen von Landesseite umfangreiche Anstrengungen unternommen, um kommunale Entscheidungsträger im Kampf gegen Rechtsextre-



mismus zu unterstützen. Hierzu gehört unter anderem das Forum „Starke Demokratie“, in dessen Rahmen kommunale Entscheidungsträger mit Hilfe des Landesverfassungsschutzes in die Lage versetzt werden sollen, extremistische Bestrebungen frühzeitig zu erkennen sowie präventive Maßnahmen zu ergreifen. Seit Juni 2011 fanden hierzu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt, von denen einige explizit den Umgang mit rechtsextremistischen Mandatsträgern in Kommunalvertretungen thematisierten. Zudem beteiligt sich der Sächsische Verfassungsschutz am „KommunalWiki“, einer gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Brandenburg betriebenen Internetplattform, die Kommunen umfassend über mögliche Maßnahmen gegen extremistische Bestrebungen in ihrem Bereich informiert und zugleich als Diskussionsforum der Kommunen untereinander dient.

Im besonders betroffenen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge besteht seit dem Jahr 2005 eine Steuerungsgruppe, die vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Aktivitäten durch den dortigen Landrat und den Oberbürgermeister der Stadt Pirna gebildet wurde und an der sich wesentliche kommunale Bereiche, Polizei und der Landesverfassungsschutz beteiligen. Die Steuerungsgruppe konnte Maßnahmen bündeln, aufeinander abstimmen und neu initiieren. Daneben bestehen in allen Landkreisen „lokale Aktionspläne“ als Folge des o.a. Bundesprogrammes sowie des Landesprogrammes „Weltoffenes Sachsen“.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden durch lokale Aktionspläne zahlreiche Maßnahmen gegen den verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus vor Ort – insbesondere in Vorpommern sowie im Landkreis Ludwigslust-Parchim – koordiniert. In diesem Rahmen werden beispielsweise im Landkreis Vorpommern-Greifswald Programme mit einem besonderen Fokus auf Kinder und Jugendliche durchgeführt. Hierzu gehören Schulsozialarbeit zur Förderung von Demokratie und Toleranz, die Etablierung und Förderung eines Forums Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendbeiräte. Ziele dieser Programme sind die Sensibilisierung gegenüber rechtsextremistischer Gewalt, Demokratieerziehung und die Ermöglichung von Partizipation. Dies ergänzt die bestehenden Aktionen bürgerschaftlichen Engagements – wie etwa das durch den Verein „Demokratisches Ostvorpommern“ initiierte Aktionsbündnis „Vorpommern. Weltoffen, demokratisch, bunt“.

Auch in Boizenburg/Elbe und Lübtheen (Landkreis Ludwigslust-Parchim) bündelt und fördert ein lokaler Aktionsplan eine große Palette von Projekten verschiedener freier Träger. Eine Auswahl der in den Jahren 2012 und 2013 bestehenden Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und für Toleranz soll die Mannigfaltigkeit der Zielgruppen, Methoden und Träger illustrieren: „Die Welt ist bunt – na und“ (Träger: Schul-



verein des Elbegymnasium Boizenburg e.V.), „gemobbt, geprügelt, gemieden“ (Träger: Kulturkate e.V.), „Ich bin ich und du bist du und trotzdem können wir Freunde sein“ (Träger: AWO Kreisverband Ludwigslust/Hagenow e.V.), „Treffpunkt Katamaran – Boizenburger Jugendliche zeigen Flagge“ (Träger: DRK Kreisverband Ludwigslust e.V.), „Stark durch Stärke“ (Träger: Internationaler Bund e.V. Verbund Nord – Einrichtung Südwestmecklenburg), „Web 2.0 – als gesellschaftspolitisches Instrument und im Alltag“ (Träger: JAW e.V.), „Ich bin dabei, Du auch?“ (Träger: ASB Ortsverband Boizenburg/Grabow e.V. sowie Freiwillige Feuerwehr Boizenburg Förderverein e.V.), „Minna, Schiff der Projekte“ (Träger: Kino-Club Boizenburg e.V.), „Die Kita als ‚Raum der Demokratie‘“ (Träger: AWO Kreisverband Ludwigslust e.V.), „’Unser Platz’ – Lübtheener Jugendliche gestalten ihren Freizeitplatz“ (Träger: JAW Jessenitzer Aus- und Weiterbildung e.V.), „Musik als Republik“ (Träger: Internationaler Bund e.V. Verbund Nord – Einrichtung Südwestmecklenburg/Initiative Rock’n`Roll Lübtheen), „Bunte BOOTschafter der Toleranz“ (Träger: Kulturkate e.V.).

Vgl. Einzelprojekte des Lokalen Aktionsplans Boizenburg/Elbe-Lübtheen:  
<http://www.aktiv-in-boizenburg-elbe-und-luebtheen.de/projekte.html>

Diese Projekte stehen beispielhaft für Programme und Aktionen, die bundesweit – besonders aber in Regionen, die vom Rechtsextremismus stark betroffen sind – zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Aktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene durchgeführt werden.

Genauere Informationen über diese Vielzahl von Programmen können dem Senat bei Bedarf eingehender dargelegt werden. Es wird angeboten, im Rahmen der mündlichen Verhandlung mit diesen Maßnahmen befasste Personen zu befragen.

Vorstehende Darlegungen zeigen, dass sich der Verbotsantrag nahtlos in ein umfassendes politisches Handlungsfeld einfügt, das auf den unterschiedlichen hoheitlichen Ebenen und mit verschiedenen Ansätzen und Mitteln Rechtsextremismus und damit auch die NPD bekämpft. Dieses ist eingebettet in eine politisch-gesellschaftliche Gesamtstrategie, die in Erfüllung der dem Grundgesetz zugrundeliegenden historischen Verpflichtung den Nationalsozialismus wie seine zeitgenössischen Emanationen bekämpft. Die vielfältigen Maßnahmen bauen teilweise aufeinander auf und greifen zusammen; daher ist es auch für die Glaubwürdigkeit der Gesamtstrategie in politischer wie in pädagogisch-didaktischer Sicht wichtig, den Adressaten der Maßnahmen unterhalb der Ebene des Parteiverbots die Illegalität des parteipolitischen Arms des deutschen Rechtsextremismus vorführen zu können.



Eine genaue Bezifferung der finanziellen Aufwendungen für diese Gesamtstrategie ist nicht ohne weiteres möglich – es ist jedoch sicher, dass es sich um einen vielfachen Betrag handelt, als denjenigen, den die NPD an staatlicher Förderung aus der Parteienfinanzierung erhält.

Es sei noch ergänzend darauf hingewiesen, dass es gerade für die Aussteigerprogramme, die den Ausstieg von Mitgliedern aus der rechtsextremistischen Szene fördern und begleiten, von großer Wichtigkeit ist, dass die Partei auch rechtlich verboten ist. Derartige Aussteiger werden nicht selten bedroht und eingeschüchtert. Sofern sich ihre ehemaligen „Kameraden“ dabei auf die Legalität der NPD berufen können, ist dies nicht nur psychologisch eine missliche Situation.

Schließlich ist das Verbot auch *verhältnismäßig im engeren Sinne*, d.h. *angemessen*. Dazu ist die Intensität des Eingriffs mit dem durch ihn erzielten Ertrag abzuwägen. Sind die tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG für das Verbot erfüllt, dient es dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit eines von der Verfassung selbst als normhierarchisch höchstwertig qualifizierten Gutes. Ein höherrangiger Wert kann dem aus dem Grundgesetz nicht entgegengehalten werden. Die Beurteilung der Angemessenheit kann sich mithin nur auf den Grad der Bedrohung beziehen und verweist damit wiederum auf die tatbestandlichen Voraussetzungen. Für diese war bereits anerkannt, dass konkrete Tatsachen die aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung der Partei belegen müssen.

Vgl. zum Beleg der aktiv-kämpferischen Grundhaltung oben C II 2.

Wie dargelegt,

oben unter C I 1 a aa und 3 a und c,

ist dies nicht mit dem Vorliegen einer konkreten Gefahr im polizeirechtlichen Sinne zu wechseln.

#### 4. Anforderungen der EMRK

Wie herausgestellt,

vgl. C I 5,

stellt die EMRK im vorliegenden Verfahren keinen Prüfungsmaßstab dar. Die einschlägigen Menschenrechte dieses Paktes modifizieren auch nicht den Prüfungsmaßstab des Art. 21 Abs. 2 GG.

Hilfsweise sei an dieser Stelle gleichwohl dargelegt, dass ein Verbot der NPD die Vorgaben aus der Rechtsprechung des EGMR erfüllen würde. Danach ist ein Parteiverbot vor dem Maßstab des Art. 11 Abs. 2 EMRK gerechtfertigt, wenn es (1.) gesetzlich vorgeschrieben ist, (2.) einen der in Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten legitimen Zweck verfolgt und (3.) in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist. Schließlich ist (4.) die Rolle des Art. 17 EMRK zu berücksichtigen, wonach Gruppierungen mit rassistischen, antisemitischen, totalitären und insbesondere nationalsozialistischen Ideologien eine Berufung auf die EMRK versagt ist.

ad (1.) Art. 21 Abs. 2 GG stellt eine den Betroffenen, d.h. den möglicherweise zu verbietenden politischen Parteien zugängliche, in ihren tatbestandlichen Voraussetzungen hinreichend bestimmte Verbotsnorm auf Verfassungsebene dar. Nach der Judikatur wären sogar Ermessenstatbestände zulässig – die konkretisierungsbedürftigen Begriffe im Verbotstatbestand sind durch die beiden Verbotsentscheidungen inzwischen hinreichend konkretisiert.

ad (2.) Als Gründe, die eine Einschränkung der menschenrechtlichen Vereinigungsfreiheit rechtfertigen können, nennt Art. 11 Abs. 2 EMRK die „nationale oder öffentliche Sicherheit“, die „Aufrechterhaltung der Ordnung“, die „Verhütung von Straftaten“, den „Schutz der Gesundheit oder der Moral“ und den „Schutz der Rechte und Freiheiten anderer“. Vorliegend könnte sich ein Verbot der NPD sowohl auf die Sicherung der nationalen und öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung sowie die Verhütung von Straftaten als auch den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer stützen. Der EGMR legt dieses Tatbestandsmerkmal äußerst großzügig aus und lässt Parteiverbote daran nicht scheitern.

Näher oben unter C I 5 a bb (2).



ad (3.) Unter dem Merkmal der „Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft“ prüft der EGMR zunächst, ob für das Parteiverbot ein „dringendes soziales Bedürfnis“ besteht (a), anschließend nimmt er eine Abwägung vor zwischen den „zwingenden Gründen“ für das Verbot einerseits, den Folgen des Verbots andererseits (b).

ad (a) Das „dringende soziale Bedürfnis“ für ein Parteiverbot besteht nach der Straßburger Rechtsprechung, wenn entweder über die Kritik an Staat und Regierung hinaus die Demokratie als solche in Frage gestellt oder wenn Gewalt als Handlungsform nicht ausgeschlossen wird. Dies wird durch einen vierstufigen Test festgestellt:

(1.) Es ist zu prüfen, ob die politische Partei rechtmäßige und demokratische Mittel einsetzen möchte oder auch Gewalt nicht ausschließt.

Oben konnte dargelegt werden, dass die NPD angesichts ihres systemüberwindenden, selbst als „revolutionär“ eingestuften Kampfs Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung zumindest nicht ausschließt, sondern billigend in Kauf nimmt. Die Negierung oder Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols in Äußerungen wie in rechtswidrigen und teilweise kriminellen Handlungen führender Parteivertreter bestätigt diese Feststellung.

(2.) Bis heute beruft sich der EGMR auf die Bestätigung der KPD-Verbotsentscheidung durch die Europäische Menschenrechtskonvention 1957, welche die Parallelität zwischen europäischem Menschenrechtsschutz und Art. 21 Abs. 2 GG anerkannt hat und auf die historischen Erfahrungen des Missbrauchs demokratischer Systeme durch totalitäre Ideologien hinweist. Dabei kommt es auch entscheidend auf die historisch-kulturellen Erfahrungen des jeweiligen Mitgliedstaats an. Für die Türkei wurde etwa ein politisches Programm, das den Rechtsstatus der Bürger nach der Religionszugehörigkeit abstuft, als mit einer „demokratischen Gesellschaft“ unvereinbar befunden.

Oben konnte dargelegt werden, dass die NPD aufgrund des ihrem gesamten Programms zugrundeliegenden ethnischen Personenbegriffs Grundrechtsexklusionen bei Menschen, die ihrer Ansicht nach nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehören, fordert. Schon das allein ist nach den Maßstäben des EGMR ein Grund, um ein Parteiverbot auf die „Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft“ zu stützen. Was nach deutschem Verfassungsrecht gegen die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes verstößt, erweist sich auf EMRK-Ebene als Rechtfertigungsgrund für ein Parteiverbot. Die Spezifika der deutschen Situation angesichts

des völkisch-nationalsozialistischen Programms der NPD sprechen für sich und stützen das so gefundene Ergebnis.

(3.) Die Gründe müssen tatsächengestützt und der Partei zurechenbar sein. Auch der EGMR geht – wie in diesem Schriftsatz eingangs dargestellt –

oben unter A I 1,

von der Möglichkeit struktureller Verschleierungstaktiken verfassungsfeindlicher Parteien aus. Ergeben sich die entscheidenden Verbotsgründe ohnehin explizit aus dem Parteiprogramm, steht einer Rechtfertigung eines Verbots insoweit nichts im Wege.

Äußerungen und Handlungen des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter können regelmäßig der Partei zugerechnet werden, Äußerungen und Handlungen von Abgeordneten und Kommunalpolitikern dann, wenn sie in ihrer Gesamtschau das Nachzuweisende belegen.

Die Belege in vorliegender Antragsschrift beziehen sich zunächst in vielen Fällen auf das Parteiprogramm und programmatische Medien im Besitz der NPD; zudem werden häufig Äußerungen und Handlungen des jeweiligen Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter herangezogen. Sofern auf Äußerungen von Mandatsträgern, die nicht (ggf. stellvertretende) Bundes- oder Landesvorsitzende sind, zurückgegriffen wird, ergibt sich jeweils ein übereinstimmendes Gesamtbild. Es konnte gezeigt werden, dass es sich nicht um Einzeläußerungen, um „Ausrutscher“ o.ä. handelt, sondern dass sich die herangezogenen Äußerungen und Handlungen als Teil einer Strategie, eines Konzepts erweisen und bei wertender Gesamtschau ein einheitliches und eindeutiges Bild ergeben.

(4.) Schließlich verlangt nach richtiger Auslegung, wie oben gezeigt werden konnte,

unter C I 5 a bb (3) (b)

das Rechtfertigungsprüfprogramm des EGMR für Parteiverbote ebenfalls nicht das Vorliegen einer konkreten Gefahr. Auch der Straßburger Gerichtshof betont den präventiven Charakter von Parteiverboten und hält gerade in der Frage des Zeitpunkts eines Verbots den mitgliedstaatlichen Einschätzungsspielraum hoch.

Vor allem aber sind hinsichtlich der Überprüfung eines Verbots der NPD durch das Bundesverfassungsgericht durch den EGMR die *nationalen Besonderheiten der konkreten Verbotssituation* zu berücksichtigen. Der Gerichtshof wird dabei die historische Entscheidung des Grundgesetzes für eine wehrhafte Demokratie als Antwort auf die Katastrophe des National-



sozialismus und auf die (schein-)legale Machtergreifung 1933, als dessen Kernelement sich u.a. Art. 21 Abs. 2 GG erweist, respektieren, zumal es sich nachgewiesenermaßen um das Verbot einer Partei handelt, die eindeutig und nachhaltig die nationalsozialistische Ideologie vertritt.

ad (4.) Angesichts der nachgewiesenen rassistischen, antisemitischen und nationalsozialistischen Ideologie der Antragsgegnerin spricht schließlich auch Art. 17 EMRK – sowie die zu Art. 17 EMRK ergangene Rechtsprechung des EGMR –

vgl. C II 5 a aa, C II 5 b sowie C II 4 b,

dafür, der Antragsgegnerin die erfolgreiche Berufung auf die EMRK zu versagen. Der EGMR hat Art. 17 EMRK auf Vereinigungen angewendet, die die Freiheiten der Konvention zu Zwecken nutzen, die den Werten der Konvention entgegenstehen. Wie der EGMR festgestellt hat, widersprechen insbesondere Antisemitismus, Rassismus und totalitäre Ideologien den Zielen der Menschenrechtskonvention. Gerade im Fall der Antragsgegnerin – als einer Vereinigung mit nationalsozialistischer Ideologie – greift daher das gemeinsame, aus der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus entstandene Motiv von Art. 21 Abs. 2 GG und Art. 17 EMRK, solchen Strömungen entgegenzuwirken, die die Freiheiten von Grundgesetz und Menschenrechtskonvention nutzen möchten, um auf die Beseitigung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten hinzuarbeiten.

## D. Abschlussbetrachtung und Gesamtergebnis

Angesichts der Fülle der im Antrag entwickelten Argumente und des verwendeten tatsächlichen Materials erscheint es zum Abschluss angezeigt, gedanklich einen Schritt zurückzutreten und die Folgen eines Verbots noch einmal in einem größeren Zusammenhang zu reflektieren.

Rechtsextremistische fremdenfeindliche Äußerungen mögen verwerflich sein, aber sie bedrohen die Ordnung des Grundgesetzes nicht notwendig unmittelbar. Könnte selbst eine offen verfassungsfeindliche politische Betätigung, die auf die Beendigung der gesamten Ordnung des Grundgesetzes abzielt, aber diesem Ziel erkennbar noch nicht nahe gekommen ist, durch ein Parteiverbot nicht mit einer zu harten Sanktion begegnet werden? Zeigt sich die Stärke des demokratischen Rechtsstaates nicht in seiner kritischen Ignoranz gegenüber solchen politischen Aktivitäten, jedenfalls solange sie eine bestimmte Bedrohungsschwelle nicht überschritten haben? Auch wenn die Verhältnismäßigkeitsprüfung im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG allenfalls eine durch die Logik des Tatbestandes deutlich eingeschränkte Anwendung erfahren kann, ist am Ende noch einmal bilanzierend nach den für die Verfassungsordnung bestehenden Chancen und Risiken eines Verbotsausspruchs für das vorliegende Verfahren jenseits einer konkretisierenden Anwendung der Norm zu fragen.

Welches sind die *Risiken* eines Verbotsausspruchs durch das Bundesverfassungsgericht? Der Verbotsausspruch schließt nicht nur eine konkrete Organisation von einer bestimmten Form politischer Betätigung aus. Er könnte darüber hinaus auch das Spektrum legaler politischer Betätigung in einer Art und Weise verengen, die auch für eine wehrhafte Demokratie wie die des Grundgesetzes der Rechtfertigung bedarf. Insoweit steht die Entscheidung über ein Parteiverbot stets in der Gefahr, überschießende informelle Wirkungen auf die legitimen politischen Auseinandersetzungen zu haben, also den demokratischen Prozess an seinen Rändern veröden zu lassen.

Zugleich könnte der Ausspruch eines Parteiverbots für bestimmte unbedeutende politische Gebilde überdimensioniert wirken, selbst wenn diese formell den Kriterien einer verfassungsfeindlichen Ideologie und einer aggressiv-kämpferischen Grundhaltung genügten. Stellt sich ein Verbot der Antragsgegnerin im vorliegenden Fall vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen als ein derart übertriebenes Mittel dar?



Dies ist *zum Ersten* deswegen nicht der Fall, weil die Weltanschauung der Antragsgegnerin sich, wie vorgetragen, deutlich von extrem-konservativen oder nationalistischen Positionen unterscheidet. Zwar vertritt die Antragsgegnerin viele inhaltliche Positionen, die auch von solchen legitimen politischen Bewegungen geteilt werden. Beispielhaft zu nennende politische Ziele sind eine verschärfte Ausländer- und Asylpolitik, ein Austritt aus der Europäischen Union oder eine Rückverstaatlichung von Unternehmen. Doch ist die Antragsgegnerin nicht dieser Ziele wegen als rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich einzuordnen. Sie ist es vielmehr, weil diese Ziele aus einer rassistisch-biologistischen, der Menschenwürdegarantie zuwiderlaufenden Konzeption individueller Freiheit und politischer Selbstbestimmung hergeleitet werden, weil diese Ziele durch diese Herleitung weiter verschärft werden, beispielhaft im Umgang mit eingebürgerten deutschen Staatsangehörigen, und weil sie sich mit einer revolutionären und gewalttätigen Vorstellung von deren Umsetzung verbindet, die das Gewaltmonopol des Staates in Worten und in Taten in Frage stellt. Diese Unterschiede sind nicht nur so gravierend, sondern auch so gut erkennbar, dass ein Verbot der NPD nicht in der Gefahr steht, die offene demokratische Auseinandersetzung unbotmäßig zu beschränken.

*Zum Zweiten* hat sich die Antragsgegnerin keineswegs als eine in ihrer politischen Bedeutung zu vernachlässigende Organisation gezeigt. Ihre Wählerschaft erweist sich, wie die Ergebnisse auch der Bundestagswahl 2013 im Bund wie auch heruntergebrochen auf die Länder dokumentieren, als stabil. Sie ist in einzelnen Teilen der Bundesrepublik ein politisch überaus präsender Faktor, der unterhalb des Bundes auf allen Ebenen demokratischer Gebietskörperschaften vertreten ist und das politische wie auch das gesellschaftliche Leben mitdefiniert. Bundesweit operiert die Antragstellerin als Anlauf- und Verbindungsstelle rechtsextremistischer Organisationen, mit denen sie vielfach personell und sachlich verbunden ist. Es sei noch einmal daran erinnert, dass jede der in den letzten Jahren verbotenen rechtsextremistischen Organisationen personelle Verflechtungen mit der Antragsgegnerin aufwies. Für die Glaubwürdigkeit der oben dargelegten, weitreichenden und hoch dotierten koordinierten Gesamtstrategie von Bund, Ländern und Gemeinden gegen Rechtsextremismus ist es wichtig, den Adressaten der Maßnahmen unterhalb der Ebene des Parteiverbots die Illegalität des parteipolitischen Arms des deutschen Rechtsextremismus vorführen zu können.

Schließlich steht die Antragsgegnerin auch nicht wegen finanzieller Schwäche vor dem Kollaps. Finanzielle Krisen gehören seit den Anfängen der Partei zu ihrer Normalität.



Die praktischen Implikationen des politischen Projekts der Antragsgegnerin sollen schließlich noch einmal exemplarisch vorgeführt werden.

Die Konsequenzen des von der NPD vertretenen biologistischen Volksbegriffs für ihre politische Programmatik sind *praktisch* weitreichend. Denn mit diesem Volksbegriff verbindet die Partei die politische Absicht, deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die ihren eigenen ethnisch-biologistischen Kriterien des Deutschtums nicht entsprechen, also namentlich eingebürgerte Deutsche mit einem Migrationshintergrund, ihrer Staatsbürgerschaft zu entkleiden, um sie anschließend gewaltsam aus dem Geltungsbereich des Grundgesetzes zu entfernen, also zu deportieren. Diese Konsequenz wird von der Partei zwar nur selten, allerdings manchmal schon, offen ausgesprochen. Sie ist in jedem Fall notwendige Konsequenz zweier als solcher unbestrittener und von der Partei offen formulierter Inhalte ihrer Programmatik:

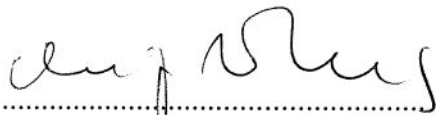
Dies ist *zum Ersten* der ethnische Volksbegriff selbst, der im Ergebnis zwischen deutschen Staatsbürgern eine für die Partei ideologisch konstitutive Unterscheidung einzieht, indem er einem Teil der Angehörigen des deutschen Volkes dessen staatsbürgerliche Identität abspricht, um diese rückgängig machen zu können.

Dies ist *zum Zweiten* die in der Programmatik der Partei ubiquitäre Forderung, „Ausländer“ aus der Bundesrepublik Deutschland zu entfernen. „Ausländer“ im Sinne der NPD sind aber jedenfalls nach Erreichen ihrer politischen Ziele auch diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die die Antragsgegnerin nicht als „echte“ Deutsche anerkennt. Im Ergebnis enthält das Parteiprogramm damit das Ziel einer massenhaften Entziehung der Bürgerrechte deutscher Staatsangehöriger mit anschließender gewaltsamer Expatriierung. Diese Programmatik verstößt nicht nur gegen Art. 16 Abs. 1 Satz 1 GG, sondern betrifft, wie gezeigt, den Kern des Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG. In ihrer hier vorgestellten Ausformung ist sie zudem notwendig mit gewalttätigen Maßnahmen verbunden.

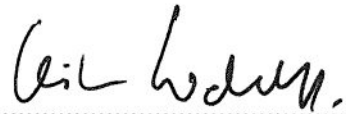
Da die NPD nach ihren Zielen und nach dem Verhalten ihrer Anhänger die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen und beseitigen will und dies durch ihre politischen Aktivitäten in aggressiv-kämpferischer Weise anstrebt, ist sie einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung verfassungswidrig.



Berlin, am 1. Dezember 2013

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Christoph Möllers', written above a horizontal dotted line.

Christoph Möllers

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Christian Waldhoff', written above a horizontal dotted line.

Christian Waldhoff

## **E. Verzeichnis der Anlagen**

**Anlage 1:** Vollmachten

**Anlage 2:** Institut für Zeitgeschichte München/Berlin, Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus, München, 25. Februar 2013; Synopse zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus

**Anlage 3:** *Prof. Dr. Dierk Borstel*, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der NPD. Gutachten im Rahmen des Antrags auf ein Verbot der NPD, Dortmund 2013

**Anlage 4:** Erklärungen der Innenminister und Innensenatoren über die Quellenfreiheit der Führungsebene der NPD sowie des Beweismaterials

**Anlage 5:** Bundesministerium des Innern: Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2012, Berlin 29. April 2013 (Pressemitteilung); anonymisierte Übersicht und Statistik über strafrechtliche Verurteilungen von Bundes- und Landesvorstandsmitgliedern der NPD

**Anlage 6:** Arbeit, Familie, Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg

**Anlage 7:** Satzung der NPD, in der vom Bundeswahlleiter übermittelten Fassung mit Stand vom 9. Januar 2012

**Anlage 8:** Rechenschaftsbericht der NPD aus den Jahren 2008 – 2011 gem. §§ 23 ff. PartG.

**Anlage 9:** Übersicht zu den Finanzen der NPD

**Anlage 10:** Übersicht über regionale Publikationen der NPD (mit Detailübersicht zu Mecklenburg-Vorpommern)

**Anlage 11:** Übersicht über Kontaktorganisationen der NPD im Ausland



**Anlage 12:** Übersicht über parlamentarische Ordnungsmaßnahmen gegen NPD-Abgeordnete in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen

**Anlage 13:** Bezüge und Verbindungen von NPD/JN zu verbotenen rechtsextremistischen Organisationen

**Anlage 14:** Übersicht über Verbote rechtsextremistischer Vereine

**Anlage 15:** Wahlergebnisse der NPD

## F. Verzeichnis der Belege

- Beleg 1**      NPD-Wahlplakat „GAS geben!“
- Beleg 2**      „NPD vor Ort“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 18.06.2012
- Beleg 3**      JN-Aufkleber „Nationalismus ist auch Mädelsache!“
- Beleg 4**      „Zum ersten Mal wählen? Dann aber richtig! Das Erstwähler-Anschreiben der NPD Saar“, in: [www.npd-saar.de](http://www.npd-saar.de) vom 11.08.2009
- Beleg 5**      Schulhof-CD „Schulhof-CD Berlin“, herausgegeben vom NPD-Landesverband Berlin
- Beleg 6**      BPjM-Entscheidung Nr. 5889 vom 01.03.2012
- Beleg 7**      Schulhof-CD „Freiheit statt BRD“, herausgegeben vom NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
- Beleg 8**      BPjM-Entscheidung Nr. VA 2/10 vom 08.09.2010
- Beleg 9**      „Der Gott der Eisen ...“, in: „Schulhof-CD Berlin“, herausgegeben vom NPD-Landesverband Berlin
- Beleg 10**     „Was ist passiert“, in: „Schulhof-CD Berlin“, herausgegeben vom NPD-Landesverband Berlin
- Beleg 11**     *Reiche, Sebastian*, zitiert nach: „Schulhof-Aktionen beginnen morgen“, in: [www.npd-thueringen.de](http://www.npd-thueringen.de) vom 18.08.2009
- Beleg 12**     [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 13**     [www.wahlen.hessen.de](http://www.wahlen.hessen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 14**     [www.nls.niedersachsen.de](http://www.nls.niedersachsen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 15**     [www.landtagswahl2008.bayern.de](http://www.landtagswahl2008.bayern.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 16**     [www.wahlen.hessen.de](http://www.wahlen.hessen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 17**     [www.statistikextern.saarland.de](http://www.statistikextern.saarland.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 18**     [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 19**     [www.wahlen.thueringen.de](http://www.wahlen.thueringen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 20**     [www.wahlen.brandenburg.de](http://www.wahlen.brandenburg.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 21**     [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de), abgerufen am 31.08.2012
- Beleg 22**     [www.wahlergebnisse.nrw.de](http://www.wahlergebnisse.nrw.de), abgerufen am 26.06.2012



- Beleg 23**      [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 24**      [www.statistik.sachsen-anhalt.de](http://www.statistik.sachsen-anhalt.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 25**      [www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 26**      [www.wahlen.rlp.de](http://www.wahlen.rlp.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 27**      [www.landeswahlleiter.bremen.de](http://www.landeswahlleiter.bremen.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 28**      [www.statistik.mv.de](http://www.statistik.mv.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 29**      [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 30**      [www.statistikextern.saarland.de](http://www.statistikextern.saarland.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 31**      [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 32**      [www.wahlergebnisse.nrw.de](http://www.wahlergebnisse.nrw.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 33**      [www.wahlen.bayern.de](http://www.wahlen.bayern.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 34**      [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 35**      [www.wahlen.brandenburg.de](http://www.wahlen.brandenburg.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 36**      [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de), abgerufen am 22.06.2012
- Beleg 37**      [www.statistik.mv.de](http://www.statistik.mv.de), abgerufen am 22.06.2012
- Beleg 38**      [www.wahlen.rlp.de](http://www.wahlen.rlp.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 39**      [www.statistikextern.saarland.de](http://www.statistikextern.saarland.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 40**      [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 41**      [www.statistik.sachsen-anhalt.de](http://www.statistik.sachsen-anhalt.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 42**      [www.wahlen.thueringen.de](http://www.wahlen.thueringen.de); abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 43**      [www.wahlergebnisse.nrw.de](http://www.wahlergebnisse.nrw.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 44**      [www.xyz.statistik-nord.de](http://www.xyz.statistik-nord.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 45**      [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 46**      [www.landeswahlleiter.bremen.de](http://www.landeswahlleiter.bremen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 47**      [www.landeswahlleiter.niedersachsen.de](http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de), abgerufen am 26.06.2012
- Beleg 48**      [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de), abgerufen am 27.06.2012
- Beleg 49**      Ergebnisbericht des BfV zum Bund-Länder-Auswertungsprojekt „Die kommunalpolitische Verankerung der NPD – Anspruch, Mandatsvertei-

lung, instrumenteller Nutzwert“, Mai 2011

- Beleg 50** „Impressum“, in: [www.deutsche-stimme.de](http://www.deutsche-stimme.de), abgerufen am 30.06.2012
- Beleg 51** „Mediadaten“, in: [www.deutsche-stimme.de](http://www.deutsche-stimme.de), abgerufen am 30.06.2012
- Beleg 52** Handelsregistrauszug des Amtsgerichts Dresden vom 29.01.2013
- Beleg 53** *Allmendinger, Armin*: „Rein ins Netz! – Der Weltnetz-Aktivismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 10/2011, S. 17
- Beleg 54** *Gansel, Jürgen*: „Facebook-Mobilisierung gegen Kinderschänder“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 11/2012, S. 17
- Beleg 55** „'Brüssel hat Europa in Misskredit gebracht!' – Die DS im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V., dem Publizisten Thorsten Thomsen“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 07/2012, S. 3
- Beleg 56** „'Das bewaffnete Wort' – Neue Ausgabe der Hier&Jetzt erhältlich. H&J unter Schirmherrschaft!“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), abgerufen am 09.12.2009
- Beleg 57** „Schulung des NPD Landesverbandes Brandenburg durchgeführt“, in: [www.npd-brandenburg.de](http://www.npd-brandenburg.de) vom 20.11.2011, abgerufen am 25.11.2011
- Beleg 58** „Landesverband führt zentrale Schulung durch“, in: [www.npd-brandenburg.de](http://www.npd-brandenburg.de) vom 18.08.2010
- Beleg 59** JN-Stützpunkt Dahmeland: „Geistiges Rüstzeug für die politische Tat“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) vom 17.07.2011
- Beleg 60** JN Harz: „Sport frei im Harz!“, in: [www.jn-sa.de](http://www.jn-sa.de), abgerufen am 14.09.2010
- Beleg 61** „Nationales Zentrum – O8“, in: [www.aktionsbündnis-leipzig.com](http://www.aktionsbündnis-leipzig.com) vom 08.03.2010
- Beleg 62** „Sommer, Sonne, JN-Leipzig!“, in: [www.leipzig.freies-netz.com](http://www.leipzig.freies-netz.com) vom 03.07.2009
- Beleg 63** *Apfel, Holger*: „Volksnah und zukunftsorientiert“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 01/2012, S. 3 f.
- Beleg 64** *Naumann, Tommy*: Redebeitrag auf dem JN-Sachsentag 2010
- Beleg 65** *Richter, Sebastian*: „Vorwort“, in: Der Aktivist, Ausgabe 1/2010, S. 2
- Beleg 66** Grumke Thomas / Wagner, Bernd: Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 329 f.
- Beleg 67** HNG-Mitgliederübersicht
- Beleg 68** „Jens Pühse, Mitglied des Parteivorstandes“, in: „Alles Große steht im



Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei“, Hrsg.: *Apfel, Holger*, Deutsche Stimme Verlag, Stuttgart 1999, S. 336

- Beleg 69** Grumke Thomas / Wagner, Bernd: Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 296 f.
- Beleg 70** *Pastörs, Udo* im Interview mit *Schimmer, Arne*: „’Es wird keine einfachen Lösungen geben‘“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 4/2009, S. 15
- Beleg 71** *Bräuniger, Eckart* im Interview: „Nach der Berlin-Wahl – Altermedia im Gespräch mit Eckart Bräuniger“, in: <http://altermedia-deutschland.info> vom 20.09.2011
- Beleg 72** HDJ-Funktionärsliste des BKA, Stand: 02.10.2008
- Beleg 73** „Pühses Liste“, in: [www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de), abgerufen am 14.08.2012
- Beleg 74** „Durch diese hohle Gasse muß er kommen...“, in: Funkenflug, Ausgabe 02/2008, S. 20
- Beleg 75** Programmablauf des „6. Märkischen Kulturtags“ der HDJ
- Beleg 76** *Voigt, Udo*: „Ansprache des Parteivorsitzenden zum Rechenschaftsbericht auf dem Bundesparteitag 2008 in Bamberg; Lage und Vision der NPD in stürmischer Zeit“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 26.05.2008
- Beleg 77** *Schwerdt, Frank* im Interview mit ARD-Tagesthemen: „NPD-Vize Frank Schwerdt war eng mit Terrorzelle vernetzt“, ausgestrahlt am 13.03.2012
- Beleg 78** NPD-Parteivorstand (Hrsg.): „Wortgewandt. Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, Berlin, April 2012, S. 18 f.
- Beleg 79** NPD-Landesverband Berlin: „Wir sagen, was Sie denken! Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin“, in: [www.npd-berlin.de](http://www.npd-berlin.de), abgerufen am 15.08.2011
- Beleg 80** NPD-Landesverband Sachsen: Informationsbroschüre „Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen.“
- Beleg 81** NPD-Landesverband Sachsen: Flugblatt „Holger Apfel - Ihr Spitzenkandidat für den Sächsischen Landtag“
- Beleg 82** *Pastörs, Udo*: Redebeitrag auf dem NPD-Schwabentag am 19.03.2011 in Günzburg
- Beleg 83** „Bundesrepublikanischer Alltag: Ex-Stasispitzel weiterhin in Behörden tätig“ vom 07.07.2009, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de), abgerufen am 08.07.2009.
- Beleg 84** „Heraus zum Tag der deutschen Arbeit“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de), abgerufen am 15.03.2010.
- Beleg 85** *Apfel, Holger* im Interview: „Stachel im Fleisch der Volksbetrüger“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 12/2008, S. 3 f.

- Beleg 86** *Pastörs, Udo* zitiert nach: „Für die Freiheit des deutschen Volkes“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de), abgerufen am 18.03.2010
- Beleg 87** NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern: „Offener Rechtsbruch in Dresden“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 17.02.2010
- Beleg 88** *Dornbrach, Pierre*: „Radikal und trotzdem Pop?“, in: Der Aktivist, Ausgabe 2/2012, S. 20 f.
- Beleg 89** *Wulff, Thomas*: „Tag der Ehre 2009“, in: [www.netzwerknord.com](http://www.netzwerknord.com), abgerufen am 07.05.2009
- Beleg 90** *Gansel, Jürgen*: „Der politische Kindesmißbrauch in der Demokratur“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 27.11.2009
- Beleg 91** *Gansel, Jürgen*: „Das Endstadium des Parlamentarismus“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 17.12.2009
- Beleg 92** *Pastörs, Udo*: Redebeitrag auf dem Politischen Aschermittwoch der NPD am 25.02.2009 in Saarbrücken
- Beleg 93** „Den vopolitischen Raum stärken – Deutungshoheit erkämpfen!“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) vom 28.03.2011
- Beleg 94** *Heyder, Matthias*: Redebeitrag auf dem NPD-Bundesparteitag am 05.06.2010
- Beleg 95** *Richter, Karl/Bräuniger, Eckart*: „Ja zu Deutschland – Ja zum Reich!“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 02/2011, S. 22
- Beleg 96** *Voigt, Udo*, zitiert nach: „Die NPD als einzige Weltanschauungspartei stärken“, in: <http://npdnrw.vs120154.hl-users.com>, abgerufen am 10.06.2011
- Beleg 97** *Gansel, Jürgen*: „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 24.02.2010
- Beleg 98** *Cremer, Claus*: „Dem Anspruch einer sozialrevolutionären Partei gerecht werden“, in: [www.npd-nrw.de](http://www.npd-nrw.de) vom 08.06.2010
- Beleg 99** *Gärtner, Siegfried*: „Ihr Kandidat für den Wahlkreis 271 Karlsruhe-Stadt, Siegfried Gärtner, stellt sich vor“, in: [www.npd-karlsruhe.de](http://www.npd-karlsruhe.de), abgerufen am 10.08.2009
- Beleg 100** *Hennes, Benjamin*: Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung in Kirchardt am 20.10.2012
- Beleg 101** *Hennig, Rigolf*: „Widerstand leisten“, in: Volk in Bewegung, Ausgabe 1/2011, S. 18
- Beleg 102** *Knebel, Daniel*: Redebeitrag auf einer Kommunalwahlaufaktveranstaltung in Büdingen am 19.12.2010



- Beleg 103** „Selbstverständnis“, in: [www.npd-pankow.de](http://www.npd-pankow.de), abgerufen am 30.03.2009
- Beleg 104** JN Sachsen-Anhalt: „20 Jahre Mauerfall – wir sind das Volk!“, in: <http://demo.aktion-widerstand.de> vom 30.09.2009, abgerufen am 06.10.2009
- Beleg 105** „Rebellion der Muttersöhnchen“, in: Der Aktivist, Ausgabe 2/2012, S. 5
- Beleg 106** *Wuttke, Roland*: „Die Wirtschaft von morgen“, in: Volk in Bewegung, Ausgabe 05/2011, S. 10 ff.
- Beleg 107** „Vom Wesen unseres Volkes“, in: JN-Kalender „Unsere Gemeinschaft 2011“, S. 10
- Beleg 108** *Püschel, Hans*: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden...“, in: [www.hans-pueschel.de](http://www.hans-pueschel.de) vom 26.09.2012, abgerufen am 17.12.2012
- Beleg 109** „Driftige, unge polakker gjenoppliver tysk nabo“, in: [www.aftenbladet.no](http://www.aftenbladet.no) vom 18.07.2008
- Beleg 110** „Wechsel an der Spitze des Verfassungsschutzes“, in: [www.npd-hamburg.de](http://www.npd-hamburg.de) vom 09.07.2012, abgerufen am 15.01.2013
- Beleg 111** *Voigt, Udo*: „Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem Bundesparteitag 2004“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 02.11.2004
- Beleg 112** NPD-Positionspapier „Das strategische Konzept der NPD“ vom 09.10.1997
- Beleg 113** *Faust, Matthias*: „Die Angst des Systems“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 11/2010, S. 3
- Beleg 114** *Schwerdt, Frank*: „Abgewickelt“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 10/2011, S. 13
- Beleg 115** „Wir lassen und nicht einschüchtern!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 26.11.2012, abgerufen am 27.11.2012
- Beleg 116** *Cremer, Claus*: „Historische Chance nutzen – Auf dem Weg zur nationalen Einheitspartei!“, in: <http://web11.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1598> vom 13.12.2010
- Beleg 117** *Richter, Karl*: Redebeitrag auf dem Pressefest der Deutschen Stimme am 1./2.07.2011
- Beleg 118** *Pastörs, Udo*: „Gemeinsam die Kampfgemeinschaft der NPD wieder auf klaren Kurs bringen“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 14.11.2011, abgerufen am 05.03.2012
- Beleg 119** *Apfel, Holger*: „Seriöse Radikalität“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe November 2011, S. 12
- Beleg 120** *Apfel, Holger*: „Wir wollen endlich wirkungsvoll die deutsche Politik be-

einflussen““, in: [www.deutschlandecho.org](http://www.deutschlandecho.org) vom 19.09.2011

- Beleg 121** [www.preussentag.de](http://www.preussentag.de), abgerufen am 17.08.2012
- Beleg 122** *Knebel, Daniel*: Redebeitrag auf einer Demonstration am 1. Mai 2010 in Schweinfurt
- Beleg 123** *Schäfer, Michael*: „Am Scheidepunkt“, in: *Der Aktivist*, Ausgabe 01/2010, S. 3
- Beleg 124** *Schäfer, Michael*: „'Mad Max' - Nationalismus: Endzeitdystopien statt harter politischer Arbeit“, in: <http://gesamtrechts.wordpress.com> vom 08.01.2010, abgerufen am 08.01.2010
- Beleg 125** *Heise, Thorsten*: Redebeitrag auf dem „1. Südwestdeutschen Kulturtag“ am 10.04.2010 in Ludwigshafen
- Beleg 126** „Der NPD-Spitzenkandidat unterwegs im Wahlmobil: Apfel kämpft auf den Straßen und Plätzen“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 20.07.2009
- Beleg 127** „'Wehrt Euch' - Udo Pastörs trifft Kanzlerin Merkel auf dem Marktplatz von Borna“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 24.08.2009
- Beleg 128** „NPD-Abgeordneter Apfel verliert vor Verfassungsgericht“, in: *Dresdener Neueste Nachrichten* vom 04.12.2010
- Beleg 129** „Schwerin: Landtag hebt Pastörs' Immunität auf“, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de) vom 30.01.2013
- Beleg 130** „'Der Bau von Minaretten ist verboten.'“, in: *Der Ordnungsruf*, Ausgabe 13/2012, S. 4
- Beleg 131** *Apfel, Holger* im Videobeitrag „Sarrazin statt Wulff! Aufregung um NPD-Plakataktion“, in: [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de), abgerufen am 13.09.2010
- Beleg 132** *Gansel, Jürgen*: „Christian Wulff – Oberster Repräsentant einer verkommenen Anti-Elite“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 05.01.2012
- Beleg 133** DPA-Meldung „NPD-Bundesvize Pastörs zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt“
- Beleg 134** DPA-Meldung „Landtag gedenkt der NSU-Terroropfer – NPD verlässt Saal“
- Beleg 135** „Schwerin: Landtag hebt Pastörs' Immunität auf“, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de) vom 30.01.2013
- Beleg 136** *Franz, Frank*: „Nachbetrachtung Landtagswahl Sachsen-Anhalt II: Die Zukunft“, in: [www.npd-saar.de](http://www.npd-saar.de) vom 25.03.2011
- Beleg 137** Polizeimeldung der PI Delmenhorst vom 05.03.2010
- Beleg 138** „Eklat beim Forum über Rechtsextremismus in Frauenhain“, in: *Sächsische Zeitung* vom 10.11.2008



- Beleg 139** Polizeimeldung der PI Verden vom 08.07.2008
- Beleg 140** „'Deine Stimme für Deutschland' - Junge Nationaldemokraten (JN) gehen erstmals mit eigenem Jungwählermaterial in die Bundestagswahl“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) vom 08.09.2009, abgerufen am 09.09.2009
- Beleg 141** *Apfel, Holger*: Videobotschaft „Mit Holger Apfel auf dem Weg in die Zukunft“, in: [www.nno-tv.de](http://www.nno-tv.de) vom 03.10.2011
- Beleg 142** NPD-Broschüre „Der NPD-Landesverband Sachsen stellt sich vor“, S. 14 ff.
- Beleg 143** *Voigt, Udo*: „Wie bringen wir die NPD nach vorn?“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 4/2010, S. 17
- Beleg 144** „Keine Gnade für Kinderschänder!“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) vom 06.06.2011
- Beleg 145** „NPD wählen wirkt!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 28.05.2009
- Beleg 146** „Sachsen: NPD will mittels direkter Demokratie gegen Asylbewerberheim in Kamenz vorgehen“, in: [www.deutschlandecho.org](http://www.deutschlandecho.org) vom 31.01.2011
- Beleg 147** Flugblatt „Bürgerinitiative direkte Demokratie. Kein Asylantenheim im Kamenz“
- Beleg 148** „Bürgermeisterwahl in Kamenz gibt zu Denken“ in: [www.kpv-npd.de](http://www.kpv-npd.de), abgerufen am 15.05.2012
- Beleg 149** „Empörung über Initiative gegen Asylbewerberheim“, in: Dresdner Neuste Nachrichten vom 09.02.2011
- Beleg 150** „NPD-Bürgerbegehren vom Stadtrat abgelehnt“, in: Dresdner Neuste Nachrichten vom 18.03.2011
- Beleg 151** Polizeimeldung der PD Oberschlesien-Niederlausitz vom 16.03.2011
- Beleg 152** „Am Sonntag wählt Kamenz den OB“, Sächsische Zeitung, [www.sz-online.de](http://www.sz-online.de) vom 25.09.2011
- Beleg 153** „4. Kommunalpolitisches Forum der NPD-Fraktion im Erzgebirge“, in: [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de) vom 07.11.2011
- Beleg 154** *Köster, Stefan*: „Ein Tag gegen den Frust“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 02.11.2010, abgerufen am 03.11.2010
- Beleg 155** „Spiel und Spaß beim Kinderfest in Ueckermünde“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 12.07.2011
- Beleg 156** Anzeige „Kinderfest in Ueckermünde“, in: Der Uecker-Randow Bote, Ausgabe 2/2011, S. 4
- Beleg 157** Verlaufsmeldung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern (E-Mail II 430 LZ) zum NPD-Kinderfest in Ueckermünde am 16.07.2011

- Beleg 158** Polizeimeldung der KPI Anklam vom 09.08.2011
- Beleg 159** Polizeimeldung der KPI Anklam vom 16.08.2011
- Beleg 160** „’Trotz Kriminalisierung und millionenschwerer Anti-Rechts-Programme nicht mehr wegzudenken“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 27.10.2009
- Beleg 161** *Schimmer, Arne*: „’Trotz Kriminalisierung und millionenschwerer Anti-Rechts-Programme nicht mehr wegzudenken’ – Landesparteitag wählt Holger Apfel zum neuen Landevorsitzenden und Winfried Petzold zum Ehrenvorsitzenden“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 26.10.2009
- Beleg 162** „Was tun mit der neuen deutschen Jugend?“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 12/2011, S. 16
- Beleg 163** Flugblatt „Fischereihandwerk erhalten!“, in: [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de)
- Beleg 164** „NPD beim Festumzug in Löcknitz“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 05.06.2012
- Beleg 165** „Ostseefischer nicht vergessen!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 31.07.2009
- Beleg 166** „Leinen los! – NPD voran!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 28.07.2010
- Beleg 167** „NPD nahm doch am Ueckermünder Bootskorso teil!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 25.07.2011
- Beleg 168** *Wieschke, Patrick* zitiert nach: „NPD will Jugendschöffen stellen“, in: [www.npd-thueringen.de](http://www.npd-thueringen.de) vom 29.12.2007
- Beleg 169** „Die Schöffenwahl in der Stadt Gotha“, in: [www.npd-gotha.de](http://www.npd-gotha.de) vom 09.06.2008
- Beleg 170** *Schimmer, Arne*: „Gewählter NPD-Schöffe in Oschatz von Richterliste gestrichen“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 12.08.2009
- Beleg 171** „Sachsen-NPD ruft dazu auf, sich als ‚Volkszähler‘ für den Zensus 2011 zu melden“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 06.01.2011
- Beleg 172** *Storr, Andreas* zitiert nach: *Thomsen, Thorsten*: „Andreas Storr (NPD): ‚Wir wollen niemanden bespitzeln!‘“, in: [www.npd-loebau-zittau.de](http://www.npd-loebau-zittau.de) vom 10.01.2011
- Beleg 173** §14 BstatG (Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke), in: [www.buzer.de](http://www.buzer.de), abgerufen am 16.05.2012
- Beleg 174** „Tatort Prötzel: Nationalisten auf Streife“, in: [www.npd-mol.de](http://www.npd-mol.de) vom 25.10.2010, abgerufen am 14.05.2012
- Beleg 175** „Hier patrouilliert die nationale Bürgerwehr! (17.06.09)“, in: [www.de.altermedia.info](http://www.de.altermedia.info) vom 17.06.2009, abgerufen am 18.06.2009
- Beleg 176** „Mit Zeitungsprojekten rein in die Lücken“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 08.07.2010



- Beleg 177** „Nationaler Leuchtturm' in Anklam“, in: [www.snbp.info](http://www.snbp.info) vom 15.01.2008, abgerufen am 17.01.2008
- Beleg 178** „Auf den Punkt getroffen“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 09.03.2013, abgerufen am 11.03.2013
- Beleg 179** „Zellenteilung im Thing-Haus“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 18.03.2012, abgerufen am 19.03.2012
- Beleg 180** „Solidaritätsveranstaltung zum Tag der deutschen Zukunft“ vom 20.05.2012, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de), abgerufen am 21.05.2012
- Beleg 181** *Pastörs, Udo*, in: Der Ordnungsruf, Sonderausgabe
- Beleg 182** Grafik Bürgerbüros, in: [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de), abgerufen am 19.06.2012
- Beleg 183** „Heute NPD-Bürgerbüroeröffnung in der Hansestadt Stralsund!“, in: [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de) vom 16.07.2010, abgerufen am 19.06.2012
- Beleg 184** *Klingebiel, Torgai*: Video „Bürgerbüroeröffnung in Grevesmühlen“, in: [mupinfo.de](http://mupinfo.de) [02:50 Min.]
- Beleg 185** „Ordnungsruf-TV im Bürgerbüro Grevesmühlen“, in: [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de) vom 13. April 2010
- Beleg 186** *Theißen, Andreas*: Video „Bürgerbüroeröffnung in Grevesmühlen“, in: [mupinfo.de](http://mupinfo.de) [05:00 min.]
- Beleg 187** *Andrejewski, Michael*: Anzeige „Hartz-IV-Beratung im Bürgerbüro“, in: Der Anklamer Bote, Ausgabe 1/2011, S. 4
- Beleg 188** *Pühse, Jens*: „Bürgerbüro des Landesverbandes Bremen der NPD – Die Volksunion mit großem Erfolg eröffnet“, in: [www.npd-bremen.de](http://www.npd-bremen.de) vom 10.01.2011, abgerufen am 22.06.2011
- Beleg 189** *Pastörs Udo*: Video „Udo Pastörs wird von einer Schulklasse befragt“
- Beleg 190** Aufkleber „Unser Kiez“, in: [www.frontdienst.de](http://www.frontdienst.de) vom 17.05.2013
- Beleg 191** „Grevesmühlen: weiteres NPD-Bürgerbüro eröffnet“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 13.04.2010, abgerufen am 14.04.2010; „Thing-Haus und NPD-Bürgerbüro eröffnete am 09. April 2010 in Grevesmühlen“, in: Mecklenburger Stimme, Ludwigsluster Ausgabe, Ausgabe 1/2010
- Beleg 192** „Mit Kanonen auf Spatzen“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 12.05.2010, abgerufen am 12.05.2010; Lichtbildanlage der Bereitschaftspolizei Mecklenburg-Vorpommern zur Durchsuchung der Geschäftsräume des [REDACTED] im Grünen Weg 5a, 23936 Grevesmühlen („Thing-Haus“) am 10.05.2010
- Beleg 193** Amtsgericht Grevesmühlen, Grundbuch von Grevesmühlen, Blatt 20657
- Beleg 194** „Aber doch nicht so, Herr Voigt!“, in: [www.vogtland.freies-netz.com](http://www.vogtland.freies-netz.com) vom

14.07.2008

- Beleg 195** *Heyder, Matthias*, zitiert nach: „NPD schafft flächendeckenden Antritt zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt“, in: [www.npd-ins-rathaus.de](http://www.npd-ins-rathaus.de), abgerufen am 16.04.2009
- Beleg 196** Versammlungsanmeldung „Recht auf Zukunft“ am 17.10.2009 in Leipzig
- Beleg 197** „Auf nach Leipzig – Demonstration der Kampagne ‚Recht auf Zukunft‘ am 17.10.2009“, in: [www.npd-sachsen.de](http://www.npd-sachsen.de) vom 06.10.2009, abgerufen am 06.10.2009
- Beleg 198** „Zum 17. Oktober in Leipzig: Die Konsequenz der Tyrannei“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), abgerufen am 21.10.2009
- Beleg 199** „Nazidemo nach Steinwürfen aufgelöst“, in: <http://npd-blog.info> vom 17.10.2009, abgerufen am 21.10.2009
- Beleg 200** „Ein Käfig voller Helden“, in: Nationale Sozialisten Leipzig, [www.logr.org/infoleipzig](http://www.logr.org/infoleipzig) vom 20.10.2009, abgerufen am 21.10.2009
- Beleg 201** *Schäfer, Michael*: Niederschrift einer Rede während einer Demonstration am 17.10.2009 in Leipzig; „17. Oktober 2009 / Leipzig: ‚Recht auf Zukunft‘“, in: <http://infothek.wordpress.com> vom 23.10.2009, abgerufen am 27.10.2009
- Beleg 202** Polizeimeldung der PD Leipzig vom 16.12.2010
- Beleg 203** „Kurze Nachbetrachtung zu den Geschehnissen am 17.10.“, in: [www.jn-chemnitz.pcrecords.net/kessel.html](http://www.jn-chemnitz.pcrecords.net/kessel.html), abgerufen am 20.10.2009
- Beleg 204** *Naumann, Tommy*: „Offene Kriminalisierung am 17.10. in Leipzig. Stadt und Polizei Hand in Hand gegen ihr eigenes Grundgesetz“, in: [www.npd-leipzig.net](http://www.npd-leipzig.net), abgerufen am 20.10.2009
- Beleg 205** Plakat „9. November 2012/Wolgast – Fackelmarsch gegen Asylmißbrauch“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de), abgerufen am 01.11.2012
- Beleg 206** Zur Diskussion: „Demonstrationen – Nützliches politisches Kampfmittel oder Verschwendung der eigenen Kraft?“, in: [www.info-rostock.org](http://www.info-rostock.org) vom 06.10.2011
- Beleg 207** *Pastörs, Udo*, zitiert nach: „Ein Paukenschlag ist drin!“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 04.07.2011
- Beleg 208** Versammlungsanmeldung JN-Sachsntag vom 01.04.2010
- Beleg 209** „JN-Sachsntag“, in: [www.logr.org/sachsntage](http://www.logr.org/sachsntage), abgerufen am 28.05.2010
- Beleg 210** „Jugend braucht Perspektiven – der dritte Sachsntag der JN“, in: [www.logr.org/sachsntage](http://www.logr.org/sachsntage), abgerufen am 11.06.2010
- Beleg 211** „Jugend braucht Perspektiven – der dritte Sachsntag der JN“, in: [www.jn-](http://www.jn-)



buvo.de, abgerufen am 11.06.2010

- Beleg 212** Polizeimeldung der PD Oberlausitz-Niederschlesien vom 05.06.2010
- Beleg 213** „NPD-Jugend organisiert sich in Nordsachsen und im Muldental. Vier Stützpunkte der Jungen Nationaldemokraten (JN) gegründet“, in: [www.npd-nordsachsen.de](http://www.npd-nordsachsen.de), abgerufen am 24.11.2009
- Beleg 214** *Knape, Andy*: Videomitschnitt „Sendung 11 vom 28.10.2012“, in: [www.fsn-tv.de](http://www.fsn-tv.de) vom 28.10.2012
- Beleg 215** Bundes- und Landesvorstände der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Stand: 01.02.1993
- Beleg 216** *Voigt, Udo*: „[REDACTED]“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe [REDACTED]
- Beleg 217** „Thorsten Heise“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 06.08.2012
- Beleg 218** „Rechtsextremismus – Neo-Nazi *Thomas Wulff* strebt zurück nach Hamburg“, [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de) vom 01.02.2011
- Beleg 219** *Pastörs, Udo*, zitiert nach: „Der Spitzelstaat schlug zu“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 11/2008, S. 9
- Beleg 220** HDJ-Mitgliederübersicht
- Beleg 221** Liste des Bundeswahlleiters „Direktkandidaten im Wahlkreis [REDACTED]“, ohne Datum
- Beleg 222** „Sommer, Pommern, Pressefest“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 07/2012, S. 15
- Beleg 223** *Schmidtke, Sebastian*, in: Videobeitrag des Lokalsenders [ev1.tv](http://ev1.tv) zur NPD-Wahlkampfveranstaltung am 11. Januar 2013 in Lingen/Niedersachsen
- Beleg 224** „Wahlkampftour in Niedersachsen: Berliner NPD-Chef greift Gegendemonstranten an“, in: [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 15.01.2013, abgerufen am 16.01.2013
- Beleg 225** „NPD-Abgeordnete zu Besuch bei Axel Möller“, in: [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de) vom 26.03.2012, abgerufen am 24.04.2012
- Beleg 226** „Zu Gast bei Freunden – NPD-Fraktion zu Besuch im Knast“, in: [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 26.03.2012
- Beleg 227** „Zu Besuch bei Freunden – Brandstifter von Lichtenhagen in der NPD-Fraktion“, in: [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 27.07.2011, abgerufen am 29.07.2011
- Beleg 228** *Püschel, Hans*: „Sind die ‚Dönermörder‘ verfassungsgemäße Widerständler?“, in: [www.hans-pueschel.de](http://www.hans-pueschel.de) vom 23.11.2011
- Beleg 229** *Voigt, Udo*: „Von Deutschen. Für Deutsche. NPD“, in: Deutsche Stimme,

Ausgabe 09/2009, S. 2

- Beleg 230** *Gansel, Jürgen:* „Wo bleiben die ‚kleinen Leute‘? Paradox: Ausgerechnet jene Deutschen sind politisch am passivsten, die sich am ehesten auflehnen müssten“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 4/2011, S. 8; inhaltlich identisch mit: „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, in: www.npd-sachsen vom 03.02.2011
- Beleg 231** *Dornbrach, Pierre:* „Von der Gesellschaft zur Gemeinschaft“, in: www.jn-buvo.de vom 13.01.2012
- Beleg 232** „Gewissen und Gemeinschaft“, in: www.aktion-widerstand.de vom 04.04.2013
- Beleg 233** Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten: „Leitfaden. Politische Grundbegriffe, Teil 2“
- Beleg 234** *Richter, Karl:* „Der Toleranz-Schwindel. Eine Abrechnung mit der geistigen Immunschwäche unserer Zeit“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 06/2008, S. 22
- Beleg 235** *Gansel, Jürgen:* „Afrika erobert das Weiße Haus“, in: www.npd.de, vom 06.11.2008, abgerufen am 07.11.2008
- Beleg 236** *Rieger, Jürgen:* Rede auf dem „Fest der Völker“ am 13.09.2008 in Altenburg/Thüringen, Polizeimeldungen LKA Hamburg / LKA Thüringen vom 01.09.2009
- Beleg 237** *Gansel, Jürgen:* „Mit Islamkritik zum Erfolg! Gut so: Eine Studie belegt, daß mit der Fundamentalkritik an der Islamisierung Wahlen zu gewinnen sind“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 12/2010, S. 9
- Beleg 238** *Apfel, Holger:* Interview mit „ZUERST Deutsches Nachrichtenmagazin“, Ausgabe 10/2011, Oktober 2011, S. 40
- Beleg 239** *Richter, Sebastian:* Rede auf JN-Demonstration am 20.10.2012 in Wismar (MV) unter dem Motto: „Volkstod stoppen – Wir wollen leben – Arbeit und Zukunft in der Heimat“; Videobeitrag von weiterdenken.tv (NPD-Video-Kanal)
- Beleg 240** Bundesführung der Jungen Nationaldemokraten: „Leitfaden. Politische Grundbegriffe, Teil 1“
- Beleg 241** „Nationale Weltanschauung durch Studie bestätigt“, in: www.freies-pommern.de vom 16.02.2010
- Beleg 242** „Internetseite ‚Freies Pommern‘ wirbt für rassistische Weltanschauung“, in: www.verfassungsschutz-mv.de vom 11.03.2010
- Beleg 243** *Knape, Andy:* „Ein junges Volk steht auf“ - erlaubt oder verboten? Stellungnahme zu unserem Rechtskampf“, in: www.aktion-widerstand.de vom 29.08.2012



- Beleg 244** Eintrag auf dem Facebookprofil der „JN-Muldental“, abgerufen am 18.12.2012
- Beleg 245** *Dornbrach, Pierre*: „Brandenburg – eine heroische Geschichte“, in: *Der Aktivist*, Ausgabe 1/2013, S. 4 f.
- Beleg 246** *Dornbrach, Pierre*: „Die Garanten unserer Weltanschauung“, in: *Der Aktivist*, Ausgabe 1/2013, S. 32 f.
- Beleg 247** *Fank, Maria*: Redebeitrag während der einer NPD-Veranstaltung unter dem Motto „Genug gezahlt – Wir sind keine Melkkuh Europas“ am 01.05.2013, in: Video „NPD 1. Mai Berlin“ [0:00 - 0:47 Min.]
- Beleg 248** Eintrag auf dem Facebookprofil der „JN Nordrhein und Westfalen“ vom 23.04.2013, abgerufen am 24.04.2013
- Beleg 249** Eintrag auf dem Facebookprofil der JN Muldental vom 12.05.2013, abgerufen am 22.05.2013
- Beleg 250** *Morgenroth, Jan*: „Wir bleiben aufrecht!“, in: [www.npd-weimar.de](http://www.npd-weimar.de) vom 31.12.2012
- Beleg 251** „JN MuP: Anzeige nach Infostand“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) vom 14.11.2012, abgerufen am 21.11.2012
- Beleg 252** *Köster, Stefan*: Eröffnungsrede Bürgerbüro im Thing-Haus
- Beleg 253** *Cremer, Claus*, zitiert nach: „OPEL: Nicht erpressen lassen!“, in: [www.npd-nrw.de](http://www.npd-nrw.de) vom 29.04.2013
- Beleg 254** *Rieger, Jürgen*: „KDF-Museum in Wolfsburg“, in: [www.juergen-rieger.de](http://www.juergen-rieger.de) vom 07.07.2009
- Beleg 255** *Wulff, Thomas*: „NPD am Boden - Eine Partei zerstört sich selbst!“, in: <http://altermedia-deutschland.info> vom 20.05.2013
- Beleg 256** *Müller, Tino*: „Fackelzug zu Ehren Rudolf Hess in Ueckermünde“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 18.08.2008, abgerufen am 19.08.2008
- Beleg 257** „'Unsere Heimat – unser Auftrag' – Saalveranstaltung der NPD in Mecklenburg“, in: [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de) vom 12.07.2011
- Beleg 258** Angebot „Pommerscher Buchdienst“, in: [www.pommerscher-buchdienst.de](http://www.pommerscher-buchdienst.de) vom 18.09.2013
- Beleg 259** Bilddokumente aus dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz gegen [REDACTED]
- Beleg 260** *Richter, Karl*: „Erfolg ist machbar – auch in der Politik. Aber: Ohne Disziplin, Ausdauer und Persönlichkeit geht es nicht“, in: *Hier & Jetzt*, Ausgabe 14, November 2009, S. 4 ff.
- Beleg 261** *Kallweit, Patrick*: Videobeitrag „Patrick Kallweit - parlamentarische Erfah-

rungen in Stadt. Kreis und Land“, in: [www.npd-niedersachsen.de](http://www.npd-niedersachsen.de) vom 17.10.2012

- Beleg 262** *Voigt, Udo*: Redebeitrag anlässlich des Bundesparteitages im Mai 2008, zitiert nach: Deutsche Stimme, Ausgabe 07/08, Juli 2008, S. 13
- Beleg 263** *Voigt, Udo*: „Erklärung des NPD-Parteivorsitzenden zum Anschlag auf den Passauer Polizeipräsidenten und dem erneuten Ruf nach einem NPD-Verbot“, [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 15.12.2008, abgerufen am 30.12.2008
- Beleg 264** „Exklusiv: NPD-Parteichef Holger Apfel im Gespräch zur Lage seiner Partei“, in: [www.deutschlandecho.org](http://www.deutschlandecho.org) vom 08.06.2012, abgerufen am 11.06.2012
- Beleg 265** *Schmidt, Edda*: „Rechtsbruch ‚von oben‘“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 04/2011, S. 22
- Beleg 266** „Und das sagt die JN-Chemnitz zur Leipzig-Demo“, in: [www.de.altermedia.info](http://www.de.altermedia.info) vom 20.10.2009, abgerufen am 21.10.2010
- Beleg 267** „Zum 17. Oktober in Leipzig: Die Konsequenz aus der Tyrannei“, in: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), abgerufen am 21.10.2010
- Beleg 268** „Zugriff nach Caffier-Plakat“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de) vom 12.08.2010
- Beleg 269** *Pastörs, Udo*: Redebeitrag beim politischen Aschermittwoch der NPD Saarland am 22.02.2012 in Völklingen (Videomitschnitt)
- Beleg 270** *Hennig, Rigolf*: „200 Jahre nach Tauroggen: Deutschlands Sendung“, in: Volk in Bewegung, Der Reichsbote, Ausgabe 6/2012, S. 14
- Beleg 271** [REDACTED]: Facebook-Auszug [REDACTED]  
in: [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) [REDACTED]  
[REDACTED]
- Beleg 272** *Voigt, Udo*: „Die Etablierten: Ein Leben mit der Angst im Nacken“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 17. Juli 2008
- Beleg 273** *Voigt, Udo*: „Wahlaufruf des NPD-Parteivorsitzenden zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 17.03.2011, abgerufen am 18.03.2011
- Beleg 274** *Pastörs, Udo*, Demonstration der NPD „Gegen kinderfeindliche Bonzen“ am 31.07.2010 in Anklam (MV), Videomitschnitt [04:50 Min.]
- Beleg 275** *Storr, Andreas*, zitiert nach: *Thomsen, Thorsten*: „’Stunde der Abrechnung’: Minarett-Verbot scheitert am verlängerten Arm der Islam-Lobby im Sächsischen Landtag“, in: [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de) vom 28.04.2010, abgerufen am 29.04.2010
- Beleg 276** *Richter, Karl*: „Wie meinten Sie das, Herr Homer? Ithaka in Bottrop – warum die ‚Odyssee‘ eigentlich verboten gehört“, in: Hier & Jetzt, Ausgabe



15/2010, S. 4 ff.

- Beleg 277** „Nazis lernen den ‚sanften‘ Angriff“, in: taz. die tageszeitung vom 07.03.2013
- Beleg 278** *Gansel, Jürgen*: „Alle deutschen Schüler ins Konzentrationslager? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung befeuert die Schuld-und-Sühne-Pädagogik“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de), abgerufen am 01.07.2008
- Beleg 279** *Wieschke, Patrick*: „Kopf hoch Deutsche!“, in: Bürgerstimme – Patriotisches Mitteilungsblatt für die Landeshauptstadt Erfurt, Ausgabe 9, März 2010, S. 2
- Beleg 280** *Voigt, Udo*: „Der 20. Juli, die Bundeswehr vor dem Reichstag und Helmut Schmidt war ‚dabei‘!“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 21.07.2008
- Beleg 281** *Nowak, Janus*: „Die ‚Holocaustindustrie‘ darf nicht vergessen werden!“, in: [www.npd-stuttgart.de](http://www.npd-stuttgart.de) vom 28.05.2010
- Beleg 282** *Richter, Karl*: „20. Juli 2010: Stauffenberg am Hindukusch“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 21.07.2010
- Beleg 283** *Gansel, Jürgen*: „Kriegstreiberei führt USA in den Staatsbankrott“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 11/2011, November 2011, S. 23
- Beleg 284** *Waldukat, Manfred*: „Unser Ziel: das ganze Deutschland“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 11/2012, S. 5
- Beleg 285** BPjM Aktuell, Nr. 2/2011, S. 3-16; Deutsche Stimme Verlag: Verlagsempfehlungen 2008, S. 1, 49, 113, 115, 116
- Beleg 286** „Der große Kampf – Enten gegen Hühner“, Comic der JN, 2009
- Beleg 287** *Gansel, Jürgen*: „Das Finanzkapital reißt Volkswirtschaften in den Abgrund“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 12/2008, S. 1, 4
- Beleg 288** *Gansel, Jürgen*: „Theoretiker der Volks und Staatszerstörung. Jubiläum mit Beigeschmack: Vor 40 Jahren verstarb Theodor Wiesengrund Adorno“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 9/2009, September 2009, S. 23
- Beleg 289** *Richter, Karl*, zitiert nach: „Ungeheuerlich – israelische Regierungsspitze am 18. Januar im Reichstag“, in: [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 18.01.2010, abgerufen am 25.01.2010
- Beleg 290** *Schmidtke, Sebastian*: Videoaufnahme des Redebeitrags bei einer NPD-Mahnwache unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus!“ am 18.2.2011 in Berlin-Lichtenberg
- Beleg 291** *Grunzel, Michael*: „‚Genug ist genug‘ – gut gesagt, Graumann!“, in: [www.npd-sachsen-anhalt.de](http://www.npd-sachsen-anhalt.de) vom 30.01.2013, abgerufen am 20.02.2013
- Beleg 292** *Wutke, Roland*: „Der Auftrag von Tauroggen“, in: Deutsche Stimme, Ausgabe 03/2013, März 2013, S. 8 f.

- Beleg 293** *Wieschke, Patrick:* „Kampagne der NPD-Thüringen wirkt – CDU beginnt sich von Zeca Schall zu distanzieren“, in: [www.de.altermedia.info](http://www.de.altermedia.info) vom 13.08.2009
- Beleg 294** *Wieschke, Patrick:* „Zeit zu gehen – Gute Heimreise, Zeca Schall“, in: [www.npd-thueringen.de](http://www.npd-thueringen.de) vom 11.08.2009
- Beleg 295** NPD-Landesverband Berlin: „Ihr Ausländerrückführungsbeauftragter informiert“
- Beleg 296** „Rundschreiben an Migranten in Berlin die zur Bundestagswahl kandidieren!“, in: [www.npd-berlin.de](http://www.npd-berlin.de) vom 11.09.2013, abgerufen am 12.09.2013
- Beleg 297** *Kallweit, Patrick:* „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche!“, in: [www.npd-presse.de](http://www.npd-presse.de) vom 03.09.2013
- Beleg 298** Kondom-Werbeartikel der JN: „Für Ausländer und ausgewählte Deutsche“
- Beleg 299** JN-Schreiben vom 02.09.2013, unterzeichnet durch *Knape, Andy*
- Beleg 300** NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“
- Beleg 301** Plakat „9. November 2012 / Wolgast – Fackelmarsch gegen Asylmißbrauch“, in: [www.mupinfo.de](http://www.mupinfo.de), abgerufen am 01.11.2012
- Beleg 302** Flugblatt „Kundgebung in Eggesin!“
- Beleg 303** „Aufgeheizte Stimmung in M-V: NPD macht weiter Front gegen Flüchtlinge – Anschläge häufen sich“, in: [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) vom 28.06.2013